

P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1030 Wien

# Stenographisches Protokoll

27. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 6. März 1980

## Tagesordnung

1. Bericht über den Antrag (15/A) betreffend eine EntschlieÙung des Nationalrates über grundsätzliche Orientierung und Schwerpunkte der Politik
2. Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und der Exekutionsordnung (UWG-Novelle 1980)
3. Bericht über den Antrag (38/A) betreffend Änderung des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen
4. Bericht über den Antrag (27/A) betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Presse
5. Internationale Energieagentur; Durchführungsübereinkommen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Systeme zur Umsetzung von Windkraft samt Anhang
6. Abänderung des Abs. 6 b) des Anhangs I des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen

## Inhalt

### Personalien

Krankmeldungen (S. 2607)

Entschuldigungen (S. 2607)

### Geschäftsbehandlung

Feststellung des Dritten Präsidenten Thalhammer betreffend tatsächliche Berichtigungen (S. 2656)

### Tatsächliche Berichtigung

Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 2656)

### Fragestunde (17.)

#### Wissenschaft und Forschung (S. 2607)

Dr. Neisser (127/M); Dr. Frischenschlager, Dr. Ermacora

Dr. Neisser (128/M); Dr. Frischenschlager, Edith Dobsberger, Dr. Ermacora

Dr. Schranz (132/M); Dr. Feurstein, Probst

Wille (133/M); Dkfm. DDr. König, Dr. Stix, Köck

Dr. Nowotny (134/M); Dr. Neisser, Dr. Frischenschlager

Dr. Steger (137/M); Dr. Schüssel, Dr. Frischenschlager

Dr. Frischenschlager (149/M); DDr. Maderner, Dr. Paulitsch, Dr. Stix

Dr. Frischenschlager (148/M); Dr. Blenk, Dipl.-Vw. Josseck

## Ausschüsse

Zuweisungen (S. 2621)

## Verhandlungen

- (1) Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag (15/A) der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend eine EntschlieÙung des Nationalrates über grundsätzliche Orientierung und Schwerpunkte der Politik (247 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Neisser (S. 2621)

### Redner:

Dr. Mock (S. 2622),

Dr. Frischenschlager (S. 2632),

Dr. Jolanda Offenbeck (S. 2639),

Graf (S. 2642),

Ing. Murer (S. 2648),

Dr. Reinhart (S. 2651),

Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 2656) (tatsächliche Berichtigung),

Dr. Kohlmaier (S. 2656) und

DDr. Gmoser (S. 2663)

EntschlieÙungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Bericht über Unterschriftenaktionen in großen Betrieben unter Einschaltung der Betriebsräte (S. 2659) - Ablehnung (S. 2668)

Kenntnisnahme (S. 2668)

Gemeinsame Beratung über

- (2) Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (249 d. B.): Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und der Exekutionsordnung (UWG-Novelle 1980) (261 d. B.)

Berichterstatter: Lehr (S. 2668)

- (3) Bericht des Handelsausschusses über den Antrag (38/A) der Abgeordneten Staudinger, Mühlbacher, Dr. Stix und Genossen betreffend Änderung des Bundesgesetzes zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen (262 d. B.)

Berichterstatterin: Ingrid Tichy-Schreder (S. 2669)

### Redner:

Staudinger (S. 2669),

Dr. Schmidt (S. 2673),

Dr. Stix (S. 2676),

Schauer (S. 2680),

Mühlbacher (S. 2682),

Staatssekretär Anneliese Albrecht (S. 2685) und

Dr. Schüssel (S. 2686)

Annahme der beiden Gesetzentwürfe (S. 2690)

- (4) Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag (27/A) der Abgeordneten Blecha und Genossen betreffend Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Presse (248 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Kapaun (S. 2690)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 2691)

- (5) Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (59 d. B.): Internationale Energieagentur; Durchführungsübereinkommen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Systeme zur Umsetzung von Windkraft samt Anhang (263 d. B.)

Berichterstatter: Köck (S. 2691)

Redner:

Dr. Stix (S. 2691)

Genehmigung (S. 2692)

- (6) Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (60 d. B.): Abänderung des Abs. 6 b) des Anhangs I des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen (264 d. B.)

Berichterstatter: Lehr (S. 2692)

Genehmigung (S. 2693)

### **Eingebracht wurden**

#### **Antrag der Abgeordneten**

Ing. Sallinger, Graf, Ing. Dittrich, Schauer, Dr. Schüssel und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1972, das Körperschaftsteuergesetz 1966 und das Umsatzsteuergesetz 1972 geändert werden (43/A)

#### **Anfragen der Abgeordneten**

Dr. Broesigke, Dr. Frischenschlager, Dr. Steger und Genossen an den Bundeskanzler betreffend fehlerhafte Wiederverlautbarung von Bundesgesetzen (408/J)

Dr. Jörg Haider, Dr. Steger und Genossen an den Bundesminister für soziale Verwaltung betreffend

Kostentragung für lebensrettende Hubschrauber-einsätze (409/J)

Dr. Stix, Dr. Broesigke, Ing. Murer und Genossen an den Bundesminister für Finanzen betreffend steuerliche Begünstigung energiesparender Investitionen - Verordnungsentwurf des Bundesministeriums für Finanzen (410/J)

Dipl.-Vw. Josseck, Dr. Broesigke und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend Vorkommissionen im Gefangenenhaus Innsbruck (411/J)

Dr. Ettmayer und Genossen an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten betreffend die bilateralen Kommissionen, an denen Österreich beteiligt ist (412/J)

Dr. Wiesinger, Vetter, Helga Wieser und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Sicherstellung einer flächendeckenden ärztlichen Versorgung (413/J)

Dr. Wiesinger, Ingrid Tichy-Schreder und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Umweltverträglichkeitsprüfung für das geplante General Motors-Werk in Wien-Aspern (414/J)

Heinzinger und Genossen an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Vergabe von Förderungsmitteln (415/J)

Wimmersberger und Genossen an den Bundesminister für Justiz betreffend die Verhaftung zweier Jugendlicher und ihre Einlieferung in das Gefangenenhaus des Landesgerichtes Linz (416/J)

Dr. Wiesinger, Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Einschränkung der Tätigkeit des Bundesministers für Gesundheit und Umweltschutz durch Parteiarbeit (417/J)

## Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident **Thalhammer**.

**Präsident:** Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Burger, Frodl, Dkfm. Gorton, Ruhaltinger, Grabher-Meyer.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Staribacher, Dr. Androsch, Hagspiel.

### Fragestunde

**Präsident:** Wir kommen zur Fragestunde.

### Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung

**Präsident:** Wir gelangen zur 1. Anfrage: Abgeordneter Dr. Neisser (*ÖVP*) an die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung.

127/M

Beabsichtigen Sie, Konsequenzen aus der mit Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes erfolgten Aufhebung Ihrer aufsichtsbehördlichen Entscheidung im Zusammenhang mit der Annullierung der Wahl des Wiener Rektors im Jahre 1979 zu ziehen?

**Präsident:** Bitte, Frau Bundesminister.

Bundesminister für Wissenschaft und Forschung Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Ich habe in zwei schriftlichen parlamentarischen Anfragebeantwortungen die näheren Umstände der Beschwerde beim Verwaltungsgerichtshof hinsichtlich des Bescheides des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung betreffend die Rektorswahl der Universität Wien dargelegt. Diesen Bescheid hat der Verwaltungsgerichtshof am 20. Juni 1979 aufgehoben mit der Folge, daß der zwischenzeitlich erfolgten Rektorswahl vom 27. November keine Rechtswirkung mehr zukam.

Am Tag der Zustellung, am 25. Juni 1979, wurde der Rektor der Universität Wien verständigt und ordentlicher Universitätsprofessor Platzgummer, der in der Wahl vom 19. Juni 1978 gewählte Kandidat, hat das Amt als Prä-Rektor angetreten. Die Konsequenzen aus dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes waren damit gezogen und weitere Konsequenzen aus

diesem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes waren nicht zu ziehen, es sei denn, daß entsprechend den Ausführungen in der Begründung des Erkenntnisses des Verwaltungsgerichtshofes - und das ist der zentrale Rechtssatz des Erkenntnisses - die Auslegung des Begriffes der Verhinderung im § 50 Abs. 8 UOG großzügig erfolgen kann.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Neisser:** Frau Minister! Das Erkenntnis, mit dem Ihr aufsichtsbehördlicher Bescheid aufgehoben wurde, ist ja an sich keine Alltäglichkeit. Der Verwaltungsgerichtshof hat ja hier gesagt, daß gerade im Interesse einer Autonomie eine sehr strikte Auslegung der Verfahrensbestimmungen für die Rektorswahl erforderlich ist. Ich habe die Anfrage vor allem deshalb gestellt, weil Sie mir selbst einmal in einer schriftlichen Anfragebeantwortung angedeutet haben, daß Sie eine legislative Konsequenz daraus ziehen wollen etwa in Form eines Universitätsfunktionärs-Bestellungsgesetzes.

Ich richte daher an Sie die Frage: Haben Sie die Absicht, ein solches Gesetz dem Nationalrat vorzulegen?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Es hat der Verwaltungsgerichtshof nicht darauf hingewiesen, daß eine derartige legislative Änderung notwendig ist, er hat eher nicht die strikte Auslegung, sondern eine großzügige Auslegung gefordert. Nichtsdestoweniger waren wir schon vor diesem Bescheid des Verwaltungsgerichtshofes der Meinung, daß es günstig wäre, eine genaue Regelung aller Wahlen, die an den Universitäten stattfinden, in einem Organwaltergesetz festzulegen. Es ist hier ein Entwurf auch gemacht, und er wird ausgearbeitet werden.

Ganz regulär ist die Weitergabe dieser Ausarbeitung deswegen zurückgestellt, weil zwischenzeitlich das Parlament einen Bericht über die Erfahrungen der Durchführung des UOG gefordert hat. Und im Zuge dieser Erarbeitung des Berichtes wird auch alles berücksichtigt werden, was sich an Erfahrungen hinsichtlich der Wahl zeigt.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Neisser:** Frau Bundesminister! Nur zu Ihrer ersten Bemerkung. Ich darf aus

**Dr. Neisser**

dem Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes, Seite 12, zitieren, wo es ausdrücklich heißt, daß „bei Beurteilung dieser Frage“ – nämlich der verfahrensrechtlichen Bestimmungen für die Rektorswahl – „strengste Anlehnung an den Wortlaut des Gesetzes geboten“ ist, „weil hier jede ausdehnende Auslegung zu einer Einengung des autonomen Wirkungsbereiches der Universitäten ...“ führt.

Bitte, darf ich aber jetzt an Ihre erste Antwort anknüpfen und fragen: Beabsichtigen Sie in der nächsten Zeit nicht, den Entwurf eines Universitäts- und Funktionsbestellungsgesetzes – ich verwende das hier jetzt als Sammelbezeichnung – dem Parlament vorzulegen?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Das hängt davon ab, was Sie, Herr Abgeordneter, als „in nächster Zeit“ bezeichnen. Es wird in absehbarer Zeit vorgelegt und zur Begutachtung ausgeschickt werden. Nur werden die Ergebnisse der notwendigen Untersuchungen für den Bericht über die Auswirkungen und über die Erfahrungen mit dem UOG abgewartet.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager (FPÖ):** Frau Bundesminister! Die Auseinandersetzungen um die Rektorswahlen in vergangenen Jahren waren ein eklatantes Beispiel für Schwierigkeiten, die wir mit dem Universitäts-Organisationsgesetz haben. Es hat mich aber schon seinerzeit erstaunt, daß Sie als legistische Konsequenz ein eigenes Universitätswahlgesetz in Aussicht gestellt haben. Ich halte das deshalb für merkwürdig, weil das UOG ja viele Detailregelungen enthält.

Ich frage Sie daher, warum Sie nicht den Weg gehen, diese Schwierigkeiten durch eine Novellierung des Universitäts-Organisationsgesetzes aus der Welt zu schaffen.

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter, auch diese Möglichkeit wäre durchaus gegeben. Man kann es als Novellierung des UOG machen. Es hat sich bei Erarbeitung dieses Entwurfes nur gezeigt, daß es doch eine so umfangreiche Sache ist, wenn man alle Wahlen inkludieren will, daß es günstiger wäre – ähnlich dem Studentenwahlgesetz –, es als eigenes Wahlgesetz zu machen. Das ist aber keine prinzipielle, sondern eine rein praktische Entscheidung.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora (ÖVP):** Frau Bundesminister! Das Erkenntnis, mit dem die Wahl Platzgummers sozusagen bestätigt wurde, hätte natürlich noch andere Konsequenzen, weil dieses Erkenntnis in ziemlich deutlicher Weise die Erlaßpraxis des Ministeriums kritisiert hat. Ich hätte mir gedacht, Sie würden daraus Konsequenzen ziehen. Aber das ist nicht meine Frage.

Meine konkrete Frage ist: Werden Sie bei der Erarbeitung eines sogenannten Organwaltergesetzes – ein Ausdruck, den wahrscheinlich überhaupt niemand versteht; die Juristen wissen natürlich, was darunter zu verstehen ist – in einem möglichst frühzeitigen Stadium die Rektorenkonferenz einschalten?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Selbstverständlich, Herr Abgeordneter! Es werden alle Beteiligten eingeschaltet werden. Aus diesem Grunde wurde ja zurückgestellt, bereits jetzt diesen Entwurf zu einer Vorbegutachtung auszusenden, weil zuerst die Vorfragen mit den Betroffenen geklärt werden sollen.

**Präsident:** Anfrage 2: Herr Abgeordneter Dr. Neisser (ÖVP) an die Frau Minister.

128/M

Welche Schritte gedenken Sie zu unternehmen, um Ungerechtigkeiten im Zusammenhang mit der Gewährung von Freifahrten an Studenten zu beseitigen?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Die Freifahrt von Schülern und Studenten erfolgt aus dem Familienlastenausgleichsfonds in Durchführung des Familienlastenausgleichsgesetzes. Wenn Sie Ungerechtigkeiten feststellen, dann sind das Ungerechtigkeiten, die durch den Gesetzgeber in diesem Gesetz festgelegt wurden.

Da die Angelegenheiten des Familienlastenausgleichs nicht in den Vollziehungsbereich des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung fallen, muß ich Sie bitten, die konkrete Frage im Zusammenhang mit der Gewährung von Freifahrten an Studenten an den für den Familienlastenausgleichsfonds zuständigen Bundesminister für Finanzen zu richten.

Ich darf in diesem Zusammenhang jedoch mitteilen, daß bereits im Vorjahr an den Herrn Finanzminister mit dem Ersuchen von meinem

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

Ressort herangetreten wurde, die seinerzeit aufgetretenen Fragen der Freifahrt, also überwiegend Studierende über 27 Jahre und verheiratete Studierende, einer Klärung zuzuführen. Es wurde einvernehmlich festgehalten, daß sich mit dieser Frage der Familienpolitische Beirat beschäftigen soll.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

**Abgeordneter Dr. Neisser:** Frau Minister! Die Ungerechtigkeiten, die sich in diesem Zusammenhang ergeben, sind nur zum Teil aus dem Familienlastenausgleichsgesetz erklärbar. Sie sagen zwar heute, daß Sie keine Kompetenz haben, haben aber im vergangenen Jahr die bis zu diesem Zeitpunkt gewährten Begünstigungen für die Studentenfreifahrten im Erlaßweg reduziert. Sie selbst haben in Ihrem Erlaß geschrieben, die aus der bisherigen Praxis gewonnenen Erfahrungen bei der Durchführung dieser Freifahrten sollen dabei berücksichtigt werden. Es geht hier also nicht nur um die Frage der verheirateten Studenten und der 27 Jahre-Grenze, vielmehr geht es um die Frage bei denjenigen, die in der vorlesungsfreien Zeit nicht fahren können, die sich im Prüfungsstadium befinden, Südtiroler, und so weiter.

Ich möchte fragen, ob Sie in Verfolgung Ihres seinerzeitigen Erlasses, mit dem Sie diese Begünstigungen aufgehoben haben, dem Finanzminister konkret ein Projekt vorgelegt haben für die Wiederermöglichung der Freifahrten an diese Personenkreise, die ich umschrieben habe.

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Herr Abgeordneter! Dieser Erlaß wurde von meinem Ministerium herausgegeben, in Verpflichtung durch das Bundesministerium für Finanzen. Das war eine Vorschrift, die uns von dort weitergegeben wurde, und wir hatten sie auch weiterzugeben. Der Erlaß ist also nicht unmittelbar vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung erarbeitet worden.

Wir haben uns mit diesen Fragen sehr eingehend beschäftigt, um mit dem Finanzminister ins Gespräch zu kommen. Wir haben unsere Bedenken und Einwendungen selbstverständlich weitergegeben.

**Präsident:** Weitere Zusatzfrage. Bitte.

**Abgeordneter Dr. Neisser:** Frau Minister! Die Haltung der Regierung zu dieser Frage ist nicht unbedingt ein Ruhmesblatt studentischer Sozialpolitik. Ich habe einem Interview vor wenigen Tagen entnommen, daß Sie selbst über das

System der österreichischen Studienförderung nicht sehr glücklich sind, daß Sie es als reformbedürftig ansehen.

In Wirklichkeit wäre in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob man bei einer Neugestaltung des Systems der Studienförderung diese Frage nicht überhaupt klar in einem Gesetz regelt, damit nicht immer die Möglichkeit einer Veränderung durch Erlässe besteht.

Ich frage daher: Beabsichtigen Sie im Rahmen der auch von Ihnen schon angekündigten Reform der Studienförderung diesen ganzen Fragenkomplex dort mit einzubeziehen?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Nein, Herr Abgeordneter, diese Absicht besteht nicht, weil meiner Auffassung nach – und das ist die Auffassung auch des Finanzministers – dieses Gebiet der Freifahrten, das aus dem Familienlastenausgleichsfonds kommt und das mit dem Familienlastenausgleichsgesetz unmittelbar in Zusammenhang steht, nichts mit Studienförderung unmittelbar zu tun hat.

Sie wissen aber, daß die Absicht besteht, in nächster Zeit im Akademischen Rat die Frage der Studienförderung grundlegend zu diskutieren.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

**Abgeordneter Dr. Frischenschlager:** (FPÖ): Frau Bundesminister! Im Prinzip ist Ihnen zuzustimmen, daß das eine Sache eben des Familienlastenausgleiches ist und nicht in den Bereich der Studienförderung gehört. Aber mich erstaunt, daß Sie sagen, Sie hätten keine Kompetenz.

Meine Frage: Haben Sie Initiativen gegenüber dem zuständigen Mitglied der Regierung in Sachen Familienlastenausgleich ergriffen, damit in diesem Bereich, im Bereich des Familienlastenausgleiches, eine Änderung für die Studenten erzielt wird?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Ich habe bereits betont, Herr Abgeordneter, daß ich mich mit einem Schreiben an den Bundesminister für Finanzen gewendet habe, mit dem Ersuchen, da die Regelung der Materie in seine Kompetenz fällt, im Familienpolitischen Beirat diese Frage diskutieren zu lassen und einer Regelung zuzuführen.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Frau Abgeordnete Dobesberger.

Abgeordnete Edith **Dobesberger** (SPÖ): Frau Minister! Sie sind jetzt zweimal gefragt worden, ob Sie sich darum gekümmert haben, daß hier Änderungen eintreten sollen.

Kann ich Sie fragen, ob Sie auf Ihre Fragen Antwort vom Finanzministerium erhalten haben. *(Demonstrativer Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg**: Jawohl, Frau Abgeordnete, ich habe eine Antwort erhalten, und zwar vor ganz kurzer Zeit *(Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Die Frage trifft Sie völlig unvorbereitet! - Heiterkeit)*, in der mich der Finanzminister davon informiert.

„Die Frage der Durchführung von Schülerfreifahrten für Studenten, die verheiratet oder berufstätig sind oder die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, kann nicht losgelöst von der Frage des Anspruchs auf Familienbeihilfe für diese Gruppen von Studenten beantwortet werden.

Er erklärt: „Ich beabsichtige, mit der Frage, ob für verheiratete Kinder, bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen, Familienbeihilfe gewährt werden soll, den Familienpolitischen Beirat beim Bundeskanzleramt in seiner nächsten Sitzung zu befassen. Sollte der Familienpolitische Beirat die Ansicht vertreten, daß auch für verheiratete Kinder Familienbeihilfe gewährt werden soll, werde ich veranlassen, daß das Familienlastenausgleichsgesetz entsprechend novelliert wird. Es könnten dann die verheirateten Studenten, für die Familienbeihilfe gewährt wird, auch an den Schülerfreifahrten teilnehmen.“

**Präsident:** Nächste Anfrage: Herr Abgeordneter Ermacora.

Abgeordneter Dr. **Ermacora** (ÖVP): Frau Bundesminister! Ich hoffe, daß Sie meine Frage mehr überraschen wird als die Frage der vorangegangenen Fragestellerin. *(Heiterkeit.)*

Wir bemühen uns ja seit Jahren um die Gleichstellung der Südtiroler und haben in diesem Zusammenhang das Gleichstellungsgesetz beschlossen, das vor allem den Universitätsbereich betrifft, und nun fallen die Südtiroler trotz des Gleichstellungsgesetzes mit den Freifahrten unter den Rost.

Der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten hat uns Ende Oktober des vergangenen Jahres versprochen, bei Ihnen

vorzusprechen, um diese Freifahrt für die südtirolischen Studenten wiederum zu ermöglichen.

Ich hoffe, ich nehme sicher an, daß der Herr Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten mit Ihnen gesprochen hat. Was ist Ihre Reaktion auf diesen Wunsch gewesen, der nach meiner Meinung ein sachlich durchaus gerechtfertigter ist?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg**: Herr Abgeordneter! Auch ohne die Vorsprache des Herrn Außenministers haben wir dieses Problem sofort nach Auftreten an das Bundesministerium für Finanzen weitergeleitet, und es wird im Zuge der ganzen Neuregelung oder Abänderung des Familienlastenausgleichs und der Zusammenhänge geregelt werden.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 3: Herr Abgeordneter Schranz *(SPÖ)* an die Frau Minister.

132/M

Welche Ergebnisse hat der vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung initiierte und geförderte Forschungsschwerpunkt in der Altersforschung gebracht?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg**: Herr Abgeordneter! Als erstes Ergebnis des Schwerpunktes Altersforschung darf wohl behauptet werden, daß zum erstenmal in Österreich eine umfassende wissenschaftliche Behandlung der Probleme älterer Menschen vorgenommen wird. Die 1976 abgeschlossene wissenschaftliche Untersuchung über die Reintegration älterer Menschen, die ja, abgesehen von der wissenschaftlichen Schrift, auch in einer populären Publikation verteilt wurde, hatte, wie Sie selbst wissen, starke Breitenwirkung auch bei den Pensionistenverbänden, die sich eingehend damit beschäftigt haben.

Es war eine weitere Folge die Gründung eines Ludwig Boltzmann-Instituts für Altersforschung unter der Leitung von Professor Fellinger. Es ist das Seniorenstudium von den Universitäten eingerichtet worden – mit sehr großem Erfolg, die Teilnahme und das Interesse sind sehr groß.

Vom Institut für Soziologie der Universität Wien wurden in zwei Forschungsaufträgen zwei sehr wichtige Untersuchungen durchgeführt, nämlich eine, die bereits abgeschlossen ist: „Altern im sozialen Kontext“, und im Anschluß daran eine begleitende Forschung der Sozialar-

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

beit, eine Gemeinschaftsarbeit zwischen den Wissenschaftlern des Soziologischen Instituts und den Praktikern der Altersbetreuung.

Es ist außerdem eine Großstudie über die ideologisch-kulturellen Aspekte der Reintegration älterer Menschen als Fortführung unserer ersten Großuntersuchung in Arbeit. Ein Zwischenbericht mit außerordentlich interessanten Ergebnissen liegt bereits vor.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schranz:** Im Rahmen der Altersforschung, die ja erst in den siebziger Jahren und von Ihnen begonnen wurde – vorher hat es ja keine gegeben –, läuft also jetzt eine große, umfassende Studie. Können Sie uns bereits Zwischenergebnisse aus der laufenden Studie nennen?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Es können Zwischenergebnisse bekanntgegeben werden, und zwar über den Zufriedenheitsstatus der älteren Menschen, der überraschend größer ist, als man annimmt, gestört eigentlich nur durch Gesundheitsbelange und dort, wo echte Armut vorliegt.

Es zeigt sich, daß eine sehr starke ideologische Annäherung zwischen den älteren und den jüngeren Menschen vorliegt.

Als Muster der sozialen Einbindung sehen die älteren Menschen vor allem die eigenen Kinder und ihnen befreundete gleichaltrige als Bezugsgruppen an, bei denen sie Verständnis und Hilfe finden.

Es ergibt sich also ein sehr differenziertes Bild der Antworten, das uns über die Situation, auch über die psychologische Situation, unserer älteren Generation ein sehr interessantes, wichtiges und bisher nicht vorliegendes Bild gibt.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Schranz:** Beim Verbandstag des Pensionistenverbandes Österreichs, der weitaus größten und bedeutendsten Organisation der älteren Generation (*Heiterkeit bei der ÖVP*) – der weitaus größten und bedeutendsten Organisation, sie hat doppelt so viele Mitglieder als die anderen Pensionistenorganisationen –, wurde in der Vorwoche gefordert, daß ein Lehrstuhl für Gerontologie an den österreichischen Hochschulen eingerichtet wird. Können Sie mir bitte sagen, wie Sie dazu stehen?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Ich habe, Herr Abgeordneter, schon vor einiger Zeit an die medizinischen Fakultäten die Anfrage richten lassen, wie sie zur Errichtung einer Planstelle für einen Ordinarius für Geriatrie stehen würden, welche Meinung vertreten würde.

Ich habe die erste Antwort eben heute bekommen von der ... (*Heiterkeit bei der ÖVP.*) Sie ist heute zu mir gekommen. Ich habe sie eben zum erstenmal in der Hand. Bitte, ich weiß nicht, was es da zu lachen gibt. In der Tat ist es so. (*Abg. Dr. Schranz: Unter Unterrichtsminister Mock hat es keine Altersforschung gegeben! – Weitere Zwischenrufe.*)

In dieser Antwort erklärt die Wiener Medizinische Fakultät, daß die Bedeutung der Altersmedizin unbestritten ist, andererseits aber deutlich wurde, daß die Aspekte der Altersmedizin vielfältig sind und daher ein Lehrangebot in zahlreichen Fachdisziplinen berücksichtigt werden müsse. Sie führen also alles in allem zusammenfassend aus, daß derzeit aus der Sicht der Fakultät die Errichtung eines Ordinariates für Geriatrie nicht erforderlich scheint.

Wir werden uns mit diesen Fragen noch beschäftigen, auch damit, wie wir die Problematik einbauen werden.

Ich darf aber dazu sagen, daß wir die medizinische Geriatrie ja durch das Boltzmann-Institut unter der Leitung von Professor Fellingner einigermaßen gesichert haben, daß wir eine soziologische Beschäftigung, also eine Sozialgerontologie, unter der Leitung von Professor Rosenmayr in einem zweiten vom gemeinsamen Boltzmann-Institut abgetrennten Institut für Sozialgerontologie und Lebenslaufforschung im Rahmen der Boltzmann-Gesellschaft führen werden.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. **Feurstein** (ÖVP): Frau Bundesminister! Ihre Antwort hat wieder einmal gezeigt, daß Sie in der Forschung sehr aktiv sind, aber den alten Menschen nützt es nicht, wenn man nur forscht. Entscheidend sind die Maßnahmen!

Es ist vor allem überraschend, daß Sie mit den Ländern, die im Rahmen der Altenhilfe im Rahmen der sozialen Hilfe besondere Maßnahmen zu setzen haben – das ist Ihnen sicherlich bekannt –, keinerlei Kontakte geübt haben. Ich war überrascht, vom zuständigen Referenten der Vorarlberger Landesregierung zu erfahren, daß er von all diesen Dingen nur aus der Presse erfahren hat.

2612

Nationalrat XV. GP - 27. Sitzung - 6. März 1980

**Dr. Feurstein**

Meine konkrete Frage lautet jetzt aber: Haben Sie konkrete Vorschläge dem Herrn Sozialminister unterbreitet, auf Grund Ihrer Forschungen, inwieweit man den alten Menschen im Rahmen der Sozialpolitik helfen kann, inwieweit man neue soziale Maßnahmen für die alten Menschen im Rahmen des Sozialministeriums einleiten kann?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Herr Abgeordneter! Es ist nicht Angelegenheit des Forschungsministeriums, dem Sozialminister Vorschläge zu machen. Wir können nichts anderes machen, als die wissenschaftlichen Unterlagen dorthin zu reichen, wo sie Information geben, und das geschieht, Wissenschaftler aufzufordern, ihre Vorschläge zu unterbreiten. Das wird getan. Ich wundere mich, daß Ihre Institutionen für Altenhilfe noch keinen Kontakt haben. Denn gerade Professor Rosenmayr hat in seinem Institut - ich habe eben davon berichtet - außerordentlichen Wert darauf gelegt, mit den Alterspraktikern in Kontakt zu kommen. Wenn dies für Ihre Institutionen nicht geschehen ist, werde ich darauf aufmerksam machen, daß diese Aktion auch auf Ihr Land ausgedehnt wird.

**Präsident:** Eine weitere Anfrage. Herr Abgeordneter Probst.

Abgeordneter **Probst** (FPÖ): Frau Bundesminister! Auf der einen Seite wird sehr viel geforscht - Geriatrie und Gerontologie sind aufblühende Wissenschaften -, auf der anderen Seite fehlt mir - wie schon irgendwo angeklungen - eine Umsetzung dieser Forschungsergebnisse in die Praxis. Das heißt mit anderen Worten, alten Menschen wird, wenn sie zum Beispiel Anträge auf Kuraufenthalte stellen, geantwortet, das zahle sich bei ihnen ja nicht mehr aus.

Ich frage Sie: Wie sehen Sie die Möglichkeiten, eine Umsetzung der Ergebnisse dieser Forschung zum Nutzen alter Menschen durchzuführen, beziehungsweise wie sehen Sie die Möglichkeit, hier selbst zu kontrollieren, ob diese Umsetzung erfolgt, ob Ihre Forschungsanstalten sinnvoll waren und der Bevölkerung zugute gekommen sind?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Herr Abgeordneter! Forschung kann nichts anderes machen, als die Informationen, die über die Wissenschaft eingelangt sind, weiterzugeben. Das versuchen wir zum Beispiel durch Publikationen. Ich habe erwähnt, daß diese erste

Publikation, bei der erstmalig der Versuch gemacht wurde, gleichzeitig ein wissenschaftliches Werk und eine populäre Information zu geben, eine sehr starke Breitenwirkung hatte. Sie ist von allen Pensionistenverbänden verwendet worden, und es ist eine ganze Menge Rückfluß an uns gelangt, wie sich die älteren Menschen zu den Ergebnissen dieser Studie gestellt haben.

Wir können also im Grunde nichts anderes machen, als informieren und weitergeben, und dies geschieht natürlich am einfachsten und besten auf der einen Seite durch Publikationen, auf der anderen Seite dadurch, daß wir in Enqueten die Ergebnisse der Wissenschaft weitergeben.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Wille (SPÖ) an die Frau Minister.

133/M

Welche Ergebnisse hat die Kooperation zwischen Bund und Ländern auf dem Gebiet der Rohstoffforschung gebracht?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Herr Abgeordneter! Auf dem Gebiet der Rohstoffforschung und Rohstoffversorgungssicherung wurden entsprechend dem Rohstoffforschungskonzept kooperativ 1978 50 Projekte und 1979 über 100 Projekte mit den Bundesländern gemeinsam durchgeführt.

Im Jahr 1980 sind über 100 Projekte zur kooperativen Durchführung und Finanzierung geplant. Derzeit sind 40 Projekte allein durch unser Ministerium gesichert und in Angriff genommen.

Wir beurteilen diese Kooperation sehr positiv. Es sind erste positive Ergebnisse bereits hier, zum Beispiel die Kohleprospektion im Burgenland, in Oberösterreich, in der Steiermark, in Niederösterreich zur Klärung der Reservesituation oder zur Klärung der Gesteinsvorkommen für die Wärmedämmung oder die Prospektion hartmetallhöffiger Komplexe in der Steiermark. Eine ganze Reihe von sehr konkreten Projekten mit konkreten Ergebnissen ist aus dieser Kooperation erwachsen.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter **Wille:** Frau Bundesminister! Zweifellos wird die Rohstoffforschung dazu beitragen, daß die Nachfrage nach Rohstoffen auch im Inland verstärkt befriedigt werden kann.

**Wille**

Können Sie aber auch sagen, daß die Rohstoffforschung einen Beitrag zur allgemeinen Arbeitsplatzsicherung in unserem Lande leistet?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Ich würde sagen, Herr Abgeordneter, daß sich dieses Rohstoffforschungskonzept in zwei Richtungen auswirkt: einmal in allgemein wissenschaftlich-forschungspolitischer Hinsicht und zum zweiten als forschungspolitische Ergänzung zum Konzept für die Versorgung Österreichs mit mineralischen Rohstoffen, das von der Obersten Bergbehörde ja ausgearbeitet wurde, und zwar durchaus im Sinne Ihrer jetzigen Ausführungen.

Die Zielsetzung des Konzepts entspricht den Wünschen des Handelsministeriums, Wissenschaft und Forschung zur Verbesserung der Versorgung Österreichs mit Rohstoffen auf den verschiedensten Wegen und mit den verschiedensten Möglichkeiten einzusetzen und damit auch zu einer Entlastung unserer Rohstoffsituation und dadurch – wir Sie selber sagten – zur Sicherung der Arbeitsplätze beizutragen.

**Präsident:** Eine weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter **Wille:** Frau Bundesminister! Die Rohstoffforschung trifft ja sicherlich auf weiten Gebieten immer wieder auf das Problem Energieforschung, weil Rohstoffe und Energie in der Wirtschaft nahezu untrennbar miteinander verbunden sind. Nimmt Ihr Rohstoffforschungskonzept auf diese Tatsache Rücksicht?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Ja, Herr Abgeordneter, das ist selbstverständlich. Es nimmt Rücksicht, es ist in mehrfacher Hinsicht gekoppelt mit dem Energieforschungskonzept. Einmal von der Materie her, weil ja verschiedene mineralische Rohstoffe gleichzeitig Energiequellen, Energierohstoffe sind, und andererseits auch bei den verschiedenen Verfahren der Rohstoffgewinnung und Rohstoffverarbeitung in enger Beziehung zur Energieversorgung stehen, weil ja viele dieser Verfahren sehr energieaufwendig sind.

Es sind also in allen Beziehungen Rohstoff- und Energieforschung verflochten und verknüpft.

**Präsident:** Weitere Frage: Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. **König (ÖVP):** Frau Bundesminister! Heute spricht alles von Energie. Man übersieht vielfach, daß die Situation

bei manchen Rohstoffen ähnlich kritisch ist wie auf dem Energiesektor. Ich begrüße daher die Maßnahmen, die auf dem Sektor der Rohstoffforschung gesetzt werden.

Es geht aber nicht nur um die Forschung, sondern es geht vor allem auch um die Sicherung jener Rohstoffe, die ja bei uns gar nicht vorhanden sind. Hier fehlt uns immer noch ein Rohstoffversorgungssicherungskonzept des Handelsministeriums.

Meine Frage, Frau Bundesminister: Stehen Sie hinsichtlich der Forschungsseite mit dem Handelsminister bei der Erarbeitung eines solchen Versorgungskonzeptes in Kontakt?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Alle diese Arbeiten, sowohl Rohstoffforschung als auch Rohstoffversorgung, erfolgen in ganz enger Zusammenarbeit zwischen Handelsministerium und Wissenschaftsministerium.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix (FPÖ):** Frau Bundesminister! Die Frage der Rohstoffversorgung muß ja in dem größeren Zusammenhang gesehen werden, der dadurch charakterisiert ist, daß Energieversorgung mit hineinspielt, daß die Wirtschaftssicherung in Krisenzeiten mit hineinspielt, aber auch die Vorsorge für eine umfassende Landesverteidigung.

Meine Frage, die nicht zuletzt auch dadurch motiviert ist, daß Österreich bei seinem Rohstoffbedarf zu zirka 30 Prozent von Importen abhängig ist, zielt darauf ab, inwieweit eine Koordination des Rohstoffforschungsprogramms Ihres Hauses mit jenen Konzepten, die für die umfassende Landesverteidigung ausgearbeitet werden, verbunden ist.

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Ich muß gestehen, Herr Abgeordneter, daß ich diesen Gesichtspunkt eigentlich noch gar nicht berücksichtigt habe. Wir sind wahrscheinlich indirekt dadurch, daß wir in ganz enger Verbindung mit dem Handelsministerium die Ausarbeitungen machen, auch verknüpft mit der Frage, die Sie stellen. Ich werde aber nicht ermangeln rückzufragen, ob hier eine direkte Beziehung bereits erstellt wurde.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Köck.

**Abgeordneter Köck (SPÖ):** Frau Bundesminister! Die gemeinsame Rohstoffforschung zwischen Bund und Ländern kann zweifellos als ein Modellfall des kooperativen Föderalismusgedankens angesehen werden, bei dem es nicht zuletzt auch zu einem sinnvollen und rationellen Einsatz der dafür notwendigen Mittel kommt.

Mich hätte interessiert, Frau Bundesminister: Wie hoch sind die Ausgaben im letzten Jahr gewesen und wie haben sich die Ausgaben zwischen Bund und Ländern aufgeteilt?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Herr Abgeordneter! Im Jahr 1979 waren die Ausgaben – und das sind beginnende Forschungsprojekte – 65 Millionen Schilling, von welchen 40 Millionen Schilling vom Bund getragen wurden, 26 Millionen Schilling davon vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung.

Für 1980 kann ich die genauen Ziffern noch nicht nennen. Von uns aus sind derzeit etwa 32 Projekte mit einem Aufwand von 15 Millionen Schilling schon im Gang. Aber da sind noch nicht übrige Ressorts und noch nicht die Bundesländer beteiligt.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 5: Herr Abgeordneter Nowotny (SPÖ) an die Frau Minister.

134/M

Welchen Stand hat die Reform der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen erreicht?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Herr Abgeordneter! Das Bundesgesetz über die sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studien ist das erste besondere Studiengesetz, dessen Aufbau nach den Grundsätzen des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes aus dem Jahre 1966 gestaltet wurde.

Auch an die Universitäten gingen seit etwa fünf Jahren gleichfalls immer wieder Anregungen, aus denen sich doch ergab, daß Verbesserungen der Ausbildung der Studenten dieser Studienrichtungen zu günstigeren Berufsaussichten der Absolventen geführt hätten. Es kamen zahlreiche Anregungen für Verbesserungen von der Wirtschaft, vor allem auch von der Wirtschaftsuniversität, vom Bundesministerium für Unterricht und Kunst, und von den Studenten kam eine Fülle von Anregungen, die teilweise sehr kontroversiell waren.

Es ist erstmals im Rahmen einer Enquete der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft im November des Vorjahres gelungen – auch Vertreter des Ministeriums haben daran teilgenommen –, eine gewisse Übereinstimmung zu erzielen, und ich habe nach dieser Enquete eine Expertengruppe einberufen, die sich konkret mit den Vorschlägen für die Reform des Studiums beschäftigen sollte und die sich bereits in zwei mehrtägigen Klausurtagungen mit diesen Fragen im konkreten beschäftigt hat und konkrete Reformvorschläge erbringen wird.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

**Abgeordneter Dr. Nowotny:** Frau Bundesminister! Die Situation der Reform der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studien ist ja nicht ganz einfach, weil es hier doch eine Reihe von divergierenden Meinungen gibt: einerseits von seiten der Wirtschaft, andererseits von seiten der Studenten, drittens von seiten der Professoren, wobei auch wieder innerhalb der Fakultäten die Meinungen nicht ganz einheitlich sind.

Die Frage, die mich nun interessiert, würde sein, ob sich aus Ihrer Sicht beziehungsweise aus der Sicht des Ministeriums schon gewisse Leitlinien für die Reform abzeichnen, ausgehend von der Diskussion, wie sie jetzt besteht.

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** In der Tat, Herr Abgeordneter, sind die Meinungen sehr divergierend, und zwar von den verschiedensten Kreisen her. Die Fakultäten, die dieses Studium zu betreuen haben, haben unterschiedliche Auffassungen. Auch bei der Wirtschaft ist die Meinung nicht durchaus einhellig. Zwischen den Studierenden gibt es unterschiedliche Auffassungen. Es ist schwierig, hier zu einer allgemeinen Leitlinie zu kommen.

Die letzten Diskussionen haben aber doch folgende Reformziele zustande gebracht und außer Streit gestellt: Eine Konzentration der Ausbildung auf die Kernfächer, eine Verstärkung des Praxisbezuges der Studien, Intensivierung der Fremdsprachenkenntnisse, ein Wunsch, der sehr massiv herangetragen wird, eine besondere Gestaltung des Studienbeginns und eine verstärkte Darstellung des Zusammenhanges der einzelnen Fächer, die diesem Studium zugehören. Das bedeutet praktisch, daß die Kernfächer der jeweiligen Studienrichtung als Diplomprüfungsfächer in beiden Studienabschnitten aufscheinen sollten, und das bedeutet auch im Hinblick auf die notwendige Konzentration auf die Kernfächer doch ein Zurücktreten verschiedener anderer Fächer, unter anderem

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

auch der Rechtsfächer bei der Gestaltung des Studienplanes.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Nowotny:** Frau Bundesminister! Ist es angesichts dieses Standes der Diskussion, den Sie uns geschildert haben, schon möglich, ungefähr anzugeben, wann mit einer Regierungsvorlage für eine Novelle der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studien zu rechnen ist?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Es scheint notwendig, daß man mit dem letzten Ergebnis dieser Reformgruppe doch noch einmal die Universitäten beziehungsweise die betroffenen Fakultäten beschäftigt, sie noch einmal damit konfrontiert; eine Enquete wird unabhängig notwendig sein.

Es wäre denkbar, wenn diese Zusammenkunft relativ unstrittig erfolgt, daß dann die Ausarbeitung eines Ministerialentwurfes als Novelle in Kürze erstellt werden könnte und in das normale Begutachtungsverfahren geht. Es wird weitgehend davon abhängen, wie die Reformvorschläge, die jetzt erarbeitet werden, aufgenommen werden.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Neisser.

Abgeordneter Dr. **Neisser (ÖVP):** Frau Minister! Sie haben vorhin bereits angedeutet, daß es bei dieser Reform bei einigen Fächern zu einem Zurücktreten kommen wird und haben dabei die rechtswissenschaftlichen Fächer genannt. Es besteht in manchen Kreisen eine gewisse Verunsicherung. So gibt es auch das Gerücht, daß im Rahmen dieser Reform die Mathematik und Statistik als Prüfungsfach abgeschafft und reduziert werden soll. Sind Sie in der Lage, hier jene Fächer zu nennen, bei denen eine Abschaffung als Prüfungsgegenstand und eine Reduktion vorgesehen ist?

**Präsident:** Frau Bundesminister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Ich bin derzeit nicht dazu in der Lage, weil die Gespräche noch nicht völlig abgeschlossen sind. Es sind so viele Vorschläge gekommen, etwas auszudehnen und etwas einzuschränken, daß das erst im Kreis der Reformgruppe selbst in einem Gespräch einmals konkret abgeklärt werden soll. Auf jeden Fall werden die Rechtsfächer insofern einzuschränken sein, als Rechtsmaterien, die mit sozial- und

wirtschaftswissenschaftlicher Ausbildung nicht unmittelbar zu tun haben, gekürzt werden.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager (FPÖ):** Frau Bundesminister! Ein Punkt, der Anlaß zu dieser legistischen Arbeit der Reformierung des Sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studiengesetzes gab, war die Kritik, daß die Sprachausbildung zu gering sei. Soweit man weiß, ist da eine Verbesserung in Aussicht gestellt.

Nehmen Sie diesen Anlaß auch für andere Studienrichtungen her, um auch in anderen Studienrichtungen – ich denke zum Beispiel an die Juristen, aber auch an die Mediziner und Techniker – eine Verbesserung der Fremdsprachenausbildung der Studenten – wahrscheinlich nur auf freiwilliger Basis – ins Auge zu fassen?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! So wünschenswert dies wäre, glaube ich nicht, daß wir das in sehr rascher Zukunft realisieren werden können, weil gerade die Studenten der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften bewiesen haben, daß ein freiwilliges Anbot relativ wenig genützt wird.

Wir haben aber an allen Universitäten die Möglichkeit für jeden Studenten, Sprachstudien zu betreiben, und wir werden sicherlich eine Kampagne einsetzen dafür – das ist bereits geplant –, unseren Studenten sehr nahelegen, daß es heute außerordentlich wichtig ist, insbesondere für Angehörige eines kleinen Landes, wie wir es sind, eine der Weltsprachen zu beherrschen.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Steger (FPÖ) an die Frau Minister.

137/M

Werden Sie bezüglich der beiden Häuser Judenplatz 1 (Jordangasse 9) und 2 am Denkmalschutz im derzeit bestehenden Ausmaß festhalten?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Auf Grund des Bescheides vom 28. Jänner 1980 steht das Haus Judenplatz 2 zur Gänze und das Haus Judenplatz 1 (Jordangasse 9) mit Ausnahme der Stiegen und Gänge unter Denkmalschutz. Es ist weder beim Bundesdenkmalamt noch beim Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung ein Verfahren zur Veränderung oder zum Teilabbruch der beiden

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

Häuser und damit zur Einschränkung des Denkmalschutzes für diese Objekte anhängig.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Steger** (FPÖ): Frau Bundesminister! Sie kennen wahrscheinlich ein Problem auch aus den Medien, nämlich daß es immer wieder bei gewissen Häusern vorkommt, daß trotz des Vorliegens des Denkmalschutzes halt systematisch eine stille Demolierung stattfindet. Deswegen wurde ja das Denkmalschutzgesetz im § 4 novelliert, wo jetzt ausdrücklich festgelegt ist, daß einer Zerstörung gleichzuhalten ist, wenn der Eigentümer oder sonstige Verantwortliche des Denkmals unbedingt notwendige Instandhaltungsmaßnahmen in der offenbaren Absicht, es zu zerstören, unterläßt.

Es sind dann in diesem selben Gesetz auch Maßnahmen enthalten. Ich darf Sie fragen: Welche Maßnahmen haben Sie bisher eingeleitet, um die Zerstörung des Hauses Judenplatz 2 hintanzuhalten?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg**: Herr Abgeordneter! Das Gesetz, auch in seiner novellierten Form, gibt nicht sehr viele Möglichkeiten, die Instandhaltung durchzusetzen. Es heißt ja im § 4 Absatz 1 des Denkmalschutzgesetzes, daß unbedingt notwendige Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden müssen, um eine böswillige Zerstörung zu verhindern.

In dem vorliegenden Fall - und dieser Fall wird natürlich sehr genau geprüft und beobachtet, nicht nur durch die Medien, sondern auch durch das Bundesdenkmalamt -, in diesem Fall ist es nach dem letzten Bericht an mich so, daß in beiden Häusern zumindest die im Sinn des Denkmalschutzes vorgesehenen unbedingt notwendigen Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt wurden.

Das Dach - das ist ja die kritische Stelle - ist stets dicht gewesen, und die Fenster waren so weit repariert, daß eine Zerstörung des Hauses damit nicht angestrebt werden konnte. Es wurden bisher keine Unterlassungen bekannt, die im Sinne der Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes einer Zerstörung gleichzuhalten wären und aus deren Unterlassung bereits strafrechtlich die Absicht der Zerstörung offenbar würde.

Wie Sie wissen, waren ja ursprünglich im Denkmalschutz etwas strengere Bestimmungen vorgesehen, aber mit diesen Bestimmungen konnten wir im Parlament nicht durchkommen.

**Präsident:** Eine Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. **Steger**: Frau Bundesminister! Die Baupolizei hat ausdrücklich schriftlich festgehalten, daß sich der Zustand dieses Hauses in den letzten Jahren entscheidend verschlechtert hat.

Jetzt gebe ich Ihnen vollkommen recht: Es stimmt, daß alle diese Häuser erhalten werden müssen, weil sonst unsere Lebenssubstanz in den Städten abnimmt.

Ich darf Sie trotzdem jetzt konkret fragen: Welche Maßnahmen im Sinne des § 7 sind bisher überlegt worden, werden Sie das allenfalls überprüfen, falls Sie es noch nicht überlegt haben, und welche einleiten?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg**: Herr Abgeordneter! Wie ich bereits gesagt habe, werden laufend diese beiden Objekte in Beobachtung gehalten, Sie können versichert sein, daß vom Bundesdenkmalamt aus alles getan wird, was eine Beschädigung dieser Häuser oder einen Abbruch verhindert.

**Präsident:** Eine weitere Anfrage. Herr Abgeordneter Dr. Schüssel.

Abgeordneter Dr. **Schüssel** (ÖVP): Frau Bundesminister! Ihnen ist sicherlich der sogenannte Zilk-Kallinger-Pakt bekannt. Der Inhalt dieses Zilk-Kallinger-Paktes besteht darin, daß im Innenhof des Gebäudes Judenplatz 2 Büroräume errichtet werden sollen. Im Gespräch sind dabei Erweiterungswünsche des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofes.

Ich frage Sie daher, Frau Bundesminister: Ist Ihnen bekannt, daß von seiten des Bundeskanzleramtes, das im Fall der Miete hier zuständig wäre, oder von seiten des Bautenministeriums, das für einen Ankauf zuständig wäre, entsprechende Initiativen gesetzt wurden? Wenn ja, wurde dafür die Einwilligung des Bundesdenkmalamtes bereits eingeholt, und ist diese gegeben worden?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg**: Wie ich bereits gesagt habe, Herr Abgeordneter, liegt kein anderer Antrag auf Veränderung oder Abbruch als der, der abgelehnt wurde, beim Bundesdenkmalamt. In der Tat ist es so, daß die Stiegen und Gänge nicht unter Denkmalschutz stehen. Aber es ist kein Antrag auf eine Zerstörung oder einen Abbruch beim Bundesdenkmalamt.

**Präsident:** Eine weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Frau Bundesminister! Wir nehmen zur Kenntnis, daß die derzeitige Situation so ist, daß der Denkmalschutz aufrecht ist. Aber es ist bekannt, daß für diese Häuser ein neues Projekt vorliegt, das wiederum im Hinterteil dieser Häuser eine Entkernung vorsieht.

Meine Frage: Halten Sie auch gegenüber einem derartigen neuen Projekt an der Denkmalschutzlage dieser Häuser fest?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Es wird an dem Bestandteil, der denkmalgeschützt ist, sicher nichts geändert. Denn das ist eine so lange umstrittene und untersuchte Sache, daß hier kaum für neue Umstände, die zu einer veränderten Haltung führen könnten, eine Möglichkeit besteht. Ich glaube nicht, daß hier etwas geschehen kann.

Ich habe hier eine ganze Reihe von Schreiben, in denen man uns und dem Denkmalamt bestätigt, daß wir sehr zielstrebig für die Erhaltung dieser Objekte eintreten. Wir werden selbstverständlich das, was denkmalgeschützt ist, auch in Hinkunft denkmalgeschützen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 7: Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ) an die Frau Minister.

149/M

Bis wann kann mit der Verwirklichung der im UOG vorgesehenen Errichtung einer Abteilung für Hochschuldidaktik an jedem Hochschulort gerechnet werden?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Die Vollziehung und damit die Verwirklichung der im Universitäts-Organisationsgesetz vorgesehenen Einrichtungen erfolgte und erfolgt etappenweise, und zwar nach einem sehr genauen Plan. Wie Sie wissen, haben wir zuerst die Neugliederung der Universitäten, der Fakultäten vorgenommen, dann die Kommissionen eingerichtet, die Universitätsstruktur fast bis zum Abschluß gebracht. Die Institute sind bereits fast zur Gänze gegründet.

Wir haben einen Teil der besonderen Universitätseinrichtungen bereits eingerichtet oder reformiert, wie etwa die Universitätsbibliothek oder die EDV-Zentren. Großgeräteabteilungen sind im Aufbau, wir haben sie in Linz bereits eingerichtet. Es sind eine Reihe von Forschungsinstituten, die das UOG vorsieht, gegründet

worden. Die Universitätssportinstitute sind gegründet oder in Gründung.

Es bleiben noch die Abteilungen für Hochschuldidaktik. Sie sind der letzte Teil der organisatorischen Durchführung. Die Hochschuldidaktikabteilungen, wie das Gesetz sie vorsieht, müssen sehr gründlich in ihrem organisatorischen Aufbau überlegt und eher mit Behutsamkeit eingerichtet werden, denn der Hauptteil der didaktischen Aufgaben liegt ja bei den Professoren selbst beziehungsweise auch in den Studienkommissionen.

Nun gibt es, das muß man sagen, in Österreich keine nennenswerte hochschuldidaktische Tradition und aus den einschlägigen erziehungswissenschaftlichen und pädagogischen Instituten sind nicht übermäßig viele Anregungen gekommen. Wir haben vorbereitend begonnen, mit einer Reihe von Forschungsaufträgen zu überlegen, wie diese Didaktikinstitute oder -abteilungen aussehen sollen. Erst dann werden wir diese neue Form der Didaktikinstitute oder -abteilungen organisatorisch einrichten.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager:** Frau Bundesminister! Wir nehmen zur Kenntnis, daß etliche andere UOG-Maßnahmen gesetzt wurden, aber ich glaube, das entschuldigt nicht, daß wir nun bereits über ein halbes Jahrzehnt auf Didaktikzentren warten. Wenn Sie sagen, es wurden von seiten der Professoren keine Anregungen gebracht, dann meine Frage – wir haben seit weit über zehn Jahren eine Universität für Bildungswissenschaften –: Sind von dieser Seite her Grundlagen für die Errichtung von Hochschuldidaktikzentren geschaffen und eingebracht worden?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Die Umstellung der Universitätsstruktur in dem Maße, wie sie durch das UOG vorgesehen ist, ist eine sehr grundlegende und tiefgehende Strukturänderung. Sie muß also, und das war unser Leitsatz bei der Durchführung, nicht nur sehr gewissenhaft, sondern mit großer Behutsamkeit durchgeführt werden. Es dauert daher auch etwas länger zum Beispiel die Gründung der Institute, die Instituteinrichtungen dauern länger, als wir erwartet haben, weil es viel mehr Gespräche geben muß, als ursprünglich vorgesehen war. Es ist also kein Versäumnis, und ich entschuldige mich nicht dafür, daß die Hochschuldidaktikeinrichtungen und -abteilungen noch nicht eingerichtet wurden.

2618

Nationalrat XV. GP - 27. Sitzung - 6. März 1980

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

Es sind bisher keine konkreten Anregungen gekommen, wie sie organisatorisch aussehen sollen, wir sind viel eher in die Richtung gegangen, zuerst einmal die notwendigen Vorarbeiten zu leisten, ehe wir an die organisatorische Lösung gehen.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager:** Frau Bundesminister, darf ich noch einmal fragen. Mir geht es darum, von Ihnen eine Antwort zu bekommen, ob die Wissenschaft selbst inhaltliche Unterlagen für diese Didaktikkonzepte erarbeitet hat.

Nochmals meine konkrete Frage: Hat sich die Universität für Bildungswissenschaften in dieser Frage aktiv gezeigt? Gibt es Forschungen auf diesem Gebiet, die in einem größeren Ausmaß als Unterlage für die Errichtung dieser Institute zugänglich sind? Das ist meine konkrete Frage.

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Wenn Sie so konkret fragen, Herr Abgeordneter, werde ich Ihnen sagen, von der Universität für Bildungswissenschaften ist kein konkreter Vorschlag gekommen, wie hochschuldidaktische Abteilungen der Universitäten konkret organisatorisch aufgebaut werden sollen.

Das ist kein Versäumnis der Hochschule für Bildungswissenschaften, sondern das hängt zusammen mit der sehr komplizierten Materie. Wenn ein solches hochschuldidaktisches Institut, eine solche Abteilung kein bloßer Leerlauf sein soll, dann bedarf es zuerst der ausgebildeten Fachkräfte für die verschiedenen Fachdidaktiken. Das ist ein kolossaler Unterschied, je nach den Studienrichtungen. (*Abg. Dr. Blenk:* Das dauert jahrelang?) Ja, das dauert jahrelang.

Wir haben einen Stock von Hochschulprofessoren langsam aufgebaut und angeregt, die Hochschullehrer sollen sich mit diesen Fragen beschäftigen.

Ich habe betont, wir haben keine Tradition auf diesem Gebiet und kommen jetzt langsam dazu, daß wir eine Reihe von Hochschulprofessoren haben, die einen Akzent auf die Didaktik legen; darunter auch alle Hochschullehrer, die an der Universität für Bildungswissenschaften arbeiten.

Wir haben das Spektrum erweitert, aber noch durchaus nicht voll ausgeschöpft, und es scheint mir nicht sinnvoll, ehe man hier die entsprechenden Personen hat, die auch tatsächlich diese Arbeiten – sie sind sehr schwierig, weil sie Neuland sind – durchführen können, ehe wir die personelle Besetzung, die notwendigen Vorar-

beiten auf allen Gebieten haben, solche Institute vorzeitig einzurichten. Es ist besser, die notwendigen Arbeiten vorher zu machen, die Ausbildung der betreffenden Assistenten, auch von denen, die bei Professoren arbeiten, die mit hochschuldidaktischen, fachdidaktischen Fragen beschäftigt sind, voranzutreiben, als ein Institut oder eine Abteilung einzurichten, für die dann eigentlich die entsprechende Arbeit nicht vorhanden ist.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Maderner.

Abgeordneter DDr. **Maderner** (SPÖ): Frau Bundesminister! Man pflegt in der Pädagogik zu sagen, daß der theoretische Teil der Pädagogik eine Wissenschaft, der praktische Teil eine Kunst sei. Es dürfte diese Feststellung wohl auch auf die Pädagogik, die an Hochschulen betrieben wird – und zwar nicht nur als Fach, sondern durch das Lehren an Hochschulen –, zutreffen.

Ist das mit ein Grund, daß man vorsichtig ist bei dem Ausbau eines Netzes von didaktischen Einrichtungen und eines didaktischen Zentrums? Ist nicht zu erwarten, daß die einzelnen Professoren sich auch selbst in ihrem eigenen Wirkungskreis didaktische Methoden überlegen und zurechtlegen müssen?

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Sie treffen genau den Punkt, Herr Abgeordneter. Es ist jetzt so, daß eine Reihe von Professoren für Hochschuldidaktik, Fachdidaktik interessiert werden konnte, und es ist der zweite Schritt getan, daß diese Professoren miteinander in einer Kontaktgruppe zusammengefaßt sind, auch verschiedene didaktische Lehrmittel schon ausgearbeitet haben.

Wir haben zusätzlich eine ganze Reihe von Förderungsmaßnahmen für Hochschuldidaktik gesetzt, also etwa die Anregung von einer ziemlich großen und wichtigen Anzahl von Projekten und Publikationen für diesen Zweck.

Wir haben außerdem ein interuniversitäres Forschungsinstitut für Unterrichtstechnologie und Mediendidaktik, Ingenieurpädagogik in Klagenfurt gegründet, das auf diesen Gebieten entsprechende Aufgaben hat. Es stehen Ergebnisse wegen der kurzen Zeit des Bestehens natürlich noch nicht zur Verfügung. Aber hier sind wir auf dem Weg, ein ganzes System von geschulten Professoren und Assistenten, fundiert durch bestimmte vorgegebene Projekte, zusammenzufassen zu einem Kreis, der uns behilflich ist bei der organisatorischen Lösung dieser Frage.

**Präsident:** Herr Abgeordneter Paulitsch, die nächste Frage.

Abgeordneter Dr. **Paulitsch** (ÖVP): Frau Bundesminister! Sie haben bereits die Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt erwähnt. Es ist ja dort seit der Gründung und insbesondere seit der Aufnahme des Betriebes ein besonderer Schwerpunkt in der Hochschuldidaktik. Man hat schon sehr viel praktische Erfahrung erworben.

Ich stelle an Sie daher die Frage, ob Sie bereit sind, Ergebnisse dieser Universität für den Aufbau dieser Hochschulzentren für Didaktik, für die kommunikative Beratung der Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt einzubauen.

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Es ist Auftrag der Universität für Bildungswissenschaften, diese Vorarbeiten für alle Universitäten zu leisten. Daher auch die interuniversitären Institute, die gerade auf diesem Gebiete an der Universität für Bildungswissenschaften gegründet werden.

Selbstverständlich sind wir bereit – das Ministerium und alle anderen auf diesem Gebiet Tätigen –, die Ergebnisse, die die Universität für Bildungswissenschaften für dieses Gebiet geschaffen hat, zusammenzufassen und einzubauen in die künftige Organisationsform.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Sehr geehrte Frau Bundesminister! Nachdem durch Ihre Fragebeantwortung klargestellt wurde, daß von der Universität für Bildungswissenschaften noch keine Vorschläge für die Errichtung der didaktischen Zentren gekommen sind, frage ich Sie, ob Sie zur Beseitigung dieses offenkundigen Mangels durch die gezielte Vergabe von Forschungsaufträgen beitragen werden.

**Präsident:** Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Eine gezielte Vergabe von Forschungsaufträgen auf diesem Gebiet erfolgt laufend, und wir haben eine ganze Fülle von Details und Detailuntersuchungen auf diesem Gebiet. Aber sie zusammenzufassen zu einem System, das gestattet, Zentren einzurichten und organisatorisch so aufzubauen, daß sie funktionieren, so weit ist die Arbeit sicherlich noch nicht gediehen.

Ich darf aber hinzufügen – um hier keinen Irrtum aufkommen zu lassen –, daß das in absehbarer Zeit zweifellos geschehen wird, weil die Vorarbeiten so weit gediehen sind, daß wir in einem Arbeitskreis nächstens einmal feststellen können, welche Lücken vorhanden sind, personal- und forschungsmäßig, und wann etwa diese Lücken gefüllt sein können, sodaß ein Gesamtkonzept entwickelt werden kann.

**Präsident:** Wir kommen zur Anfrage 8: Herr Abgeordneter Frischenschlager (FPÖ) an die Frau Bundesminister.

148/M

Wurde die Studie „Bildungsexpansion und Arbeitsmarkt – Befunde zur Entwicklung in Österreich bis 1990“ von Ihrem Ressort bereits auf die sich hieraus ergebenden hochschulpolitischen Konsequenzen geprüft?

**Präsident:** Bitte, Frau Minister.

Bundesminister Dr. Hertha **Firnberg:** Herr Abgeordneter! Sie fragen, ob wir uns mit den Studien „Bildungsexpansion und Arbeitsmarkt“ beschäftigt haben. Selbstverständlich werden in meinem Ministerium derartige Studien sofort untersucht, aufbereitet und für die Arbeit des Ministeriums genutzt, und zwar alles, was sich mit Bildungspolitik und Bildungsplanung beschäftigt. Die von Professor Clement und seinen Mitarbeitern vorgelegte Studie, über die ich übrigens mit ihm im Fernsehen auch diskutiert habe, ist in einem wesentlichen Teil, nämlich in dem der Prognose der Studierenden und der Studienabschlüsse, eigentlich bekannt, denn das Material dafür stammt aus einer Auftragsforschung, die das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung an das Institut für sozioökonomische Entwicklungsforschung der Akademie der Wissenschaften in Auftrag gegeben hat, die Daten wurden Professor Clement zur Verfügung gestellt. Ich darf auch daran erinnern, daß die Hauptergebnisse dieser Prognose im Hochschulbericht 1978 auch dem Hohen Haus zur Kenntnis gebracht wurden.

Der zweite Teil – die Prognose des Bedarfes, Nachfrage nach Arbeitskräften an den einzelnen Teilarbeitsmärkten für Absolventen der einzelnen Bildungsstudien – ist eigentlich in seinem prognostischen Wert eher als bescheiden anzusehen. Wenn Sie sich das Buch angesehen haben, werden Sie sehen, daß die Annahmen über die künftige Qualifikationsstruktur im Bereich der Nachfrage einfach eine Fortschreibung der Verhältnisse des Jahres 1971 sind und daß zum Teil sogar davon ausgegangen wurde, daß Österreich im Jahr 1990 etwa den Zustand der Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte haben wird, die die Bundesrepublik Deutsch-

2620

Nationalrat XV. GP - 27. Sitzung - 6. März 1980

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

land im Jahr 1970 erreicht hatte. Es unterstellt diese Prognose also, daß sich zwischen 1971 und 1990 in der Qualifikationsstruktur nichts ändern wird. Es ergeben sich aus dieser Prognose im Zusammenhalt mit dem bildungspolitischen Teil rechnerische Überschüsse und Defizite, die keineswegs aussagen, wie die tatsächlichen Verhältnisse sein werden.

**Präsident:** Zusatzfrage. Bitte.

**Abgeordneter Dr. Frischenschlager:** Frau Bundesminister! Sie werden ja sicher auch meinen Standpunkt teilen, daß die Berufsproblematik eine ganz, ganz wesentliche Sache für die Bildungspolitik ist. Wenn Sie jetzt an dieser Studie im Berufsteil Kritik üben, so kann ich natürlich nicht nachprüfen, ob das stimmt.

Meine Frage: Da das so eine wesentliche Sache ist, wird von Ihrer Seite als Grundlage für die Bildungspolitik eine ähnliche Studie angestrebt, die Ihrer Meinung nach die tatsächlichen Verhältnisse bei der Berufsprognose offenlegt?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Herr Abgeordneter! Wir haben verschiedene solche Studien in Auftrag gegeben und durchgeführt. Aber ich darf auch als bekannt voraussetzen, daß ich und nicht nur ich, sondern eine ganze Reihe von Bildungspolitikern, auch in der Bundesrepublik zum Beispiel, mit der ich jetzt Gespräche führte, außerordentlich skeptisch sind über die Möglichkeit solcher längerfristiger Prognosen über den Bedarf der Qualifikationen und der Berufsstruktur.

Wir führen solche Studien im Einzelfall durch. Ich melde aber sofort alle Skepsis an, die man solchen Prognosen gegenüber, wenn sie längerfristig sind, einnehmen muß.

**Präsident:** Weitere Frage. Bitte.

**Abgeordneter Dr. Frischenschlager:** Frau Bundesminister! Es geht ja dabei vor allem auch um Spartenprobleme. Gerade gestern oder heute konnten wir in den Zeitungen lesen, daß Dekane von technischen Fakultäten behaupten, es gebe zu wenig Techniker.

Sind Sie bereit, daß speziell dort, wo Hoffungsgebiete sind für unseren Nachwuchs, beruflich unterzukommen, nachgeforscht wird, wie die Verhältnisse sind, um entsprechende Unterlagen für die Bildungsberatung unserer Maturanten zu haben?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Herr Abgeordneter! Sie geben mir den schlagenden Beweis für die Unrichtigkeit aller Prognosen. Noch vor wenigen Jahren ist prognostiziert worden, daß wir einen Technikerüberfluß erhalten werden. Es wird jetzt ein akuter Technikermangel vorausgesagt, was zutrifft, weil auf dem Arbeitsmarkt der Bedarf nach Technikern besonderer Ausbildungsqualifikation in den letzten Jahren unerwartet und nicht voraussagbar gestiegen ist.

Wir haben für die Techniker eine Studie schon durchgeführt; ich weiß nicht, ob sie schon abgeschlossen ist, aber sie ist in Arbeit. Es wird jedenfalls für einzelne Berufssparten, für die es uns möglich scheint, solche Voraussagen sinnvoll zu machen, Forschungsaufträge zur Prognose und zur Durchleuchtung der Situationen in den nächsten Jahren geben.

**Präsident:** Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Blenk.

**Abgeordneter Dr. Blenk (ÖVP):** Frau Bundesminister! Ich möchte noch einmal in das Problem Studienberatung einsteigen. Ich glaube, gerade das letzte Beispiel ist nicht ein Beweis dafür, daß die Studienberatung selbst keinen Sinn hat, sondern wir wissen, daß etwa in Leoben einfach nicht genügend Studenten vorhanden sind.

Daher meine konkrete Frage: Was, Frau Bundesminister, gedenken Sie, als Folge dieser doch sehr eindrücklichen Studie im Bereiche der Studienberatung zu tun? Was werden Sie tun, um die notwendige Intensivierung der Studienberatung zu koordinieren?

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Herr Abgeordneter! Was die Frage der Studienberatung betrifft, bin ich keineswegs skeptisch, sondern ich bin immer wieder bemüht, die Studienberatung auch im Zusammenhalt mit der Berufsberatung im Einvernehmen mit dem Sozialministerium zu verbessern.

Wovon ich gesprochen habe, war die Skepsis gegenüber den Bedarfsschätzungen für künftige Berufe. Wir haben gemeinsam mit dem Bundesministerium für soziale Verwaltung eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, die in diese Richtung einer besseren Beratung gehen. Es wurde zum Beispiel ein Arbeitsmarktbarometer entwickelt, das kurzfristig als ein wirksames Frühwarnsystem für den Arbeitsmarkt von Akademikern wirken soll. Es ist die Informationstätigkeit über Studien und Berufe und ihre Zusammenhänge sehr beträchtlich erweitert und verbessert worden und es wird in diesem Jahr -

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg**

das ist eine neue Einführung - ein Beratungsdienst für Hochschulabgänger die Tätigkeit aufnehmen. Beteiligt sind die beiden Ministerien soziale Verwaltung, Wissenschaft und Forschung.

Wir wollen nach einiger Zeit auch die Sozialpartner bitten, in diesen Verein einzutreten und behilflich zu sein, und dieser Verein wird diese Aufgaben erfüllen, nach denen Sie mit Recht rufen, nämlich Informationen über den Arbeitsmarkt im allgemeinen und im besonderen zu bieten, die Vorbereitung auf das Berufsleben und auf den Arbeitsmarkt und die Hilfsstellung für absolvierte Akademiker beim Eintritt in das Berufsleben durchzuführen. Das wird eine neue Institution sein, die zusätzlich behilflich sein soll, daß Akademiker die richtige Wahl treffen, in der richtigen Form ins Arbeitsleben eintreten.

**Präsident:** Weitere Frage: Herr Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. **Josseck (FPÖ):** Frau Bundesminister, mich persönlich würde interessieren, aus Ihrem Ressort und von Ihnen zu erfahren, welche Studienrichtungen derzeit als überlaufen anzusehen sind.

**Präsident:** Frau Minister.

**Bundesminister Dr. Hertha Firnberg:** Es gibt einzelne Studienrichtungen, für die man das ohne Zweifel bei aller gewissenhaften Beurteilung sagen kann. Es sind zweifellos überlaufen, weil in gar keiner Weise die Chance besteht, die derzeit Studierenden und Absolventen einzusetzen in berufsnahe Tätigkeiten, Psychologie, Zeitungswissenschaft, Kommunikationswissenschaften, Theaterwissenschaften und noch einige andere Geisteswissenschaften, alle in der Richtung, daß sie als ein relativ leichtes Studium gelten, das verhältnismäßig leicht zu einem Doktorat führt.

**Präsident:** Die Fragestunde ist beendet.

**Zuweisungen**

**Präsident:** Dem Verfassungsausschuß weise ich den eingebrachten Antrag 42/A der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Schaffung eines Ehrenzeichens aus Anlaß der 60. Wiederkehr des Tages der Kärntner Volksabstimmung zu.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen zu wie folgt:

Dem Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz:

Bundesgesetz über das Arzneibuch (Arzneibuchgesetz) (244 der Beilagen);

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Hochschul-Studiengesetz geändert wird (253 der Beilagen);

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Lohnpfändungsgesetz geändert wird (Lohnpfändungsgesetz-Novelle 1980) (260 der Beilagen).

**Behandlung der Tagesordnung**

**Präsident:** Einvernehmlich schlage ich vor, die Debatte über die Punkte 2 und 3 der heutigen Tagesordnung unter einem durchzuführen. Es werden daher zuerst die Berichterstatter ihre Berichte geben; sodann wird die Debatte über beide Punkte unter einem vorgenommen. Die Abstimmung erfolgt selbstverständlich, wie immer in solchen Fällen, getrennt.

Wird gegen diese Vorgangsweise eine Einwendung erhoben? - Das ist nicht der Fall.

**1. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 15/A (II-18 der Beilagen) der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend eine EntschlieÙung des Nationalrates über grundsätzliche Orientierung und Schwerpunkte der Politik (247 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Antrag 15/A der Abgeordneten Dr. Mock und Genossen betreffend eine EntschlieÙung des Nationalrates über grundsätzliche Orientierung und Schwerpunkte der Politik.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Neisser. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. **Neisser:** Herr Präsident! Hohes Haus! Dr. Mock und Genossen haben einen Initiativantrag eingebracht, der eine an die Bundesregierung gerichtete EntschlieÙung des Nationalrates zum Gegenstand hat, in der die Regierung aufgefordert wird, in ihrer Politik bestimmte Grundsätze und Schwerpunkte zu beachten und verschiedene Maßnahmen zu treffen. Hiebei sind folgende Bereiche angesprochen:

In der Wirtschaftspolitik wird die Beachtung der Sozialen Marktwirtschaft verlangt.

**Dr. Neisser**

Weiters wird eine Vorlage von entsprechenden Konzepten zur Lösung der dringendsten wirtschaftspolitischen Probleme gefordert.

Drittens soll der Erhaltung der menschlichen Gesundheit als erstrangiger Aufgabe der Gesellschaft besonderes Augenmerk zukommen.

Viertens sollen Konzepte entwickelt und Maßnahmen gesetzt werden, die dem Schutz der Umwelt, vor allem aber auch der Erhaltung und Wiederherstellung des ökologischen Gleichgewichtes der Natur dienen.

Hinsichtlich der Sozialpolitik verlangt der vorgelegte Entschließungsantrag unter anderem ein besseres Service für die Betroffenen, mehr Demokratie in den Sozialeinrichtungen, mehr menschliche Nähe, mehr Hilfe für die Frau und die Familie, mehr persönliche Mitgestaltung am Arbeitsplatz, mehr Verständnis für die alten Menschen, mehr Rücksichtnahme auf die Probleme der Pendler, der Nebenerwerbsbauern, der älteren Arbeitnehmer, der Behinderten und sonstiger Problemgruppen der Gesellschaft.

Auch hinsichtlich der Bildungspolitik sind eine Reihe von konkreten Maßnahmen vorgeschlagen.

Ein weiterer Punkt des Entschließungsantrages besteht in der Aufforderung, der Familie als der ersten und prägenden Gemeinschaft für das Kind einen hohen Stellenwert einzuräumen.

Schließlich wird verlangt, der Frau die gleichen Bildungs-, Berufs- und Aufstiegschancen wie dem Mann zu gewährleisten und die Doppelbelastung der berufstätigen Frau durch Beruf und Familie zu mildern.

Hinsichtlich der Wohnungspolitik ist in dem Antrag eine Gestaltung solcher Art verlangt, daß den qualitativen und quantitativen Wohnbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung getragen werden kann.

Im Zusammenhang mit einer umfassenden Sicherheitspolitik soll dafür Sorge getragen werden, daß die in der Verteidigungsdoktrin aus dem Jahre 1975 festgelegten Ziele umgehend verwirklicht werden.

Und schließlich wird gefordert, den Bürgern durch Abbau der Bürokratie und Durchforstung der Rechtsvorschriften einen verstärkten Zugang zum Recht zu ermöglichen.

In einem letzten Punkt wird angesprochen eine Stärkung der demokratischen Einrichtungen durch eine Verbesserung des Wahlrechtes - Einführung der Briefwahl, Personalisierung des Wahlrechtes - und durch die Schaffung neuer Formen und die Verbesserung der bestehenden Instrumente der direkten Demokratie.

Der Verfassungsausschuß hat den Initiativantrag am 12. Feber 1980 in Verhandlung genommen. In der Debatte ergriffen die Abgeordneten Dr. Mock, Dr. Frischenschlager, Dr. Fischer, Dr. Hauser, Dr. Ermacora, Dr. Schwimmer, Dr. Schüssel und Dr. Wiesinger das Wort.

Bei der Abstimmung fand der Initiativantrag nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

**Präsident:** Ich danke dem Herrn Berichterstatter für die Ausführungen. Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Dr. Mock.

Abgeordneter Dr. **Mock** (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Am 20. Juni 1979 hat die Österreichische Volkspartei einen Entschließungsantrag betreffend grundsätzliche Orientierung und Schwerpunkte der Politik im Nationalrat eingebracht. Sie hat diesen Antrag anlässlich der Regierungserklärung nach den Wahlen vom 6. Mai eingebracht, und sie hat damit zum erstenmal in der Geschichte des Nationalrates, meine Damen und Herren, nicht nur eine Regierungserklärung diskutiert, kritisch analysiert, sondern auch das eigene grundsatzpolitische Wollen im Parlament klar dokumentiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das entspricht, meine Damen und Herren, unserem Selbstverständnis als eine kontrollierende, aber auch als eine konstruktive Opposition. Das entspricht unserer Auffassung, daß hier im Parlament natürlich wichtige vordergründige Fragen, ein Visaabkommen, eine 34. Novelle zum ASVG, ein Bericht der Bundesregierung über einen wichtigen Sachbereich ausführlich diskutiert werden. Aber wir glauben, daß es dem Ansehen des Parlaments und seiner Funktion entspricht, wenn auch wichtige gesellschaftspolitische Fragen und gesellschaftspolitische Orientierungslinien der im Haus vertretenen Parteien hier immer wieder erörtert und diskutiert werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Volkspartei setzt damit einen Weg fort, den sie in den letzten zwei Jahren begonnen hat, wo wir eine grundsatzpolitische Entschliebung zu Fragen der sozialen Marktwirtschaft, über die Entwicklung der verstaatlichen Industrie, über den Stellenwert der verstaatlichen Industrie in unserer Gesellschaft, zur Außenpolitik und zur Gesundheitspolitik vorgelegt haben.

Meine Damen und Herren! Die Geschäftsordnung führt dazu, daß diese Entschliebung erst heute hier diskutiert wird. Meiner Auffassung nach handelt es sich aber bei den Fragen, die im Entschließungsantrag behandelt werden, sehr

**Dr. Mock**

wohl um zeitlose, zeitlos wichtige gesellschafts-politische Fragestellungen, worüber auch heute eine Diskussion und eine Aussprache durchaus angebracht ist.

Ich möchte aber doch auf die Prozedur, die bisher eingeschlagen wurde, kurz eingehen. Im Verfassungsausschuß, meine Damen und Herren, am 12. Februar gab es bei der Behandlung dieses Entschließungsantrages eine einzige Wortmeldung seitens der Regierungsfraktion, in der der Klubobmann Fischer in kurzen Worten erklärt hat, es sei in einer Presseaussendung der Österreichischen Volkspartei die Rede von einer Gegenregierungserklärung gewesen. Es gibt keine Gegenregierung, daher gibt es keine Gegenregierungserklärung, die Opposition habe keine Legitimation, so etwas vorzulegen. Man sehe auch keinen Anlaß, darüber das Gespräch zu eröffnen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte diese Vorgangsweise der Regierungsfraktion außerordentlich bedauern. (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Wie gesagt, geht es hier um wichtige Fragen über die Zukunft unseres Landes im Bereich der Wirtschaft, im Bereich der Bildungspolitik, der Gesundheitspolitik, über den Stellenwert des einzelnen im Verhältnis zum Staat, über den Ausbau unserer Demokratie, aber die Regierungsfraktion verweigert einfach das Gespräch, weil ihr eine völlig korrekte Benützung der Geschäftsordnung durch die Opposition zur Darlegung der eigenen politischen Absichten vor der österreichischen Öffentlichkeit nicht paßt. Punktum. Man diskutiert nicht, und das an einem 12. Februar - also bitte, ein feines Gespür für historische Gedenktage, das möchte ich hier klar unterstreichen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es mag - und das ist ein natürlicher demokratischer Prozeß - eine Ablehnung unserer politischen Vorstellungen durch die Mehrheit geben. Es mag eine hitzige Diskussion geben, es mag Kritik geben. All das gehört zu dem Gedankenaustausch und auch überhaupt zum parlamentarischen Geschehen. Aber ohne politische Begründung das Gespräch schlechthin zu verweigern, das ist mit unserem demokratischen Selbstverständnis einfach nicht vereinbar! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich muß fairerweise hinzufügen - wenn ich das schon kritisiere -, daß auch im persönlichen Gespräch einige sozialistische Kollegen darüber ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht haben.

Das widerspiegelt, meine Damen und Herren, die Überheblichkeit im Regierungsstil, die immer wieder in den Vordergrund tritt, bei jeder Gelegenheit, von der Regierungsbank und auch bei diesem Anlaß. (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*) Das zum Stil.

Folgendes zum Inhalt, meine Damen und Herren: Wenn ich nur den ersten Punkt unseres Entschließungsantrages nehme, muß ich fragen: Gibt es da wirklich nichts zu sagen?

Wie sichern wir die Vollbeschäftigung?

Wie sichern wir ein ausreichendes und harmonisches Wirtschaftswachstum?

Wie sichern wir die Stabilität des Schillings?

Wie sichern wir das außenwirtschaftliche Gleichgewicht?

Was verstehen wir unter gerechter Einkommensverteilung? Alle 14 Tage konnte man in den letzten Wochen von Ihrer Seite dazu eine Aussage hören. Gelegentlich hat die eine der anderen widersprochen. Das ist ein Thema, mit dem Sie sich beschäftigen.

Wie gewährleisten wir soziale Sicherheit auch in Zukunft? Meine Damen und Herren! Sie lehnen das Gespräch darüber ab. Dazu gibt es nichts zu sagen. Hier kann ich nur feststellen: vom demokratischen Standpunkt aus eine äußerst bedauernswerte Vorgangsweise! (*Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.*)

Was immer passiert, wir sollten eine solche Methode nicht einreißen lassen!

Ich ging von folgender Erwartung aus - ich sage Ihnen das offen -: Als die erste Grundsatzresolution zur sozialen Marktwirtschaft eingebracht wurde, hat man dazu auch nichts gesagt, sie glatt abgelehnt. Bei der zweiten war es ebenso.

Im Bereich der Außenpolitik kam dann von Ihrer Seite der Vorschlag: Wenn man das dem Ausschuß gibt, ist man sehr wohl gesprächsbereit in dieser Angelegenheit. Man konnte den Eindruck bekommen, man kennt die Bedeutung der Außenpolitik gerade in der jetzigen Zeit, wir finden zu einem Gespräch darüber.

Anschließend - es gibt ja eine vergrößerte Mehrheit - geht man natürlich von dieser Position wieder weg. Kurz vor der Wahl, in den Monaten vor der Wahl mußte man sich als Gesamtfraktion kooperativer geben, nachher hat man das nicht mehr notwendig!

Da dürfen Sie sich nicht wundern, meine Herren, wenn wir diese Vorgangsweise als überheblich bezeichnen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Es geht ja nicht nur darum, die Gegensätzlichkeiten herauszuarbeiten. Ich sage Ihnen offen: Es geht auch darum, in einer solchen Diskussion die Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.

Ich glaube, beides gehört zu einer Demokratie: die Gegensätzlichkeit, die alternativen politischen Wege, die dem Bürger die Freiheit der Wahl, die Möglichkeiten der Wahl geben,

**Dr. Mock**

auch die Verantwortung der politischen Entscheidung, aber es muß auch die Gemeinsamkeit geben, im Grundverständnis bezüglich wichtiger Grundsätze des Funktionierens unseres demokratischen Gemeinwesens, damit eben die Gegensätze getragen werden können.

Wie selbstherrlich man hier immer wieder vorgeht, zeigt ja auch die andere Feststellung:

Die Volkspartei hat in der Budgetdebatte 16 Anträge zum Budget eingebracht. Sie hat weitere 9 Anträge zu anderen Gesetzentwürfen der Regierung eingebracht. Man hat das einfach abgelehnt, man wollte überhaupt nicht reden.

Sie schauen überhaupt nicht auf das, was Sie niederstimmen. Sie schauen: Wer hat den Antrag eingebracht? Kommt er von der ÖVP, wird er niedergestimmt! Eine „saubere“ demokratische Einstellung! (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Nun zu einigen wichtigen inhaltlichen Fragen. Denn auch die Tatsache, daß man sich auf eine Rednerbeschränkung von 3, 3, 2 geeinigt hat, widerspiegelt ja auch nicht gerade die Bereitschaft, ein demokratisches Gespräch über all die Probleme zu führen. Ich möchte daher aus der Summe der wichtigen Fragen, die die Volkspartei in diesem Antrag angeschnitten hat, nur einige herausheben: gesellschaftspolitische Vorschläge, die uns besonders am Herzen liegen.

Als erstes, meine Damen und Herren, möchte ich doch sehr nachdrücklich unterstreichen – ich möchte vielleicht auch bemerken (*der Redner dreht sich zur Regierungsbank*) – Herr Staatssekretär, bei allem persönlichen Respekt, der Herr Bundeskanzler ist ja auch nicht hier –: Wenn die Opposition eine grundsatzpolitische Diskussion verlangt, fällt ihm überhaupt nicht ein, zu kommen. Die Herren sollen mit sich selber reden! Das ist eine Grundeinstellung! (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Das ist der Bundeskanzler, der am 7. Mai vor dem Fernsehschirm verkündet hat, selbstverständlich sei er an einem demokratischen Dialog mit der Opposition sehr interessiert, er stehe jederzeit zur Verfügung, und ähnliches mehr. Das ist zuallererst im Parlament zu beweisen, nicht bei irgend einem Cocktail. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sechs oder acht Monate vor der nächsten Wahl wird sich die Vorgangsweise schon wieder ändern. (*Ruf bei der ÖVP: Er hört eh im Radio mit!*)

Nun, meine Damen und Herren, zu zwei, drei wichtigen inhaltlichen Fragen.

Ein für uns gesellschaftspolitisch sehr wichti-

ges Anliegen, das, glaube ich, eine immer größere Bedeutung bekommt, ist die Entwicklung unseres Gemeinwesens zu einem stark strukturierten pluralistischen Gemeinwesen mit möglichst vielen überschaubaren Einheiten, wo der Mensch eingebunden ist, wo er eine Heimat findet, wo er mitreden kann, wo er mitbestimmen kann, wo er ein Heimatgefühl hat, wo er nicht nur da ist, sondern auch emotional gebunden ist.

Woran denke ich dabei? An eine Verstärkung der föderalistischen Gliederung unseres Landes. Ich denke dabei an die Stärkung der Gemeinden. Sie sind in einem hohen Ausmaß überschaubare Einheiten. Ich denke hier vor allem an eine Stärkung der Familie, die sicherlich durch manche Entwicklung der Industriegesellschaft sehr verunsichert ist.

Wenn ich von der Gemeinde rede – ich komme später auf den ländlichen Raum zu sprechen –, muß ich fragen: Warum ist denn die Lebensangst, die Einsamkeit des Menschen am stärksten in den städtischen Ballungszentren entwickelt, wie jede Analyse zeigt? Weil dort in der Masse die größte Gefahr besteht, daß der Mensch die menschliche Bindung zum Nachbarn verliert.

Ein bekannter Dichter hat einmal gesagt: Der Mensch benötigt den Menschen. Er braucht die Mitmenschlichkeit. Das sagen moderne Analytiker, und das hat auch schon ein bekannter Grieche gesagt, als er gemeint hat: Der Mensch ist eben von Natur aus ein Gesellschaftswesen. Das hat Aristoteles zum Ausdruck gebracht.

Wenn ich dem Menschen die Beziehung zum Nächsten nehme, nehme ich ihm etwas ganz Wesentliches. Daher muß der Mensch in eine überschaubare Einheit eingebunden sein.

Wenn ich die Familie erwähnt habe, meine Damen und Herren, möchte ich hier eines – und ich komme dann auch noch kurz auf die Justizpolitik zu sprechen – unterstreichen:

Die hohe Jugendkriminalität in vielen Ländern, die Brutalisierung manches Bereiches unserer Gesellschaft und vor allem der Zweifel der jungen Menschen an der Sinnhaftigkeit gehen vor allem auch auf die Lockerung und Verunsicherung der Familienstruktur zurück. (*Zustimmung bei der ÖVP.*)

Aber man kann auch in andere Bereiche gehen: die Existenz mittlerer und kleiner Betriebe, die überschaubar sind, die Schule.

Wir wenden uns gegen die Schaffung von Schulzentren mit Tausenden von Schülern. Hier geht die persönliche Beziehung zwischen Schüler und Lehrer verloren. Wir selbst mußten entdecken, daß bei mancher Schulzusammenle-

**Dr. Mock**

gung oder auch bei mancher Gemeindegemeinschaftenlegung wir uns fragten, ob wir nicht ein Stück zu weit gegangen sind. Hier muß man selbstkritische Courage haben.

Das gleiche gilt für das Krankenhaus. Vor kurzem konnte ich in einer Studie über die Entwicklung in Darmstadt lesen, daß man dort bei mehrjährigen Untersuchungen die Feststellung gemacht hat, daß vor allem im Bereich psychischer Erkrankungen der Gesundungsprozeß in Großkrankenhäusern und Großspitälern bei gleichen Erkrankungen viel länger dauert als in kleinen Krankenhäusern.

Wohin die Regierungspartei geht, das zeigt am prominentesten die Entwicklung im Allgemeinen Krankenhaus. Stacher, der Wiener Stadtrat für Gesundheitswesen, meine Damen und Herren, sagt am 24. Februar 1980: Heute würde so etwas niemand mehr bauen.

Meine Damen und Herren! Die Gigantomanie des neuen Allgemeinen Krankenhauses - heute sagen die Verantwortlichen: Das würde man nicht mehr so bauen. So etwas Überdimensioniertes und Technikverliehtes würde man heute nicht mehr bauen.

Wer zahlt dafür, meine Damen und Herren, daß seit zehn Jahren geplant und gebaut wird und in den nächsten zehn Jahren noch mehr gebaut und gezahlt wird dafür? Dafür tragen Sie die Verantwortung, meine Damen und Herren, weil dahinter ein gesellschaftspolitisches Konzept steht, das im Zweifelsfall auf Zentralisierung, auf Größe, auf Gigantomanie geht. Das gehört in diesem Zusammenhang hier auch klar ausgesprochen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Bei den einzelnen politischen Maßnahmen, meine Damen und Herren, wird es uns darum gehen, die Existenzfähigkeit, die Entscheidungsfähigkeit und die Selbsthilfefähigkeit aller dieser kleinen Einheiten zu stärken.

Ich möchte hier abschließend zu diesem Kapitel nur eines sagen, meine Damen und Herren: Es ist kein Zufall, daß die bundesstaatlich gegliederten Staaten - sei es in Europa oder woanders - im Durchschnitt der Geschichte eine viel ruhigere, stabilere, wirtschaftlichere und sozialere Entwicklung aufweisen als zentralistische Länder. Es hat sich immer wieder gezeigt, daß sie belastungsfähiger sind, daß sie eine stabilere Struktur haben, die deswegen in keiner Weise eine moderne Entwicklung behindert. *(Abg. Dr. Marga Hubinek: Schade, daß das alles der Herr Bundeskanzler nicht hört!)* Nein. Vor den Vorarlberger Wahlen hat er ja gemeint, er sei auch für die Dezentralisierung. Nur beim Finanzausgleich oder bei anderen Angelegenheiten hört man nichts davon.

Ein zweiter Bereich, meine Damen und Herren, eine zweite Frage, die uns sehr am Herzen liegt, ist, daß wir durch konkrete politische Maßnahmen dem einzelnen Bürger unseres Landes zu mehr Eigenverantwortung und Eigenständigkeit verhelfen. Wir glauben, daß der Mensch im Laufe der Entwicklung zur Subjekthaftigkeit bestimmt ist und nicht dazu bestimmt ist, Objekt zu sein. Das entspricht unserem Menschenbild.

Nun wird das natürlich nur wahr, nicht wenn es politologisch oder theoretisch deklamiert wird, sondern wenn es politisch praktiziert wird.

Und darum geht es uns, meine Damen und Herren, daß wir durch unsere politischen Vorschläge dem Bürger unseres Landes immer mehr Wahlmöglichkeiten anbieten. Der, der Wahlmöglichkeiten hat, hat mehr Freiheit. Der, der mehr Freiheit hat und wählen kann, ist selbständiger. Er hat mehr Rechte, aber - ich möchte das unterstreichen - er hat auch mehr Pflichten sich selbst und dem Gemeinwesen gegenüber. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun könnte man sagen, hier wird eine gesellschaftspolitische Intention der Volkspartei formuliert, aber was geschieht in der Praxis? Meine Damen und Herren, ohne jede praktische Frage hier dogmatisieren oder ideologisieren zu wollen: Man erkennt schon in der Praxis, ob ein gesellschaftspolitisches Konzept oder etwas anderes das Leitbild ist.

Genau dieser Wunsch nach mehr Selbständigkeit für den einzelnen führte dazu, daß wir uns in dem Bemühen, eine ganztägige Betreuung der Kinder anzubieten, für die freiwillige Tagesheimschule entschieden und gegen die zwangsweise Ganztagschule votiert haben.

Genau dieses gesellschaftspolitische Leitbild führt dazu, daß wir der berufstätigen Frau im Zuge der Zeit mehr an Möglichkeiten der Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit ermöglichen wollen zugunsten einer familiären Berufstätigkeit, ohne daß sie daraus finanzielle Nachteile, vor allem Nachteile für die Altersversorgung, erleidet.

Genau dieses Leitbild führt dazu, daß wir in der Arbeitswelt eine beweglichere Arbeitsstruktur mit mehr Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten haben wollen, weil man dann leichter selbst entscheiden kann, in welchem Ausmaß und wann man auch außerfamiliär berufstätig sein kann.

Genau dieses Leitbild führt dazu, daß wir einen fließenden Übergang in die Pension anstreben; ein sozialrechtlich sicherlich sehr schwieriges Problem. Aber es ist ja nicht einzusehen, meine Damen und Herren, daß jemand am 31. Dezember eines Jahres noch voll

**Dr. Mock**

arbeitsfähig ist und ihn sozusagen das Gesetz ab 1. Jänner als nicht mehr voll arbeitsfähig erklärt.

Ich gebe schon zu: Es gibt eine Reihe von sozialtechnisch schwierigen Fragen. Aber wir sollten der tatsächlichen Praxis oder den Fähigkeiten der menschlichen Person entsprechend auch diesen Übergang fließend ermöglichen. Er soll entscheiden können, ob er früher oder später in Pension geht. Er kann entscheiden. Er hat auch in dieser Frage mehr Selbständigkeit.

Man könnte hier noch viele Beispiele aufzählen. Wenn wir in der Krankenversorgung von der Wahlmöglichkeit zwischen einer Grundversorgung ohne Selbstbehalt oder einem erweiterten Leistungsanspruch mit Selbstbehalt sprechen.

Meine Damen und Herren! Wenn wir sagen - neben allen anderen Motiven -: Investition im Betrieb durch die Angehörigen der Unternehmensführung und nicht betriebsentfernt durch ein Ministerium, dann heißt das, den Menschen mehr Entscheidungsmöglichkeiten zu geben, bis hin zu dem Anliegen überhaupt der freien Arbeitsplatzwahl, der freien Konsumwahl, wie sie wesentliche Bestandteile des Ordnungssystems der sozialen Marktwirtschaft sind.

Das geht hin, meine Damen und Herren, bis in die Entwicklung unserer Demokratie. Deswegen auch unser Akzent: Im Zweifelsfall mehr direkte Mitsprachemöglichkeiten bis zu dem Respekt ... *(Die Staatssekretäre Elfriede Karl und Dr. Löschnak sprechen stehend in der Regierungsbank miteinander. - Zwischenrufe bei der ÖVP. - Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Ungehörigkeit!)* Meine Damen und Herren! Es ist alles der gleiche Stil. Das ist alles der gleiche Stil. *(Ruf bei der ÖVP: Diese Arroganz! - Abg. Dr. Schwimmer: Der Bundeskanzler soll her! Der Bundeskanzler auf die Regierungsbank! - Ruf bei der ÖVP: Das ist eine Mißachtung des Parlaments! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Das geht hin bis zu Fragen der weiteren Entwicklung unserer Demokratie, wo zusätzliche Möglichkeiten von mehr Mitbestimmung und daher von mehr Selbständigkeit des einzelnen liegen. Das geht hin bis zum Respekt vor den Bürgerinitiativen. Man muß nicht mit dem Inhalt und der Zielsetzung jeder selbständigen Bürgerinitiative einverstanden sein. Aber da hier ein Versuch von Menschen ist, mitzureden, haben sie Anspruch darauf, daß man sowohl als politische Partei als auch als Staat diesem Versuch fair gegenübertritt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube auch eines, meine Damen und Herren: Die Entwicklung der Bürgerinitiativen

ist zweifellos auch ein Appell an die politischen Parteien. Hier gibt es irgendwo eine Mangelercheinung. Hier glauben Menschen - in vielen Fällen vielleicht zu Recht, in manchem Fall vielleicht zu Unrecht-, nicht das entsprechende Echo zu finden, das in einer Demokratie für die eigene Meinung notwendig ist.

Mit einem können wir uns bei all den schönen Aussagen, die es auch sonst gibt, nicht befreunden - auch hier sind wir im Gegensatz zur Mehrheitsfraktion -, daß man, wie das hier in einer Unterrichtsbroschüre für sozialistische Funktionäre sehr oft zitiert wurde, überlegen müßte, mit welchem sozialen Druck man solchen Initiativen entgegentritt.

Da, meine Damen und Herren, wird Demokratie, meiner Auffassung nach, eingeschränkt und nicht ausgeweitet. Denn diese Dinge, glaube ich, sind eben sehr wesentlich, wenn man tatsächlich anerkennt: Der Mensch hat einen Weg zu gehen von mehr Abhängigkeit zu mehr Unabhängigkeit, von Objektivität zum Subjekt.

Der nächste Bereich, den ich aus diesem Entschließungsantrag herausnehmen möchte, ist die Frage der Qualität des Lebens. Ich darf daran erinnern, daß die Österreichische Volkspartei sich schon Anfang der siebziger Jahre in ihren Plänen zur Lebensqualität sehr eingehend mit der Frage der Qualität des Lebens auseinandergesetzt hat.

Ich glaube, meine Damen und Herren, daß die Qualität des Lebens des einzelnen nicht nur durch seinen persönlichen Freiheitsraum und eine Summe anderer Umstände bestimmt wird, sondern auch bestimmt wird dadurch, wieviel Sicherheit ihm gegeben wird.

Es ist ein natürliches Anliegen, daß der Mensch nach Sicherheit strebt. Manche persönliche Freiheit, die uns die Verfassung garantiert, die uns die demokratische Struktur garantieren soll, wird auch erst lebendig, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß von einer Freiheit auch tatsächlich Nutzenanwendung gemacht werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte mich hier ausdrücklich bekennen zu einem besonderen Stellenwert in unserer Politik um mehr öffentliche Sicherheit. Ich möchte hier nur eine kritische Bemerkung machen: Daß utopische Vorstellungen des Herrn Justizministers im Bereich des Strafvollzugs, die Relativierung der persönlichen Verantwortung durch das marxistische Menschenbild zweifellos oft zu einer beachtlichen Verunsicherung des Bürgers bezüglich der Entschlossenheit, auch Kriminalität in unserem Lande zu bekämpfen, führt. Das möchte ich in aller Deutlichkeit unterstreichen.

**Dr. Mock**

Auch hier sieht man, meine Damen und Herren, daß bewußt oder unbewußt das Menschenbild in der politischen Praxis seinen Niederschlag findet. Wenn ich der Auffassung bin, daß der Mensch ohnehin nur das Ergebnis der sozio-ökonomischen Bedingungen oder, wie ein anderer Ausdruck heißt, das Ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse ist, nur das tun kann, was er tun muß, dann komme ich zu einem geringen Stellenwert der persönlichen Verantwortung. Dann sage ich: Wenn der das Gesetz bricht, ist eigentlich, primär zumindest, die Gesellschaft schuld. Ich muß daher die Gesellschaft reformieren.

Für uns, in unserem Menschenbild, gibt es ein hohes Maß an freiem Willen, daher persönlicher Verantwortung. Somit muß unserer Auffassung nach, ob das jetzt sympathisch oder nicht sympathisch klingt, jeder in einem hohen Ausmaß auch die Konsequenzen tragen für das, was er tut, was er sagt und wie er handelt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gerade wegen unseres Menschenbildes: Den Stellenwert der menschlichen Person hindert das nicht, ja es verpflichtet uns, jemandem, der die Konsequenzen getragen hat, sehr wohl die Chance zu geben, in die Gesellschaft wieder integriert zu werden.

Mit diesem hohen Stellenwert der öffentlichen Sicherheit verbindet sich eine bewußte Anerkennung aller jener Bürger, die die Last für die öffentliche Sicherheit tragen. Darüber ist gestern viel gesagt worden.

Damit verbindet sich auch der bewußte Kampf gegen gesellschaftliche Übel, die die persönliche Freiheit nicht nur einschränken, sondern die menschliche Person ruinieren.

Meine Damen und Herren! Auch hier gibt es viele, die gegen die Drogensucht auftreten, die das verbal gestern unterstrichen haben. Da bringt die Volkspartei einen Entschließungsantrag über die verstärkte Bekämpfung der Drogensucht ein. Man hat nicht gesagt: Ja, bitte, reden wir darüber. Diese Passage paßt uns nicht, vielleicht finden wir einen gemeinsamen Weg. Ein Anliegen, von dem man weiß, daß es draußen leider für allzu viele Familien und Menschen eine große Sorge bedeutet, ja eine Belastung ist, woran oft Familien zerbrechen. Nein, man hat es abgelehnt, man hat geschaut: Wer hat den Antrag eingebracht? Abgelehnt. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich meine, es wäre Zeit, daß wir uns finden, diese Vorgangsweise zu ändern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Qualität des Lebens wird sicherlich auch bestimmt durch die soziale Sicherheit. Ich habe vorhin gesagt, meine Damen und Herren: Persönliche Freiheit muß auch durch Sicherheit

ermöglicht werden. Und ich habe auf unserem Bundesparteitag das Bild gebraucht: Was hat denn der schwerbehinderte Mensch von der garantierten Bewegungsfreiheit, von der Meinungsfreiheit, wenn er nicht die aktive Hilfe der Gemeinschaft hat, die Rente, andere Unterstützungen, um am Gemeinwesen teilnehmen zu können?

Dadurch unterscheidet sich unser Freiheitsbegriff vom altliberalen Freiheitsbegriff, weil wir zwei Seiten der Freiheit sehen: die Freiheit von Eingriffen von außen her, vom Staat, von den Parteien, von den Interessenvertretungen in den persönlichen Freiheitsraum, aber auch den Gewährleistungsanspruch an den Staat, an andere Institutionen, alles das zu tun, was die Ausübung, die Ausnützung der persönlichen Freiheitssphäre ermöglicht.

Was ich aber hier bei der sozialen Sicherheit unterstreichen möchte, ist unser Bekenntnis, persönliches Eigentum nicht nur zu schützen, sondern mehr persönliches Eigentum zu schaffen. Wir glauben auch, daß der, der persönliches Eigentum hat, neben anderen Voraussetzungen größere Chancen hat, selbständig zu sein, unabhängig zu sein.

Ein praktisches Beispiel: Wenn jemand in einer Gemeindeführung ist, auch wenn das ein durchschnittlich couragierter Mensch ist, wird er sich bei der Gemeindeführung im Normalfall überlegen, gegen den Bürgermeister in aller Öffentlichkeit aufzutreten, weil er nicht weiß, ob er nächstes Mal beim Wechsel der Wohnung oder bei der Renovierung der Wohnung nicht auf den Magistrat oder auf andere Institutionen, auf das persönliche Wohlwollen des Herrn Bürgermeisters angewiesen ist.

Ganz praktische Beispiele. In der Praxis, meine Damen und Herren, zeigt sich, ob Ihnen die Selbständigkeit der menschlichen Person wirklich ein Anliegen ist oder ob das nur in einem Parteiprogramm steht.

Ich möchte hier, wenn ich von der Qualität des Lebens und dem sozialen Fortschritt gesprochen habe, eines sehr klar unterstreichen. Wir haben uns gerade in den letzten 14 Tagen sehr stark damit beschäftigt, daß es vor allem darum geht, auch den sozialen Fortschritt sicherzustellen. Nicht nur durch den materiellen Fortschritt, meine Damen und Herren, sondern auch, indem wir den Menschen nicht allein lassen, den alten Menschen nicht allein lassen, indem wir uns der Minderheitsgruppen sehr stark annehmen.

Hier ist gelegentlich die Gefahr, daß man von einem Extrem ins andere fällt. Man glaubt, nur mit der Rente kann man das menschliche Glück sichern. Und dann hört man gelegentlich so durch, man darf nicht immer von der Rente

**Dr. Mock**

reden, die mitmenschliche Solidarität und nur die Selbsthilfe garantiert das. – Das eine tun und das andere nicht lassen! Jedenfalls stellt der materielle Fortschritt allein das menschliche Glück absolut nicht sicher. *(Beifall bei der ÖVP.)* Dafür haben wir zu viele Beispiele.

Daß die Volkspartei das eine tut und das andere anstrebt, hat sie in den letzten Monaten bewiesen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte auch hier zum Kapitel Soziales dieser Entschließung sagen: Mir ist es einfach unverständlich, daß man einen Antrag – auch hier wurde darüber nicht verhandelt –, den Mindestrentnern, diesen Ärmsten unserer sozial Schwachen, statt 5,6 Prozent eine Erhöhung auf 6,5 Prozent zu geben, was vielleicht 30 S bis 60 S monatlich ausgemacht hätte, klar ablehnt.

Hier geht der Begriff sozialistisch und sozial nicht nur auseinander, sondern steht in eklatantem Widerspruch zumindest zum Selbstverständnis, wie ich einigen Leuten hier auf der linken Seite das bisher durchaus abgenommen habe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gar nicht zu reden davon, daß man nur mit einer Polemik antwortet, wenn die Opposition hier aufzeigt, daß seit 1. Jänner 14 000 bäuerliche Mindestrentner nicht einmal auf die 5,6 Prozent kommen und über 2 000 bäuerliche Mindestrentner, ohnehin eine schwache Gruppe, einen Realeinkommensverlust erleiden. Man wird dann angesprochen mit Rentenabschnitten, wo es im Dezember heißt: 1 980 S und eine alte Frau dann fragt: Warum bekomme ich jetzt nur 1 890 S? Wobei man sich ohnehin wundert, wie die Menschen mit diesen Beträgen und der bescheidenen Mithilfe vielleicht irgendwelcher Verwandter durchkommen.

Ich möchte auch folgendes sagen zu den Vorschlägen, auf die man auf sozialistischer Seite jetzt kommt, man müßte eigentlich gewisse Errungenschaften wieder abbauen.

Ich glaube, es wäre besser gewesen, man hätte von vornherein oben gewisse soziale Leistungen gekappt. Es wäre besser gewesen, von vornherein nicht mit der Gießkanne herumzugehen, sondern sich immer wieder zu fragen: Wo sind – das werden in den verschiedenen geschichtlichen Phasen immer wieder andere sein – die sozial Schwachen unserer Gesellschaft?

Wir glauben jedenfalls, meine Damen und Herren, daß im Bereich des materiellen Fortschritts jede zusätzliche Möglichkeit, den sozialen Fortschritt auszubauen, sehr genau auf die Schwachen unserer Gesellschaft konzentriert

gehört, ganz gleich, welcher Berufsgruppe sie angehören oder wo sie regional beheimatet sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber über die Sache kann man diskutieren, Herr Klubobmann Fischer, was Sie auch an Vorschlägen gemacht haben. Es wäre doch ein interessantes Thema gewesen. Sonst besteht ja immer die Gefahr, daß man sagt, Sie haben den Vorschlag gemacht, und der Dr. Kreisky oder, ich weiß nicht, der Minister Androsch und dergleichen mehr, hat gesagt, das kommt nicht in Frage! Das sind durchaus legitime Hinweise einer Partei, wenn es in der anderen Partei Konflikte gibt.

Aber ich glaube, man sollte sich eigentlich bemühen, dann die jeweilige politische Debatte über diesen Gedankenwechsel hinaus auch zu vertiefen. Es gäbe hier genügend Probleme.

Die Qualität des Lebens, meine Damen und Herren, wird in einem hohen Ausmaß, glaube ich, auch von der Bildungsseite her bestimmt. Allgemeinwissen, Fachwissen – alles sehr positiv. Ich glaube, daß in den letzten Jahren – vielleicht haben wir hier auch schon Mitverantwortung zu tragen – die Frage der Persönlichkeitsbildung in der gesamten Bildungspolitik als zuwenig gewichtig gesehen wurde.

Ich möchte sehr stark in diesem Zusammenhang unterstreichen, daß Erziehung in Familie und Schule vor allem auch bedeuten muß Vermittlung von Charakterstärke, von persönlichem Ethos, von Zivilcourage, von Toleranz gegenüber der Meinung anderer. Auch hier, glaube ich, ergibt sich diese Verpflichtung zu einer entsprechend orientierten Bildungspolitik. Mit dem Vorrang des inneren Teiles unserer Bildungsstruktur ergeben sich diese Forderungen, die ich aufgezählt habe.

Innere Schulreform, meine Damen und Herren, engeres Verhältnis zwischen Lehrer und Schüler. Daher seit Jahren – und hier zeichnet sich ja eine Einigung ab – die Frage der Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen.

Meine Damen und Herren! Das war nicht ein Zufall, daß die Studentenrevolte und die Unruhe im Bildungsbereich Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre vor allem an Institutionen mit Massenbetrieb, an Universitäten mit Massenbetrieb begonnen hat, wo der Mensch zur Ziffer geworden ist und auch entsprechend leicht manipulierbar ist.

Auch wieder ein Hinweis – auch aus der Geschichte, nicht nur vom Menschenbild – für die überschaubare Einheit einer menschlichen Beziehung zwischen dem Lehrenden und dem Lernenden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher, Herr Minister: Das ist ein Grund neben

**Dr. Mock**

anderen, daß wir die Einheitsschule oder die Gesamtschule oder, wie Sie sie jetzt zur semantischen Verschönerung nennen, die neue Mittelschule ablehnen, weil sie im Normalfall zu überdimensionalen Schulzentren führt und genau die gegenteilige Wirkung hat von dem, was wir anstreben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Die Frage Lebensqualität noch in einem anderen Zusammenhang. Wenn man so sieht, wie sich am Wochenende oder auch an einem Feiertag die Menschen in großer Zahl aus den städtischen Ballungszentren in den ländlichen Raum begeben, ist es eigentlich offensichtlich, daß die Erholungskapazität im städtischen Raum sehr reduziert ist und daß offensichtlich der ländliche Raum den Menschen Erholungskapazität anzubieten hat.

Ich glaube, das ist ein massives Argument für eine aktive Politik für den ländlichen Raum, wie sie die Österreichische Volkspartei seit vielen Jahren fordert. Da wird uns vorgeworfen, meine Damen und Herren, das sei ja nur agrarische Interessenpolitik. Bitte, die ist genauso legitim wie jede andere Interessenpolitik!

Aber das Problem ist vielschichtig. Ich würde erstens einmal sagen, dieses Problem Politik für den ländlichen Raum ist ein soziales Problem, mit dem wir uns zuerst einmal nicht zufriedengeben hinsichtlich der Einkommensdisparität zwischen dem Landwirt, der bei rund 8 000 S monatlich liegt - viele unter 8 000 S natürlich - und dem Durchschnittseinkommen anderer großer Berufsgruppen, die bei 12 000, 13 000 und 14 000 S liegen. Wir geben uns nicht zufrieden, daß über 55 Prozent der Bauern heute Nebenerwerbsbauern sind mit langen Anreisen.

Wir haben daher unsere Vorschläge deponiert, wie wir dem Pendler und dem Nebenerwerbsbauern helfen können, wobei auch am Bundesparteitag der Volkspartei klar gesagt wurde: Das sind nur kurzfristige Maßnahmen! Langfristig sind wir der Auffassung, daß nicht der Mensch dem Kapital nachzulaufen hat, sondern das Kapital, die Investition dort erfolgen soll, wo der Mensch wohnt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Das verlangt eine engagierte Strukturpolitik gerade auch im Bereich des gewerblichen Mittelstandes. Das ist nicht nur ein soziales Problem, das ist auch ein ökonomisches Problem der hohen Selbstversorgung mit Lebensmitteln, der sicheren Versorgung mit qualitativ hochstehenden Lebensmitteln. Dafür haben die Menschen heute schon ein Gespür, und daher können wir sehr interessiert sein an einer landwirtschaftlichen Produktion, die uns im ökonomischen Bereich diese Selbstversorgung garantiert, unabhängig von allen außenpoliti-

schen Erwägungen, von der Frage der wirtschaftlichen Landesverteidigung, die ich hier schon aus Zeitgründen nicht hereinbringen will.

Und drittens, meine Damen und Herren, ist die Frage der Politik für den ländlichen Raum auch ein kulturelles Problem, nämlich die Pflege einer Erholungslandschaft, die Schaffung von kulturellen Voraussetzungen, die Frage, daß der Mensch dort die Sicherheit oder zumindest das Gefühl hat, er hat zwar allenfalls ein ähnliches Einkommen, er hat jedoch bei weitem nicht das Angebot einer kulturellen Freizeitgestaltung, wie sie in der Kleinstadt oder in der Großstadt gegeben sind.

Dieses Problem ist auch eine Frage der Gemeindefstrukturen, des Finanzausgleichs, meine Damen und Herren.

Ich glaube, das Problem Lebensqualität durch einen lebensfähigen ländlichen Raum, der den Menschen, die dort wohnen, die gleichen Lebenschancen anbietet, aber auch wertvoller Erholungsraum für den Menschen des städtischen Raums ist, das ist eine zentrale Frage unserer Politik und der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun abschließend, meine Damen und Herren, nur wenige Bemerkungen: Wenn nun die Regierungspartei nicht bereit ist, über solche Fragen zu diskutieren, zeigt das zumindest, daß ihr daran natürlich überhaupt nichts liegt, daß sie es nicht notwendig hat, begonnen vom Herrn Bundeskanzler bis zu anderen Verhaltensweisen. Sie sollten sich doch, meine Damen und Herren, vielleicht gelegentlich ein bißchen mehr mit jenen bei Ihnen beschäftigen, die sich über diese Entwicklungen sehr ernst Gedanken machen. Da kann man lesen, meine Damen und Herren, in der Frage der Belastung des Staatsbürgers durch Steuern und Abgaben, wo wir immer wieder auf diese wachsende Belastung hinweisen: Schon 41 Prozent des Bruttonationalproduktes werden in Form von Steuern und öffentlichen Abgaben abgeliefert! Das wird immer minimalisiert, als Schwarzmalerei bezeichnet.

Ja, meine Damen und Herren, einer der Programmierer der Sozialisten, Matzner, sagt, das Wachstum des öffentlichen Sektors zu Lasten der Gewinne wird dazu führen, daß der unternehmerisch tätige Mensch nicht mehr die Wirtschaft organisiert, zu Lasten des Lohnanteils, wird dazu führen, daß der Arbeitnehmer sich mit diesem System nicht mehr identifiziert. Er warnt nachdrücklich, meine Damen und Herren, davor, daß aus diesen beiden Quellen der steuerlichen Überbelastung des unternehmerisch tätigen Menschen und auch des Arbeitnehmers eine Steuerverdrossenheit

**Dr. Mock**

kommt, ein Steuerwiderstand kommt, der dann hier von der Regierungsbank einseitig gegen eine Berufsgruppe verwendet wird, während Sie selbst mit dem wachsenden Druck die Verantwortung tragen nach der Meinung Ihrer eigenen Leute für den wachsenden Steuerwiderstand. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)*

Und, meine Damen und Herren, nicht ich habe jetzt gesagt, am Ende einer solchen Entwicklung kann die Finanzkrise des Staates stehen, sondern Matzner sagt - nicht kann, sondern -: an deren Ende die Finanzkrise des Staates steht!

Und auch in den „Roten Markierungen“, zweiter Teil, warnt mancher Sozialist, der die Dinge ernster nimmt als manche im Spitzenbereich der Partei, vor einer Entwicklung, wie wir sie eben in Schweden oder in England unter langjähriger sozialistischer Regierung miterlebt haben.

Meine Damen und Herren! Zur Steuer. Da gab es eine große Steuerkommission, die der Herr Finanzminister eingesetzt hat. Was sagt denn diese Steuerkommission? Das, was wir Ihnen hier jahrelang gesagt haben: daß man durch eine steuerliche Entlastung auch die Menschen motivieren und die Wirtschaft beleben kann, was zu Mehreinnahmen des Staates führt, die er für soziale, bildungsmäßige und andere Ausgaben benötigt. Wie sagt Schimetschek unter Hinweis auf Ex-Finanzminister Kamitz - wie oft haben unsere Wirtschaftssprecher Graf, Keimel, Mussil darauf verwiesen, daß das die Methode war, die Kamitz in den fünfziger Jahren praktiziert hat, daß er dreimal die Steuern gesenkt, einige kleinere Steuern aufgelassen hat und nach einer gewissen Senke, nach eineinhalb, zwei Jahren, höhere, überproportionale Steuereinnahmen gehabt hat, als sie gekommen wären bei einer normalen Extrapolation bei gleichbleibendem Steuerdruck.

Hier haben Sie wieder von jemand anderem, den Sie selbst berufen haben, bestätigt bekommen, daß Sie hier, meine Damen und Herren, einfach den falschen Weg gehen. Hören Sie doch wenigstens auf die Leute, die in Ihrem politischen Bereich tätig sind oder die Sie als Fachleute berufen.

Das gleiche, meine Damen und Herren, ist in der Bildungspolitik der Fall. Ich möchte hier ganz kurz auf drei Bereiche eingehen, von denen ich früher schon einen erwähnt habe. Da schreibt der sozialistische Abgeordnete Maderner, daß die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die klassenlose Gesellschaft Ziele sind, die in Widerspruch stehen und nicht miteinander vereinbart werden können. Das

müssen Sie sich von den eigenen Leuten sagen lassen.

„Wer die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit wünscht, muß konsequenterweise gestatten, daß sich auch jene Persönlichkeiten frei entfalten, die ihr Glück in der Erringung und Vergrößerung von Reichtum und Macht sehen.“

Ich würde das sogar etwas vorsichtiger formulieren, was hier Maderner in anerkannter Weise sehr offen ausgesprochen hat und was so großartig dazupaßt, daß Sie alle zwei Jahre eine Kürzung der Spitzenbezüge und eine größere steuerliche Belastung in Aussicht stellen, denn es ist ohnedies nichts geschehen in den letzten zehn Jahren, mit Ausnahme eines einzigen Males ist der Spitzensteuersatz sogar gesenkt worden.

Beschäftigen Sie sich wenigstens mit dem, was in einer respektablen Offenheit Ihre eigenen Leute zu wichtigen gesellschaftspolitischen Problemen sagen. Wenn ich hier weiterblättere zur Frage der Chancengleichheit, der Gleichheit aller, wie es immer heißt, „die gleichgemähte Wiese“, wie es einmal zitiert wurde, wie es ein Sozialist formuliert hat als gesellschaftspolitischen Wunsch.

„Sie vergessen nämlich die, die gegen oben und unten sind.“ Auch sehr hart formuliert. „Sie vergessen, daß oben ein relativer Begriff ist, der ein unten voraussetzt. Wenn alle oben sind“, schreibt Maderner, „ist niemand oben, weil es kein Unten mehr gibt. Das wäre zwar im Sinne einer egalitären Gesellschaftsdoktrin begrüßenswert, doch läßt sich diese Gleichheit in unserer arbeitsteiligen Welt offensichtlich nicht erreichen.“

Ich frage mich sogar, ob es begrüßenswert ist, meine Damen und Herren. Ich glaube an das Recht auf Unterschiedlichkeit auch der Menschen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mir geht es nicht darum, daß es Spitzenpositionen in der Gesellschaft gibt, ob politisch, einkommensmäßig, und Positionen, die nicht Spitzenpositionen sind, sondern daß jeder Bürger dieses Landes möglichst die gleiche Chance hat, durch die persönliche Leistung und Qualifikation in eine solche Spitzenposition berufen zu werden. Beschäftigen Sie sich doch mit den Gedankengängen der eigenen gesellschaftspolitisch Engagierten, die sehen, daß manches, was hier offiziell verkündet wird, einfach falsch ist.

Hier könnte man weiterblättern, was zum subjektiven Bildungsbedürfnis, was zur Gesamtschule gesagt wird.

Man kann diese Mängel in unserem Schulwe-

**Dr. Mock**

sen, die aufgezählt werden, nicht beseitigen, indem man lediglich die Schulorganisation verändert, etwa durch die integrierte Gesamtschule der Zehn- bis Vierzehnjährigen.

Ebenso läßt sich die Gesellschaft nicht dadurch verändern, daß man das Untergymnasium abschafft. Ich könnte ganze Seiten hier unterschreiben als Bundesparteiobmann der Österreichischen Volkspartei. Wenn Sie nicht bereit sind, den Dialog mit der großen Oppositionspartei zu führen, so beschäftigen Sie sich bitte wenigstens ernsthaft mit jenen, die ernste Mängel unserer Gesellschaft in Ihrer eigenen Partei sehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Intensive Erwachsenenbildung durch Ausbau und Modernisierung des zweiten Bildungsweges erscheint dem Verfasser zweckmäßiger als eine dogmatische Fixierung auf das Projekt der Gesamtschule. Ja, meine Damen und Herren, das ist der Gegensatz zwischen Theorie und Theorie, der bei Ihnen vorhanden ist. Hier könnte man genügend Beispiele aufzählen. Da könnte man auch wieder auf die ganze Frage der Demokratisierung eingehen. Monatelang wird getrommelt, ein wesentlicher Bestandteil der Demokratisierung liege auf der Ebene der Bezirksverwaltungsbehörde. Für uns liegt er im Bereich der überschaubarsten politischen Einheit, nämlich der Stärkung der Gemeinde und der Zusammenarbeit der Gemeinden in Form eines Gemeindeverbandes.

Auf einmal ist es dann ruhig geworden, nur weil ein sozialistischer Parteiobmann Kery vom Rückschritt gesprochen hat, vom falsch verstandenen Föderalismus. Ja, meine Damen und Herren, hören Sie doch auf Ihre eigenen Leute, die praktische Regierungserfahrung in einem Bundesland haben. Hier könnte man Hartl zitieren, hier könnte man Wagner zitieren. Wenn Sie das Gespräch mit der Opposition in diesen Grundsatzfragen ablehnen, aus welchen Gründen immer, beschäftigen Sie sich mit Ihren eigenen Aussagen!

Im Jahre 1971 hat die Volkspartei gesagt: Stellen wir die Krankenhausfinanzierung nicht auf den Bedarf ab, sondern auf die tatsächliche Leistung. Millionen wurden durch ein falsches System ausgegeben. Jetzt verkündet der neue Gesundheitsminister, man müßte sehr wohl das System umstellen, und läßt die Zuschüsse darauf abstellen, was ein einzelnes Krankenhaus auch im Bereich der Verwaltung an Effizienz und Kompetenz leistet, und nicht einfach darauf, was dort ausgegeben wird.

Ja wer gibt denn den Steuerzahlern oder dem Staat die Millionen zurück, die in neun Jahren eines falschen Systems vergeudet worden sind, meine Damen und Herren? Hier liegt überall

Geld: für die Mindestrentner, für die bürgerlichen Mindestrentner, für die Anhebung von 5,6 auf 6,5 Prozent und für manch andere Dinge, die uns im Zusammenhang mit unserer Gesellschaftspolitik sehr wichtig erscheinen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Gegensatz zwischen Theorie und Theorie, aber Gegensatz auch zwischen Theorie und Praxis. Ich zitiere nun die bekannte Aussage des seinerzeitigen Arbeiterkammerpräsidenten von Tirol, als man hunderttausend Arbeitnehmern das Wahlrecht genommen hat. Man sichert sich keinen Wahlsieg in der Demokratie, indem man Menschen das Wahlrecht wegnimmt. Oder in jüngster Zeit, Theorie und Praxis in der Einkommenspolitik. Ich habe vorhin gesagt, meine Damen und Herren, alle zwei Jahre gibt es Vorschläge, die sicherlich teilweise recht sympathisch klingen, zur höheren Besteuerung der Spitzeneinkommen. Bisher wurde ein einziges Mal der Spitzensteuersatz gesenkt.

Ja wie sieht es denn in der Praxis aus? In den „Roten Markierungen“, Teil 2, muß man den Vorwurf des sozialistischen Programmachers Matzner lesen: Schon in der liberalen Zeit gab es in der Wiener Gemeindeverwaltung zwischen Höchst- und Niedrigsteinkommen ein Verhältnis von 1 : 16. Nach 50 Jahren sozialistischer Magistratsführung ist es genau das gleiche.

Hier könnte man noch eine Reihe anderer Beispiele aufzählen. Die Möglichkeit, die dem doch mehrheitlich sozialistisch bestimmten Hauptverband der Sozialversicherungsträger gegeben wurde, daß dort den Generaldirektoren Gehälter bis zu 20 Prozent angehoben werden. Wo ist die Theorie des stärkeren Heranziehens von Höchstgehältern und Spitzengehältern, und wo bleibt die Praxis? Ich möchte nicht auf die Wiener Messe-AG, nicht auf die Tatsache der Verantwortlichkeit über die Verwendung öffentlicher Gelder – keine Belege – eingehen.

Im letzten Rechnungshofbericht heißt es wieder: Bis heute sind keine Belege vorgelegt worden über die Millionen der Frau Dr. Leodolter. Ich habe das einmal schon sehr hart formuliert: Theorie und Praxis im Einkommensbereich. Das ist eine Partei, die von der Gleichheit aller spricht, aber je länger sie an der Macht ist, umso mehr gibt es gleichere gegenüber den vielen, die halt nur gleich sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Ich glaube, es gibt eine Reihe von Problemen, über die wir mit aller kritischen Einstellung, ohne jeden Extremismus, das Gespräch führen können. Ich beziehe mich auf ein Wort des Herrn Bundeskanzlers, der gemeint hat, diese Grundsatzdiskussionen führen nur zu einer Lagermentalität. Meiner

**Dr. Mock**

Auffassung nach muß das überhaupt zu keiner Lagermentalität, die ich ablehne, führen, weil ich jedem das Recht zugestehe, eben eine andere Auffassung in einer konkreten Frage – auch in einer gesellschaftspolitischen – zu haben. Eine Selbstverständlichkeit. Das darf für das menschliche Verhältnis zum politischen Gegner keine Tragweite haben. Aber ich glaube, wir haben in der Demokratie die Aufgabe, Alternativen anzubieten.

Meine Herren! Ich möchte Ihnen sagen: Sie können das negieren, Sie können das unterspielen, Sie können danebenstehen, Sie können das abwerten, wie Sie wollen. Wir werden von unserer Absicht und Entschlossenheit, wichtige Fragen des gesellschaftspolitischen Weges unseres Landes in den achtziger Jahren hier im Parlament immer wieder zur Diskussion zu stellen, nicht abgehen.

Wir sind überzeugt, daß wir damit einen Beitrag zur Glaubwürdigkeit unserer Demokratie leisten, in der die Menschen ohnehin nur gelegentlich den Eindruck haben: Sind alle eh nur für ein paar Schilling mehr, ein paar Kindergärten mehr und dergleichen. Wir leisten einen Beitrag für die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie, wir leisten einen Beitrag für die Wahlmöglichkeit des Bürgers zwischen großen gesellschaftspolitischen Alternativen und bereichern damit auch das parlamentarische Leben! *(Anhaltender Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Frischenschlager. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Frischenschlager** (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir erleben heute eine Grundsatzdebatte, eine Generaldebatte über die Regierungspolitik, sozusagen einen Nachschlag zur seinerzeitigen Debatte um die Regierungserklärung der Sozialisten. Aber was das bemerkenswerte daran ist: Wir tun es anhand eines Entschließungsantrages der ÖVP, der vom Anspruch her von sich behauptet, eine Quasi-Gegenregierungserklärung zu sein. Damit stelle ich mir aber die Frage: Was soll dieser Antrag, was soll er in der Strategie einer Oppositionspartei?

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, daß diese Art der Grundsatzdebatte anhand einer Gegenregierungserklärung von der Warte eines Oppositionspolitikers einen gravierenden Nachteil hat, denn es geht jetzt anhand dieses Antrages nicht sosehr um die sozialistische Regierungserklärung, sondern, Herr Bundesparteiohmann Mock, Sie zwingen uns als zweite Partei, uns mit diesem Antrag, mit seinem Inhalt auseinanderzusetzen, und ent-

schuldigen Sie, wenn ich hier vorweg ein Urteil fälle. Ich glaube, die Vorwürfe, die Sie gegenüber der Regierungserklärung erheben: Zuwenig konkret, keine Alternativen –, diese Vorwürfe müssen leider gegenüber diesem Initiativantrag der ÖVP genauso erhoben werden, und deshalb lehnen wir diesen Entschließungsantrag ab, wir können ihm nicht die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was ist dieser Entschließungsantrag der ÖVP? – Sie verzeihen wiederum das scharfe Urteil: Ein wäßriges Sammelsurium von Gemeinplätzen, wo ich mich eben frage, inwieweit es möglich ist, eine derartige Erklärung in Antragsform hinter der Beschlußfassung anderer Parteien zu stellen. Ich glaube, es ist ein falscher Weg, und ich bedaure es, weil damit nicht das geschieht, was unserer Meinung nach geschehen müßte, nämlich ein scharfer Angriff auf die sozialistische Regierungspolitik im Detail, sondern wir sind gezwungen, heute hier eher mit einer generellen Debatte durch das ganze Gemüsebeet der politischen Felder zu gehen, ohne daß es möglich sein wird, ins Detail und in die Tiefe zu gehen. Und deshalb ist das ein Schuß, der nach rückwärts losgeht. Es wird leider Gottes den Antragstellern dieser Antrag auf den Kopf fallen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die ÖVP vermißt in der Regierungserklärung der SPÖ konkrete Lösungen. Aber wenn ich mir anschau, wo der ÖVP diese konkreten Lösungen fehlen: Budgetsanierung, Energieprobleme, Sicherung der Arbeitsplätze, Finanzierung der sozialen Sicherheit, Umweltpolitikmaßnahmen – alles richtig; das hat seinerzeit die FPÖ bei der Debatte um die SPÖ-Regierungserklärung hier vom Rednerpult aus betont, und sie hat deshalb seinerzeit die Regierungserklärung auch abgelehnt –, frage ich mich: Wo sind die Alternativen der ÖVP in dieser Gegenregierungserklärung? – Ich finde sie leider auch nicht.

Wenn wir nun im Detail hineinschauen in diesen Entschließungsantrag, in das Papier der ÖVP, so müssen wir eines festhalten: Dieser Entschließungsantrag teilt sich im großen und ganzen in drei Bereiche. Da ist ein Bereich, den man eher damit abtun muß, daß es, ich würde sagen No-na-Erklärungen sind, denen man ohneweiters zustimmen kann, da ist ein zweiter Bereich, der sich in reinen Leerformeln ergeht – ich werde nachher Beispiele anführen –, und da ist ein dritter Bereich, wo man durchaus sagt: Gut, das ist zu unterstreichen und zu unterstützen, aber bitte, wir hätten es gerne ein bißchen genauer!, und das fehlt uns leider bei diesem Antrag.

**Dr. Frischenschlager**

Ich könnte also nun ins Detail gehen. Ich könnte zum Beispiel die Grundsätze herausgreifen, nach denen die ÖVP die Politik gestaltet haben möchte. Da steht auf der Seite 2: „Mehr Dezentralisierung statt wachsendem Zentralismus“. Na ganz sicher, das ist richtig, aber bitte: Wo und wie im Detail?

Es ist von „mehr Subsidiarität“ die Rede. Ein Grundsatz. Aber wiederum: Jetzt, ein halbes Jahr nach der sozialistischen Regierungserklärung, wäre es wichtiger, mit Detailvorschlägen aufzuzeigen, wo denn das notwendig ist.

Dann steht zum Beispiel unter Punkt 5 auf der Seite 3: „Mehr Information und Diskussion statt manipulierter Transparenz“. Das könnte eine typische Überschrift in einer Wahlkampfbroschüre sein. (Abg. Dr. Mock: Seite 13 nachschauen!)

Herr Bundesparteiobmann Mock, ich gehe gerne auf die Seite 13 weiter, und dort sehe ich aber leider Gottes nur: „Umfassende Sicherheitspolitik“, worüber auch zu reden sein müßte . . . (Abg. Dr. Mock: Dezentrale Verwaltungseinrichtungen zum Beispiel!)

Dezentrale Verwaltungseinrichtungen im Bereich der Verfassungsreform. Ja natürlich, selbstverständlich. Aber wo im konkreten? – Und das wäre das interessante! Der Grundsatz als solcher, bitte oftmals, ist wäbzig, wenn ich so sagen darf. (Abg. Dr. Mock: Er ist nicht unbestritten!)

Ich glaube, daß im wesentlichen auf Grund des föderalistischen Prinzips alle Parteien diesen Satz vertreten, daß diesen Satz alle unterschreiben, und gerade jetzt wäre es eben wichtig, die Unterschiede herauszuarbeiten, wo meines Erachtens die Unterschiede zwischen sozialistischer föderalistischer Auffassung und der ÖVP-Auffassung wären. (Abg. Dr. Mock: Haben Sie nicht gehört, daß wir die Gemeinden stärken wollen und nicht auf Bezirksebene anfangen? Wenn die Grundsätze gemeinsam sind, können Sie dem zustimmen!)

Herr Bundesparteiobmann Mock! Natürlich, solche Plakatsätze kann jeder unterschreiben, ob es ihm lustig ist oder nicht. Aber es geht um den konkreten Inhalt! Es kommt darauf an, welcher Inhalt solchen Gemeinplätzen gegeben wird, Herr Kollege! Darum geht es! (Abg. Dr. Hafner: Dann stimmen Sie doch zu!)

Plakatsätzen kann man zustimmen, ob es einem lustig ist oder nicht. Aber es geht darum, daß wir ein halbes Jahr oder ein Jahr nach einer sozialistischen Regierungsmehrheit, einem Wahlsieg der SPÖ, es uns als Opposition nicht mehr leisten können, mit Plakatsätzen hier im Plenum zu agieren. Das geht nicht, sondern es

wäre wichtig, von der Opposition aus anhand konkreter politischer Maßnahmen der sozialistischen Regierung ganz konkret die Debatte zu führen, wo die Trennungsstriche zwischen Opposition und Regierung bestehen. (Beifall bei der FPÖ.)

Das wäre notwendig, und das wäre auch die Möglichkeit, dem zu dienen, was sich die Opposition hier als Aufgabe zu stellen hat, nämlich die Grenzüberschreitungen sozialistischer Gesellschaftspolitik scharf in den Griff zu bekommen. Aber mit Plakatüberschriften geht es leider nicht.

Ich könnte da jetzt wirklich Details anführen. Nehmen wir das Beispiel „Umfassende Umweltpolitik“ auf Seite 6 her. Was sagt die ÖVP?

„Die ÖVP tritt für eine umfassende Umweltpolitik ein, die im Gegensatz zu den unsystematischen punktuellen Eingriffen der sozialistischen Bundesregierung steht.“

Gut. Als allgemeiner Satz wieder zu unterstreichen. Aber bitte oftmals: Wo geschieht es? Wo sind die unsystematischen Punkte? – Das herauszuarbeiten wäre wichtig!

Man könnte auf die Passage über den ländlichen Raum eingehen. Wenn hier steht: „Völlig unbefriedigende Einkommen vieler Bauern“, und so weiter, so fordert das geradezu zu folgender Frage heraus: Wo ist denn die Ursache dafür, nachdem 25 Jahre in der Zweiten Republik die ÖVP die Verantwortung für die Landwirtschaftspolitik hatte?

Jetzt wäre es wichtig: Ist es schlechter geworden? (Rufe bei der ÖVP: Ja!) Wenn dem so ist, dann wäre es wichtiger gewesen, von Ihrer Seite folgendes herauszuarbeiten: Wo ist es schlechter geworden? Warum? – Und dann wäre eine konkrete und harte Oppositionspolitik die Tatsache!

Oder gehen wir auf Seite 8 weiter. Hier steht bezüglich des Bereiches der Sozialpolitik:

„Dazu ist eine ‚Neue Sozialpolitik‘, nämlich eine Sozialpolitik der menschlichen Nähe, notwendig.“

Viel mehr steht nicht da. Nun wieder: Das ist ein gemütvoller Satz. Aber noch einmal: Es wäre notwendig zu sagen, wie diese Sozialpolitik der menschlichen Nähe aussieht! Als Plakatsatz ist mir das einfach zuwenig.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Oder bezüglich des Bereiches der „dynamischen Demokratie“ auf Seite 15. Da kann ich nicht umhin, Ihnen folgendes vorzuwerfen. Sie schreiben hier:

„Nur durch die Mitwirkung aller wird

**Dr. Frischenschlager**

Demokratie dynamischer und kann auf Dauer Belastungen standhalten."

Auch das wieder ein Satz, der zu unterstreichen ist. Aber da muß ich Sie fragen: Was tun Sie in den politischen Bereichen, wo Sie die Verantwortung haben (*Abg. Dr. Fischer: Sehr richtig!*), diese „dynamische Demokratie“ voranzutreiben? (*Abg. Dr. Fischer: Niederösterreich!*)

Ich darf Ihnen aus konkretem Anlaß zwei Beispiele bringen.

Es gibt zwei Bundesländer in Österreich, wo es bei Gemeindewahlen noch nicht einmal den Amtlichen Stimmzettel gibt. Da könnten Sie die Mitwirkung der Bevölkerung und der politischen Gruppen am politischen Prozeß erleichtern (*Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ*), wenn Sie sich dazu aufraffen könnten, es den Tausenden Funktionären zu ersparen, daß sie sich bei jedem Wetter vor das Wahllokal hinstellen und den Wählern die Stimmzettel geben müssen, damit diese überhaupt... (*Abg. Graf: Dort darf er es ja gar nicht!*) Bitte? (*Abg. Graf: Beim Wahllokal darf er das gar nicht!*) Umso tragischer, Herr Abgeordneter Graf! (*Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) Der Bürger muß in diesen Ländern, wenn er zur Gemeindevahl antritt, ... (*Anhaltende Zwischenrufe des Abg. Graf.*)

Herr Abgeordneter Graf! Der Bürger muß sich dort unter Umständen darüber Sorgen machen, ob er überhaupt einen Stimmzettel bekommt, um das wählen zu können, was er will. Das sind doch Steinzeitverhältnisse! Da könnten Sie unmittelbar ganz konkret die Mitwirkung und die demokratischen Rechte der Bevölkerung im Sinne einer dynamischen Demokratieauffassung verbessern, und zwar mit einem Federstrich. Das ist nämlich überhaupt kein Problem! Alles, was es an Argumenten in Tirol und in Niederösterreich gibt, greift nicht, wenn bei allen anderen Wahlen überall der Amtliche Stimmzettel existiert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal zusammenfassen. Wir halten diesen Weg, die sozialistische Regierungspartei sozusagen auf die oppositionellen Hörner zu nehmen mit einem Antrag, der logischerweise nichts anderes als Plakatüberschriften enthalten kann, für den falschen Weg. Das ist zu spät! Dazu war Anlaß seinerzeit bei der Debatte über die Regierungserklärung. Jetzt ist es die Aufgabe der Opposition, in die konkrete Materie hineinzusteigen und den Sozialisten ganz konkret bei jedem Punkt zu sagen, wo sie die Grenzen der Gesellschaftspolitik, der sozialistischen Gesellschaftspolitik überschreiten. Das wäre unsere Aufgabe!

Damit darf ich... (*Rufe bei der ÖVP: Wo ist der Applaus?*) Bitte? (*Der Redner blickt zu Abg. Graf. - Abg. Graf: Ich habe nichts gesagt! - Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP. - Ruf bei der FPÖ: Der Applaus wird schon kommen!*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute - der Herr Bundesparteiobmann Mock hat das ja auch ausdrücklich betont - eine Grundsatzdebatte führen, dann hat sie sich natürlich primär mit der sozialistischen Regierungspolitik auseinanderzusetzen. Ich darf im zehnten Jahr einer sozialistischen Alleinregierung auf das zentrale Thema hinweisen, um das es uns gehen muß, nämlich auf den zentralen Stellenwert der Freiheit. (*Abg. Dr. Fischer: Elf Jahre!*) Entschuldigen Sie, Herr Klubobmann Fischer: Wir stehen am Beginn des elften Jahres. Es sind zehn Jahre vorbei. Das ist lange genug.

Gerade die Grundsatzdebatte ist der Anlaß, daß wir darauf hinweisen müssen. Wir haben heute in den westlichen Demokratien eine ganz grundsätzliche Auseinandersetzung, nämlich zwischen dem Stellenwert der Freiheit als individuellem Recht, aber auch als einem Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Das ist eine Auseinandersetzung, die wir heute überall dort haben, wo sozialistische, sozialdemokratisch-sozialistische Regierungen am Ruder sind. Diese Grundsatzdebatte muß in diesen Ländern geführt werden.

In diesem Zusammenhang darf ich doch auf einige Punkte hinweisen.

Es ist das auch für Österreich der entscheidendste Punkt. Es geht um die Langzeitwirkung sozialistischer Politik. Es geht einmal darum, über das Ausmaß der lenkenden, der eingreifenden staatlichen Maßnahmen zu sprechen, die unter einer sozialistischen Regierung die Norm sind. Und es geht zweitens darum, inwieweit wir uns heute von einer pluralistischen Demokratie dadurch entfernen, daß wir es mit einem Machtkartell zwischen Regierung, Bürokratie, Spitzen von Verbänden und Multis im wirtschaftlichen Bereich zu tun haben, also eine Machtkonzentration bei wenigen haben, und zwar trotz des erklärten Zieles der Sozialdemokratie, eine politische Pluralität herzustellen.

Diese zwei Punkte sind es, über die man sich mit einer sozialistischen Regierung auseinandersetzen muß. Dazu darf ich im folgenden einiges bemerken.

Es geht uns als einer liberalen Partei darum, nicht nur die Freiheit des einzelnen in den Vordergrund zu stellen, sondern einfach um die Voraussetzungen; wie es in der Gesellschaftsphilosophie ja beschrieben wird: um das Offenhalten der Gesellschaft, also um die Voraussetzungen der offenen Gesellschaft.

**Dr. Frischenschlager**

*(Abg. Dr. Kohlmaier: Das sind aber auch plakative Aussagen, die Sie machen! Uns werfen Sie das vor! So geht es nicht!)*

Herr Abgeordneter Kohlmaier! Es ist völlig klar, daß ich bei einer Redezeit von 25 Minuten, die ich mir gesetzt habe, auch sehr im Schlagwortartigen bleiben muß. Aber ich habe ja nicht eine Regierungserklärung . . . *(Abg. Dr. Hafner: Jetzt schlägt es 13!)* Nein, da ist ein kleiner Unterschied! *(Abg. Dr. Hafner: Zuerst werfen Sie uns plakative Überschriften vor, und jetzt reden Sie sich auf die Redezeit aus!)* Nein. Ich darf Ihnen folgendes sagen:

Das ist eine ganz andere Sache. *(Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich darf Ihnen folgendes sagen: Ich habe hier keinen Entschlie- bungsantrag eingebracht, der damit anfängt: Es geht um Alternativen, und es geht um konkrete Lösungsvorschläge.

Das habe ich nicht gebracht. Sie vielmehr haben das gebracht! Sie erfüllen das aber nicht. Das ist ja der springende Punkt! *(Zustimmung bei der FPÖ. - Abg. Dr. Hafner: Dann machen Sie es besser!)* Herr Kollege! Sie unterbrechen mich leider beim falschen Punkt. Ich wollte mich nämlich jetzt nicht mit Ihrem Entschlie- bungsantrag auseinandersetzen, sondern mit der Soziali- stischen Partei.

Ich habe Ihnen auch gesagt, was ich erreichen will: Ich möchte hier keine Alternativen im konkreten herausstellen, denn das ist in einem solchen Zusammenhang nicht möglich. Das werden wir zum gegebenen Anlaß bei jeder Materie machen. Ich werde Ihnen auch einige konkrete Beispiele bringen. Sie können beruhigt sein. Aber nicht in der Auseinandersetzung mit Ihnen, sondern in der Auseinandersetzung mit den Sozialisten. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das machen wir auch bei jedem Anlaß! - Abg. Dr. Hafner: Das machen wir laufend! - Abg. Dr. Kohlmaier: Das machen wir bei jedem Anlaß!)* Dann frage ich mich aber: Wozu dann eine solche Gegenregierungserklärung, die . . . *(Abg. Dr. Kohlmaier: Damit wir eben eine Grundsatzdebatte machen können, Herr Kol- lege, und dabei nicht nur über den Schilling reden können!)* Herr Kollege Kohlmaier! Das ist ja der Irrtum, daß man heute mit derartigen Schriften Grundsatzdebatten führen kann. Das ist schon rein technisch nicht möglich. *(Zwi- schenruf des Abg. Dr. Kohlmaier.)*

Das ist ja unsere Kritik an dem Antrag, daß wir sagen: In dieser Phase der Regierungspolitik kann man natürlich eine Grundsatzdebatte führen - das mache ich jetzt anhand des Beispiels Freiheit und freie Gesellschaft -, aber man kann nicht ein Sammelsurium von Gemein- plätzen anbieten und das als Alternative zur

Regierungspolitik bezeichnen. Das geht nicht! *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Ich habe nichts dagegen, daß Sie das machen; wir müssen nur dagegen stimmen. Ich möchte Ihnen nur sagen, daß wir das von der Oppositionsstrategie her betrachtet als falsch erachten.

Aber ich führe jetzt gerade die Grundsatzde- batte mit den Sozialisten, wobei ich noch einmal betonen möchte, daß es um zwei Dinge geht: Es geht darum, daß wir eine Gesellschaft aufbauen oder an deren Entwicklung mitarbeiten wollen, die beim freien Menschen beginnt, die die freie Entscheidung in den Mittelpunkt stellt und die eigene Leistungsbereitschaft und die Verant- wortungsbereitschaft des einzelnen berücksich- tigt, und zwar nicht nur deshalb, weil das dem Leben des einzelnen gerechter wird, sondern weil es auch die gesamtgesellschaftliche Ent- wicklung fördert.

Hier ist die Trennungslinie, die politische und ideologische Scheidungslinie zur SPÖ. Das wollte ich aufzeigen, Herr Kollege Kohlmaier.

Ich komme jetzt gleich zu den konkreten Beispielen.

Ich darf als ein typisches Merkmal der sozialistischen politischen Auffassung, was die Einstellung des einzelnen zur politischen Mit- wirkung betrifft, ein schönes Beispiel bringen. Ich habe mir aus einer Zeitung des Gewerk- schaftsbundes eine Seite ausgeschnitten. Da ist ein schöner Nußknacker drauf, und dann steht drüber: Warum die Nüsse selber knacken? - Die Probleme der Zukunft sicher bewältigen mit starken Gewerkschaften!

Das ist meines Erachtens ein ganz symbolhaf- ter Ausdruck der sozialistischen pessimistischen Einstellung zur Wahrnehmungsmöglichkeit des einzelnen, seine Sachen selbst zu erledigen.

Wenn ich schreibe: Warum die Nüsse selber knacken?, dann erziehe ich doch den Mitbürger gerade dazu, daß er sagt: Bitte vielmals, der Große Bruder macht das eh alles für mich!

Gerade das ist ein falscher Weg. Es wäre wichtig, daß wir der Bevölkerung und auch dem einzelnen klarmachen: Primär kommt es einmal auf deine Freiheit, auf deine eigene Leistung an und auf das, was du selbst beitragen kannst! Du selber sollst versuchen, deine Probleme zu lösen:

Es soll nicht von vornherein das eintreten, was eben ein Merkmal sozialistischer Politik ist: daß der einzelne mehr oder weniger in seinen Versorgungsbereich hineingestellt wird, daß er eingekullt wird, daß er gar nicht mehr den Anreiz verspürt, seine eigenen Angelegenheiten selber in die Hand zu nehmen.

**Dr. Frischenschlager**

Das ist eine grundsätzliche Kritik gegenüber der sozialistischen gesellschaftspolitischen Auffassung.

Ich darf zum Bereich der Wirtschaftspolitik einiges anmerken. Der letzte SPÖ-Parteitag hat sich mit einer semantischen wirtschaftspolitischen Wandlung befaßt, nämlich von der Sozialen Marktwirtschaft zur sozialdemokratischen Marktwirtschaft. Auch da läßt sich sehr konkret aufzeigen, wie hier ein Wandel und der Unterschied zwischen unserer wirtschaftspolitischen Auffassung und der sozialistischen besteht.

Im wesentlichen geht es darum, daß wir sagen: Eine wesentliche Voraussetzung dieser Marktwirtschaft ist, daß sie leistungsfähig ist, den höchsten Wohlstand erreicht gegenüber allen Lenkungssystemen im Vergleich, daß tatsächlich ein Entscheidungsspielraum der Wirtschaft vorhanden ist.

Aber was ist das Ergebnis sozialistischer Steuerpolitik? - Daß gerade die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen auf ein Minimum herabsinkt, und statt dessen fordert der ÖGB, wie auf dem letzten Bundeskongreß, verstärkte Maßnahmen der direkten Förderung, noch dazu mit einer Wirksamkeitskontrolle!

An diesem Beispiel sind die grundsätzlich unterschiedlichen Positionen schön aufzeigbar. Während wir auf der freien unternehmerischen Entscheidung aufbauen und erwarten, daß dabei die besten gesamtgesellschaftlichen Ergebnisse herauskommen, hofft die sozialistische Regierung auf ein Übergehen dieser Entscheidung auf bürokratische Organe. Die Eigenkapitalbildung wird steuerpolitisch minimiert, statt dessen bekommt man einen Teil von dem, was man da eingenommen hat, wieder als Subvention und als direkte Förderung zurück. Die freie unternehmerische Entscheidung wird durch die Entscheidung des bürokratischen Apparates staatlicher und quasi-staatlicher Einrichtungen ersetzt.

Das ist ein ganz grundsätzlicher Unterschied zwischen sozialistischer und freiheitlicher wirtschaftspolitischer Auffassung.

Der Bereich der Sozialpolitik.

Bei der seinerzeitigen Debatte um die Regierungserklärung hat Klubobmann Fischer hier den würzigen Satz gebraucht, Soziale Marktwirtschaft sei so sozial wie ein Eisschrank. - Das ist nur dann der Fall, wenn man unter „sozial“ nichts anderes versteht als staatliche Verteilungsmaßnahmen, während es unsere Auffassung ist, daß dasjenige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem das beste ist, das die meisten ohne staatlichen Zuschuß in die

Möglichkeit versetzt, ihre Lebensverhältnisse - und zwar gut - selber zu regeln. Das ist für uns das sozialste System, und es ist natürlich die Folgerung daraus zu ziehen, daß ich dazu eine Reihe von wirtschafts-, sozialpolitischen und einkommenspolitischen Voraussetzungen brauche.

Fest steht, daß man natürlich nicht auf eine staatliche Hilfe für diejenigen verzichten kann, die auch diese Eigenvorsorge nicht leisten können. Aber der Grundsatz muß sein, daß der einzelne primär von der Wirtschaftsordnung her in die Lage versetzt wird, ohne staatliche Hilfsmaßnahmen sein Leben - und zwar gut - zu bewältigen. Das müßte der Grundsatz sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Selbstverständlich wird der Staat unterstützen müssen, nur bricht da wieder die Frage auf: Wo, wem und unter welchen Umständen hilft der Staat dem einzelnen im sozialen Bereich?

Und da gibt es wieder einen Grundsatzkonflikt. Ich erinnere nur an die Debatten, die wir im Parlament im Umland der Nationalratswahl hatten, als in Graz eine Sozialstaffel für verschiedene soziale Tarife eingeführt wurde. Da hat es hier von sozialistischer Seite geheißt: Sozialdemontage!, und alles mögliche ist damals gesagt worden.

Interessant ist nur, daß nach der Wahl in der Regierungserklärung auf einmal steht, daß mit wachsendem Wohlstand die Möglichkeit der Eigenvorsorge verbessert werde.

Das ist eine vage Andeutung in Richtung einer nach Einkommen, nach persönlichen Verhältnissen differenzierten Sozialpolitik. Wir halten es an sich für einen positiven Ansatz der sozialistischen Regierungserklärung. Allerdings ist es darum wieder sehr bald still geworden, nur in letzter Zeit ist da wieder eine Debatte aufgebrochen.

Und da geht es bei den Sozialisten anscheinend momentan insgesamt ein bisschen durcheinander, wie ich sagen muß, wenn ich in „Der Presse“ vom 28. Feber lese: „Auch Benya tritt für Beihilfenstopp ein“, wenn dort steht: zum Vorschlag „des SP-Klubobmanns Fischer nach einem Beihilfenstopp für Besserverdiener“, oder wenn der Gewerkschaftsfunktionär Dallinger dort angeblich gesagt hat, daß von der bisherigen SPÖ-Politik der undifferenzierten Beihilfen abgegangen wird, das „sei eben eine fiskalisch bedingte Kurskorrektur“, und wenn dann Benya abschließend der Satz zugeordnet wird: „Daß der Staat auch dort finanziert, wo es nicht nötig ist, ist nicht einzusehen.“

Also, man kommt offensichtlich in der

**Dr. Frischenschlager**

Sozialistischen Partei aus fiskalischer Not – denn Not lehrt bekanntlich beten –, weil einfach diese undifferenzierte Sozialpolitik nicht mehr finanzierbar ist, langsam auf sozialpolitische Grundsätze, die man noch vor wenigen Monaten als Sozialdemontage diffamiert hat.

Aber ich begrüße es, daß offensichtlich bei allem Durcheinander, das bei den Sozialisten in diesem Punkt existiert, die Grundsatzdebatte über die differenzierte Sozialpolitik beginnt. Wir werden sehr gerne bereit sein, bei konkreten Anlässen gerade auf diesen Grundsatz der differenzierten Sozialpolitik einzugehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Aber, wie gesagt, es geht bei den Sozialisten in diesem Bereich durcheinander, weil der Klubobmann Fischer zugleich einen weiteren Vorschlag macht, der nämlich genau diesem Prinzip widerspricht, daß ich vernünftige Einkommensverhältnisse habe, auf Grund derer ich den einzelnen dem Staat nicht auf dem Teller zu sitzen lassen brauche, sondern er selber seine Vorsorge trifft. Aber die Voraussetzung dafür sind eine vernünftige Einkommensentwicklung und entsprechende Einkommensverhältnisse. Und da macht nun Fischer gleich wieder einen Schritt zurück, indem er, wiederum unterstützt vom ÖGB-Präsidenten Benya, sagt, es soll ab ungefähr 20 000 S die Steuerprogression wieder stärker anziehen.

Es gibt nun zwei Wege: Ich kann wegsteuern und wieder herschenken oder ich kann darauf bauen, daß der einzelne selber seine Lebensumstände finanziert. Diese zwei Möglichkeiten gibt es.

Ich kann aber eines nicht machen: Daß ich einerseits sage, die Beihilfen kürzen wir, aber andererseits, die Einkommensteuer setzen wir zugleich hinauf. Hier muß sich die Sozialistische Partei klar werden, was sie will. Das sind zwei Prinzipien, die einander widerstreiten.

Unsere Position ist klar: Wir wollen Leistungslöhne, die nicht hierarchisch aufgebaut sind, und das wäre den Sozialisten zum Beispiel in dem Bereich zu empfehlen, wo man das machen kann. Ich denke da nur an die Einkommensverhältnisse in manchen ärztlichen Bereichen, Primariaten und so weiter, wo man sich manchmal fragt, ob denn da drei, vier Paralleleinkommen wirklich notwendig sind. Da könnte man direkt eingreifen.

Aber was man nicht machen sollte, das ist, daß man eine Steuerprogression Platz greifen läßt, die wieder die Zahl der Beihilfenbezieher notwendigerweise erhöht und damit den Staat belastet.

Ein weiteres Beispiel, wo sozialistische

Gesellschaftspolitik und unsere Auffassung differieren, läßt sich anhand der Mietenreform sehr schön aufzeigen. Hier wird, weil man schöne alte klassenkämpferische Gebräuche einfach nicht ablegen will, ein Mietrecht in Angriff genommen, das eben wieder genau in die verkehrte Richtung geht. Nicht, daß man die zarten Ansätze marktwirtschaftlicher Wohnungspolitik vielleicht um ein Schrittel weitergeht, nein, im Gegenteil, da wird wieder zugedreht.

Es geht nicht darum, ob heute der Hausbesitzer nun sein Kappel aufhat und deshalb mehr verdient oder weniger verdient. Es geht darum, ob ein Wirtschaftszweig wie die Wohnungspolitik Ertrag haben kann und soll oder nicht.

Die Sozialisten glauben, Ertrag und Gewinn ist etwas, was erstens kapitalistisch und zweitens ausbeuterisch ist, daher wird man es in dem Bereich bei den Mieten, bei der Wohnungspolitik, einfach wegwischen. Aber ich frage Sie, wie Sie eine Wohnungspolitik in Österreich organisieren und politisch durchführen wollen ohne privaten Kapitaleinsatz, ohne Privatinitiative und ohne die manchmal sehr intensive Arbeit der kleinweisen Hauserhaltung der Hauseigentümer. Und das geht eben nicht ohne Ertrag.

Das Mietengesetz, das im Anzug ist, das ist einfach wieder ein Schritt in die falsche Richtung, und es wird wieder Anlaß sein, bei dieser Debatte zum Mietrecht sehr konkret die gesellschaftspolitischen Unterschiede herauszuarbeiten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zum Schluß auf ein Feld zu sprechen kommen, von dem man ruhig sagen kann: Wenn es eine jüngste unbewältigte Vergangenheit der Sozialisten gibt, dann ist es die mit ihrem politischen Verhalten um die Frage Atomenergie.

Ich möchte jetzt nicht auf die eigentliche Energiedebatte eingehen – das wird zu einem anderen Zeitpunkt geschehen –, aber auf etwas möchte ich hinweisen, weil es die demokratische Substanz unseres Staates angeht.

Wir haben in den letzten Tagen – und im gestrigen „Kurier“ ist es nachzulesen – eine Entwicklung in verschiedenen Betrieben in Österreich, die von der politischen Pression her, vom Grundsatz der politischen Freiheit her als äußerst bedenklich zu betrachten ist.

Es steht im „Kurier“ – und die Informationen, die mir zugekommen sind, bestätigen es –, daß in verschiedenen Unternehmen in einem Zusammenspiel zwischen Unternehmensleitung, Betriebsrat und außenstehenden Organisations Betriebsangehörige mehr oder weniger

**Dr. Frischenschlager**

gezwungen werden, für ein Pro-Zwentendorf-Volksbegehren zu unterschreiben. Der „Kurier“ schreibt im Hinblick auf die Firma Philips, es werden die Leute mit Bussen zu den entsprechenden Betriebslokalen geführt, wo der Betriebsrat drinnen sitzt, ein Notar dabeisitzt, wo gleich unterschrieben wird. Es ist davon die Rede, daß dort mehr oder weniger sanfter Druck ausgeübt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine sozialistische absolute Mehrheit hat einen Volksentscheid zur Kenntnis zu nehmen! Das ist einmal eine klare Sache. Eine zweite ist, daß sie bei politischen Maßnahmen, einen derartigen Volksentscheid wieder umzudrehen, jedenfalls nicht mit politischen Zwangsmaßnahmen und Pressionen arbeiten darf!

Herr Präsident Benya – er ist leider nicht hier –, der Gewerkschaftsbund täte sehr gut daran, diesem Beginn eines Auswuchses von politischem Druck in einer Angelegenheit, die die Betriebe unmittelbar nichts angeht und wo über ein Machtkartell von Betriebsleitung, Betriebsrat und außenstehenden wirtschaftlichen Kräften zusammengespield wird und der einzelne Arbeitnehmer mehr oder weniger gezwungen wird, eine politische Zielrichtung zu unterschreiben und eine politische Maßnahme mit einem Volksbegehren einzuleiten, zu wehren. Das ist einer Demokratie auch nach zehn Jahren sozialistischer Alleinregierung nicht würdig! *(Beifall bei der FPÖ.)* Und es wäre gut... *(Abg. Dr. Fischer: Das können Sie aber leider dem Antragsteller gar nicht sagen, weil der selber kein Interesse dafür zu haben scheint! – Abg. Graf: Ich werde es ihm schon ausrichten!)* Ich setze mich momentan mit den Sozialisten auseinander! Mir geht es darum, Herr Klubobmann Fischer, daß wir in Österreich – da gibt es auch schöne andere Beispiele... *(Abg. Dr. Fischer: Mir geht es darum, daß man Präsenzen urgiert und dann selber nicht da ist!)* Herr Klubobmann Dr. Fischer! Ich glaube, wir unterhalten uns einmal durchaus über diese Betriebsgeschichte, die ist nämlich sehr interessant!

Wir haben in Österreich auch nach zehn Jahren – oder leider wahrscheinlich wegen zehn Jahren – sozialistischer Alleinregierung ein politisches Klima, wo viele oft zu Unrecht glauben, sie können sich eine politische Äußerung nicht leisten, weil sie im privaten Bereich Nachteile zu befürchten haben.

Wir haben gerade einen Präsidentschaftswahlkampf anlaufen, wo von Gredler unabhängige Komitees aufgestellt werden. Und Sie glauben nicht, was man da an Äußerungen hört: Ich kann doch nicht...!, Da geht mir ein Auftrag verloren!, Ich bin gut befreundet mit

dem!, Der entzieht mir das!, und alle möglichen Gründe werden angeführt, warum einer glaubt, benachteiligt zu sein.

Ich sage gleich: Es wird oft und oft zu Unrecht sein oder vorgeschützt sein, aber wir haben in Österreich ein politisches Klima, wo der einzelne bei der politischen Meinungsäußerung oftmals zumindest den Eindruck hat, daß er sich eine eigene Meinung nicht leisten kann.

Umgekehrt haben wir hier eine Maßnahme, wo Betriebsangehörige durch politischen faktischen Druck zu etwas gezwungen werden. Denn wenn ein Betriebsrat fragt: Hast du schon unterschrieben, warst du schon im Betriebsratsbüro?, dort sitzt der Notar – während der Dienstzeit! –, dann ist das politische Pression, und das ist die Kehrseite, daß die Leute gefügig gemacht werden, politische Dinge zu unterschreiben, die sie eigentlich nicht wollen.

Das ist politisch bedenklich und das ist eben ein weiterer Punkt, über den wir sehr konkret sprechen müssen.

Es wäre wichtig, daß die Gewerkschaftsführung von sich aus diesen Unfug abstellt. *(Beifall bei der FPÖ.)* Es werden mehrere Betriebe genannt. Es wird Philips genannt, es wird Siemens genannt, es soll in der Nationalbank eine derartige Aktion laufen und bei Schoeller-Bleckmann in Ternitz. Das kann nicht so zufällig sein, und es wäre gut, wenn den Drahtziehern ein bißchen auf die demokratischen Zehen getreten würde. *(Ruf bei der ÖVP: Was die Junge SPÖ dazu sagt? – Abg. Dr. Fischer: Was der Präsident der Nationalbank sagt, wäre auch interessant!)*

Daß die SPÖ in der Atomfrage nicht mehr weiß, ob sie ein Mandel oder ein Weibel ist, das wissen wir schon lange. Aber hier geht es darum, daß politisch Pression ausgeübt wird, und das wollen wir verhindern! *(Ruf bei der ÖVP: Alles geht durcheinander!)* Wir wissen, daß es bei der SPÖ durcheinandergeht, aber es geht darum, daß keine politischen Pressionen ausgeübt werden. Das ist wichtig. *(Abg. Mühlbacher: Das müssen gerade Sie sagen, daß es durcheinandergeht!)*

Herr Kollege Mühlbacher, soll ich Ihnen die Entwicklung der SPÖ in Entscheidungen und Aussagen zur Atomfrage hier aufzählen und anführen, was gesagt worden ist? Sollen wir es aufzeigen? Was wurde denn gesagt? *(Abg. Dr. Fischer: Das ärgste ist schon vorbei in der FPÖ!)* Aber bei Ihnen ist die Atomfrage offensichtlich noch nicht vorbei, weil Sie noch immer wieder – und da sind Benya, Androsch und Herr Kienzl führend – herumfuhrwerken und glauben, Sie können etwas umdrehen! Ganz ist das bei Ihnen noch nicht vorbei. Bei uns ist

**Dr. Frischenschlager**

manches vorbei. Unsere Personaldebatte ist vorbei, Ihre Atomdebatte läuft offensichtlich weiter. *(Rufe bei der SPÖ: Bald wird es ganz vorbei sein!)* Was ist vorbei? *(Abg. Dr. Fischer: Ihre Redezeit wird bald vorbei sein, Herr Kollege!)* Herr Klubobmann! Ich glaube, es wäre Ihnen sehr angenehm, wenn ich auf das nicht weiter einginge, aber den Gefallen kann ich Ihnen leider nicht tun. Und der Zwischenruf zwingt mich, ein bißchen darauf einzugehen, was alles gesagt wurde von der SPÖ in der Atomfrage.

Es hat geheißt, ohne Zwentendorf bricht der Strom zusammen, wir haben zuwenig Strom. Dann ist das Volksbegehren gekommen. Dr. Kreisky hat gesagt, er wird zurücktreten, wenn das mit nein ausgeht. Nachher, nach der Wahl, hat man interessanterweise ganz anders geredet, da haben es auf einmal die Sozialisten umgedreht und haben gesagt: Alle Atomgegner sind jetzt für uns, weil wir so lieb waren und ihnen die Möglichkeit gegeben haben, mit Nein zu stimmen. Eine derartige machiavellistische Umdrehung der Argumentation wie in dieser Atomfrage, wie sie die SPÖ geliefert hat, hat noch selten eine Partei geliefert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Schluß: Wir sind gerne bereit, die Grundsatzdebatte in diesem Parlament zu führen. Wir werden als nichtsozialistische Partei bei allen konkreten Anlässen, wo wir die freie Gesellschaft und die Grundlagen der freien Gesellschaft gefährdet sehen, das als ein hervorragendes Kritikziel gegenüber den Sozialisten formulieren. Wir haben nie gescheut, Grundsatzdebatten zu führen, und wir werden auch in Hinkunft in diesem Punkt unseren Mann als Elf-Mann-Fraktion stellen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck. Ich erteile es ihr.

Abgeordnete Dr. Jolanda **Offenbeck** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Man sagt den Frauen manchmal nach, daß sie realistischer sind und daß sie stärker mit dem Erdboden verbunden sind. Darf ich Sie, meine Damen und Herren, wieder auf den Erdboden zurückziehen, zurückführen.

Es ist eine Tatsache, daß die Menschen in diesem Lande, in Österreich, interessiert, ob ihr Arbeitsplatz gesichert ist. Es ist eine Tatsache, daß es sie interessiert, ob sie eine Wohnung haben. An den Taten werden Sie gemessen, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und Tatsache ist, daß es den Österreichern in den letzten zehn Jahren, in denen Sozialisten regieren, besser geht. Das kann niemand

leugnen, und das kann man an nüchternen Zahlen nachweisen, nämlich daß sich das reale Masseneinkommen seit dem Jahr 1970 um 51,9 Prozent erhöht hat. Und das ist für uns wichtig. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es sind für uns eben diese materiellen Werte wichtig, weil sie für das Glück unserer Menschen wichtig sind.

Es gibt in Österreich, seitdem die Sozialisten an der Regierung sind, mehr Meinungsvielfalt, mehr Mitbestimmung und mehr Demokratie. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir sehen ja, daß dieser Demokratisierungsprozeß offenbar auch ein bißchen auf die ÖVP übergreift, denn Sie haben ja nun Ihre Parteiobmänner wählen lassen, was für uns Sozialisten schon sehr lange eine Selbstverständlichkeit ist und was an sich in jedem Bienenzüchterverein praktiziert wird. Aber für die ÖVP ist es sicherlich ein Fortschritt. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Ich muß sagen: Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, haben uns ja diesen Demokratisierungsprozeß in Österreich nicht einfach gemacht, denn schon in den ersten Tagen, da wir Regierungsverantwortung übernommen haben, haben Sie uns auf den „Schindanger der Geschichte“ verwiesen und später wollten Sie uns auf „ein für die Demokratie erträgliches Maß“ reduzieren. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Nur Geduld!)* Aber zum Glück ist Ihnen das nicht gelungen. Denn nicht Sie entscheiden, welchen Stellenwert die Sozialisten im Staat einnehmen, sondern einzig und allein die österreichische Bevölkerung. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Österreicher haben uns von Wahl zu Wahl mehr Vertrauen geschenkt, und darauf sind wir Sozialisten stolz. Wahlen sind für uns nun einmal das einzige Maß, mit dem die Politik, die Parteien und die Politiker gewogen und gemessen werden. Und viermal das Vertrauen der Österreicher zu gewinnen, dazu war es nötig, Leistungen zu erbringen, und diese hat unsere Regierung erbracht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Für uns bedeutet dieses Vertrauen der Österreicherinnen und Österreicher, daß wir unsere bisherige Politik fortsetzen werden.

Wir werden weiterhin alles tun, damit die Vollbeschäftigung in unserem Land erhalten bleibt.

Wir werden unsere Stabilitätspolitik, unsere Sozialpolitik und unsere aktive Neutralitätspolitik fortsetzen und werden auch unsere Reformen weiterführen.

Wir haben ja diese Politik unter den schwierigsten Verhältnissen gemacht. Wir

**Dr. Jolanda Offenbeck**

haben sie nicht bei Schönwetter, sondern bei Sturm auf dem Weltmeer gemacht. Denn keine andere Regierung zuvor war mit einem Erdöl-schock konfrontiert, war mit einer exorbitanten Steigerung der Rohstoffpreise konfrontiert, war mit einem Konjunkturunbruch auf der ganzen Welt konfrontiert. All das mußten wir bewältigen. Wir mußten unsere Gegenmaßnahmen setzen und wir haben sie zeitgerecht gesetzt und nicht zu einem so späten Zeitpunkt, zu dem etwa Ihre Gegenregierungserklärung kam, die heute zur Diskussion steht.

Ich muß sagen: Wenn Sie immer so langsam reagieren auf alles – denn damals, anlässlich der Regierungserklärung, hätten Sie ja Ihre Vorstellungen präsentieren sollen –, wenn Sie so lange brauchen, dann muß man sich wirklich davor fürchten, daß Sie Regierungsverantwortung tragen. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Diese Regierung hat ja zweifellos den Vorteil, daß sie sich ganz den Interessen der österreichischen Bevölkerung zuwenden kann, weil die SPÖ nicht zwischen Jubelparteitagen und innerparteilichem Chaos hin- und hergerissen ist, wie das bei den Oppositionsparteien der Fall ist.

Wir sind auch, gemessen an der ÖVP, sehr bescheiden, denn uns hat ja innerhalb von 13 Jahren ein Bundesparteiobmann genügt, während Sie nun schon beim fünften Parteiobmann halten! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte mich keinesfalls in Ihre innerparteilichen Angelegenheiten einmischen *(Abg. Graf: Warum denn nicht?)*, aber eines möchte ich Ihnen schon sagen: Es wird sich erst in Zukunft zeigen, ob Ihre Parteireform wirklich erfolgreich sein wird, denn Sie haben mit diesem Parteitag Ihre bestfunktionierenden Organisationen, nämlich die Bünde, amputiert. Und ob Ihnen das guttut, das weiß ich nicht. *(Abg. Graf: Das ist ein kleiner Irrtum Ihrerseits! Aber das macht nichts!)*

Ich sage das deshalb, weil der SPÖ der Zustand der Oppositionsparteien nicht gleichgültig sein kann. Denn vom Zustand der Oppositionsparteien hängt es schließlich ab, ob die Opposition ihre Aufgaben, nämlich schonungslose Kritik und Kontrolle der Regierung und Mitwirkung an der Gesetzgebung, erfüllen kann. Das sind nämlich die realistischen Aufgaben der Opposition und nicht die Produktion einer Gegenregierungserklärung!

Meine Damen und Herren! Wir haben anlässlich der Debatte über die Regierungserklärung sehr deutlich gesagt: Wir laden Sie ein zur Zusammenarbeit über alle Sachfragen.

Aber das vorliegende Papier kann ja gar keine

Grundlage für eine ernstliche Arbeit sein. Es ist wirklich, wie Herr Abgeordneter Frischenschlager gesagt hat, ein Sammelsurium, ein bunter Strauß. Wenn Sie ernstlich über Sachprobleme diskutieren wollen, dann ist ja der Verfassungsausschuß überhaupt der unrichtige Ort gewesen, wo Sie diese Gegenregierungserklärung eingebracht haben. Sie müssen doch Gesundheitsfragen im Gesundheitsausschuß, Sozialfragen im Sozialausschuß und Rechtsfragen im Justizausschuß diskutieren! Das wären die richtigen Orte gewesen, wenn es Ihnen wirklich ernst gewesen wäre um die Sache. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wenn Sie so vorgehen, dann werden Ihre Grundsätze nicht bloß Papier bleiben, wie sie es gegenwärtig sind, sondern auf den einzelnen Gebieten auch politisch umgesetzt werden können.

Ich muß sagen: Herr Parteiobmann Mock hat angeführt, daß es eine Reihe von gemeinsamen Problemen gibt, mit denen sich die Parteien gemeinsam beschäftigen sollten. Das ist richtig. Es gibt im Interesse der Demokratie eine Reihe von Problemen, über die sich alle demokratischen Parteien gemeinsam Gedanken und sehr ernste Gedanken machen müssen. Zum Beispiel darüber, warum sich so viele Menschen in Bürgerinitiativen artikulieren, warum sich Umweltschützer, warum sich die Jungen nicht in den demokratischen Parteien artikulieren.

Sicherlich ist das manchmal nur ein Kampf gegen Verwaltungsinstanzen, manchmal Unzufriedenheit mit der innerparteilichen Demokratie und manchmal ein rein lokales Interesse.

Aber tun wir wirklich alles, die Menschen davon zu überzeugen, daß sie selber ihren geistigen Beitrag in den Parteien zu leisten haben und daß nur sie selber das Gesicht der Parteien formen?

Das wären ernste Probleme, über die die Parteien nachdenken müssen, wollen sie das Jahr 2000 heil erreichen.

Und wenn es für unsere Demokratie nicht wichtig wäre, wie die Menschen über die von ihnen gewählten Politiker denken, würde ich nun kein Wort über den Privilegienabbau verlieren. So aber ist es notwendig, dazu Stellung zu nehmen, um auch wiederum auf dem Erdboden zu bleiben.

Es gibt keine Rebellion der Abgeordneten, wie eine kleinformatige Zeitung angeführt hat. Die Abgeordneten haben sehr viel zu tun und haben keine Zeit zur Rebellion. Es ist aber eine Frage, die uns berührt.

Ich mache mir über das Image der Politiker in der Bevölkerung keine Illusion. Dieses Image ist leider schlecht! Die Politiker haben ein Image in

**Dr. Jolanda Offenbeck**

der Bevölkerung, das sie nicht verdienen. Ich kann nur sagen: Die Politiker aller Parteien sind besser als ihr Ruf!

Wie sieht es nun tatsächlich mit den vielzitierten scheinbaren Privilegien aus, die übrigens die Journalisten mit uns teilen? Ist es wirklich ein Privileg, wenn man vor dem Haus einen Parkplatz findet? Ist es ein Privileg oder eine Arbeitserleichterung, wenn man nach 12- oder 18stündigem Aufenthalt im Parlament in einem Restaurant ein warmes Essen kaufen kann? Ich sage das deshalb, weil auch das schon einmal von einer Zeitung als Privileg angeprangert wurde. Ist es ein Privileg oder eine Arbeitserleichterung, wenn man in einer Journalistenloge einen Platz findet und nicht auf der überfüllten Zuschauergalerie seinen Platz suchen muß?

Keinem Menschen würde das als Privileg anzuprangern in den Sinn kommen, wenn wir an unsere Arbeiter in den Betrieben denken, die auch einen Arbeitsplatz haben, die einen Parkplatz haben, die eine Werksküche in ihrem Betrieb vorfinden.

In alle Überlegungen muß auch eine Überlegung bei diesem vielzitierten Privilegienabbau einfließen: Die Abgeordneten können auf ihren Beruf nicht verzichten. Keiner der Abgeordneten hat eine Garantie, daß er wiedergewählt wird. Jeder Abgeordnete kann von seiner Partei von einem Tag auf den anderen abberufen werden. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist gegen das Prinzip des freien Mandats! Das geht vielleicht bei euch!)*

Der Verfassungsgerichtshof hat entschieden, daß Beamte ex lege, ohne Antrag, vom Dienst zu beurlauben sind. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das gibt es nur bei der SPÖ!)* Auch bei Ihnen, meine Herren!

Es ist durchaus vorstellbar, daß Beamte weiterhin ihren Dienst versehen und lediglich die zur Ausübung ihres Mandats erforderliche Freizeit bekommen. Das wird bereits in einigen Städten praktiziert. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Privilegienkommission hat sich seinerzeit sehr gründlich mit den Privilegien der Politiker auseinandergesetzt. Es waren Menschen, die nicht Politiker waren, sogenannte Neutrale. Sie sind nach eingehender Überlegung zur gegenwärtigen Form der Besteuerung gekommen, und wir zahlen Steuer, meine Damen und Herren.

Ich persönlich – das ist eine sehr persönliche Meinung, die ich mit meinem Klub nicht abgesprochen habe – stelle in diesem Haus die Frage: Ist es eine Schande zu sagen, daß uns nichts Besseres einfällt als jenen Neutralen, die sich sehr gründlich mit dieser Frage auseinan-

dergesetzt haben? *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Das waren keine Politiker! Und eine Alibilösung lehne ich ab, wenn sie nicht besser ist als die gegenwärtige Lösung, die diese Privilegienkommission damals sehr ernst erarbeitet hat.

Ich wende mich aber entschieden gegen eine Abfertigungspraxis, die eine Abfertigung nach ein paar Monaten Tätigkeit im Parlament vorsieht. Diese Abfertigungen gehören beseitigt.

Die Fragen sind jedenfalls komplexer und schwieriger, als sie bei oberflächlicher Betrachtung aussehen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Wie wahr!)* Ich möchte nur eines sagen: Wie immer eine künftige Lösung aussieht, sie muß jedenfalls so beschaffen sein, daß es sich alle Gruppen der Bevölkerung leisten können, in diesem Parlament vertreten zu sein.

Es nützt einer Sache auch nicht, wenn jeder der erste sein will, der diesen Privilegienabbau gefordert hat.

Und so komme ich zurück zu Ihrer Gegenregierungserklärung. Herr Parteiobmann Mock, Sie sagen in Ihrem Antrag, der heute hier zur Behandlung steht – ich zitiere wörtlich –: „Freiheit und Menschenwürde können auch in der demokratischen Ordnung nur gewahrt werden, wenn die Möglichkeiten der Selbst- und Mitbestimmung ausgebaut werden und die Fremdsteuerung nicht überwuchert.“

Diesen Satz können auch wir Sozialisten unterschreiben. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Immerhin etwas!)* Aber, meine Damen und Herren von der Opposition, werden Sie diesen Grundsatz auch zum Beispiel in der Frage der Teilnahme unserer Sportler an den Olympischen Spielen in Moskau politisch in die Realität umsetzen? *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Was heißt das?)* Wir sind der Meinung, daß die Regierung nicht die Kompetenz hat, Sportlern vorzuschreiben, ob sie an den Olympischen Spielen teilnehmen oder nicht. Das können und müssen die Sportler selbst entscheiden. *(Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Paulitsch: Seit wann?)*

Das ist kein Abschieben der Verantwortung, das ist eine Frage der Freiheit des einzelnen, und es wäre ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Sportorganisationen, wenn die Regierung hier eingreifen wollte. *(Abg. Dr. Stix: Aber richtungsweisende Äußerungen können von der Regierung kommen!)* Der Herr Bundeskanzler Kreisky hat sich sehr deutlich zu diesem Thema geäußert. *(Abg. Dr. Leibenfrost: Die Entscheidung ist aber abgeschoben worden vom Bundeskanzler!)*

Meine Damen und Herren! Zu Ihrer Neuentdeckung „der selbständige Mensch“: Er ist für uns Sozialisten überhaupt nichts Neues. Wir

**Dr. Jolanda Offenbeck**

sind schon lange davon überzeugt, daß die Menschen mündig sind, daß sie keiner Bevormundung bedürfen. Darauf haben wir auch bei unseren Reformen Bedacht genommen, zum Beispiel bei der Familienrechtsreform.

Auch in der Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen halten wir es so und sagen: Staatsbürger sind mündig genug, diese Fragen selbst zu entscheiden!

Aber, meine Damen und Herren, Ihr Verhalten ist ja überhaupt höchst widersprüchlich. Auf der einen Seite verlangen Sie Budgetsanierung, und auf der anderen Seite kommt acht Tage nach den Nationalratswahlen zum Beispiel der Herr Bundesparteiboss Mock wiederum damit, daß man die Lohn- und Einkommensteuer senken soll. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Anpassungen soll!)*

Keiner von uns kann das gegenwärtig verantworten, meine Damen und Herren! Und die Menschen haben Verständnis dafür, denn die Sicherung der Arbeitsplätze und die Erhaltung ihres Lebensstandards sind ihnen wichtiger als diese Steuersenkung *(Ruf bei der ÖVP: Anpassung!)*, die Sie immer wieder begehren.

Meine Damen und Herren! Noch ein paar Worte zur Sozialpolitik. Die Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom Juni des Vorjahres befaßt sich sehr eingehend mit der Sozialpolitik und mit dem Schutz benachteiligter Gruppen. Sie kommen zu spät mit Ihrer Gegenregierungserklärung, Sie kommen viel zu spät. Unternehmen Sie erst gar nicht den Versuch, auf sozialem Gebiet mit den Sozialisten zu konkurrieren! *(Heiterkeit bei der ÖVP. - Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Sie kürzen die Renten!)*

Die Menschen in Österreich glauben Ihnen einfach nicht, daß Sie sich für die soziale Absicherung des einzelnen in sehr hohem Maße strapaziert haben. *(Beifall bei der SPÖ.)* Die großen sozialen Errungenschaften in Österreich werden immer mit dem Namen der SPÖ verbunden sein und nicht mit Ihrem Namen. *(Neuerlicher Beifall bei der SPÖ.)*

Und so komme ich auch schon zum Schluß. Ich möchte Ihnen nur eines sagen: Für uns ist die Regierungserklärung vom 19. Juni 1979 ein Arbeitsprogramm. An das werden wir uns halten, das wird unsere Politik während dieser Legislaturperiode bestimmen. Sie sollten sich als Oppositionspartei lieber aktiv mit der Kontrolle unserer Politik befassen *(Heiterkeit bei der ÖVP)* und nicht mit Gegenregierungserklärungen, in denen Sie nur schöne Worte, aber keine Taten setzen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Graf. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Graf** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Bevor ich zu meiner eigentlichen Passage komme, darf ich doch ein paar Worte sagen.

Ladies first, gnädige Frau. Frau Abgeordnete, Sie sagten, Sie müßten uns Männer herunterholen, und meinten sichtlich die beiden Vorredner Mock und Frischenschlager.

Wenn Sie gestatten: Ich war auf der Erde, ich bin es auch noch nach Ihrer Rede, aber mir hat es gefallen. Aber ich sage Ihnen etwas: Ich kenne ein paar Leute, die sich weniger amüsiert haben über Ihre Rede. Darf ich das nur feststellen.

Und noch eines, gnädige Frau. Sie sagten uns hier, wir kämen zu spät mit dieser Diskussion. Es mag sein. Darf ich Sie dann fragen, warum der Kenner der Geschäftsordnung, Ihr Herr Klubobmann, fast alles versucht hat, damit es so lange dauert, bis wir hierhergekommen sind. *(Abg. Dr. Fischer: Das ist unkorrekt, Herr Kollege Graf!)* Nein. Ich habe Ihnen keine Unkorrektheit vorgeworfen, Herr Klubobmann. Ich stelle hier fest, daß Sie oder einer Ihrer Mitarbeiter die Geschäftsordnung gehandhabt haben. Dieses ist keine Unkorrektheit, das ist auch nicht der Vorwurf der Unkorrektheit, das ist die Feststellung eines völlig legalen Vorgangs. Aber das möchte ich schon ganz gerne sagen dürfen. So war es. *(Zustimmung bei der ÖVP. - Abg. Dr. Fischer: Statt einer tatsächlichen Berichtigung möchte ich einen Zwischenruf machen!)* Na, probieren Sie's! *(Abg. Dr. Fischer: Diese Ihre sogenannte Gegenregierungserklärung ist in der ersten Sitzung des Verfassungsausschusses verhandelt worden, wo Sie es verlangt haben, dann einmal auf Wunsch der ÖVP vertagt worden und in der ersten Plenarsitzung verhandelt worden, wo Sie es verlangt haben! Es hat keine Minute Verzögerung von Seite der SPÖ gegeben! Das als Feststellung!)* Ich hätte das auch so gesagt.

Aber, Herr Doktor, was wollen Sie denn tatsächlich berichtigen? Ich habe Ihnen nichts Unkorrektes unterstellt! *(Abg. Dr. Fischer: Daß der Zeitpunkt, in dem das verhandelt wird, von Ihnen bestimmt wurde und nicht von uns!)* Also ich habe schon ein größeres Verhandlungstempo bei Vorlagen erlebt, wenn Sie mich das sagen lassen. *(Abg. Dr. Fischer: Das liegt aber an Ihnen. Das war Ihr Antrag!)* Natürlich, natürlich! Zuerst werfen Sie uns vor, daß wir es überhaupt machen, dann sagt Ihre Kollegin, die Frau Dr. Offenbeck, wir machen es zu spät. Und wenn ich dann hinweise, . . . *(Zwischenruf des Abg. Dr. Fischer.)* Herr Doktor, einigen wir

**Graf**

uns: Es hätte schneller gehen können, und die Minderheit... (*Abg. Dr. Fischer: Wenn Sie es früher verlangt hätten!*) Natürlich, schuld ist die Minderheit, weil sie ja das Tempo solcher Einbringungen bestimmt! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Das ist ein klassischer Fall von Rabulistik, aber er ist gut vorgebracht.

Einen Satz zum Herrn Abgeordneten Dr. Frischenschlager. Darf ich Sie etwas fragen, meine sehr geehrten Herren von der FPÖ. Frischenschlager sagte, was soll unser Antrag. Er erklärte, Sie werden den Antrag der ÖVP ablehnen. Gut. Schön.

Der Antrag hat zumindest auch für Sie zwei Dinge gebracht; auch für Sie, Frau Abgeordnete. Wo hätten Sie sonst neben dem parlamentarischen Alltag Gelegenheit gehabt, so herrliche Dinge zu „verbraten“, wenn wir nicht den Antrag hier eingebracht hätten!

Sie von der FPÖ haben zwei Möglichkeiten. Beide können Sie wählen. Sie haben die Ablehnung gewählt. Sie hätten genauso sagen können, Sie stimmen dem zu und wollen bei Einbringen Anteile, die Ihrer Idee entsprechen. Denn in Wirklichkeit muß ich annehmen, daß der Herr Professor Frischenschlager das ganze Papier doch nicht gelesen hat – ich mache ihm keinen Vorwurf –, denn sonst hätte er erstens feststellen müssen, daß verschiedene Dinge alternativ aufgezeigt wurden, verschiedene Dinge kritisch. In vielen Passagen – nachdem Frischenschlager abgelehnt hat – könnten wir uns in der punktuellen Kritik finden.

Wir haben nicht gesagt, daß wir eine parlamentarische Eintagsfliege hier zu machen wünschen. Genau das, was Frischenschlager sagt, haben wir vor. Ob mit Ihnen oder ohne Sie, vermag ich jetzt im Lichte der Diskussion nicht zu beurteilen. Aber wir werden auch punktuelle Kritik und punktuelle Alternativen haben.

In der Frage der Sozialen Marktwirtschaft – darauf werde ich noch kommen – hätte ich mir durchaus vorstellen können, daß ich dasselbe gesagt hätte wie Herr Frischenschlager. (*Zwischenruf.*) Na, ich bin ja dabei, wenn Sie mich nicht unterbrechen. Ich muß ja zuerst Stellung nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir nehmen zur Kenntnis, daß Sie nicht mitgehen, aber es als „Sammelsurium“ zu bezeichnen – bitte, es ist Ihr gutes Recht –, das ist halt eine Auffassungssache.

Aber ich glaube doch, daß der Sinn – auch wenn er bestritten wird – von der FPÖ und von der Regierungspartei erreicht wurde. Wir setzten hier neben dem parlamentarischen Alltag eine Diskussion in Gang, von der ich Ihnen für unsere

Partei verspreche: Wir werden sie punktuell fortsetzen!

Frau Abgeordnete! Noch einen Satz – wenn Sie mir gestatten, Ihnen zugewendet, neben dem Amusement, das ich tatsächlich hatte –: Gegenregierungserklärung. Wie immer es in einer Presseaussendung genannt wurde und wie immer Sie es bezeichnen – eines ist sicher: Sie haben sicherlich ein untergeordnetes Interesse, daß über diese Sachen breitflächig diskutiert wird.

Und wenn Sie, Herr Klubobmann Fischer, unsere Präsenz kritisiert haben, dann seien Sie so nett – Sie kennen den drive, der um die Mittagszeit hungrige Bürger, auch wenn sie Parlamentarier sind, überfällt –: Es ist ein grundsätzlicher Unterschied, ob Leute essen gehen oder ob Bundeskanzler und Regierung von Haus aus sich nicht sehr kümmern, was die Opposition grundsätzlich macht! (*Beifall bei der ÖVP.*) Ich meine, das müßte man halt feststellen dürfen.

Und nun, meine Damen und Herren, einige grundsätzliche Bemerkungen; wie gesagt, für mich am Rande des Parlamentsalltags.

Aber es gibt drei Momente: den Antrag, den wir eingebracht haben, das ausbrechende Jubiläum „Zehn Jahre Regierung Kreisky“ und, Herr Dr. Fischer, das Erscheinen Ihrer „Roten Markierungen 2“, weil hier einiges untersucht werden sollte. Vielleicht heute nicht in aller Breite. Es tauchen aber sicherlich einige Fragen auf.

Ihr Buch – sicherlich nicht geschrieben, um mich zu beruhigen, das gebe ich schon zu – hat mir keine brauchbare Antwort gegeben. Ich bin nach Forschungen, die ich mit mir und mit Ihrer Politik betrieben habe, zum Schluß gekommen, daß es zu einfach wäre, zu sagen, daß gewisse wirtschaftspolitische Maßnahmen, die Ihre Regierung gesetzt hat, nur ein Ausdruck des Nichtvermögens wären. Ich unterstelle Ihnen jetzt besorgt, daß Sie gesellschaftspolitische Veränderungen – es ist Ihr Recht – vornehmen wollen.

Die Frage, die sich mir in diesem Zusammenhang und in der gebotenen Kürze aufdrängt – und ich bin ein Mann, der glaubt, daß Österreich in der Phase der Zusammenarbeit gedeihlicher und schneller als jetzt gedieh, und ich bin nach wie vor der Meinung, daß Wirtschaftspartner zusammenzuarbeiten haben –, und wenn ich kritisch die Bemerkungen verfolge, die von Androsch über Blecha – ich lasse jeden Titel weg – zur Sozialen Marktwirtschaft gemacht werden, und die Meinung des Herrn Bundeskanzlers kennenlerne, die zwar vielfältig ist – auch im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft –,

## Graf

ist: Wenn ich Ihr Buch und die Mitautoren auch nur überflogen habe, so finde ich nichts, was mich beruhigt in der Richtung, daß Sie zwar die Zusammenarbeit wollen, aber, so fürchte ich, bewußt den Pfad des Wohlstandes, nämlich die Soziale Marktwirtschaft, verlassen. Denn es unterscheidet uns eines: Ich habe eine Auflistung hier, von der Sie vielleicht dann sagen werden, Sie wollen dasselbe – mag schon sein –; Sie wollen aber eine Gesellschafts-, eine Wirtschaftsordnung überwinden und das dann erreichen. Und wir glauben, daß Sie, wenn Sie diese Form überwinden, dann das zusammenhauen, was Sie zu erhalten vorgeben. Dort sehe ich die Schwierigkeiten. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und ein Dezennium sozialistischer Regierung läßt mich glauben, daß Sie die Zusammenarbeit dort, wo sie notwendig ist – dieser Spielraum wurde durch Wählerentschluß eingeengt, das sei zugegeben –, nicht mehr so unbedingt suchen. Von Ihrer Mehrheit – das ist Ihr gutes Recht – nehmen Sie Gebrauch, ohne vitale Interessen Ihres Partners oder Ihres vorgeblichen Partners zu berücksichtigen. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Das ist, wenn Sie wünschen, der eigentliche Grund, warum wir diese Debatte in Gang gesetzt haben und in Gang halten werden. Denn die Polarisierung auch gesellschaftspolitisch in wirtschaftspolitischen Fragen ist es, die wir präsent zu machen wünschen, um jenen Hunderttausend Bürgern, die glaubten, in Herrn Bundeskanzler Dr. Kreisky einen liberalen Großbürger zu finden, klarzumachen, daß hier eine Veränderung der Gesellschaft – ihr gutes Recht – vor sich geht, die mit den Idealen oder mit den Wunschvorstellungen jener, die ihm die Stimme gegeben haben, absolut nicht identifizierbar ist. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Ohne auf die Untersuchung einzugehen, ob die Soziale Marktwirtschaft so sozial ist wie ein Kühlschrankschrank oder nicht – wie Herr Vizekanzler Androsch sagte; das ist im besten Fall ein guter Gag, ich habe ihn ganz gerne gehört, aber er geht an der Sache vorbei –, ob die Soziale Marktwirtschaft nicht etwa asoziale Tendenzen in sich hat, ob die Soziale Marktwirtschaft überhaupt noch im orthodoxen Sinn handhabbar ist: Darüber können wir reden. Nicht reden können wir über den mir deutlich werdenden Versuch, diese Marktwirtschaft durch eine sozialistische Gesellschaftspolitik zu ersetzen.

Hier ist die Bruchlinie. Sie Freiheitliche sind wieder eingeladen, wenn Sie wollen, hier einen Akkord zu suchen in der Frage, wie wir es mit der wirtschaftlichen Entwicklung haben. Hier gibt es ja, glaube ich, keine Trennung, weil sie nicht tagespolitisch zu sehen ist. Es ist ein gesellschaftspolitischer Standort, der bei allen

Mängeln, die dieser Wirtschaftsordnung anhaften mögen – das bestreite ich nicht –, die Unabhängigkeit des Bürgers, die sowieso auf der ganzen Welt gegenüber dem Staat und gegenüber Monopolen schrumpft, gewährleistet, eher sichert und eher gewährleistet als die Wirtschaftsform, als die gesellschaftspolitische Form, die Sie anpeilen, meine Damen und Herren, weil diese den einzelnen Bürger oder ganze Gruppen zwangsläufig in eine verstärkte Abhängigkeit vom Staat treibt. Das ist es, was wir neuerlich aufzeigen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sicherlich in der gebotenen Kürze möchte ich nur einige Dinge aufzählen.

Es tauchen gewisse Fragen auf – ich bitte, mir nicht zu unterstellen, daß ich diese Fragen stelle, weil wir uns der Kammerwahl nähern, ich höre das irgendwann heute noch von Herrn Mühlbacher, sondern die Kammerwahlen sind eher ein ungeeigneter Moment, gesellschaftspolitische Dinge zu relevieren; daher bitte ich, mir das nicht zu sagen –, zum Beispiel die Frage: Wie lange wird es möglich sein, daß die große Zahl der Klein- und Mittelbetriebe – wobei ich nicht differenziere zwischen Agrariern und anderen – den Trend – aus der Hoffnung, über Wirtschaftspolitik Gesellschaftspolitik zu machen – zur Vergrößerung der Staatsquote, zur Vergrößerung der Staatseingriffe, zur Erhöhung der Belastung durch Steuern, Sozialabgaben und Lohnnebenkosten – Frau Kollegin, disproportional vorgenommen – und zur Verlängerung der unproduktiven und unbezahlten Verwaltungsarbeit in einem Klima der Verständnislosigkeit aushält?

Oder ist es mehr? Wollen Sie diese Ordnung ändern, der wir politischen Lebensinhalt geben? Ist es nur Verständnislosigkeit? – Sie hören das nicht gern. Ich weiß nicht, ob Äußerungen bewußte Verleumdungen sind oder nur Sprechblasen. Man darf das nicht überbewerten, aber es mehren sich die Geschichten von Steuerhinterziehungen und so weiter.

In Wirklichkeit, meine Damen und Herren, sind es die Pläne einer Partei, die Sie als Regierung über die Medien zuerst im Bewußtsein nicht politisierter Bevölkerungsteile verankern, die entsprechende Beschlüsse des Parlaments vorwegnehmen. Sie bringen uns dazu, daß Sie mit uns über eine vorweggenommene Meinung nicht mehr reden, weil Sie überzeugt sind, daß die von Ihnen aufbereitete Meinung so gut ist, daß man uns als Opposition nicht hören muß. Das ist das Klima, das sich verschlechtert, von dem ich geredet habe. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Mit einer fraglos gut geölten Propagandama-

**Graf**

schine bringen Sie es dazu, daß Ihre Entscheidungen schon gefallen sind, bevor die Gesetzesmaschine sie mit Mehrheit beschließt, und sie der Bevölkerung schon als quasi selbstverständlich, als Ausfluß der Weisheit der Regierung erscheinen.

Wir haben eine Fülle dieser Prozesse gehabt. Wenn ich Sie nur ganz kurz erinnern darf: Bei der Stimmungsmache für die Luxussteuer, dann bei der Stimmungsmache für die Beseitigung verschiedener Formen der Sparförderung; alles, was Sie dort gefunden haben, war untauglich, aber Sie nahmen parlamentarische Beschlüsse vorweg. Dann wieder bei der Stimmungsmache in der Frage der Quellensteuer, die Sie in sich zwar noch nicht beendet haben; zwischen Meinungs- und Willensbildungsprozeß schwanken Sie noch etwas, ich kann es verstehen. Bei der Stimmungsmache für eine Verschärfung der Steuerprogression und die Abschaffung von Beihilfen für die besseren Verdiener.

Wenn es so betrieben wird, werden Sie mit uns gar nicht reden. Sie haben es zuwege gebracht, daß ein Vorschlag, wenn ihn die Opposition einbringt, selbst wenn er sich als gut erweist - hie und da glauben Sie es oder spüren es, daß wir recht haben -, da er von der Opposition kommt, abzulehnen ist, weil er nicht in das Denkschema hineinpaßt; wieder einer der Gründe.

Sie praktizieren bewußt verschiedene Varianten - es ist Ihr Recht, aber es ist unser Recht, es aufzuzeigen -, was zum Beispiel alles der Luxussteuer unterliegen soll, welche Sparförderungen abgebaut werden sollen, ob größere und nicht deklarierte Spareinlagen; nochmals Quellensteuer, ob die Verschärfung der Progression schon bei 20 000 S oder erst bei 30 000 S monatlich eintreten soll.

Wie tief werden Sie die Latte gesellschaftspolitisch senken? Der unten nichts bekommt - laut Androsch bis 1981, 1982 -, der spürt es. Aber er wird wenigstens die Beruhigung haben, sich im Neid zu freuen und zu sagen: Aber den oben rasieren sie jetzt! - Nur bringt es ihm nichts.

Oder, meine Damen und Herren: Ob man den Gedanken der Streichung von Beihilfen für bessere Verdiener aus Gründen der Komplizierung der Verwaltung wieder fallenlassen soll.

Im Grunde, Herr Klubobmann, meine Damen und Herren, handelt es sich aber immer um eine Stimmungsmache für dieselbe Sache: für die Nivellierung und gegen die Leistung, für die Erhöhung und gegen die Milderung des Steuerdruckes und letzten Endes - und das beunruhigt mich - für eine sozialistischere Gesellschaftsordnung und gegen eine Stabilisierung

vorhandener gesellschaftspolitischer Freiheitsräume.

Der grundsätzliche Unterschied - ich habe das eingangs erwähnt, meine Damen und Herren, und das ist sicherlich unbestritten; es wurde auch in Ihrem Buch nicht korrigiert -: Sie haben sich darauf festgelegt, das bestehende Wirtschaftssystem, sprich Soziale Marktordnung, zu überwinden. Wir haben in dem gegenständlichen Antrag, von dem Herr Dr. Frischenschlager sagte, er enthalte nichts Konstruktives, als Zielsetzungen - ich lese Ihnen das vor -: „... die Vollbeschäftigung zu sichern,

ein ausreichendes und harmonisches Wirtschaftswachstum zu ermöglichen,

die Stabilität des Schillings zu garantieren,

das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wieder herzustellen,

eine gerechte Einkommensverteilung zu erzielen,

die soziale Sicherheit zu gewährleisten und

dadurch die materiellen Voraussetzungen für eine höhere Lebensqualität zu schaffen“.

Das wollen sichtlich alle in dem Haus, ich gebe das zu. Nur trennt uns: Wir sind der unverrückbaren Meinung, daß nur die Beibehaltung, die Respektierung der Mechanismen der Sozialen Marktwirtschaft das überhaupt erhalten oder wieder gewährleisten kann.

Die Soziale Marktwirtschaft kann aber nur dann funktionieren, wenn Unternehmen von tüchtigen Leuten geleitet werden und wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, sich zu entfalten.

Nur muß ich feststellen - und das ist jetzt keine Bösartigkeit, ich sage das eher ungerne -: Ich werde den Verdacht nicht los, daß das Feinbild „Unternehmer“ von vielen Gruppierungen Ihrer Partei zumindest mit Ihrer stillschweigenden Duldung, Herr Abgeordneter, aufgebaut wird. Ich werte jetzt nicht gleichrangig die Äußerung des Herrn Bundeskanzlers in Mallorca wegen uns Steuerzahlern und die des Herrn Professors Nowotny. Er ist mir nicht verständlicher geworden, auch wenn er in Ihrem Buch, Herr Dr. Fischer, „Alice in the wonderland“ als Vorwort genommen hat; ich verstehe auch das nicht. Aber ich möchte nur sagen: Auch er konnte, auch nicht zurückgenommen von Ihrer Partei, Dinge in den Raum stellen, die schlicht und einfach unbeweisbar, unwahr sind. *(Zustimmung bei ÖVP.)*

Wenn ich gewisse Belangsendungen anhöre, dann kann ich mir nicht denken, daß das die Spielwiese eines Rundfunkamateurs ist, der zufällig sozialistischer Wähler ist; dazu kenne

2646

Nationalrat XV. GP - 27. Sitzung - 6. März 1980

Graf

ich Ihre Propagandafähigkeit zu sehr. Es muß also etwas dahinterstecken.

Wenn Sie all diese Broschüren lesen - Sie kennen sie zumindest -, dann muß ich glauben, daß man an der Partnerschaft nicht viel mehr findet denn die dauernde Herabsetzung oder die dauernde Erzeugung eines Bildes - ich werde Zitate bringen - von einem mindestens odiosen Menschen, der sich einer Tätigkeit hingibt, die gegenüber dem anderen, nämlich dem Konsumenten, nichts anderes im Sinn hat, als ihm Geld abzunehmen, und zwar in übler Form.

Damit, muß ich sagen, ist ein Prozeß in Gang gesetzt worden, die gesellschaftspolitische Umarbeitung der öffentlichen Meinung leichter durchzuführen.

Darüber hinaus geht ja auch die Wirtschafts- und Finanzpolitik, meine Damen und Herren, dahin, daß der Entscheidungsspielraum der Unternehmerschaft einerseits durch die Gesetzgebung, andererseits aber durch die Belastungspolitik, verbunden mit der direkten Förderung nach Kriterien, die nicht unbedingt in der Buchhaltung zu suchen sind, sondern im Wohlverhalten gegenüber politischen Mehrheiten zu sehen sind, weiter eingeengt wird. Das wird systematisch betrieben, und die Politik der hohen Belastung bei gleichzeitig gezielter Förderung führt ja darüber hinaus zu beträchtlichen Reibungsverlusten und zusätzlichen Bürokratien.

Bezüglich dieses Klimas zitiere ich zum Beispiel den Herrn Abgeordneten Mühlbacher, der sagte: Die Kammern haben nicht in Opposition zu sein zur Bundesregierung!

Ich möchte nicht für ihn, sondern ich möchte eine Feststellung für uns machen: Wir sind nicht als Verbände zwangsläufig in Opposition zur jeweiligen Regierung. Ich möchte Ihnen etwas sagen, was Korinek sagte in einer Zeit, wo wir an der Regierung waren, und das ist unverrückbar gleich geblieben: Es ist die Aufgabe der Kammern und Verbände, der jeweiligen Regierung zu sagen, was der Wirtschaft nützt und was ihr schadet! Das ist unsere Aufgabe. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und man kann, meine Damen und Herren, Äußerungen von Kammern nicht messen in „brav“ - weil Kopfnicken - und in „Opposition“ - weil anderer Standpunkt. So weit ist es Gott sei Dank noch nicht.

Ich möchte eines noch dazusagen. Auch der Herr Abgeordnete Mühlbacher könnte und sollte versuchen, diese Dinge zu steuern: Ich habe, um es ins Protokoll hineinzubringen, den Sozialistischen Jugend-Bildungskurs mitgebracht, um das zu verankern, denn es ist Ihnen ja

nicht gelungen, uns glaubhaft zu machen, daß Sie sich von den Nenningschen Äußerungen, die mein Kollege Staudinger und ich mehrfach zitiert haben, distanziert hätten. Dieses Bildungspapier ist jetzt - das ist der freundlichste Ausdruck, und ich bin nicht polemisch - mindestens ein böses Pamphlet, von dem ich aber glaube, es dient der Aufbereitung der öffentlichen Meinung.

Lassen Sie mich nur zwei oder drei Zitate wörtlich bringen, um meine Befürchtungen zu untermauern, daß Sie uns nur dort wollen, wo die Zweidrittelmehrheit es Ihnen gebietet, und ansonsten unsere Mitarbeit halt haben, bis Sie uns ausgelaugt haben. Und hier werden wir Ihnen zeigen, daß Sie unsere Mitgliedschaft nicht haben können.

Und nun lassen Sie mich zitieren: „Bildungskurs ... Um Leben zu können, müßte der Arbeiter täglich nur drei Stunden arbeiten. Die restlichen fünf Stunden täglich ist er gezwungen, für den Unternehmer zu arbeiten. Oder umgekehrt“ - noch immer *expressis verbis* -: „Der Arbeiter bekommt zum Beispiel im Monat einen Lohn von 6 000“ S, „er stellt aber Waren im Werte von mindestens 20 000“ S her. „Den Unterschied kassiert der Unternehmer!“ *(Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wörtliches Zitat unter dem Titel „Wie kann der Unternehmer noch mehr aus dem Arbeiter herauspressen?“ - Bildungsheft für die SJÖ:

„1. Er schränkt die bezahlte Arbeit ein, indem er den Lohn senkt.

2. Er dehnt die unbezahlte Arbeit aus, indem er bei gleichem Lohn den Arbeitstag verlängert.

3. Er steigert das Arbeitstempo.“

Und dann kommt der Titel: „Was ist die Lehre unserer Geschichte?“, und da heißt es grundsätzlich in derselben Broschüre:

„1. Den ‚Rahm‘ schöpft der Unternehmer ab.

2. Nicht das Geld oder der ‚Fleiß‘ des Unternehmers, sondern die Arbeit der Lohnabhängigen schaffte den Reichtum eines Unternehmers!“

Nun, meine Damen und Herren, ohne etwas überzubewerten: Das ist nur eine Kette von Widerlichkeiten, die täglich irgendwo passieren. Und da ich leider gezwungen bin, früh aufzustehen, höre ich auch die Sendung des Gewerkschaftsbundes. Ich muß Ihnen sagen: Was sich dort tut, hätte ich verstehen können, wenn wir im vorigen Jahrhundert in England leben würden und im Zeitalter des Manchester-Liberalismus oder irgend so.

**Graf**

Ich kann keine partnerschaftlichen Züge entdecken und ich würde glauben, ohne dieses Papier überzubewerten: Es ist Tatsache, es wurde von Ihnen nicht dementiert und ist nur ein Anschluß an die Äußerungen Ihres sehr geschätzten Dr. Nenning.

Was will ich damit sagen?

Ich lebe nicht nur von diesen Zitaten, sie wären ja auch zuwenig. Ich unterstelle Ihnen auch nicht, daß Sie das alle wollen, wie Sie hier sitzen. Aber, meine Damen und Herren, befragen Sie die Sorge einer Opposition, die sich konfrontiert sieht mit zehn Jahren sozialistischer Regierung, und verstehen Sie das halt, wenn wir Äußerungen gewisser Leute hören - nicht aller: Blecha, Fischer, Kreisky, Androsch - in Fragen Marktwirtschaft; und für uns ist das mehr als eine Begriffsbestimmung von profitgierigen Händlern, darf ich Ihnen das sagen. Es ist ein Inhalt für uns, ein politisches Kredo, von dem wir glauben, daß es Fortschritt und wirtschaftliche Prosperität erzeugt hat für alle in diesem Lande. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nur muß ich Ihnen, meine Damen und Herren, sagen: Jetzt werden Sie verstehen - ob Sie das als Gegenregierungserklärung aufzeigen, ob Sie das früh oder spät tun und ob die FPÖ gleich mit uns mitgeht oder nur punktuell sich findet, ist völlig irrelevant. Wir erblicken den Zeitpunkt des zehnjährigen Jubelfestes als gekommen festzustellen: Sie irren sich nicht, Sie wollen das so! Und das ist das, was wir also verstärkt jetzt kritisch nicht nur betrachten werden.

Ich habe auch keinen Auftrag, Ihnen irgendeinen Krieg zu erklären. O nein. Wir werden punktuell, und zwar dann, wenn es der Opposition paßt - das haben wir von Ihnen gelernt damals, als Sie das waren -, immer diese Sachen, dann, wenn sie dazupassen, auch wenn es Ihnen unangenehm ist, herausbringen.

Und ein abschließendes Wort: Was sollen wir uns denken? Wie wollen Sie unsere Bedenken entkräften, meine Damen und Herren? - Wir behandeln in der vorigen Sitzung des Nationalrates in erster Lesung den Versuch, für den Mittelstand irgend etwas zu tun. Ohne umfassendes Studium hat der Herr kooptierte Vizepräsident, aber nicht in dieser Eigenschaft, sondern als sozialistischer Abgeordneter, der Herr Mühlbacher, telquel erklärt: Na kommt ja nicht in Frage!

Und wissen Sie, wo der Unterschied zu seinem Vorgänger für mich liegt? - Ich möchte das sagen. Ich kann nichts dafür: Er ist nicht da, aber es ist nicht so böseartig, daß ich ihn dazu brauchen würde. Aber es ist eine Feststellung.

Sie unterscheiden sich vom damaligen Präsi-

denten des Freien Wirtschaftsverbandes Kostroun, der durchaus glaubte, daß es möglich ist, daß ein Gewerbetreibender durchaus ein Sozialist oder, wie es jetzt heißt, ein Sozialdemokrat sein kann. Unbestritten. Er bewegte sich aber im Rahmen, in der Bandbreite des Bekenntnisses zur Sozialen Marktwirtschaft. Und das ist der Unterschied!

Und, meine Damen und Herren, die große Aufgabe für einen Vertreter der gewerblichen Wirtschaft in der Sozialistischen Partei, von der ich höre, wir werden dort bestens vertreten - so klingt es mir in meinen Ohren -, eine Hauptaufgabe wäre es, wenn er so viel zu reden hat, auch die klimatischen Verschlechterungen in Ihrer Partei zu korrigieren, wenn Sie sich schon nicht dazu aufraffen.

Aber ich weiß schon, meine Damen und Herren: Was wird geschehen? - Uralte Anträge der Volkspartei in Richtung Reassumierung des 2. Abgabenänderungsgesetzes oder etwas Ähnliches.

Soll ich Ihnen etwas prophezeien, Frau Abgeordnete? - Knapp vor oder nach Ostern, aber sicherlich vor der Kammerwahl wird der Herr Vizekanzler den unbeleuchteten politischen Christbaum Ihres Kollegen Mühlbacher mit einem Lichtlein erhellen: Ein paar Zentimeter Kombi dürfen länger sein. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Das prophezeie ich Ihnen. Und wir werden dann mit der Mitteilung konfrontiert werden: Warum sind wir denn nicht glücklich? Es geschieht doch alles! - Nichts geschieht. Adaptionen.

Wir wollen von Ihnen wissen, und damit komme ich, Hohes Haus, schon zum Schluß - für den heutigen Tag; nicht zum Thema -, wir wollen von Ihnen wissen und wir richten ganz dringlich die gesellschaftspolitische Frage an die Regierungspartei, an den ferne weilenden, aber zuhörenden Herrn Dr. Kreisky *(neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP)*; er ist mit gefragt: Wir wünschen, eine Auskunft zu haben, nicht nur ob wir uns unterscheiden in Prozenten der Höhe der Steuer oder wann ein Gesetz reassumiert wird, sondern wir wünschen von Ihnen zu hören: Befinden Sie sich noch auf dem auch für uns zur Zusammenarbeit tauglichen Boden des Bekenntnisses zur Sozialen Marktwirtschaft, oder wünschen Sie gesellschaftspolitische Adaptionen vorzunehmen, die unserer politischen Lebenseinstellung zuwiderlaufen?

Wir werden Sie so lange fragen, bis Sie diese Antwort geben. Ihre Meinung fürchten wir zu kennen. Wir wünschen Ihre Antwort! *(Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Murer. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Ing. **Murer** (FPÖ): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verehrter Herr Präsident! Der Entschließungsantrag der Österreichischen Volkspartei kommt mir sehr gelegen, nämlich deswegen, weil ich mich mit den agrarpolitischen Äußerungen in diesem Papier auseinandersetzen kann. Ich habe festgestellt, daß sich das, was da drinnen steht, sehr eng mit dem deckt, was in dem alten, neu eingebrachten 130-Seiten-Papier der ÖVP-Agrar-Wirtschaftsordnung enthalten ist. So nehme ich das zumindest an. *(Ruf bei der ÖVP: Schlecht gelesen!)* Ich habe mir das sehr gut angeschaut, Herr Kollege, und ich nehme an, daß das doch irgendwie zusammenpaßt: einmal Bauernbund, einmal ÖVP-Papier.

Ich möchte zunächst kurz dem Herrn Kollegen Graf sagen, daß er recht hat, wenn er meint, daß auf der ganzen Welt die Abhängigkeit der Bürger vorangeschritten ist und daß diese Abhängigkeit immer weiter getrieben wird.

Herr Kollege Graf! Ich würde mich freuen, wenn Sie die Freiheitliche Partei zum Beispiel im Bereich der Bauernschaft unterstützen würden, für mehr Unabhängigkeit zu sorgen, wie zum Beispiel bei dem Ziel, den Paritätslohn zu erreichen.

Herr Kollege Graf! Ich würde mich freuen, wenn Sie uns unterstützen würden bei dem Ziel, die gesetzliche Verrechtlichung der Bauernangelegenheiten zu erreichen. Genauso wie es mich wirklich freuen würde, Herr Kollege Riegler, wenn wir das in Zukunft verwirklichen könnten. *(Ruf bei der ÖVP: Das geht in die falsche Richtung! Dort drüben sitzen die Verantwortlichen!)* Ich beschäftige mich zur Zeit mit dem ÖVP-Entschließungsantrag, wenn Sie das noch nicht überrissen haben! Entschuldigung, aber es ist so.

Ich habe gerade vorhin gesagt, daß mir das sehr gelegen gekommen ist, weil hier sehr viel vom ländlichen Raum und weil da viel von anderen Dingen der Agrarpolitik drinnen steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bei der Budgetdebatte im Jahr 1979 festgestellt, daß sehr vieles Grundsatzloses, sehr viel Plauderei stattgefunden hat, aber wenig konkretes Agrarpolitisches, wirklich Umsetzbares, Brauchbares hier besprochen worden ist. Daher ist für mich damals vor Weihnachten bei der Budgetdebatte der Eindruck entstanden, daß zwischen Machtausübung und Ausbau von Machtpositionen, egal, wer immer sie hat – im Agrarbereich haben sie alle zwei: schwarz und

rot gemeinsam –, und agrarpolitischen Grundsätzen sehr arge Verwechslungen stattgefunden haben.

Aber es gibt natürlich auch Ansätze in der ÖVP-Agrarpolitik und auch in der sozialistischen Politik, die sehr klar und deutlich immer wieder hervorkommen, nämlich dann, wenn es sich um Wachstumseuphorie handelt, wie zum Beispiel: Immer mehr erzeugen, immer mehr arbeiten!, damit man dann das, was man erarbeitet hat, mit Hilfe von Krisengroschen wieder verkaufen muß.

In der Technokratie läuft zum Beispiel die Entwicklung so – zumindest habe ich dieses Gefühl –, daß zwischen SPÖ und ÖVP gewissermaßen ein Technokraten-Kartell aufgebaut wurde. Es würde mich wundern, warum man sonst in der Paritätischen Kommission ständig für die Verteuerung der Betriebsmittel stimmt.

Meine Damen und Herren! Einer der Schwerpunkte ist die Chemisierung, von der man immer wieder liest. Ich gebe Ihnen auch recht. Nur muß ich eines dazusagen: Ich zitiere Mansholt, den hat man ja auch in den Kreisen der Verantwortlichen sehr oft hoch gepriesen. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Wer denn?)* Ich habe gesagt: in den Kreisen der Verantwortlichen, der sich gerade verantwortlich Fühlenden.

Herr Kollege Riegler, ich kann mich noch gut erinnern, wie die Berater der Kammer gekommen sind und gesagt haben: In der Landwirtschaft ist noch viel drinnen, da müßt ihr noch weit mehr herausholen und viel mehr Kunstdünger streuen! – Bis Mansholt gesagt hat, daß das nicht richtig ist. Aber Mansholt war halt ein Mann, der zugegeben hat, daß er sich geirrt hat. *(Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Ein Sozialdemokrat!)*

Ich möchte es gar nicht auf euch allein verteilen; heute liegt die Verantwortung sicherlich vermehrt in sozialistischen Händen, und deshalb möchte ich das eben kommentieren.

Mansholt hat gesagt, nachdem er gewußt hat, daß er einen Fehler gemacht und den Fehler immer wieder in der europäischen Agrarpolitik verbreitet hat – nicht nur die Agrarchemie und die Futtermittelindustrie, die einige ihrer Produktionen verkaufen wollen, wollten es weiter verhindern, daß im Kreislauf gewirtschaftet wird –: Sie werden unterstützt von einseitigen Broschüren und einem fehlgeleiteten Beratungsdienst. Hilfestellung leistet häufig auch die Wissenschaft. Der Anstoß zu mehr Konzentration aber geht vom Kapital aus. – Mansholt: Es genügt also nicht, kleine Betriebe zu fördern, man muß auch Herrschaft über die großen Bewegungen des Kapitals haben.

Zum Schluß meinte er, starke Konzentration sei deshalb auch antidemokratisch.

**Ing. Murer**

Meine Damen und Herren! Sie alle wissen: Diese Chemisierung in der Landwirtschaft macht uns sicherlich große Sorgen. In den Beratungsgremien der Landwirtschaftskammern wird heute doch noch sehr weitgehend darauf Bedacht genommen, daß diese Chemisierung weiter vorangetrieben wird. Die großen Probleme, die großen ökologischen Probleme werden auf uns ja erst in Zukunft zukommen.

Meine Damen und Herren! Ein Produzieren auf „Teufel, komm raus!“ geht unentwegt weiter, zumindest bis zu einem gewissen Ausmaß durch die Beratungsgremien der Landwirtschaftskammern. Ich glaube, daß das im Widerspruch zum Wirtschaftswachstum, zur Ökologie und zum Umweltschutz steht.

Ich will ein kleines Beispiel dafür bringen, daß es hier wirklich um Widersprüche geht: 40 Prozent aller Tier- und Pflanzenarten sind vom Aussterben bedroht, die Fruchtbarkeit unserer 15 Zentimeter dicken Muttererde, meine Damen und Herren, wo Milliarden Lebewesen vorhanden sind, wird zerstört.

Hier wieder nur ein kleines Beispiel: Als wichtiger Faktor in dieser 15 Zentimeter dicken Erdkruste, die fruchtbar ist, spielt heute noch immer der Regenwurm eine große Rolle. Wenn man bedenkt, daß in einem guten Boden auf einem Hektar 2 000 Kilogramm Regenwürmer vorhanden sind und daß diese 2 000 Kilo Regenwürmer 80 Tonnen Kot abscheiden können, daß wir aber heute Böden haben, wo es bald keinen Regenwurm mehr gibt, so gibt mir das schon sehr zu denken, nämlich im Hinblick auf Zeiten der gestörten Zufuhr, wenn diese Betriebsmittel, die wir notwendig brauchen, nicht mehr hereinkommen können. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Mehr Regenwürmer auf der Regierungsbank! - Abg. Peter, zur ÖVP gewendet: Was habt ihr gegen Regenwürmer? - Heiterkeit.*)

Meine Damen und Herren! Auf der anderen Seite wird nach wie vor vom Bauernbund und von den Landwirtschaftskammern die Abwanderung betrieben. Sie alle wissen, zirka 1 Million Menschen haben in den letzten 30 Jahren die Landwirtschaft verlassen. ÖVP wie SPÖ haben ständig so getan, als ob das ein Zufall wäre. Ich glaube, es ist sicherlich ein politischer Entscheid und keine Zufälligkeit. Ich glaube, daß man also hier keine Ausreden finden soll, sondern daß man hier sehr klar die Tatsachen auf den Tisch legen soll. Ich finde in dem Papier, in dem Entschließungsantrag keines dieser vorrangigen Ziele.

Meine Damen und Herren! Die Sozialistische Partei hat bis heute nicht einmal den Versuch unternommen, gegen das Übel der Abwande-

rung das Hauptinstrument, nämlich die Einkommensparität, einzusetzen: bis heute nicht einmal den Versuch unternommen, meine Damen und Herren!

Natürlich seinerzeit, als das Landwirtschaftsgesetz beschlossen wurde, hat man dort und da sehr lange Versuche gemacht, nur haben sie sich bis heute nicht entsprechend ausgewirkt. Die Abwanderung geht weiter.

Die sozialistische Regierung vertritt nach wie vor den Standpunkt, Rationalisierung und Intensivierung sind die einzigen Möglichkeiten. Dazu kommt noch, daß sie den Glauben haben, dem, der in den günstigen Lagen liegt, etwas zu nehmen, und dem andern, der in ungünstigen liegt, etwas zu geben.

Wir Freiheitlichen glauben, daß dem nicht so ist, und haben im Dezember 1979 in diesem Haus den Antrag auf ein neues Landwirtschafts- und Ernährungssicherungsgesetz eingebracht mit dem Ziel, mit diesen überholten Begriffsbestimmungen Schluß zu machen. Ich würde mich freuen, wenn die Österreichische Volkspartei bei diesem Antrag mitstimmen kann, denn der Inhalt ist ja mehr oder weniger kein anderer, als das paritätische Einkommen in der Landwirtschaft zu erreichen.

Aber wie war es denn damals im Herbst, Herr Kollege Riegler? Sie haben gemeint, daß das ja eh ein alter Hut der ÖVP ist. Sie haben gemeint, daß das die ÖVP ja schon immer vertritt, und ich habe mich schon damals gewundert, daß man nicht zugegeben hat, daß man das bis jetzt nicht in diesem Ausmaß erwähnt hat.

Ich habe gestaunt: Vor Wochen ist ein Antrag ins Haus gekommen, die ÖVP-Agrarwirtschaftsordnung mit 130 Seiten, verpackt als grundsätzliches Ziel des ÖVP-Bauernbundes. Ich habe das durchgeschaut und muß sagen: Eigentlich nichts Neues, bis auf ein paar wenige Dinge - außen ein Geschenkpapier und innen mehr oder weniger ein alter Holler.

Geschenkpapier, meine Damen und Herren, Herr Kollege Riegler, weil die Einleitung sicherlich sehr vielsprechend war, nach Paragraphen wohlgeordnet - und das kann aus freiheitlicher Sicht unterstützt werden ... (*Abg. Deutschmann: Der Holler!*) Ja, die Einführung, die drei, vier Seiten, aber das sind ja 130 Seiten!

Herr Kollege Deutschmann! Es sind drei, vier Seiten, die man unterstützen kann - darauf kommen wir noch zu reden -, aber im Grundsätzlichen, muß ich Ihnen sagen, muß man sich wundern, daß eigentlich folgendes passiert ist - ich sage, der Mensch verrät sich in Kleinigkeiten -:

2650

Nationalrat XV. GP - 27. Sitzung - 6. März 1980

**Ing. Murer**

Seite 2 f: „... die Gewährleistung eines ... zeitgemäßen Lebensstandards in der Land- und Forstwirtschaft“. – Sicherlich eine sehr vage Formulierung, die in den letzten 30 Jahren ja immer wieder geprägt worden ist. Sie wissen ja genau: Die Vergangeheit in der Agrarpolitik war geprägt durch Kann-Bestimmungen und sehr wenig Muß-Bestimmungen.

Aber man findet dann in diesem Papier den Nebensatz, ein den vergleichbaren Berufsgruppen entsprechendes Einkommen zu gewährleisten.

Meine Damen und Herren! Dieser Nebensatz steht unter Auslassungszeichen. Soll dieser Satz, frage ich Sie, die FPÖ-Forderung sein, das Paritätseinkommen in der Landwirtschaft zu erreichen? Wenn Sie das damit ausdrücken wollen, würde es mich freuen. Aber ich meine, daß man gerade diesen wichtigen Satz mehr als nur unter Auslassungszeichen hätte geben können. Ich glaube, man hätte ihm sicherlich eine Seite widmen können.

Da muß ich halt sagen: Wenn dem so ist, dann war die Freiheitliche Partei – die kleinere Partei –, so scheint es mir, wie es Dr. Steger auf dem Parteitag gesagt hat, wieder einmal der Germ im Sauerteig! (*Abg. O. Rochus: Entweder Germ oder Sauerteig!*) Aber wir werden bei den Verhandlungen ja sehen, ob die ÖVP diesem freiheitlichen Antrag zustimmt.

Ich glaube, meine Damen und Herren, die Auslassungszeichen in der Agrarpolitik sind sehr identisch mit den vergangenen agrarpolitischen Entwicklungen der Österreichischen Volkspartei, und auf der anderen Seite muß ich sagen: Die SPÖ braucht keine Auslassungszeichen, denn in der sozialistischen Bundesregierung fehlt sicherlich das Programm.

Ich glaube weiterhin, Herr Abgeordneter Riegler, wenn da drinnen steht, ein Rechtsanspruch auf Förderungsmittel besteht nicht – das steht drinnen! –, ist das auch nicht richtig. Denn wir glauben, die Bauern sollten einen Rechtsanspruch bekommen.

Sie haben in der Steiermark auch gemeint, man soll der Verrechtlichung der Agrarpolitik wirklich einen anständigen Schub geben, man sollte ihr helfen. Ich bin völlig Ihrer Meinung. Warum schreiben Sie das dann da nicht hinein?

Draußen wird anders gesprochen als herinnen, und ich glaube, Herr Abgeordneter Riegler, daß man hier wirklich klare und deutliche Worte reden soll und muß. Bei der Behandlung in den Ausschüssen, glaube ich, wird das eine oder das andere zur Sprache kommen. Wir Freiheitlichen wollen auf jeden Fall die Verrechtlichung, denn wir wollen die Bauern unabhängig machen von

der Parteibuchwirtschaft, und wenn das die ÖVP und die SPÖ nicht wollen und wenn sie glauben, daß alles so weiterlaufen soll: Ein dreifaches Nein der Freiheitlichen Partei dazu! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Aber, meine Damen und Herren vom Bauernbund, ich muß Ihnen sagen: In diesen 130 Seiten ist sicherlich auch etwas Brauchbares drinnen. Wir Freiheitlichen glauben zum Beispiel, daß der Abschnitt V Ihres Antrages, wo es um die Vorsorge für Krisenzeiten geht, oder der Abschnitt VI, wo es gegen die Errichtung von Agrarfabriken geht, eine echte Verhandlungsgrundlage darstellt. Auch der Abschnitt IV, die Besondere Bergbauernförderung, wäre uns ein echtes Anliegen. Aber – und hier liegt ja der Pferdefuß, meine Damen und Herren, von dem ich gerade vorhin gesprochen habe –: Wo kein Rechtsanspruch verankert ist, dort nützen eben die schönsten Worte nicht. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Ist in der Bergbauernförderung drinnen! – Zwischenrufe bei der ÖVP: Hat er nicht gelesen!*) Ich habe es schon gelesen! Aber wenn nicht verrechtlicht wird, was in diesem Papier drinnen steht, wenn Sie gegen einen Rechtsanspruch sind, dann wundere ich mich ein bisserl, das muß ich Ihnen schon sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Riegler: Bergbauernförderung ist verrechtlicht!*)

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Die Grundsätze der Politik für den ländlichen Raum sind gleichzusetzen auch mit den Grundsätzen der künftigen Agrarpolitik. Das ist für uns Freiheitliche gleichzeitig der Entscheid darüber, ob wir meinen, Agrarpolitik ist vorrangig Bauernpolitik, oder ob wir meinen, Agrarpolitik ist Politik für Chemiekonzerne und Nahrungsmittelfabriken. (*Abg. Gurtner: Das will doch niemand!*)

Agrarpolitik ist Sicherung des ländlichen Wirtschaftsraumes und des Lebensraumes. Oder ist die Agrarpolitik das Instrument für Abwanderung, ist sie „Gesundschumpfungspolitik“, wie sie von Ihnen sehr oft gepredigt wurde und von der SPÖ bis heute nicht bekämpft worden ist? – Agrarpolitik ist Berücksichtigung der natürlichen Lebensabläufe! Oder ist Agrarpolitik totale Chemisierung, Spezialisierung oder Rationalisierung?

Meine Damen und Herren! Vor diesen großen Weggabelungen stehen wir. Agrarpolitik ist kein zwangsläufiges Naturgesetz, Agrarpolitik ist Menschenwerk.

Meine Damen und Herren! Und weil sie Menschenwerk ist, muß sie gerecht sein! Das ist unser agrarpolitisches Glaubensbekenntnis, und dafür werden wir Freiheitlichen uns einsetzen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Reinhart. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter Dr. **Reinhart** (SPÖ): Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich vertrete die Meinung, daß für die Österreichische Volkspartei der 20. Juni 1979 gerade kein glorreicher Tag gewesen ist, nämlich der Tag, an dem der gegenständliche Entschließungsantrag eingebracht worden ist.

Ich möchte mich hier nicht mit Floskeln und Plattitüden mit diesem Entschließungsantrag befassen, sondern ich mache Ihnen, meine sehr verehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, den Vorschlag, mit mir einige ganz konkrete Punkte dieses Entschließungsantrages durchzugehen und den Versuch anzustellen, aufzuzeigen, wie Sie diese Wünsche, die Sie dem Bund gegenüber vortragen, in jenen Bundesländern praktizieren, in denen Sie die Mehrheit, und zwar die Zweidrittelmehrheit, haben. Ich nehme als Beispiel das Bundesland Tirol her. *(Präsident Thahammer übernimmt den Vorsitz.)*

Bevor ich aber auf diese Analyse, diese Kurzanalyse eingehe, darf ich nur auf einen Punkt, Herr Kollege Kohlmaier, eingehen, der bereits in Ihrem Antrag unter I aufscheint; Sie führen nämlich als Beispiele dafür, daß Sie für diese grundsätzliche Orientierung und Schwerpunktpolitik auf Bundesebene eintreten, unter anderem an, daß es keine konkreten Vorschläge zur Finanzierung der sozialen Sicherheit gäbe.

Meine Damen und Herren Antragsteller! Ich darf in Erinnerung rufen, daß gerade auch Sie es waren, die am 26. September 1979 - also im vergangenen Jahr - das Gutachten des Beirates für die Renten- und Pensionsanpassung betreffend die Festsetzung des Anpassungsfaktors für das Jahr 1980 unterschrieben haben. Ein Gutachten, das der Kollektivarbeit vorausgegangen ist, das über 100 Seiten umfaßt und in dem eine sehr genaue Analyse über die Finanzierung der Sozialversicherung für die nächsten Jahre vorgenommen wird. Ich kann es nicht verstehen, daß Sie dann kurze Zeit darauf die Feststellung treffen können, daß es kein Konzept beziehungsweise keine konkreten Vorschläge zur Finanzierung der sozialen Sicherheit geben sollte.

Oder ein anderes Beispiel in diesem Zusammenhang: Sie haben selbst in der großen Enquete mitgearbeitet, die sich mit dem Kampf gegen die Armut in Österreich befaßt hat. Es haben hier drei Arbeitskreise wertvolle Arbeit geleistet, besonders der Arbeitskreis personelle und institutionelle Zusammensetzung und Gewährung von Sozialleistungen. Auch in

diesen Arbeitskreisen sind Vertreter der Österreichischen Volkspartei gewesen, haben mitgearbeitet und haben auch Vorschläge zur Finanzierung dieser Fragen gemacht. Die langfristigen Vorschläge in diesem umfangreichen Werk - es umfaßt weit über 200 Seiten - haben ja Anklang gefunden. Diese Vorschläge sind ja gemeinschaftlich ausgearbeitet worden.

Ich möchte damit nur sagen - das liegt auf der Hand -, daß Sie mit diesem Antrag nur bezwecken, auf Ihre alte Propaganda zurückzugreifen. Sie möchten nämlich der österreichischen Bevölkerung vor Augen führen, daß die Pensionen finanziell nicht gesichert sind und die soziale Sicherheit nicht gegeben ist.

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Wir werden Ihre Wahlpropaganda aus dem Jahr 1975 nicht vergessen, wo Sie Plakate hinaufgehängt haben, mit denen Sie die Rentner und Pensionisten in Angstzustände bringen wollten, indem Sie erklärten, die Pensionen seien nicht gesichert. Wir werden Ihnen nicht vergessen die Plakate, wo darauf gestanden ist: Es kommen immer mehr Lehrlinge, aber die Lehrlingsplätze stehen diesen jungen Menschen nicht zur Verfügung.

Das können wir Ihnen nicht vergessen, weil sich alle Ihre Prognosen nicht bewahrheitet haben, weil die sozialistische Regierung gerade in den letzten Jahren Ihre damalige Wortpropaganda Lügen gestraft hat. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Aber lassen Sie mich nun auf den eingangs erwähnten Vorschlag zurückkommen. Ich werde also, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, Ihren Entschließungsantrag dazu verwenden, um einmal aufzuzeigen, wie es um die grundsätzliche Orientierung und die Schwerpunkte der Politik in den Bundesländern steht, nämlich im Bundesland Tirol, wo Sie die Zweidrittelmehrheit haben. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Es ist Ihnen unangenehm, das kann ich mir schon vorstellen, aber Sie müssen sich eben auf diese Hinweise gefaßt machen.

Sie schreiben zum Beispiel gleich auf der ersten Seite:

Es gibt auf Bundesebene keine konkreten Vorstellungen zur Lösung der Energieprobleme.

Ich darf in Erinnerung rufen, daß gerade hier in diesem Haus stundenlang - man könnte fast sagen: tagelang - über Energieberichte, über Energiepläne, über Energiemaßnahmen diskutiert worden ist. Ich möchte die Zwentendorf-Diskussion in Erinnerung rufen.

Ich darf also sagen, daß hier sehr wohl umfangreiche Vorstellungen für die Lösung der

**Dr. Reinhart**

Energieprobleme seitens der Regierung und der Regierungspartei vorgetragen wurden. Wie steht es aber diesbezüglich im Bundesland Tirol?

Im Bundesland Tirol gibt es die TIWAG. Der Aufsichtsratsvorsitzende dieser TIWAG ist ja bekanntlich der Herr Landeshauptmann Wallnöfer, seines Zeichens auch Landesparteiobmann. Ich möchte nicht wieder die alte Sache aufrühren, wie es zu dem berühmten Defizit gekommen ist durch den Vertrag mit Zwentendorf, durch den jährlichen Ausfall von 300 Millionen Schilling, den die Tiroler Stromverbraucher nun jährlich zu bezahlen haben. Ich möchte Ihnen auch gar nicht die Frage stellen, welche Lösungsvorschläge Sie zu dieser Angelegenheit haben. Aber es wird in diesem Zusammenhang noch viel skurriler.

Damals nämlich, als das Kraftwerk Sellrain-Kühtai in Angriff genommen wurde, haben Sie bereits damit gerechnet, daß das Kernkraftwerk Zwentendorf in Betrieb gehen wird, und haben demzufolge auch Verträge abgeschlossen. Diesen Verträgen zufolge sind Sie die Vereinbarungen eingegangen, daß Sie die Stromabgabe mit 58 Groschen festsetzen werden, weil Sie angenommen haben, daß beispielsweise der Pumpenstrom um 42 Groschen zu haben sein wird. Durch den Ausfall von Zwentendorf kostet dieser Pumpenstrom nun nicht 42 Groschen, sondern 60 Groschen. Das heißt, die TIWAG muß nunmehr den Strom um 60 Groschen kaufen und verkauft ihn dann um 58 Groschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Sind das Ihre konkreten Vorstellungen zur Lösung des Energieproblems? (*Abg. Dr. Ludwig Steiner: Tirol hat doch Zwentendorf nicht abgelehnt! - Abg. Dr. Kohlmaier: War das nicht das österreichische Volk?*)

Ich kann Ihnen nicht helfen, Sie können das ja nachlesen, Herr Kollege Steiner, Sie als Außenpolitiker wissen ja vielleicht über die Energiepolitik in Tirol auch Bescheid. Aber auf keinen Fall können Sie widerlegen, daß hier gerade durch Ihre Führung beziehungsweise durch Ihre Repräsentanten in der Energiepolitik in Tirol ein schweres Problem entstanden ist. Das können Sie, glaube ich, nicht vom Tisch fegen. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Dr. Ludwig Steiner.*)

Aber ich stelle Ihnen noch eine andere Frage, Herr Kollege Dr. Steiner: Was hat Ihre Partei in Tirol für eine Aussage zum Ausbau der Wasserkraftreserven gemacht? Welche Aussage trifft Ihre Partei in Tirol zur Nutzung von Kleinkraftwerken? Welche Aussage trifft Ihre Partei über die Nutzung des Stroms aus industrieeigenen Anlagen? Welche Aussage trifft Ihre Partei für die Nutzung des Naturgases

in Tirol? Welche Aussage trifft Ihre Partei für die Verwendung von alternativen Energiequellen? (*Rufe bei der SPÖ: Keine!*) Und wie stellt sich Ihre Partei in Tirol zur Frage der Energieeinsparung?

Ich kann mich nicht erinnern, daß ich auch nur einmal etwas von diesen wichtigen Problemen seitens Ihrer Tiroler ÖVP gehört habe! (*Zustimmung bei der SPÖ. - Abg. Steinbauer: Wir wissen, was der Wallnöfer sagt! Das ist wichtig!*)

Herr Kollege Steinbauer! Schlagen Sie bitte in Ihrem Entschließungsantrag die Seite 3 auf. Ich lese Ihnen das vor, denn Sie haben den Antrag ja nicht zugegen, und auswendig werden Sie ihn erst recht nicht kennen. Da steht folgendes drinnen:

Die ÖVP wird ihre erste Aufgabe als Opposition in der Kontrolle der Regierung sehen und deren Fehler im Interesse der Bürger konsequent aufzeigen. Hier geht es dabei um die grundsätzliche Aufgabe der demokratischen Kontrolle von Macht. Um diese Aufgabe effizient erfüllen zu können, wird es notwendig sein, dem Parlament verstärkte Kontrollrechte auch in Form von Minderheitenrechten, wie zum Beispiel die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen als Minderheitenrecht, einzuräumen. Dazu bedarf es weiters der Bereitschaft der Regierung, sich der oppositionellen Kontrolle zu stellen und Mißstände auch dann zu beheben, wenn deren Aufdeckung durch die Opposition erfolgt. - Schluß des Zitates.

Wie steht es nun mit der verstärkten Kontrolle der politischen Minderheit in Tirol, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Tirol, wo die Österreichische Volkspartei im Landtag über die Zweidrittelmehrheit verfügt?

Vor über acht Jahren... (*Anhaltende Zwischenrufe der Abg. Huber und Dr. Ludwig Steiner.*) Vor über acht Jahren, meine Herren Kollegen von der Tiroler ÖVP, hat die Tiroler SPÖ im Landtag einen Antrag eingebracht auf Novellierung, auf Neufassung der Landtagsgeschäftsordnung und hat einen Beschluß herbeigeführt, daß diese Landtagsgeschäftsordnung kurzfristig neu zu fassen sei. (*Abg. Dr. Kohlmaier: Herr Präsident, ich bestreite, daß der Abgeordnete Reinhart zum Tagesordnungspunkt spricht!*) Bis heute ist diese Neufassung nicht erfüllt worden.

Und was haben unsere Parteifreunde im Tiroler Landtag beantragt? Nun hören Sie sich das einmal an, meine Damen und Herren. Sie haben nur gewünscht, daß auch im Tiroler Landtag die Möglichkeit bestünde, Untersuchungsausschüsse einzusetzen, daß es die

**Dr. Reinhart**

Möglichkeit der dringlichen Anfrage gebe, daß es eine Fragestunde gebe. Diese Forderungen, die hier im Bund schon erfüllt sind, diese Fragen, die Sie hier vorbringen im Bund, die erfüllen Sie in Ihren eigenen Landtagen draußen nicht. Und das, muß ich sagen, ist die Doppelzüngigkeit und die Doppelbödigkeit Ihrer Politik. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich möchte gar nicht darauf zu sprechen kommen, wie Sie zum Beispiel das Instrument der schriftlichen Anfragen behandeln. Sie wissen selber genau, meine Kollegen von der Tiroler ÖVP, und Sie besonders *(zu Abg. Pischl)*, denn Sie waren lange genug im Tiroler Landtag, Sie müssen das wissen, daß zum Beispiel die schriftlichen Anfragen, wenn sie schon beantwortet werden, oft nach Monaten, nicht nach der gesetzlichen Frist beantwortet werden. *(Abg. Dr. Blenk: Wo?)* Im Tiroler Landtag.

Auf jeden Fall wird jegliche Kritik der sozialistischen Opposition im Tiroler Landtag von Ihrer Partei vom Tisch gefegt. Es wird darüber kaum diskutiert und es werden der Opposition die Mindesteinrichtungen der demokratischen Kontrolle im Tiroler Landtag von Ihnen vorenthalten. Das muß hier gesagt werden. *(Beifall bei der SPÖ. - Zwischenruf des Abg. Dr. Keimel.)* Herr Kollege Keimel! Weniger schreien, mehr zuhören, bitte.

Folgendes bitte: Alles unter dem Titel „Verstärkte Kontrolle“.

Subventionsbericht. Sie können sich noch genau daran erinnern, wie der Wunsch der hiesigen großen Oppositionspartei auf Erstellung eines Subventionsberichtes durch die sozialdemokratische Regierung erfüllt wurde. Allen Abgeordneten ist ein umfangreicher, langer Bericht zur Verfügung gestellt worden, wo jeder Schilling, jeder Groschen genau dargelegt wurde, wo jeder Verein und alle Stellen, die von der Regierung Subventionen bekommen haben, dargelegt worden sind.

Wie verhält sich diese Kontrolle im Tiroler Landtag, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei? Auch im Tiroler Landtag hat die Opposition, diesmal aber die Sozialisten, einen Subventionsbericht verlangt. Und dieser Subventionsbericht ist ihnen bis heute noch nicht gewährt worden, ist ihnen bis heute noch nicht zur Verfügung gestellt worden.

Und da möchten Sie hier in diesem Hause davon sprechen, daß Sie die Wähler der Rechte der Opposition in Österreich sind, da möchten Sie von demokratischen Einrichtungen, von einer demokratischen Haltung und von einem demokratischen Naheverhältnis sprechen! *(Neuerlicher Beifall der SPÖ.)*

Bleiben wir weiter bei der Kontrolle, bleiben wir weiter bei der parlamentarischen Kontrolle. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Blenk.)* Herr Blenk, Sie können schreien, wie Sie wollen, das sind ja Tatsachen. Was Sie sagen, das sind ja keine Tatsachen.

Kontrolle des Landtages: Man möchte meinen, daß sich außerhalb der Landtage eine Einrichtung befindet so wie hier im Parlament, wodurch die Kontrolle des Landtages erfolgt. Das ist in Tirol nicht so. In Tirol gibt es ein sogenanntes Landeskontrollamt. Das ist ein Amt, das dem Amt der Tiroler Landesregierung untersteht, wo wiederum die Österreichische Volkspartei als Mehrheit, als Zweidrittelmehrheit die Kontrolle beaufsichtigt, ob sie nicht entsprechend kontrolliert wird. Ich meine, da muß man schon fragen, wo es in sonstigen Demokratien solche verzwickte Kontrolleinrichtungen gibt. *(Abg. Dr. Blenk: Sie sind doch Regierungspartei in Tirol! Was heißt „Opposition“?)*

Sie können schreien, wie Sie wollen. Das sind Tatsachen. Sie können heruntergehen und können sagen, das besteht nicht. Das können Sie aber nicht machen. Das geht nicht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Gehen wir weiter beim Thema Kontrolle. Da haben wir zum Beispiel im Tiroler Landtag verlangt, daß es auch die Einrichtung des Ombudsmannes gebe, wie er auf Bundesebene besteht. Das ist uns natürlich verwehrt worden. Die sehr demokratische und auf Kontrollrechte bedachte Österreichische Volkspartei in Tirol hat diesen Vorschlag der Sozialisten wie immer vom Tisch gefegt, hat aber dafür eine Beschwerdestelle beim Amt der Tiroler Landesregierung eingerichtet, eine Beschwerdestelle, die wieder von Beamten des Amtes der Tiroler Landesregierung geleitet wird, wo wiederum die Österreichische Volkspartei als kontrollierende Parlamentsmehrheit, Landtagsmehrheit, ihren Einfluß darauf ausübt, daß die Beschwerden entsprechend behandelt werden. Sehen Sie, das sind die Praktiken, die Sie hier vorbringen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, darf ich Sie einladen, die Seite 15 Ihres Antrages aufzuschlagen *(Abg. Dr. Fischer: Es ist eh nichts mehr übrig von dem Antrag!)* Ich versuche halt, das herauszuholen, was man wirklich noch herauszuholen kann, obwohl selbst von der Österreichischen Volkspartei noch niemand konkret auf den Antrag eingegangen ist. Man hat hier über alles gesprochen, nur nicht über diesen Antrag. *(Abg. Dr. Blenk: Sie hätten dem Herrn Dr. Mock zuhören müssen!)*

**Dr. Reinhart**

Sie schreiben unter Punkt 12 „Dynamische Demokratie“: „Nur durch die Mitwirkung aller wird Demokratie dynamischer und kann auf Dauer Belastungen standhalten. Durch die demokratische Mitentscheidung werden soziale Fähigkeiten und soziale Tugenden, die Bereitschaft zu sozialem Engagement und zu politischer Bildung entwickelt.“

Ich darf Sie auch noch bitten, die Seite 19 zu lesen. Es ist ja Ihr Papier, Sie müssen schon entschuldigen, daß ich Ihr Papier vorlese. Sie haben hoffentlich nichts dagegen, daß ich Ihr Elaborat hier zitiere. Sie schreiben auf Seite 19 unter Punkt 12:

„... eine Stärkung der demokratischen Einrichtungen durch eine Verbesserung des Wahlrechtes... und durch die Schaffung neuer Formen und die Verbesserung der bestehenden Instrumente der direkten Demokratie zu bewirken.“

Das klingt recht gut, aber wie ist es nun mit dieser dynamischen Demokratie, wie Sie das bezeichnen, in Tirol? In Tirol gibt es zum Beispiel – das fordern wir schon lange – noch immer keinen amtlichen Stimmzettel bei den Gemeinderatswahlen. Das ist eine Forderung, die wir schon seit Jahren vorbringen. Aber, wie gesagt, die dynamisch-demokratische Österreichische Volkspartei in Tirol hat sich bisher noch nicht durchringen können, diesen amtlichen Stimmzettel für die Gemeinderatswahlen einzuführen. (*Abg. Haas: Sehr „betri:blich!“*)

Oder: Landwirtschaftskammerwahlen, die Vertreter der Landwirtschaft, bitte. (*Zwischenruf des Abg. Heinzinger.*) Herr Kollege Heinzinger, ich komme auch noch zum AAB. Jetzt sind wir bei der Landwirtschaft. Landwirtschaftskammerwahlen! Wir fordern schon seit Jahrzehnten die Einführung eines amtlichen Stimmzettels für die Abführung der Landwirtschaftskammerwahlen. Es wird kein amtlicher Stimmzettel eingeführt.

Oder, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei der letzten Landwirtschaftskammerwahl im Bundesland Tirol hat, von der Sozialdemokratischen Partei unterstützt, der Verein der Nebenerwerbsbauern kandidiert. Dieser Verein der Nebenerwerbsbauern konnte kein Mandat bei der Landwirtschaftskammerwahl erreichen, aber es ist in der Wahlvorbereitung klar zutage getreten, wie dynamische Demokratie von der Österreichischen Volkspartei praktiziert wird. Da sind nämlich die Vertreter des Bauernbundes zu unseren Kandidaten beziehungsweise zu jenen Bauern gekommen, die für den Verein der Nebenerwerbsbauern unterzeichnet haben, und haben den Leuten zu verstehen gegeben, daß sie die Unterschrift zurückziehen mögen, weil

ansonsten zufälligerweise ein Subventionsansuchen nicht entsprechend behandelt werden könnte oder weil zufälligerweise ein Antrag in der Gemeindestube nicht entsprechend behandelt würde. (*Entrüstung bei der SPÖ.*)

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Das wissen Sie ja selber.

Wie kommt es denn eigentlich, daß wir eine eidesstattliche Erklärung eines Wählers des Vereines der Nebenerwerbsbauern besitzen, daß aber im Wahlergebnis diese Stimme nie aufscheint? Die wurde nach den Unterlagen des Wahlvorganges überhaupt nicht mit aufgenommen. (*Abg. Steinbauer: Vielleicht war sie ungültig!*)

Das halten Sie für richtig, Herr Kollege Lichal? Sie sind es vielleicht gewohnt, wir nicht. Wir nicht, Kollege Lichal. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Und noch ein Beispiel „dynamischer Demokratie“. Da gibt es das Tiroler Fremdenverkehrsgesetz. Schon seit vielen Jahren bemühen wir uns, dieses Tiroler Fremdenverkehrsgesetz zu novellieren. (*Abg. Steinbauer: Herr Kollege, haben Sie das Lokal verwechselt? Wollten Sie im Tiroler Landtag sprechen?*)

Ich bringe genau das vor, von der Tiroler Ebene aus gesprochen, was Sie hier in Ihrem Antrag vorbringen. Da machen wir den Vergleich. Sie kommen schon mit, ja? (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Lichal: Mit Ihnen kommen wir noch lange mit!*) Machen wir den Vergleich: Wie schaut es in der Praxis aus, wie erfüllen Sie die Forderung, die Sie dem Bund gegenüber stellen, in Ihren eigenen Ländern?

Da habe ich das Beispiel Tiroler Fremdenverkehrsgesetz.

In diesem Tiroler Fremdenverkehrsgesetz ist schon immer das sogenannte Kurienwahlrecht. Ich glaube, das Kurienwahlrecht ist doch eine Bestimmung, die dem 19. Jahrhundert angehören sollte.

Glauben Sie etwa, meine Damen und Herren, daß es möglich wäre, die Österreichische Volkspartei so weit zu bringen, daß dieses Kurienwahlrecht aus dem Tiroler Fremdenverkehrsgesetz entfernt wird? Nein, man besteht darauf und man hält daran fest. (*Abg. Dr. Johann Haider: Denken Sie an die Arbeiterkammer, was Sie da getrieben haben!*) Jetzt reden wir einmal vom Fremdenverkehr, von der Kammer können wir dann auch noch reden. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Leitner.*) Jetzt haben wir gerade vorhin von der Landwirtschaftskammer gesprochen, da sind Sie leider nicht dagewesen.

Nächster Punkt, Kollege Leitner: Frau im

**Dr. Reinhart**

Beruf. (Abg. Dr. Leitner: Herr Abgeordneter Reinhart, es gibt notarielle Erklärungen, daß die Sozialisten Unterschriften gefälscht haben! - Rufe bei der SPÖ: Das ist unerhört!)

Das ist unerhört, Herr Kollege Leitner. Dafür werden Sie sich zu verantworten haben. (Weitere Zwischenrufe. Präsident Thalhammer gibt das Glockenzeichen.)

Herr Kollege Leitner! Ihre Partei unterschlägt sozialistische Stimmen, und Sie werfen uns einen Wahlschwindel vor. Das ist unerhört! (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Dr. Leitner: Wir haben notariell beglaubigte Erklärungen...!) Die haben wir, aber Sie haben keine Erklärungen dazu. (Abg. Dr. Leitner: Notariell beglaubigte Erklärungen habe ich, daß Unterschriften gefälscht wurden!)

Sie glauben, daß Lautstärke Ihnen bei der Argumentation behilflich ist; das sicher nicht. (Abg. Dr. Fischer: Herr Kollege Leitner, demonstrieren Sie Ihr schlechtes Gewissen nicht so!)

Die Frau im Beruf, Punkt 7, Seite 9. Da steht geschrieben: „Der Frau sind die gleichen Bildungs-, Berufs- und Aufstiegschancen zu gewährleisten wie dem Mann. Hierzu zählt die gleiche Entlohnung bei gleicher Leistung.“

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, wir sind damit völlig einverstanden. Eine langjährige Forderung der Gewerkschaften, eine langjährige Forderung der Arbeiterkammern. Wie schaut es aber jetzt in der Praxis aus, und wiederum in Tirol in der Praxis aus?

Vielleicht haben Sie vor wenigen Tagen die Sendung „Teleobjektiv“ gesehen, die sich mit der Tiroler Gastwirtschaft befaßt hat und wo auch verschiedene Interviews gebracht worden sind. Ich darf in Erinnerung rufen: auch über die Studie der Tiroler Arbeiterkammer. Was ist hier gesagt worden? Es mußte von Ihren Leuten aus festgestellt werden, daß die Frauen bei gleicher Arbeit schlechter entlohnt werden. Das waren nicht Mitglieder des Freien Wirtschaftsverbandes, sondern das waren Mitglieder des Wirtschaftsbundes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, ich mache Ihnen einen Vorschlag: Fordern Sie alle Mitglieder der österreichischen Industriellenvereinigung und des Österreichischen Wirtschaftsbundes auf, in ihren Betrieben den Frauen den gleichen Lohn wie den Männern bei gleichartiger Leistung zu geben! Fordern Sie das. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie das durchgesetzt haben, dann haben Sie einigermaßen die Berechtigung, mit dieser Forderung auf Bundesebene aufzutreten.

Ich hätte hier noch einige Punkte, über die wir sprechen könnten, aber eines muß ich Ihnen doch noch sagen, das ist die demokratische Mitentscheidung auf Seite 15, wenn Sie das lesen wollen.

Ich lese das gar nicht mehr vor im Hinblick auf die kurze mir noch zur Verfügung bleibende Zeit.

Meine Kolleginnen und Kollegen des Gewerkschaftsbundes möchte ich jetzt fragen: Können Sie sich überhaupt vorstellen, daß es für Gemeinde- und Landesbedienstete in Tirol keine Mitbestimmung und kein entsprechendes Dienstrecht gibt? Und wissen Sie auch, warum? Weil die Österreichische Volkspartei im Tiroler Landtag den entsprechenden Landesgesetzen, den Entwürfen, die von uns, von den Sozialdemokraten, eingebracht worden sind, nicht die Zustimmung erteilt. (Abg. Dr. Lichal: Schicken Sie sie ins Burgenland, dort können sie angenommen werden!)

Darf ich Sie fragen: Gibt es in Tirol das Mitspracherecht in der Wirtschaftsführung bei den Tiroler Krankenanstalten? Eine Selbstverständlichkeit in privaten Großbetrieben. Bei den Tiroler Krankenanstalten haben die Dienstnehmer nicht das Recht der Mitsprache bei der Wirtschaftsführung.

Noch etwas, meine sehr verehrten Damen und Herren! Da gibt es den Landesjugendbeirat in Tirol. Wir haben schon seit längerer Zeit gefordert, daß dieser Landesjugendbeirat als demokratische Plattform für die Jugendarbeit in Tirol erstellt werden sollte. (Zwischenruf der Abg. Ottilie Rochus.) In diesem Jugendbeirat sollen auf freiwilliger Basis, Frau Kollegin Rochus - auf freiwilliger Basis, das ist ja wahrscheinlich das Revolutionäre für Sie -, alle Jugendverbände Tirols zusammenarbeiten und der Landesregierung als Beratungsorgan dienen. Weiters soll der Landesjugendbeirat Koordinationsaufgaben bei der Bewältigung gemeinsamer Anliegen erfüllen.

Glauben Sie etwa, daß es uns gelungen ist, in den letzten Jahren diese an sich selbstverständliche Einführung in die Tat umzusetzen?

Es ließe sich hier noch stundenlang über das Thema freie Information oder erleichterter Zugang zum Recht sprechen. Das ist ja auch so ein Schlagwort, das Sie tagtäglich, meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, in den Mund nehmen: erleichterter Zugang zum Recht. Das ist wirklich ein Schlagwort, aus dem Sie glauben, draußen im politischen Leben Kapital schlagen zu können.

Denken Sie an folgendes Beispiel. Da gibt es in Tirol die Grundverkehrskommission. Die nächste Instanz dieser Grundverkehrskommis-

**Dr. Reinhart**

sion ist die Landes-Grundverkehrsbehörde. Nach dem Tiroler Grundverkehrsgesetz besteht dann für die Interessenten, oder für die Staatsbürger und Landesbürger, die unter dieses Gesetz fallen, nicht mehr die Möglichkeit, an den Verwaltungsgerichtshof heranzutreten, sondern diese Landesgrundverkehrsbehörde ist die letzte Instanz für diese Fragen. Und wenn wir im Tiroler Landtag fordern, man möge doch dieses Gesetz novellieren und dem Staatsbürger und dem Landesbürger die Möglichkeit eröffnen, im Sinne des erleichterten Zuganges zum Recht auch den Verwaltungsgerichtshof als letzte Instanz einzuschalten, dann verwehren Sie diese Bitte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wollte damit nur aufzeigen, daß Ihre Politik nicht gerade den Stempel der Ehrlichkeit trägt und daß Ihre Politik nur darauf ausgerichtet ist, hier in Wien, möchte ich fast sagen, demokratisch zu erscheinen, daß Sie aber in den Bundesländern beinharte Gegner dieser Demokratie sind und beinharte Gegner jener Fragen, die Sie hier aufwerfen. Das kann am Beispiel Tirol genau nachgewiesen werden.

Ich fordere Sie auf, im Bundesland Tirol all das zu machen, was Sie hier verlangen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Thalhammer:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dr. Leitner. Ich mache auf die 5-Minuten-Zeitbegrenzung aufmerksam. Er hat das Wort.

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. **Leitner** (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Reinhart hat sich wieder einmal bemüht gefühlt, hier von einem Wahlschwindel des Bauernbundes bei einer Landwirtschaftskammerwahl in Tirol zu sprechen. Er hat erklärt, er hätte eine eidesstattliche Erklärung eines Mannes, der sozialistisch gewählt hat, also die Stimme abgegeben hat für den Tiroler Nebenerwerbsbauernbereich, und daß das also ein Wahlschwindel wäre, weil in dieser Gemeinde keine sozialistische Stimme war.

Ich möchte dazu einmal feststellen, daß in allen offiziellen Gremien, die eingesetzt sind, um die ordnungsmäßige Wahl zu gewährleisten, ein solcher Vorwurf nicht erhoben wurde.

Und zweitens darf ich hier feststellen, Herr Abgeordneter Reinhart, daß der Tiroler Bauernbund notariell beglaubigte – nicht eidesstattliche, notariell beglaubigte! – Erklärungen hat in mindestens zwei Fällen, wo Leute geführt wurden auf den Listen... *(Abg. Dr. Fischer: Wo ist denn die Berichtigung?)* Das ist die

Berichtigung, daß der Wahlschwindel nicht beim Bauernbund, sondern bei den Sozialisten war, weil hier notariell beglaubigte Erklärungen vorliegen *(Heiterkeit bei der SPÖ)* – Sie können lachen –, daß sie die Wahlvorschläge nicht unterschrieben habe, daß hier Unterschriftenfälschungen vorgenommen wurden und daß nur durch diese Unterschriftenfälschungen die Wählerlisten überhaupt eingebracht werden konnten. *(Beifall bei der ÖVP. – Rufe bei der SPÖ: Berichtigung!)*

Aufgrund dieser notariell beglaubigten Erklärungen war diese Wählerliste in Imst dann ungültig und ist ein Gerichtsverfahren eingeleitet worden, das später dann auch in unserem Einverständnis eingestellt wurde. Das ist die Berichtigung! Der Wahlschwindel hat nicht auf unserer Seite, sondern auf Ihrer, Herr Reinhart, stattgefunden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Noch eine Bemerkung: Daß Sie vom Wahlergebnis enttäuscht waren, dafür habe ich volles Verständnis, denn Sie haben sich drei Mandate erwartet, und der Bauernbund hat alle 100 Mandate bekommen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Thalhammer:** Bitte, meine Damen und Herren, es wird die Geschäftsordnung wirklich großzügig ausgelegt. Ich nehme auch den ersten Teil der Ausführungen des Herrn Abgeordneten zur Kenntnis als Berichtigung. Ich würde aber doch bitten, sich in Zukunft bei tatsächlichen Berichtigungen an die Geschäftsordnung zu halten.

Zum Wort gemeldet ist nun der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile ihm das Wort.

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich möchte auf einige Vorredner Bezug nehmen und zunächst dem Kollegen Frischenschlager doch vor Augen führen, daß eine Debatte über Grundwerte der Politik und über die Orientierung politischen Handelns sich wesensmäßig unterscheiden muß von einer Debatte, wo man dann konkrete Probleme diskutiert oder wo man Angriffe gegen die Regierung unternimmt.

Ich glaube, da liegt ein ganz wesentliches Mißverständnis vor, und Sie haben eigentlich dann auch, Herr Abgeordneter, in Ihrer Rede einige sehr allgemeine Ausdrücke gebraucht, wo Sie eigentlich die Richtigkeit unserer Auffassung bestätigt haben, daß man manchmal in diesem Hohen Haus auch über die Orientierung der Politik diskutieren soll, was wir jetzt seit 10 Uhr vormittag – und ich glaube, nicht ohne Interesse der Abgeordneten dieses Hauses – tun, allerdings ohne Interesse der Regierungsbank.

**Dr. Kohlmaier**

Aber das ist ein anderes Kapitel. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, was man hier von der Regierung eigentlich demonstrieren will, daß man so ostentativ nicht erscheint auf der Regierungsbank, eine Alibibesetzung durch einen Staatssekretär vornimmt, im Augenblick sogar durch einen Staatssekretär, den ich früher schon bei ÖVP-Sitzungen gesehen habe und wo ich sogar über Grundsatzorientierung mir vielleicht leichter tun würde.

Was demonstriert man hier, meine Damen und Herren? Will man damit demonstrieren, daß man an Grundsätzen nicht interessiert ist? Will man damit demonstrieren, daß die grundsätzlichen politischen Wertvorstellungen einer Partei, die fast zwei Millionen Wähler hat, für die Regierung unmaßgeblich sind?

Was will man damit erreichen? Ich glaube, daß man eigentlich damit nur sehr Negatives demonstriert, weniger wahrscheinlich Desinteresse als schlicht und einfach neuerlich den Hochmut, den wir immer wieder spüren und der auch bei einer solchen Debatte wieder einmal angeprangert und beklagt werden muß, Hohes Haus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe überlegt, ob es sich auszahlt, näher einzugehen auf die Ausführungen meines unmittelbaren Herrn Vorredners, denn ich fühle mich, ich sage es ganz ehrlich, nicht dazu berufen, eine Debatte hier zu führen, die eigentlich im Tiroler Landtag stattfinden müßte. Und ich wundere mich, daß dem Kollegen Reinhart nicht klar ist der Unterschied der Vertretung von Wählern im Hohen Haus am Ring und dem Vorbringen von landespolitischen Problemen, wofür es ja einen eigenen allgemeinen Vertretungskörper, nämlich den freigewählten Tiroler Landtag, gibt.

Aber ich habe wirklich das Gefühl, daß beim Kollegen Reinhart ganz prinzipielle Unkenntnisse vorliegen. Wie ist es denkbar, daß ein Tiroler Abgeordneter zum Beispiel nicht weiß, daß seine Partei in Tirol eine Regierungspartei ist? Ich weiß nicht, soll ich mich überhaupt mit einem Abgeordneten auseinandersetzen, der hier behauptet, die Tiroler SPÖ ist Opposition in Tirol, dabei regiert sie mit. Ich meine, es lohnt sich eigentlich nicht, mit jemandem zu diskutieren, der so elementare Unkenntnisse hier vertritt. Das ist ja eigentlich blamabel für das Hohe Haus! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber es geht ja noch weiter. Der Kollege Reinhart weiß nicht einmal, daß seine Partei in Tirol mitregiert. Er bedenkt zum Beispiel so Kleinigkeiten nicht wie die Tatsache, daß der Vorsitzende des Finanzkontrollausschusses des Landtages, dessen Rede er hier eigentlich in den

Nationalrat übertragen hat, ein sozialistischer Abgeordneter ist. *(Abg. Elmecker: Das ist ja wirklich eine Kleinigkeit!)* Ja, das sind wirklich nur Kleinigkeiten, meine Damen und Herren, in Ihren Augen. In unseren Augen ist das sehr wohl eine Demonstration der politischen Mehrheit in Tirol, die bei den letzten Wahlen wieder glänzend bestätigt wurde gegenüber der kleineren Partei, indem man ihr die Federführung der Kontrolle überläßt. Ich finde, daß das eigentlich ein sehr gutes Vorgehen ist, und Sie könnten sich da eigentlich auch ein Beispiel nehmen, Hohes Haus! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe halt etwas dagegen – und das ist auch eine Frage der Fairneß, das muß ich auch sagen –, wenn hier sehr schwerwiegende Behauptungen über Wahlschwindel, Erpressung und so weiter erstellt werden, und man keine Namen nennt, man keine Fälle konkret nennt. Warum wird das nicht dort aufgeworfen – und das hat der Kollege Leitner ja hier gesagt –, in den zuständigen Gremien aufgeworfen? Warum wird das nicht im Landtag diskutiert? Können das die sozialistischen Landtagsabgeordneten von Tirol nicht? Sind sie damit vielleicht erfolglos geblieben, und jetzt schicken sie als letzte Reserve, als Volkssturm den Kollegen Reinhart ins Haus am Ring, damit er ihr Unvermögen im Landtag unter Umständen kaschiert. Das ist alles eigentlich derart absurd, daß es vielleicht wirklich besser ist, man geht nicht darauf ein.

Aber noch einmal, Herr Kollege Reinhart: Nehmen Sie wenigstens zur Kenntnis, daß Ihre Partei in Tirol mitregiert und daher entweder hier mitregiert und auch mitverantwortet oder sich distanziert. Sie können natürlich Ihrer Partei in Tirol empfehlen, in die Opposition zu gehen. Wir werden Sie nicht daran hindern, aber wir haben hier eine andere Vorstellung. Die ÖVP vertritt in den Ländern, in Tirol sicher, den Standpunkt einer Zusammenarbeit, und das sollten Sie hier auch zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Frischenschlager: Es besteht aber schon noch ein Unterschied zwischen Landtag und Landesregierung und zwischen Kontrollausschuß und Kontrollamt!)*

Sicher. Richtig. Aber ich habe das als Beispiel dafür gebracht, daß man einem immerhin sehr wichtigen Ausschuß des Landtages hier die Führung von der Oppo... – jetzt hätte ich fast auch Oppositionspartei gesagt, so wird man angesteckt von falschen Dingen –, von der zweiten Partei übertragen hat.

Hohes Haus! Wir haben heute Fragen der politischen Wertorientierung hier zur Diskussion gestellt, und das nicht zuletzt deswegen, weil wir immer wieder die Erfahrung machen, daß

**Dr. Kohlmaier**

Aussagen sozialistischer Politiker, vor allem sozialistischer Spitzenpolitiker, und von Regierungsmitgliedern in einem wesentlichen Widerspruch zur praktischen Politik stehen oder auch daß grundsätzliche Aussagen einander widersprechen.

Deswegen sehen wir einen sehr großen Bedarf, Grundsatzfragen der politischen Orientierung hier zu diskutieren. Und ich möchte einige Fragen aufwerfen, um das zu verdeutlichen, worum es uns geht: nämlich diesen unerfüllten, aber wohl legitimen Bedarf an Kenntnis der sozialistischen hauptsächlichen Wertorientierung und Gegenüberstellung der Wertorientierung der großen Oppositionspartei.

Ich möchte, Hohes Haus, einfach aus dem politischen Geschehen der letzten Monate einige für mich sehr wesentliche Fälle herausgreifen, wo wir diese Unklarheit der Wertorientierung, diese Verwaschenheit und Verschwommenheit und oft auch Widersprüchlichkeit im Grundsätzlichen festzustellen haben.

Ich erinnere etwa daran, daß wir vor einigen Wochen eine Empörungswelle innerhalb der Sozialistischen Partei erlebt haben über eine Hausdurchsuchung, die im Parteilokal der SPÖ stattgefunden hat. Ich nehme zur Kenntnis, daß sich eine Partei beschwert und belastet fühlt, wenn man in ihren Räumen nach Broschüren sucht. Das ist für mich ein mögliches politisches Verhalten, daß man einen bestimmten Wert, nämlich das Ungestörtbleiben von Räumlichkeiten, vertritt.

Ich muß aber andererseits daran erinnern, daß es bereits mehrfach Beschlagnahmungen und Hausdurchsuchungen gab, die von sozialistischen maßgeblichen Politikern initiiert wurden. Und da entsteht für mich die Frage: Gibt es für die Sozialistische Partei den Wert „Unversehrtheit von Räumlichkeiten einer politischen Partei oder einer Zeitung“? Wenn ja, dann muß sie das immer vertreten, dann muß sie ihre eigenen Politiker daran hindern, sich solcher gesetzlicher Maßnahmen zu bedienen. Wenn nein, dann muß sie es sich gefallen lassen, wenn es sich einmal gegen sie wendet. Das ist für mich eine ganz grundsätzliche Frage. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber, Hohes Haus, in dem Zusammenhang und sehr aktuell ein weiterer Zusammenhang. Sie fühlen sich also gestört, wenn in eine Parteizentrale Exekutivbeamte, Justizbeamte kommen und nach einer Broschüre suchen. Ich frage Sie, und ich knüpfe jetzt an das an, was der Kollege Frischenschlager heute schon gesagt hat: Ist es nicht eigentlich noch viel bedenklicher, wenn das passiert, was wir heute in der Zeitung lesen, daß in österreichischen Betrie-

ben, Großbetrieben, die Arbeitnehmer gerufen werden zu Unterschriftenaktionen für die Unterstützung eines Volksbegehrens? Ist das nicht auch ein Eindringen, meine Damen und Herren, hier nicht ein Eindringen in eine Parteizentrale, aber ein Eindringen in den Betrieb und dort Politikmachen in einer Weise, die ich nicht für wünschenswert und richtig halte? Das möchte ich hier auch unterstreichen. *(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)* Und hier schließe ich mich vollkommen dem Abgeordneten Frischenschlager an.

Die Arbeitswelt ist ohnedies schon viel zuviel verpolitisiert, leider Gottes, und ich frage mich: Sind die Menschen, die dort zum Notar gehen sollen und, wie wir gelesen haben, um wohlfeile 27 Schilling Unterschriften beglaubigt bekommen, wirklich frei in ihrer Entscheidung, ob sie ein solches Volksbegehren unterstützen wollen oder nicht? Ich bezweifle es, denn wer hat nicht zu fürchten, daß er, wenn er nein sagt, unter Umständen dann einen schwarzen Punkt bekommt, der ihm dann schadet in seinem weiteren betrieblichen Fortkommen, in seiner Existenz oder bei dem Schutz, den er unter Umständen das nächste Mal vom Betriebsrat braucht? Das sind doch viel ernstere Fragen der Beeinträchtigung der Freiheit als die, die Sie sonst so gerne aufwerfen.

Ich möchte damit überhaupt nicht eingreifen in die Frage „Pro oder kontra Kernenergie“, das möchte ich ausdrücklich sagen, um das geht es hier gar nicht. Ich persönlich zähle mich gar nicht zu den Atomgegnern a priori. Darum geht es mir überhaupt nicht. Ich bin nur so lange Atomgegner, als die Sicherheitsvorschriften nicht geklärt sind.

Aber ich fühle mich hier verpflichtet, wieder einmal dafür einzutreten, daß man Arbeitnehmer am Arbeitsplatz in Ruhe läßt und sie nicht in eine bestimmte Verhaltensweise hineinlenkt unter Einsetzung von Autoritäten, die diese Arbeitnehmer unter Umständen zu fürchten haben. Das ist für mich wiederum eine ernste Beeinträchtigung der Freiheit am Arbeitsplatz, und das beweist neuerlich, wie sehr wir Fragen der Wertorientierung diskutieren müssen. Sind Sie für die Freiheit am Arbeitsplatz, dann stellen Sie solche Dinge ab. Sind Sie es nicht, dann sagen Sie aber auch nicht in anderen Fällen, daß Sie diese Freiheit verteidigen wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich möchte aus diesem aktuellen Anlaß, der mir ernst und wichtig genug erscheint, einen Entschließungsantrag einbringen:

Dr. Kohlmaier

### Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Bericht über Unterschriftenaktionen in großen Betrieben unter Einschaltung der Betriebsräte.

Nach Zeitungsmeldungen von heute werden in großen Betrieben mit Zustimmung des Dienstgebers unter Einschaltung der Betriebsräte Unterschriften für ein PRO-Kernenergie-Volksbegehren durchgeführt.

Es ist zu befürchten, daß dadurch Arbeitnehmer einem Einfluß ausgesetzt werden, der ihre volle persönliche und politische Entscheidungsfreiheit erheblich einschränkt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

### Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der Bundesminister für soziale Verwaltung wird ersucht, dem Nationalrat unverzüglich einen Bericht darüber zu erstatten, ob

1. tatsächlich solche betriebliche Aktionen veranstaltet werden;

2. auf diese Weise die Gesinnungsfreiheit am Arbeitsplatz nicht im Widerspruch zu den Intentionen des Verfassungs- und Sozialrechtes beeinträchtigt wird.

*(Beifall bei ÖVP und FPÖ.)*

Ich darf alle Fraktionen dieses Hohen Hauses sehr bitten, daß man dieser Entschließung zustimmt.

Und, meine Damen und Herren von der SPÖ, wenn Sie hier wieder nein sagen, dann tun Sie genau das, was der Bundesparteiobmann Dr. Mock heute mit Recht angeprangert hat: Sie lehnen wieder etwas ab, nur weil es von der Österreichischen Volkspartei kommt, denn es muß ja eigentlich in Ihrem Interesse sein, es muß ja auch sogar im Sinne der Gewerkschafter sein, wenn man Gewerkschaftsbewegung im wohlverstandenen Sinn versteht, daß ein Sozialminister hier dem Hohen Haus berichtet: Geschieht so etwas und ist es in jeder Hinsicht korrekt und einwandfrei? Wenn Sie da dagegen sind, meine Damen und Herren von der SPÖ, dann bestätigen Sie eigentlich in glänzender Weise, daß diese Debatte notwendig ist, daß Sie sich immer wieder in dieser Rolle einer Mehrheitspartei demonstrieren, die immer hochmütiger wird und immer weniger bereit ist, in einen demokratischen Dialog einzutreten mit der Oppositionspartei. Aber, Demokratie und Regieren ohne Dialog ist nicht möglich.

Wenn Sie diesem Entschließungsantrag nicht die Zustimmung geben sollten, dann würde ich Sie wirklich sehr herzlich bitten, und ich glaube es ist ja vorgesehen, daß der Herr Abgeordnete Dr. Gmoser noch das Wort ergreift, daß er wirklich begründet, einen sachlichen Grund dafür anführt, daß wir uns nicht mit dieser Frage auseinandersetzen, ob es in seinem Sinn auch ist, wenn Menschen hier unter Umständen, wie man hört, mit Autobussen zusammengekartet werden, um eine bestimmte politische Bekundung zu unternehmen.

Es ist ja sehr erheitend, Hohes Haus, daß sich ausgerechnet die „Volksstimme“ gestern schon über diese Sache mokiert hat, die Zeitung, die ferngesteuert wird aus Moskau, aus einem Bereich, wo die Arbeitnehmer immer wieder zu Unterschriften, zu allen möglichen politischen Demonstrationen im Betrieb veranlaßt werden. Und gerade dieser Umstand sollte uns doch veranlassen, daß wir Österreich reinhalten und sauber halten davor, daß die Menschen am Arbeitsplatz zu politischen Kundgebungen veranlaßt werden. Das ist für mich ein ganz prinzipieller Wert, für den ich immer auf die Barrikaden zu treten bereit bin! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Politische Wertorientierung, meine Damen und Herren von der SPÖ. Ich blende hier noch einmal zurück auf die sehr bezeichnende Debatte von gestern abend. Ich sehe hier auch einen politischen Wert zur Diskussion gestellt, nämlich: Gibt es den Wert des Verzeihens der Vergangenheit, Hohes Haus und meine Damen und Herren von der SPÖ? Ist es von demokratischem Wert, wenn man sagt: Was einer in der Vergangenheit gemacht hat, ob er Kommunist war, ob er Napola-Schüler war, ob er Hitlerjunge war und so weiter, wenn er sich zu einer demokratischen Partei bekennt, dann können wir das nachsehen?

Das ist gut, Hohes Haus, das kann man sogar als einen sehr hohen Wert ansehen, daß man über die Vergangenheit Vergessen ausbreitet. Ich habe nur manchmal den Verdacht, meine Damen und Herren von der SPÖ, daß Sie glauben, Sie haben so eine Art Schlüsselgewalt, wie sie einst der Petrus bekommen hat: „Wem ihr die Sünden nachlaßt, dem sind sie nachgelassen“, daß Sie für sich in Anspruch nehmen, darüber entscheiden zu können: Wem ist seine politische Vergangenheit zu verzeihen und wem nicht? Und dann geht es nicht mehr um politische Werte, sondern dann geht es ganz einfach um Ihre Anmaßung, darüber entscheiden zu können: Wessen Vergangenheit ist lupenrein und wessen Vergangenheit ist nicht lupenrein?

Das geht nicht, Hohes Haus. Hier bin ich

**Dr. Kohlmaier**

schon eher für den allgemeinen Wert, wie es gestern Steinbauer gesagt hat, daß man bereit ist, eine belastende Vergangenheit unserer noch jungen Demokratie zur Kenntnis zu nehmen, sie gemeinsam zu überwinden. Dann tun wir es aber gemeinsam! Aber Sie sind immer wieder die, die aufrühren und die Diskussionen beginnen, die nicht gut sind und die uns wahrscheinlich irgendwann einmal veranlassen müssen, wenn Sie nicht aufhören damit, die Frage zu stellen: Wie steht es mit der Vergangenheit von diesem und jenem?

Wir wollen aber diese Debatte nicht, sondern wir bitten Sie: Einigen wir uns in dieser Frage auf eine bestimmte Vorgangsweise! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weil ich schon bei Fragen der Demokratie bin: Hohes Haus! Wir haben ein Wahlrecht, mit dem wir nicht einverstanden sind. Das scheint auch Kollege Fischer nicht zu sein. Kollege Fischer publiziert „Für ein besseres Wahlrecht“. Er macht ganz interessante Vorschläge, die aber in einzelnen Punkten, glaube ich, nicht zielführend sind; aber darüber könnte man reden.

Auf der anderen Seite nimmt man wahr, daß sozialistische Spitzenfunktionäre, wie zum Beispiel der Innenminister, der für die Anwendung des Wahlrechts zuständig ist, sehr große Skepsis an den Tag legen. Und da wird es fällig, Hohes Haus, daß wir einmal als Nationalrat der Republik Österreich über die Frage entscheiden: Ist das derzeitige Wahlrecht reformbedürftig oder nicht? Fischer meint: ja. Er scheint in seiner Partei damit ziemlich isoliert dazustehen. Zu dieser Meinung komme ich, wenn ich an frühere Publikationen denke, wo Gratz unter Umständen auch diesen Standpunkt bezogen hat. Aber die heutige offizielle sozialistische Politik geht nicht mit Fischer mit.

Ist es nicht notwendig und ein legitimes Anliegen einer Parlamentsfraktion, einmal zu wissen, wie es damit steht. Deswegen haben wir auch in unserem Grundsatz-Entschließungsantrag - Kollege Frischenschlager, das ist doch konkret - die Meinung zum Ausdruck gebracht, daß eine Personalisierung des Wahlrechts stattfinden müßte. Hier kein Gegensatz zu Fischer, aber von dem Wunsch getragen, Klarheit herbeizuführen. Wir bekommen diese Klarheit von Ihnen nicht.

Sie befriedigen die Reformwilligen durch Artikel über Fischers Vorschlag, Sie befriedigen die Reformunwilligen durch Aussagen des Innenministers, daß hier eigentlich gar nichts geschehen muß, aber was hier fehlt, ist die klare Orientierung an einem bestimmten Wert, den wir anerkennen, nämlich den Wert Persönlichkeitswahlrecht. Deswegen glauben wir, daß

auch hier eine Diskussion notwendig ist. Allerdings befürchte ich, daß Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, in dieser Frage nicht diskussionsfähig sind.

Graf hat mit Recht schon darauf hingewiesen, daß es eine ganze Reihe von Fragen gibt, wo es die Sozialistische Partei an der Klarheit ihrer politischen Grundhaltung mangeln läßt.

Welche Wirtschaftsordnung wollen Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ? Wenn es darum geht, Vollbeschäftigungszahlen zu verkünden und zu sagen, wie gut es jedem geht, dann scheinen Sie sich sehr wohl mit der bestehenden Wirtschaftsordnung auseinanderzusetzen und sie zu akzeptieren. Denn sie ist ja wohl die Voraussetzung etwa für die Vollbeschäftigung oder für wachsenden Wohlstand. Aber wenn es Krisen gibt, dann spricht der Bundeskanzler und Parteivorsitzende Kreisky von den Krisen des Kapitalismus.

Meine Damen und Herren! Sie müssen sich auch einmal entscheiden: Ist für Sie das noch immer in wesentlichen Belangen marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftssystem, das wir in Österreich haben, ein gutes und richtiges System, dann bejahen Sie es! Oder Sie lehnen es ab, dann sagen Sie das aber deutlich den Wählern und sagen Sie, daß Sie es überwinden und ändern wollen. Beides geschieht nicht. Daher mit Recht die Frage des Abgeordneten Präsidenten Graf: Wie ist Ihre Einstellung zur sozialen Marktwirtschaft? - Eine Gretchenfrage.

Oder, meine Damen und Herren, immer wieder dieses Vorgehen in einer für mich nicht faßbaren Dialektik. Wir haben in Österreich leider aus gegebenem Anlaß eine ziemlich unangenehme Debatte über Preissteigerungen. Es gibt für mich ein offenbar sozialistisches Gesetz, es ist kein ökonomisches, sondern es ist ein propagandistisches Gesetz:

Wenn es gelingt, das Preisniveau niedrig zu halten, oder wenn es durch die Umstände niedrig ist, dann stellen sich sozialistische Politiker nach vorne und sagen: Es ist uns gelungen, die Preise niedrig zu halten.

Wenn die Preise steigen, treten die sozialistischen Abgeordneten nach hinten und sagen: Die Weltwirtschaftslage ist schuld, der Markt, die Multis sind schuld oder was immer.

Hohes Haus! Das ist für mich ein typischer Fall einer bedingten Verantwortung, und daher geht es ja auch um diesen Wert der Verantwortung in der Politik.

Ich möchte von der sozialistischen Regierung einmal wissen: Ist sie verantwortlich für das Preisniveau? Die bisherige Antwort lautet:

**Dr. Kohlmaier**

Wenn die Preise niedrig sind, ist es unser Erfolg. Wenn sie hoch sind, sind wir dran unschuldig.

Das ist für mich nicht eine Haltung der Verantwortung, sondern es ist ganz simple leicht durchschaubare Parteipropaganda, die wir aber nicht zur Kenntnis nehmen wollen, sondern wir wollen, daß wir Grundwerte diskutieren (*Beifall bei der ÖVP*), etwa die Frage: Ist eine Regierung für das Preisniveau verantwortlich?

Wenn irgendein Multi kommt und sagt: Ich möchte höhere Preise, dann führt der Herr Handelsminister ein ungeheures Schauspiel vor der Öffentlichkeit auf. Er läßt irgendeinen Horrorpreis durchsickern. Den verneint er energisch. Dann kommt irgendein anderer sozialistischer Gewerkschafter und sagt: Das geht nicht. – Dann wird hingehalten, es wird um jeden Groschen gekämpft. Am Schluß kommt doch eine Preiserhöhung heraus, allerdings mit einem entsprechenden Spektakel rundherum.

Meine Damen und Herren! Die einschneidendsten, unangenehmsten und belastendsten Preiserhöhungen, die in den letzten Jahren gemacht wurden, kamen alle von der Regierung. Das war die Erhöhung des Preises für die soziale Sicherheit durch die exorbitante Steigerung der Beiträge. Das waren die Steigerungen bei Gebühren, Abgaben in verschiedenster Hinsicht, Straßenbahn in Wien und und und!

Meine Damen und Herren! Wo hat sich in all diesen Preissteigerungen einmal der Handelsminister zu Wort gemeldet und ein Wort gesagt, daß er gegen eine Preissteigerung auftreten will? Ist das nicht auch eine sehr prinzipielle Frage des Amtsverständnisses einer Bundesregierung und des Verständnisses einer Mehrheitspartei bezüglich des Begriffes Verantwortung und verantwortlich regieren, Hohes Haus? Ich kann diese Haltung wirklich nicht verstehen und nicht zur Kenntnis nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weil ich vorhin – vielleicht war es leichtfertig in Ihren Augen – das Wort „Multis“ verwendet habe, Hohes Haus, eine andere Frage, die ins Grundsätzliche zielt: Wir hören, daß – wir haben es schon mehrmals abgehandelt – die Bundesregierung einem Multi – darf ich dieses Wort hier so verwenden? –, nämlich General Motors, Milliarden zur Verfügung stellen wird: zur Errichtung eines Werkes im Raum Wien.

Hohes Haus! Vor etwa einem Jahr haben wir alle in den Zeitungen die Berichte von den Schnupperzügen gelesen: die Tatsache, daß der Sozialminister Arbeitnehmer aus Regionen, wo Arbeitsplätze knapp sind, mit einem Schnupperzug in die Ballungszentren führt, um ihnen dort Arbeit anzubieten. Eine öffentliche Maßnahme zur Transferierung von Arbeitskräften und damit

auch zur Trennung von Familien und zur Belastung des Familienlebens!

Hohes Haus! Ich frage hier nach dem Grundwert. Wenn Sie orientiert sind an dem Grundwert Arbeitsplatzsicherung, dann dürften Sie Milliarden-Subventionen nicht dorthin leiten, wohin die Schnupperzüge gehen, sondern müßten sie dorthin leiten, wo die Schnupperzüge abgefahren sind. Hohes Haus! Das ist für mich eine sehr grundsätzliche Frage! (*Beifall bei der ÖVP.*) Aber darüber diskutieren Sie ja nicht.

Herr Dr. Kreisky gefällt sich nur darin – das ist vielleicht ein Bestandteil eines internationalen Flairs –, daß er auch mit internationalen Kapitalisten gut umgehen kann. Das mag schon sein. Aber davon hat ja der Arbeiter in Kärnten, in der Steiermark, im Burgenland, im Waldviertel nichts!

Eine Million Schilling pro Arbeitsplatz, ausgegeben für einen Betrieb in einem Ballungszentrum, wo sogar teilweise Arbeitskräftemangel besteht, ist ein wirtschaftspolitischer Humbug. Mit einem Zehntel dieses Betrages wäre jeder Waldviertler, Kärntner, steirische Betrieb dankbar, ganz zu schweigen von Judenburg! Wie kann man solchen Unsinn tun, meine Damen und Herren?

Wenn wir Grundsätze der Arbeitsmarktförderung in einer Entschließung zur Debatte stellen, kommt Frau Kollegin Offenbeck und sagt mit einem gewissen Charme – mit einem durchaus sympathischen Charme, aber sachlich völlig daneben –: Es kommt ja auf die Früchte an. – Nicht auf die Früchte oder auf die Ergebnisse, sondern auf die Zielvorstellungen kommt es an! Und die fehlen hier bei Ihnen. Sie wollen den Menschen in den bedrohten Regionen unter Umständen gar nicht helfen. Sie wollen sich mit den Multis herzeigen. Ich darf es nochmals in der Diktion Ihrer Jusus sagen. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das scheint Ihnen wichtiger zu sein als die tatsächliche Hilfe.

Ich bin dankbar für einen sehr offenen Artikel, den der Kärntner Ärztekammerpräsident in der „Wochenpresse“ veröffentlicht hat, wo er wiederum eine Orientierungslosigkeit aufgezeigt hat.

Herr Sozialminister Weißenberg – das stellt Sacher mit Recht fest – tritt immer wieder gegen die Kostenbeteiligung, gegen den Selbstbehalt in der Krankenversicherung auf. – Diesen Standpunkt kann man vertreten, Hohes Haus! Da stimme ich dem Kärntner Ärztekammerpräsidenten, der bekanntlich Sozialist ist, zu. Ich bin ja nicht stur, ich gebe ja auch einem Sozialisten recht, wenn er etwas Richtiges sagt. Dieser sozialistische Ärztekammerpräsident sagt: Ja wenn man als Sozialminister – und das ist

**Dr. Kohlmaier**

legitim – gegen den Selbstbehalt ist, dann müßte man doch als nächsten Schritt der Krankenversicherungspolitik den Selbstbehalt dort, wo er besteht, nämlich bei den Bauern und bei den Gewerbetreibenden und zum Teil auch bei den öffentlich Bediensteten, abschaffen.

Sehen Sie, da haben wir wieder die Frage der Wert- und Grundsatzlosigkeit. Wenn der Sozialminister fürchtet, daß der Selbstbehalt den Weg zum Arzt erschwert, dann darf es ihm nicht gleichgültig sein, wenn der Weg der Bäuerin oder des Bauern zum Arzt erschwert wird, oder er ist nicht der Meinung, dann darf er den Standpunkt nicht vertreten. Wieder ein klassischer Fall von Grundsatzlosigkeit. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Oder gehen wir auf das Beispiel Familie, Hohes Haus. Die Sozialisten haben es sich zu eigen gemacht – wahrscheinlich hat der Kollege Blecha einmal vom IFES berichtet, die Leute wollen, daß man für die Familie da ist –, daß sie sagen, wir tun etwas für die Familie.

Da haben wir in Österreich einen Familienlastenausgleich. Heute wurde gesagt, jeder soziale Fortschritt in diesem Haus sei mit dem Sozialismus verbunden. Wissen Sie, meine Damen und Herren, daß die Schaffung des Familienausgleichs ausschließlich ein Verdienst der Sozialistischen, der Österreichischen Volkspartei ist! *(Heiterkeit bei der SPÖ.)* Danke! Sie haben sich noch nie versprochen, meine Damen und Herren, ich gratuliere Ihnen dazu! *(Zwischenrufe bei der SPÖ. – Ruf bei der SPÖ: Das ist die Wahrheit!)* Nein, in diesem Fall sage ich nicht die Wahrheit, denn das läßt sich spielend leicht beweisen.

Meine Damen und Herren! Wenn Sie mich jetzt ärgern, dann ziehe ich heraus die Zitate aus der „Arbeiter-Zeitung“ von den Rauschkindern, die man nicht fördern muß, und von der Sozialrente, die die Familienbeihilfe eigentlich darstellt. Dann, wenn Sie mich ärgern, komme ich mit diesen Dingen. Aber ich mache es gar nicht.

Hohes Haus! Ich stelle hier nur fest. Der Familienlastenausgleich ist ausschließlich von der Österreichischen Volkspartei erkämpft worden. Es war nicht Ihr soziales Anliegen. Nur, wie weit sind wir mit diesem Familienlastenausgleich, der unter einem ÖVP-Finanzminister Schmitz die Rechtspersönlichkeit erhalten hat, damit er dem Zugriff des Staates fernsteht, gekommen?

Der Gewerkschaftsbundpräsident Benya hat vor wenigen Tagen gesagt, es handle sich um staatliche Hilfen.

Das ist, meine Damen und Herren, das

Infragestellen des Familienlastenausgleichs, nämlich als Ausgleich, als gesellschaftlichen Ausgleichsvorgang zwischen Staatsbürgern mit Erziehungslasten und Staatsbürgern ohne Erziehungslasten.

Der Staat hat mit dem Familienlastenausgleich nichts zu tun; außer daß er, meine Damen und Herren, in Ihrer Regierungszeit an die 10 Milliarden Schilling aus diesem Familienlastenausgleichsfonds kassiert und nicht an die Familien weitergegeben, sondern um 5,5 Prozent beim Postsparkassenamt angelegt und sich dann das billige Geld wieder ausgeborgt hat.

Sehen Sie, meine Damen und Herren, hier würde ich doch auch sehr dafür plädieren, Frau Staatssekretär Karl, für Grundsatztreue. Sie haben eine Novelle vorbereitet, aus der sich klipp und klar und nachweislich ergibt, daß bei Mehrkinderfamilien die Vereinheitlichung der Familienbeihilfe auf 1 000 S pro Kind zu einer echten Benachteiligung führen wird.

Hier frage ich Sie: Ist die Familie für Sie ein Wert? Wenn ja, dann müssen Sie umso mehr der Familie helfen, die viele Kinder hat. Ist die Familie für Sie kein Wert, dann können Sie so vorgehen, wie Sie es tun.

Ich stehe auf dem Standpunkt: Hier darf es kein gespaltenes Bewußtsein geben. Wenn wir den Menschen helfen wollen, die Kinder erziehen, dann müssen wir den Menschen, die viele Kinder erziehen, am allermeisten helfen. Wenn Sie das nicht tun, dann stellen Sie den Wert Familie in Frage.

Das tun Sie auch damit, meine Damen und Herren, daß die Frau Staatssekretär Karl gerade in dem Moment, wo ich dieses Thema anreißer, den Saal verläßt. Ich glaube, auch das ist eine Demonstration so wie diese leere Regierungsbank. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Sie wollen mit uns über diese Dinge nicht diskutieren. Sie schicken einen Abgeordneten her, der über den Tiroler Landtag redet. Sie geben einen zugegebenermaßen charmanten, aber unkonventionellen Diskussionsbeitrag der Kollegin Offenbeck – und damit ist die Sache für Sie erledigt.

Ich sage Ihnen: für uns ist die Frage der Wertorientierung der Politik keineswegs erledigt, auch nicht mit der heutigen Debatte.

Sehr, sehr hängt damit zusammen der zunehmend sich verstärkende Eindruck, daß diese Regierung am Dialog und auch an der Kontrolle ihrer Wertvorstellungen desinteressiert ist. Die Regierungspolitik der letzten Jahre ist eine Aufeinanderfolge von Mißachtungen nicht nur der parlamentarischen Kontrollinstanzen, sondern auch der Medien.

**Dr. Kohlmaier**

In letzter Zeit sehen wir wieder einige Anlässe – etwa im Bereich des Österreichischen Rundfunks –, wo wir wahrnehmen, daß hier offenbar eine Personalpolitik betrieben wird, die die Kontrollmüdigkeit und die Kontrolllosigkeit fördert.

Auch in einer anderen Frage, die in letzter Zeit diskutiert wurde, sehen wir wieder diese Frage einer fehlenden Wertvorstellung, Hohes Haus.

Die Österreichische Volkspartei mußte sich vor wenigen Tagen vom Bundeskanzler – das ist der Chef der Regierung, die vom Rechnungshof kontrolliert wird – sagen lassen, von wem er gern kontrolliert werden möchte. Das ist der Beginn einer Absurdität, Hohes Haus, daß der, der kontrolliert werden soll, öffentlich verkündet, von wem es ihm am liebsten ist, von wem es ihm am genehmsten ist, daß er kontrolliert wird. Das ist schon einmal absurd an sich.

Aber es wird ja noch absurder, meine Damen und Herren. Es ist ohne weiteres möglich für einen sozialistischen Bundeskanzler, zu sagen: Die ÖVP kriegt dort keinen Politiker hin, aber gleichzeitig gesagt zu haben, man wünscht sich einen Politiker als Rechnungshofpräsidenten. Ich möchte dem Kollegen Broesigke, der von uns allen sehr geschätzt wird, überhaupt nicht absprechen, daß er Politiker ist.

Was ich nicht verstehe, Hohes Haus, ist, daß ein Politiker der einen Partei eine solche Funktion ohne weiteres bekommen kann, aber wenn er von einer anderen Partei kommt, dann ist es ein Politiker, dem man eine solche Funktion nicht geben kann.

Ich bin auch sehr darüber überrascht, daß der Bundeskanzler selbst darüber befindet, welcher Beamte neutral ist, welcher nicht neutral ist, die Zugehörigkeit zu allen möglichen Kreisen oder was immer wird hier in Diskussion gestellt. Hier sehe ich, losgelöst von der Aktualität dieser Frage, schlicht und einfach wieder einmal den Ausdruck einer Grundhaltung, die wir nicht akzeptieren können.

Ist man der Meinung, daß dieses Kontrollorgan des Parlaments von Parlamentariern gelenkt werden soll, Hohes Haus, dann müssen Parlamentarier aller Fraktionen dafür geeignet sein. Wenn man nicht dieser Meinung ist, dann soll man es sagen. Aber diese unterschiedliche Vorgangsweise zeigt ja nur, daß hier nicht ein klares politisches Denken, sondern die Opportunität und die Einstellung oder die Laune – möchte ich fast sagen – des Tages entscheidend ist. Das läßt sich aber die Österreichische Volkspartei ganz bestimmt nicht gefallen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es besteht sicher noch eine Hoffnung oder Aussicht, daß wir diese Debatte nicht führen müssen. Ich kann Ihnen aber eines sagen: Wenn wir sie führen müssen, dann werden wir sie so führen, daß der Herr Bundeskanzler als der, der sich die Kontrollorgane selbst aussucht, sicher nicht gut heraussteigen wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Ich glaube, daß die bisherige Debatte sehr wohl gezeigt hat, daß es darum geht, auch im Parlament Fragen zu diskutieren, die die Orientierung des politischen Handelns betreffen. Wir haben heute in Abwesenheit einer Regierung diskutiert, die offenbar nicht glaubt, mit uns über Grundsätze diskutieren zu müssen. Ich weiß nicht, wie man es deuten soll. Ein gutes Zeichen ist es keineswegs. Aber die Regierung kann beruhigt sein: Wir werden ihr sicher noch oft Gelegenheit geben, über Grundsätze zu diskutieren. Die Probleme dieses Landes können ohne solche Grundsätze nicht gelöst werden. Das ist unsere Überzeugung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident **Thalhammer**: Der vorgelegte Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Dr. Jörg Haider ist genügend unterstützt und steht damit in Verhandlung.

Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Gmoser. Er hat das Wort.

Abgeordneter **DDr. Gmoser (SPÖ)**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Kollege Kohlmaier hat mich vorhin soeben zur nicht existierenden Person erklärt. Er meinte, meine Fraktion hat die charmante Kollegin Offenbeck und den Kollegen Dr. Reinhart entsandt; mich hat er damit unter die nicht mehr Existierenden eingereiht. Ich kann ihm diese Freude allerdings nicht machen *(Heiterkeit bei der SPÖ)*, ich muß trotzdem einiges zu seinen Ausführungen sagen.

Im Gegenteil: Seit genau 10 Uhr, also vier Stunden und zehn Minuten, bin ich nun den Ausführungen in dieser Grundsatzdebatte ununterbrochen – mit einer Zigarettenrauchpause, bitte diese Unterbrechung zu entschuldigen – gefolgt, a) aus persönlichem Interesse, b) um Kollegen Steinbauer, der ja sonst immer ein sehr wachsamer Wach- und Schließgesellschaftler ist, eine Freude zu bereiten, daß er nicht meine Abwesenheit beklagen muß.

Und wenn ich nun die Erfahrungen aus diesen vier Stunden Debatte zusammenfassen sollte, dann könnte ich mich zunächst an Griechischkenntnisse erinnern: Viel Gewaltiges – könnte man sagen – gibt es auf Erden, doch das Gewaltigste ist offensichtlich nach eigener Vorstellung die ÖVP in dieser Diskussion zu einer Gegen-Regierungserklärung! Kohlmaier als der Maßstab aller Dinge ist hier also nur eine

**DDr. Gmoser**

Ausdrucksform (*neuerliche Heiterkeit bei der SPÖ*), und ich weiß nicht, ob das, meine Damen und Herren, ein guter Ansatzpunkt für die gewünschte Grundsatzdiskussion ist.

Lassen Sie mich gleich diesen grundsätzlichen Überlegungen zwei Überlegungen mit anschließen.

Das eine: Es ist hier schon gesprochen worden über das Selbstverständnis der Opposition, über das Verständnis ihrer eigenen Rolle.

Ist es also wirklich so, daß die Opposition die Berufene ist, nun etwa in einem Entschließungsantrag festzustellen: Aha, wir würden die Regierungserklärung so und so schreiben und nicht so, wie es die Regierung und ihre Mehrheitsfraktion tatsächlich artikuliert hat!

Ist es wirklich so, daß man also das als Ausgangspunkt nehmen muß, daß ich etwa dieser Erklärung entnehme: Aha, der Opposition sind die Grundwerte der Sozialdemokratie nicht entsprechend genügend artikuliert, formuliert!

Ist es wirklich so, daß wir da sozusagen der Opposition die Einladung übermitteln und sagen sollen: Meine Damen und Herren! Sie haben zwar die Wahlen verloren, aber natürlich sind Sie berufen, die Regierungserklärung zu formulieren! Denn wozu brauchen wir denn eine Mehrheitsfraktion? (*Zustimmung bei der SPÖ.*)

So, glaube ich, kann man einfach das Resultat eines 6. Mai 1979 nicht umfunktionieren! Nehmen Sie das zur Kenntnis! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Wir sind bereit, selbstverständlich, über alles und in erster Linie auch, wenn Sie es wünschen, über Grundsätze zu diskutieren.

Und Sozialdemokratie hat nicht das etwa als eine Worterklärung abzugeben, sondern sie hat das in all den Jahren, auch als sie von 1966 bis 1970 selber in Opposition war und Sie die Alleinregierung stellten, unter Beweis gestellt. Wir haben das Gespräch mit jedermann gesucht.

Das Wahlergebnis 1970 hat uns ja nur bestätigt, wie sehr unsere Gesprächsbereitschaft von der Mehrheit der Österreicher honoriert wurde.

Aber es ist dann gesagt worden: Ja warum gibt es diese Zeitverschiebung! Ich glaube, Sie waren es, Herr Präsident Graf, der gesagt hat, er möchte dem Herrn Dr. Fischer und seinen Mitarbeitern nicht ein unkorrektes Handhaben unterstellen - ich sagte ja, das haben Sie ausdrücklich betont -, aber man kennt ja die Möglichkeiten - so klingt es an -, wie man solche terminlichen Schwierigkeiten schaffen kann.

Ich möchte Sie, Herr Präsident Graf, nur auf etwas hinweisen, was Sie in Ihrer eleganten

Formulierung nicht ganz gewürdigt haben, auf den Termin des Antrages 15/A. Auf meinem Elaborat ist da der Stempel 20. Juni 1979. Und wenn ich mich nicht täusche, war das ja noch ein Zeitpunkt, da an der Spitze der ÖVP ein anderer Parteiohmann stand.

Es kam dann einiges an sommerlicher und herbstlicher Unruhe und es kam dann eben zu einer Reform - ich weiß nicht, bis zur wie vielen. Aber kann es nicht auch sein, daß das sozusagen in der großen Oppositionspartei selber diese Schwierigkeiten im Termingeschehen begründen mag?

. Aber ich gebe Ihnen etwas zu, Sie haben einen gewaltigen Fortschritt erreicht: Sie haben zunächst auf den Schrecken der März-Wahl 1970 zehn Jahre, also ein bißchen lang, gebraucht bis zum 1. März 1980, sich sozusagen in neuer, gewandelter Gestalt der Öffentlichkeit zu präsentieren. So gesehen ist es etwas Gewaltiges, wenn ich sagen kann: Jetzt dauert es nur mehr von Juni 1979 bis eben zum heutigen Tag, einige Monate, daß Sie nun diese Grundsatzdebatte neuerlich zur Diskussion stellen.

Ich darf Ihnen versichern: Sozialdemokraten haben Grundsatzdebatten von Anfang an begrüßt. Ich kann mich erinnern, als es noch den Vorgänger des heutigen Bundesparteiohmanns Dr. Mock gab - es war ein gewisser Dr. Taus, den ich in Graz gehört habe, den Vorgänger... (*Abg. Dr. Taus: Ein gutes Gedächtnis, wie ich sehe!*) Jawohl, ich habe es trainiert, man vergißt unverlierbare Eindrücke nicht! (*Heiterkeit und Beifall bei der SPÖ.*) Denn ein solcher Eindruck war, daß Dr. Taus in Graz meinte - und es hat mir wirklich gefallen -, er werde sich als neuer Parteiohmann der ÖVP bemühen, eine Ideologiedebatte in der ÖVP, eine Grundsatzdebatte zu initiieren.

Allerdings - das ist sicherlich nicht die Schuld des Dr. Taus - ist es damals mit diesem Versuch ziemlich bald zu Ende gewesen, die Grundsatzbereitschaft zur Diskussion war in Ihrer eigenen Partei nicht so groß.

Wir hatten vorher, als wir Oppositionspartei waren, die Diskussion 1967, 1968 um die Reformprogramme der Wirtschaft, der Sozialpolitik, der Kulturpolitik. Oder wenn ich daran denke: Ich komme aus einer Schule, an der viele Jahre als Lehrer und Leiter Benedikt Kautsky wirkte. Kautsky war derjenige, der mit unzähligen Mitarbeitern in der großen Programmdiskussion 1956, 1957, 1958 begonnen hat, die neuen geistigen Konturen der Sozialdemokratie in dieser Zweiten Republik Österreich in einer programmatischen Form festzuhalten. Und ich glaube, daß wir daher auf diese Diskussion und auf diese Intensität einer Grundsatzdebatte stolz sein können.

**DDr. Gmoser**

Das, wie gesagt, nur zur Frage Termin: Ist es unsere Schuld, daß a) dieser Verzögerungseffekt in der ÖVP auftritt, und b) Bereitschaft zum Gespräch überhaupt.

Es ist, glaube ich, gar keine Frage, daß man hier ein vorbehaltloses Ja zu dieser grundsätzlichen Auseinandersetzung sagen muß, sagen wird, gerade von einer sozialdemokratischen Partei her. *(Unruhe bei der ÖVP. - Präsident Thalhammer gibt das Glockenzeichen.)*

Aber es ist dann ein Punkt heute noch zuwenig, glaube ich, behandelt worden. In dem Entschließungsantrag der ÖVP wird immer wieder auch die Frage nach den Gemeinsamkeiten gestellt. Lassen Sie mich auch dazu etwas sagen.

Es gab einen bedeutenden Juristen in der SPD, das war Adolf Arndt. Adolf Arndt hat damals ... *(Anhaltende Unruhe bei der ÖVP. - Präsident Thalhammer gibt erneut das Glockenzeichen.)* Schauen Sie, meine Herren von der ÖVP, Sie sollten nicht soviel murmeln, wenn Sie eine Grundsatzdebatte wollen ...

**Präsident Thalhammer:** Meine Damen und Herren, ich würde doch bitten, etwas Ruhe zu bewahren, damit wir die Verhandlungen weiterführen können!

Abgeordneter **DDr. Gmoser** *(fortsetzend)*: Es ist sicherlich bezeichnend, daß die Oppositionspartei sich nicht anders helfen kann in einer Grundsatzdebatte als mit Geräuschkulisse. *(Zustimmung bei der SPÖ.)* Das, was ich hier zitieren wollte, ist nämlich etwas sehr Entscheidendes und trifft mit den Vorstellungen überein, die die ÖVP in ihrem Entschließungsantrag aussagt.

Sie stellt also den Punkt Gemeinsamkeit in den Vordergrund und schreibt, man sollte nicht unbedingt und um jeden Preis nur das Trennende in den Vordergrund der politischen Auseinandersetzung stellen.

Adolf Arndt meinte in dem Zusammenhang in einer Grundsatzdebatte: Die Einigkeit über das Unabstimmbare ist die Voraussetzung, daß Abstimmungen überhaupt erst möglich sind.

Das heißt, ich bejahe den Konsens über Grundwerte. Und wenn Sie etwa in das Politische umgesetzt fragen, was sollten etwa Dinge sein, die tatsächlich als Gemeinsamkeit aller hier im Parlament vertretenen Parteien zitiert werden können, so ist das, glaube ich, schon gestern abends angeklungen. Ich zähle dazu etwa das Bekenntnis zur Demokratie, das Bekenntnis zur republikanischen Staatsform, das Bekenntnis zu den Grund- und Freiheitsrechten, das Bekenntnis zur Selbständigkeit

Österreichs. Hier, glaube ich, daß tatsächlich das die Basis für das Funktionieren der Demokratie in dieser Zweiten Republik ist.

Aber wo wir uns leidenschaftlich dagegenstellen werden, ist, wenn dann sofort wieder der Versuch gemacht wird, Gemeinsamkeit auch nun festzulegen etwa bei Erbpachthöfen in der Postenvergabe. So sehr ich das bejahe, was der steirische Diözesanbischof Johann Weber einmal die unsichtbare Koalition genannt hat - er meinte damit nicht ein Regierungsbündnis oder ein Parteienübereinkommen, sondern er meinte einfach das Verhältnis der Menschen, die sich zu diesen unabdingbaren Werten bekennen, als ein Ja zu unserer Lebens- und Gesellschaftsform -, so sehr wir das begrüßen, so sehr sollte man doch gleichzeitig dazu sagen, eine unsichtbare Koalition ist dann sinnlos, eine Einigkeit, ein Konsens über Grundwerte sind dann fruchtlos, wenn das - und da stimme ich der Wortmeldung des freiheitlichen Abgeordneten Frischenschlager voll zu - nicht einen Niederschlag im Konkreten des politischen Lebens findet. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Grundwerte sind notwendig, Leitbilder sind notwendig, ein Weltbild ist notwendig, aber es kann nicht bei einem bloßen Sonntag-Blabla bleiben. Es hat eine konkrete Ausformung in der politischen Praxis zu haben. Und da, glaube ich, ist jetzt der Punkt, wo die ÖVP in ihrer so bescheiden umschriebenen Gegen-Regierungserklärung den Wahrheitsbeweis einfach schuldig bleibt, daß sie die Regierungsfähigkeit wirklich hat. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Ich komme also zu konkreten Punkten: Kollege Kohlmaier hat zunächst um eine Stellungnahme zum Entschließungsantrag der Unterschriftenaktion in Betrieben ersucht. Ich kann dazu sagen, wir als Sozialdemokraten und als sozialistische Gewerkschafter haben gerade in den Betrieben den Beweis angetreten, daß wir die Garanten der Freiheit der Meinungsäußerung auch jedes einzelnen Arbeitnehmers etwa in einer Atomenergiefrage sind. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich glaube, es ist eine maßlose Unterstellung, wenn man hier so tut - und das geht doch aus diesem Text hervor -, als ob sozialistische Betriebsräte in den Betrieben so etwas wie Meinungsterroristen sind, die nun den einzelnen prügeln wollen, daß er sich nicht doch für eine Pro-Kernenergie-Volksbegehrensaktion einsetzen will. Die Unterschrift bedarf ja schließlich auch der Beglaubigung der Kommunalbehörde, der magistratischen Bezirksämter.

Sie sehen hier die Zwiespältigkeit einer Oppositionspartei. Es gibt keine Stadt, die so viel Erfahrung hat auf dem Sektor der Volksbe-

2666

Nationalrat XV. GP - 27. Sitzung - 6. März 1980

**DDr. Gmoser**

gehren, Bürgerinitiativen und so weiter wie Graz. Graz hat bisher ungefähr 153 solche Bürgerinitiativen verzeichnet. Ich kann mich erinnern: Was war der große Anklagepunkt der ÖVP gegen den damaligen Bürgermeister Scherbaum? Es ging um die Pyhrn Autobahn, und es ging darum, daß Scherbaum gemeint hat, selbstverständlich, alle Unterschriften müssen vor den zuständigen Magistratsämtern beglaubigt werden. Es war ein großes Geschrei, wie man damit Volksinitiativen, -begehren, -abstimmungen und so weiter zu einer bürokratischen Farce werden läßt.

Wenn hier in einzelnen Betrieben, die ich nicht kenne, der Versuch gemacht wird, etwa die Unterschriftenbeglaubigung insofern nur zu erleichtern, daß der einzelne Staatsbürger, der für die Kernenergie ist, nicht sozusagen einen Arbeitstag hernehmen muß, um bei den zuständigen Behörden vorstellig zu werden, dann halte ich das für genauso legitim in der Garantierung seines Freiheitsraumes wie bei jenem, der seine Unterschrift in einem solchen Fall nie geben würde, weil er aus seiner Überzeugung gegen die Atomenergie stimmen will. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Aber Sie sehen noch etwas: Sie sehen dann die Flucht auf einmal wieder zur Behörde. Gefordert wird in diesem Entschließungsantrag, der Bundesminister für soziale Verwaltung soll sozusagen als der Deus ex machina eingeschaltet werden. Da frage ich mich, bitte schön, wo bleibt Ihr Respekt vor der Autonomie des Betriebsrates genauso wie des Dienstgebers? Warum wenden wir uns nicht unmittelbar an den? Jede Garantie für jegliche Freiheit, wobei Sie mit Recht verlangen, daß hier keinerlei Pression ausgeübt werden darf, wie der einzelne unterschreibt.

Aber hüten wir uns, hier neue politische Schlagzeilen nur aufzubauen, daß hier ein neuer Meinungsterror von Betriebsratsseite her gefordert wird, wenn etwa in einem Betrieb der Dienstgeber unter Einschaltung des Betriebsrates diese Unterschriftenbeglaubigung ermöglicht. Wir lehnen daher aus diesem Grund diesen Entschließungsantrag ab! *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Aber, meine Damen und Herren, in einer Grundsatzdebatte, die vom Konkreten überprüft werden soll, sollte doch nicht an ein paar entscheidenden Punkten vorbeigegangen werden, die von den Abgeordneten der großen Opposition zur Diskussion gestellt wurden.

Ein Punkt zum Beispiel: soziale Marktwirtschaft und das Bekenntnis, daß die soziale Marktwirtschaft sozusagen der Garant all dieses wirtschaftlichen Fortschrittes ist. Vielleicht darf

ich doch darauf hinweisen, daß die Textverfasser selber dieser Marktwirtschaft offensichtlich sehr wenig glauben, denn auf Seite 16 lese ich: „Der Nationalrat wolle beschließen: Die Bundesregierung wird aufgefordert, in ihrer Wirtschaftspolitik die Grundsätze der sozialen Marktwirtschaft zu beachten, um in Gegenwart und Zukunft die Vollbeschäftigung zu sichern, Wirtschaftswachstum zu ermöglichen, Stabilität des Marktes zu garantieren“ und so weiter.

Wenn Sie so sehr an das Funktionieren dieser Marktwirtschaft glauben, warum fordern Sie dann ununterbrochen, die Regierung soll diese Aufgabe erfüllen? *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Entweder haben Sie hier ein gespaltenes Verhältnis oder nicht. Aber ich gebe Ihnen ja recht. Wenn man ein bißchen liest, dann sollte man eine Schrift kennen, die stammt von Prof. Schmalenbach in Köln. Er hat bereits vor zehn Jahren ein Buch veröffentlicht; es heißt „Der sozialen Marktwirtschaft zum Gedächtnis“. Er hat darin nachgewiesen – er ist Betriebswirtschaftler –, warum dieses System so viele Fehler hat, daß sie die Ziele, die Sie als entscheidende Ziele der Wirtschaftspolitik anführen, nicht garantieren kann. Aber wenn jemand sagt, das war vor zehn Jahren, so habe ich hier von der Parlamentsbibliothek zwei Broschüren mitgenommen, die eine stammt von Prof. Heilbroner, USA: „Der Niedergang des Kapitalismus“. Die andere ist von Prof. Alvin Toffler aus den USA: „Die Grenzen der Krise. Der globale Wirtschaftsinfarkt“.

Wissen Sie, daß von allen führenden Ökonomen der westlichen Industriegesellschaft heute dort eindeutig klargelegt wird, daß man sich eben nicht mehr verlassen kann auf dieses sogenannte Funktionieren eines marktwirtschaftlichen Systems, das sozusagen möglichst wenig staatliche Eingriffe benötigt und optimal sich auf Grund des Spiels von Angebot und Nachfrage zu gestalten in der Lage ist.

Es ist nichts Neues, daß dieses System in der Struktur unüberwindbare Fehler hat. Das hat sich bereits verheerend in Österreich gezeigt nach der Weltwirtschaftskrise der dreißiger Jahre. Es ist eben Anfang der siebziger Jahre insbesondere mit der schwersten Krise der Nachkriegszeit, die 1974/75 über die westliche Industriegesellschaft kam, neuerlich der Beweis erbracht worden, wie sehr dieses System doch eine Schimäre ist, daß hier die Ziele, die Sie anstreben, die Sie als notwendig betrachten, ganz sicherlich nicht erreicht werden können. *(Zustimmung bei der SPÖ.)*

Das zweite, was Sie machen, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, wieweit die ÖVP ihren eigenen Grundsätzen glaubt, wenn ich auf

**DDr. Gmoser**

dieser Enunziation ruhend immer wieder den Begriff finde „Lebensqualität“. Lebensqualität wird hier in mindestens 7 Seiten kapitelweise dargestellt: beim Wohnbau, beim Umweltschutz, bei der Gesundheitspolitik, bei der Bildung.

Ich bin vorbehaltlos für eine Lebensqualität, gar keine Frage, nur sollte doch eine konservative Partei wie die Österreichische Volkspartei dann wenigstens beschämt eingestehen, daß ihre ideologische Grundsatzanleihe bei der Neuen Linken in der Bundesrepublik Deutschland liegt. Der erste, der diesen Begriff in die politische Diskussion gebracht hat, ist vielleicht auch einem der Herren der ÖVP dem Namen nach bekannt, er heißt Willy Brandt. Es war der Beginn der sechziger Jahre, als seine Wahlausage war, was er verwirklichen möchte: Ein Stück blauer Himmel über der Ruhr.

Der zweite, der mit diesem Begriff in der Bundesrepublik untrennbar verbunden ist, ist Erhard Eppler. Sein letztes Buch „Ende oder Wende“ ist sicherlich auch für ÖVP-Mitglieder äußerst lesenswert, wenn sie wirklich einmal Vorstellungen für ein Regierungsprogramm suchen.

Es war das Verdienst der IG Metall, der Deutschen Metallgewerkschaft, die schon 1972 in einer großen Tagung in Oberursel den Begriff „Lebensqualität“ zum Zentrum eines internationalen Symposiums gemacht hat. Das Ergebnis der Beratung ist in zehn Bänden als Taschenbuch erschienen, daher von jedermann überprüfbar, wieweit das Tatsache ist.

Aber es sind auch andere Dinge angeschnitten worden, meine Damen und Herren. Lebensqualität, da sind wir einig. Sie wollen also Grundwerte der Sozialdemokratie übernehmen, wir haben gar nichts dagegen, Sie müssen nur erst den finden, der Ihnen das abnimmt, der wirklich glaubt, daß der Schöpfer oder das Geschöpf das entscheidendere ist. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Sie haben aber auch noch viele andere Dinge drinnen, denen wir zustimmen. Sie fordern zum Beispiel die Informationsfreiheit, den Schutz des Bürgers vor Mißbrauch der Medien, den Schutz des in den Medien Tätigen. Ich habe schon einige Monate die Freude und Ehre, gemeinsam mit Ihren Herren unter anderem an dem Mediengesetzentwurf mitzuarbeiten, und ich frage mich, wenn Sie so sehr unsere Grundsätze bejahen, daß der Schutz des Individuums vor Mißbrauch der Presse und der Schutz des journalistisch Tätigen vor Mißbrauch etwa der Machthabenden etwas gesetzlich zu Verankern des ist, warum kommen wir dann bei diesem Gesetzentwurf nur so langsam und schrittweise

weiter. Da müßte ja eine Einigung in absehbarer Zeit sehr leicht verwirklichbar sein.

Es wurde hier vom Kollegen Kohlmaier die Frage angeschnitten: Wahlrecht und Persönlichkeit. Ja, unter uns, nehme ich an, sitzt Kollege Dr. Schüssel; ich hatte die Ehre, gemeinsam mit Herrn Dr. Steger an einer Diskussion auf Einladung der Parlamentsjournalisten über Wahlrechtsreform-Möglichkeiten teilzunehmen. Es gab gar keinen Widerspruch. Erstens, daß unabdingbar von allen drei Parteien bejaht wurde etwa der Grundzug des gleichen geheimen, persönlichen und direkten Wahlrechtes. Zweitens, der Grundcharakter der Verhältniswahl.

Es gab auch drittens nicht sehr weit auseinanderliegende Welten bei der Frage: Wie kann man den Persönlichkeitsfaktor stärker in unser heutiges Wahlrecht einbauen?

Gar keine Frage, daß es hier Möglichkeiten gibt. Ich habe also den Vorschlag vor den Journalisten vorgetragen, den eine kleine Arbeitsgruppe unseres Parlamentsklubs erarbeitet hat. Die Kollegen Schüssel und Steger haben insbesondere mehr auf das bundesdeutsche und auf das italienische Wahlsystem hingewiesen. Es war aber, wie gesagt, hier nicht so, daß eine Einigung hier nicht möglich wäre. Ähnliche Dinge: Sie fordern, den freien Rechtszugang auszubauen, Sie fordern mehr Bildung, sie fordern sogar – man hält es nicht für möglich, aber das ist so – mehr Mitbestimmung, mehr Mündigkeit.

Ich denke da auch, weil hier schon von Machthabern in den Ländern die Rede war, an ein ÖVP-Mitglied der steirischen Landesregierung, was der aufgeführt hat im Zusammenhang mit der Arbeitsverfassung 1974. Wer übrigens den Wunsch hat, daß der Name genannt wird: Pelzmann heißt der gute Onkel, er lebt noch. Er ist sogar aktiv. Er ist ein Bannerträger der Demokratie.

Pelzmann hat zum Beispiel in der Steiermark Handelskammerwahlen 1980 einfach ad acta gelegt. Denn wenn wir nur eine Liste haben, braucht man nicht mehr zu wählen. Ist das nicht optimal? Das ist doch an sich durchaus etwas „Demokratisches“. Man hat also die Sitze im Konsensverfahren vergeben, aber – wie gesagt – das gibt es sicherlich nur in der Steiermark.

Es ist dann vielleicht noch einiges zu sagen zu diesen Formen der wirtschafts- und sozialpolitischen Veränderungen. Es ist sicherlich etwas zu sagen zu dem: Wie kann das in einer freiheitlichen Demokratie menschengerecht mit den langfristigen Gesichtspunkten der Planung, der langfristigen Konzepte verbunden werden?

**DDr. Gmoser**

Aber man muß dann auch den Mut haben zu sagen: Jawohl, wir in der ÖVP waren jene, die die längste Zeit einfach gemeint haben, die Gleichung, die so publikumswirksam ist, heißt: Planung ist gleich Bolschewismus. Gar keine Frage. Niemand in der österreichischen SPÖ würde nur etwa ein System, ein Modell einer zentralen Verwaltungswirtschaft östlichen Mustern vertreten. Was wir aber brauchen, ist das Miteinander von Globalsteuerung und unternehmerischer Privatinitiative.

Das, glaube ich, wären Ansatzpunkte, wie man ernsthaft vom Grundsächlichen her im Bereich der Wirtschaft, im Bereich der Gesellschaft, der Bildungspolitik, wo immer Sie wollen, fragen kann, fragen soll, fragen muß: Wie finde ich eine konkrete Ausdrucksform meiner Grundwerteüberzeugung?

Wenn Sie aber über die Verschwommenheit etwa sozialdemokratischer Grundwerte wirklich so sehr klagen, dann kann ich Sie ja nur einladen: Lesen Sie doch wenigstens die paar Zeilen aus dem Grundsatzprogramm der SPÖ 1978 in dieser Definition der Grundwerte: Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität! Sehen Sie, das braucht man, diesen Zusammenhang von konkreter politischer Aktion und Leitmodell, Leitbild, politischer Moral, wenn man glaubhaft ein Grundsatzprogramm für kommende Regierungsarbeit erarbeiten will.

Ich glaube, das sollte auch einmal einer Opposition dabei bewußt sein. Die Glaubhaftigkeit läßt sich dabei nicht aus dem Papier ableiten, denn Papier ist geduldig. Grundsätze, die besten und am schönsten klingenden kann man noch und noch auf Papier niederlegen. Glaubhaftigkeit erweist sich dann in der Praxis, in der Tat. (*Beifall bei der SPÖ.*) Und so, glaube ich, können wir diese Grundsatzdebatte, meine Damen und Herren, schließen.

Die Österreicher hören nun nach dem Klang des Salzburger Parteitags der ÖVP die neue Botschaft: Die Botschaft hören wir wohl, allein es fehlt die Glaubwürdigkeit! Es ist nicht damit getan, daß ich den rauschenden Beifall von ein paar Hundert Beteiligten akzeptiere, sie sollten wenigstens ihre eigenen Denker - so viele sind es ja nicht - ein bißchen studieren, einer davon heißt Bernd Schilcher. Lesen Sie einmal seine Ausführungen in der jüngsten „Wochenpresse“, in der er einfach warnt: Sie sollten Regierungserklärungen nicht abgeben, denn das ist ja Illusion, sondern Sie sollten den langen Weg, der Sie zur Glaubhaftigkeit zurückführen soll, antreten. Dann werden Sie solche Diskussionen vielleicht mit mehr Erfolg als heute führen. - Dankeschön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Thalhammer:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen.

Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort.

Wir kommen daher zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, seinen Bericht 247 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Bericht über Unterschriftenaktionen in großen Betrieben unter Einschaltung der Betriebsräte.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

**2. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (249 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die Exekutionsordnung geändert werden (UWG-Novelle 1980) (261 der Beilagen)**

**3. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über den Antrag 38/A (II-687 der Beilagen) der Abgeordneten Staudinger, Mühlbacher, Dipl.-Vw. Dr. Stix und Genossen betreffend Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen geändert wird (262 der Beilagen)**

**Präsident Thalhammer:** Wir gelangen nunmehr zu den Punkten 2 und 3 der Tagesordnung, über welche die Debatte unter einem durchgeführt wird. Es sind dies:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die Exekutionsordnung geändert werden, und

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen geändert wird.

Berichterstatter zu Punkt 2 ist der Herr Abgeordnete Lehr. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

**Berichterstatter Lehr:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe

**Lehr**

den Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (249 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die Exekutionsordnung geändert werden (UWG-Novelle 1980).

Der Handelsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 27. Feber 1980 in Verhandlung genommen. An der Debatte beteiligten sich außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Stix, Dr. Erich Schmidt und Dkfm. DDr. König sowie der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dipl.-Vw. Dr. Staribacher.

Im Zuge der Verhandlungen brachte der Abgeordnete Dipl.-Vw. Dr. Stix drei Abänderungsanträge ein.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf einstimmig angenommen.

Die drei Abänderungsanträge des Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Stix fanden nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Der Handelsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (249 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident Thalhammer:** Berichterstatter zum Punkt 3 ist die Frau Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder. Ich bitte sie um ihren Bericht.

**Berichterstatterin Ingrid Tichy-Schreder:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich berichte über den Antrag der Abgeordneten Staudinger, Mühlbacher, Dipl.-Vw. Dr. Stix und Genossen betreffend Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen geändert wird (38/A).

Der vorliegende Gesetzentwurf betrifft ein wettbewerbspolitisches Problem, für welches schon seit Jahren eine Lösung gesucht wurde. Eine gesetzliche Einschränkung von Verkäufen unter den Einstandspreisen ist sowohl unter dem Gesichtspunkt des Schutzes vor unlauterem Wettbewerb (Lockvogelwerbung, irreführende Niedrigpreiswerbung) als auch der Sicherung eines leistungsgerechten Wettbewerbs (Schutz der kleineren leistungsfähigen, aber nicht marktstarken Händler) und des Konsumentenschutzes (Erhaltung eines ausreichenden Distributionsnetzes, der Markttransparenz und des Schutzes vor verschleiernenden Preismanipulationen) dringend notwendig.

Der Handelsausschuß hat diesen Initiativan-

trag in seiner Sitzung am 27. Feber 1980 in Verhandlung gezogen.

Als Berichterstatter im Ausschuß fungierte Abgeordneter Dkfm. DDr. König.

In der Debatte ergriffen außer dem Berichterstatter die Abgeordneten Dipl.-Vw. Dr. Stix und Dr. Erich Schmidt sowie der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dipl.-Vw. Dr. Staribacher das Wort.

Im Zuge der Verhandlungen brachten die Abgeordneten Dkfm. DDr. König, Dr. Erich Schmidt und Dipl.-Vw. Dr. Stix zu Art. I Z. 1 (§ 3 a Abs. 1) und zu Art. I Z. 2 (§ 6) einen gemeinsamen Abänderungsantrag ein. Dieser Abänderungsantrag sieht insbesondere die Streichung der Wortfolge „und, wenn er damit die wirtschaftliche Existenz von Wettbewerbern zu gefährden oder zu vernichten beabsichtigt, auf Schadenersatz“ vor.

Bei der Abstimmung wurde der im Antrag 38/A enthaltene Gesetzentwurf unter Berücksichtigung des gemeinsamen Abänderungsantrages in der begedruckten Fassung mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Der Handelsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls dazu Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte zu eröffnen.

**Präsident Thalhammer:** Ich danke den Berichterstattern für ihre Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Staudinger. Ich erteile es ihm.

Abgeordneter **Staudinger** (ÖVP): Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zum Wettbewerb. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur effektiven Gestaltung des wettbewerblichen Regelrahmens, soweit er geeignet ist, die Funktionen des Wettbewerbs als Motor und Regulator in einer freien Marktwirtschaft zu gewährleisten und ein System abzusichern, in dem grundsätzlich der wirklich besseren Leistung der Durchbruch auf dem Markt offenstehen muß. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist die Begründung dafür, daß wir der vorliegenden Novelle zum Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb unsere Zustimmung geben.

Diese Novelle sieht eine Ausweitung des Klagerechtes vor, eine Neuregelung der Urteilsveröffentlichung und eine Ausweitung des

**Staudinger**

Verordnungsrechtes für den Handelsminister auf dem Gebiet der Warenkennzeichnung.

Es werden gegen diese Elemente der Novelle, die wir heute beraten, in der Diskussion, wie ich gewiß nicht zu Unrecht vermute, noch Bedenken vorgebracht werden, die wir keineswegs als ungerechtfertigt, als unsinnig bezeichnen, über die man mit einem Achselzucken hinweggehen könnte.

Wenn wir dennoch dieser Novelle zum Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb zustimmen, dann deswegen, weil sich die Österreichische Volkspartei zum Funktionswandel bekennt, den dieses Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb in den Jahrzehnten seines Bestehens durchgemacht hat. 1923 war das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ein reines Konkurrenzschutzgesetz. Heute ist es die allgemein vorherrschende und gefestigte Auffassung, daß in gleicher Weise dem Konkurrenzschutz auch der Schutz der Allgemeinheit vor unlauteren Praktiken gegenübersteht, der Konsumentenschutz also.

Diese beiden Ziele: Konkurrenzschutz vor unsauberem, unlauterem Wettbewerb und Konsumentenschutz vor unlauteren Wettbewerbspraktiken stehen nun einander gleichwertig und gleichgewichtig gegenüber, und wir von der Österreichischen Volkspartei vertreten die Auffassung: An dieser Gleichwertigkeit und Gleichgewichtigkeit soll und darf sich in Zukunft nichts mehr ändern! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Ausweitung des Klagerechtes könnte insbesondere dann bedenkliche Folgen haben, wenn wir Bezug nehmen auf den neuen Begriff der „Mogelpackung“, der in diesem Gesetz nun enthalten sein wird. Lediglich die Überschrift macht eindeutig klar, daß hier der Konsument vor bewußter Irreführung geschützt werden soll. Wir vertrauen aber darauf, daß von diesem Klagerecht in einer verantwortungsbewußten Weise Gebrauch gemacht werden wird, so wie wir auch darauf vertrauen, daß vom Ordnungsrecht und von den vermehrten Möglichkeiten, die der Herr Handelsminister haben wird, in verantwortungsvoller Weise Gebrauch gemacht werden wird, weil auch dem Konsumenten mit einer zunehmenden Fülle von immer undurchsichtiger werdenden Kennzeichnungsbestimmungen letztendlich nicht gedient ist.

Vor dem Hintergrund dieses Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb, das seit 1923 besteht, vor diesem Hintergrund, Hohes Haus, hat sich in den letzten Jahrzehnten ein dramatischer Wettbewerb, eine dramatische Konkurrenz abgespielt, die keineswegs immer mit sauberen Mitteln vor sich gegangen ist, bei der man keineswegs immer von einem geordne-

ten Wettbewerb reden konnte, ohne daß das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb dagegen eine ausreichende Hürde hätte sein können. Der § 1 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb schreibt ja vor, daß der Nachweis des Vernichtungswillens des Konkurrenten erbracht werden muß, wenn dieses Gesetz wirksam werden soll.

So hat es in den letzten Jahrzehnten einen dramatischen Rückgang der Zahl selbständiger Existenzen allüberall in der mittelständischen Wirtschaft gegeben, und insbesondere ist der Rückgang selbständiger Existenzen im freien mittelständischen Handel zu verzeichnen gewesen. Die Revolution im Handel hat insbesondere den Lebensmitteleinzelhandel betroffen, der 1966 noch 27 800 Läden hatte, 1978, also etwa 13 Jahre später, nur mehr 13 850 Läden. Das heißt, daß die Zahl der selbständigen Kaufleute in der Lebensmittelbranche um rund 50 Prozent zurückgegangen ist oder, um es noch drastischer zu sagen, daß jeder zweite Lebensmittelkaufmann zusperrern mußte.

Die Gruppierungen im Handel, die Entwicklung der Ketten, die Filialisierung, das Entstehen der Diskonter, die Sortimentsexplosion, die Explosion der Verkaufsflächen, die Industrialisierung des Handels, sichtbar werdend im Entstehen der Supermärkte, der Verbrauchermärkte, das alles hat der mittelständische Handel nur zum Teil verkraften können, und zum Teil hätte Abhilfe geschaffen werden können mit einem ausreichenden gesetzlichen Instrumentarium.

Von den vielen Ursachen, die für den Rückgang der mittelständischen Existenzen im Handel verantwortlich sind, will ich nur aufzählen die Tatsache einer endlosen Arbeitszeit, einer Arbeitszeit von 70, 80, 90 und noch mehr Wochenstunden für die ganze Familie, die unzureichende Ertragslage, insbesondere für die kleineren Läden auf dem Land. Ich bringe gar keine abstrakten Zahlen, sondern ich weise darauf hin – ein konkretes Beispiel –, daß ein ländliches Einzelhandelsgeschäft mit einem Einzelhandelsumsatz vom 2,3 Millionen Schilling, der von einer Person allein nicht mehr bewältigt werden kann, einen Reingewinnvorsteuerabzug in der Höhe von 46 000 S auszuweisen hatte: für zwei Arbeitskräfte also 46 000 S, ohne daß dabei eine vorzeitige Abschreibung wirksam geworden wäre.

Ein anderes Beispiel, das ein Licht auf die Praxis bei den sogenannten sozial kalkulierten Artikeln wirft: für einen Einzelhandelsumsatz von 60 000 S bei Zucker eine Bruttospanne von 3 500 S, bei einem Jahresumsatz von 63 000 S bei Brot eine Bruttospanne von 4 800 S.

**Staudinger**

Ich habe kürzlich erst Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß sich nach einem Bericht des Instituts für Handelsforschung der Bruttoreingewinn, das heißt, der Reingewinnvorsteuerabzug des Lebensmitteleinzelhandels, auf 3,9 Prozent beläuft. Wenn man aber Unternehmerlohn und Verzinsung des Eigenkapitals noch berücksichtigt, kommt ein Defizit von 1,5 Prozent heraus.

Der mittelständische Einzelhandel hat auch keine Anerkennung für seine unbezahlte Leistung im Dienste der Gemeinschaft gefunden, sondern er ist im Gegenteil häufig gesellschaftlich diskriminiert worden als Preistreiber. Abgeordneter Kollege Graf hat bei der vorausgegangenen Debatte ein treffendes Beispiel dafür gebracht. Der Herr Bundeskanzler hat sich diesem Kreis der Diskriminierter angeschlossen, etwa bei seiner Aussage hier im Nationalrat am 21. Mai 1974. Die Arbeiterkammer, Arbeiterkammerreport Jänner 1974: Preistreiberei als Sport. Die Beschuldigung dieser selbständigen Kaufleute als Steuerhinterzieher, ohne daß ein einziges Mal - ohne daß ein einziges Mal! - etwa der Herr Handelsminister sich bereitgefunden hätte, ein einziges Wort zur Verteidigung dieser selbständigen Kaufleute zu sprechen (*Zustimmung bei der ÖVP*) und ohne daß eine Beendigung der Diskriminierung durch das Preisgesetz erfolgt wäre.

Ich habe schon auf die sogenannten sozial kalkulierten Artikel hingewiesen, bei denen es einfach keine Kostendeckung gibt. Bei einem durchschnittlichen Aufschlag von 10,53 Prozent und bei einer Kostenbelastung von mehr als 20 Prozent kann man sich ausrechnen, daß der Verkauf der sozial kalkulierten Artikel allezeit eine Dienstleistung des mittelständischen Einzelhandels an der Gemeinschaft gewesen ist, und das Institut für Handelsforschung hat vor etlichen Jahren bereits ausgerechnet, daß der mittelständische Einzelhandel die Konsumentenschaft über die sozial kalkulierten Artikel, über den Spannenverzicht, mit einer Summe von etwa 1 Milliarde Schilling subventioniert.

Nun war diese Regelung sozial kalkulierter Artikel mit unzureichender Deckung zu einer Zeit noch gerechtfertigt, als es noch möglich war, beim übrigen Sortiment den Spannenausgleich zu finden. Mit dem Auftreten der Diskonter ist diese Möglichkeit eingeschränkt worden und ist dann schließlich und endlich ganz verschwunden. Die Diskonter haben den Verkauf der Grundnahrungsmittel unterlassen, haben diese Dienstleistung nicht vollbracht und haben im übrigen Sortiment dem Konsumenten entsprechend niedrige Preise bieten können und dem mittelständischen Einzelhandel eine Preiskonkurrenz gemacht, die ihm das Odium des

Preistreibers aufgedrückt hat, weil selbstverständlich der Eindruck entstehen mußte: Wenn diese Betriebe so billig anbieten können, was muß dann der mittelständische Einzelhandel an ungerechtfertigten Spannen haben!

Dazu kam noch, daß die Preise zu einem Element der Werbung gemacht wurden, daß Lockvogelangebote herausgebracht wurden, bei denen der Verbraucher einen Preis erhielt, der etwa die Hälfte des Einkaufspreises ausmachte, weil man sich durch die Umwegrentabilität einen Ausgleich versprach, ein Weg, der dem mittelständischen Einzelhandel nicht möglich gewesen ist. Der Preis als Werbemittel! Er kam dabei unter die Räder und er bekam das Image des Preistreibers, das ihm von einer gewissen Öffentlichkeit ohnehin geflissentlich aufgedrückt wurde.

14 000 Kaufleute - das ist ein Saldo, in Wirklichkeit sind es mehr -, 14 000 Einzelhandelskaufleute haben innerhalb der letzten 13 Jahre vor dieser Situation kapituliert und die Rolläden für immer geschlossen. Aus dem persönlichen Drama von 14 000 mittelständischen Familien, aus dem 14 000fachen Verzicht auf ausreichenden Ertrag, aus der 14 000fachen Verzweiflung an der Gerechtigkeit des Staates - der Staat hat sich als fescher Kerl aufgespielt auf Kosten dieser Kaufleute - ist ein soziales Problem geworden: das Problem der Nahversorgung.

Der Herr Handelsminister Dr. Staribacher hat im November 1976 bei der Eröffnung des SCS-Großverbrauchermarktes Vösendorf erklärt, in seinem Ressort, im Handelsministerium, gebe es eine Kommission, und diese Kommission werde eingreifen, wenn die Nahversorgung tatsächlich ernstlich gefährdet sei.

9. November 1976! Für den Herrn Handelsminister hat es offenbar zu diesem Zeitpunkt eine Gefährdung der Nahversorgung noch nicht gegeben.

Im Oktober 1976 hat die „Sozialistische Korrespondenz“ das Aktionspaket sozialistischer Frauen eröffnet, und da hat es geheißen, der Greißler sei nach Auffassung der sozialistischen Frauen auch künftighin notwendig wie ein Bissen Brot.

Und die Konsequenz, die aus dieser Erkenntnis gezogen wurde, gipfelte in der Forderung, es müßten in Zukunft Einkaufsfahrten mit Omnibussen für die älteren Menschen organisiert werden, Omnibusse, die zu preisgünstigen Supermärkten hingeführt werden. Vom mittelständischen Einzelhandelskaufmann, der die Nahversorgung zu sichern hat, war auch dort keine Rede.

**Staudinger**

Im Gegenteil, von preisgünstigen Supermärkten ist die Rede, und damit ist wieder indirekt der Hinweis darauf gegeben, daß der mittelständische Kaufmann nicht preisgünstig sei, obwohl der Verein für Konsumenteninformation festgestellt hat, daß der Monatsdurchschnittsbedarf einer vierköpfigen Familie im Nachbarschaftsladen nicht wesentlich teurer kommt – wörtlich heißt es: kaum teurer zu stehen kommt – als im Tiefpreisdiskont.

Sozialistische Inaktivität vor dieser Situation, ja nicht nur Inaktivität, sondern ein Widerstand gegen alle Bemühungen, dieser Situation abzuweichen! (*Zustimmung bei der ÖVP.*) Dieser Widerstand datiert nicht erst seit 1970, seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Sozialisten, sondern bereits seit Jahrzehnten.

In der Österreichischen Volkspartei hat es immer schon Mandatare gegeben, die das Unrecht, das am mittelständischen Kaufmann verübt wurde, nicht einfach achselzuckend zur Kenntnis genommen haben. In der Österreichischen Volkspartei hat es immer Mandatare gegeben, die sich zu leidenschaftlichen Vorkämpfern für die Existenzberechtigung der mittelständisch Selbständigen im Handel machten. In der Österreichischen Volkspartei hat es Mandatare gegeben, die hochgemut Verunglimpfung und Spott in Kauf genommen haben, um sich zu Interessenvertretern für diese Gruppe von Menschen zu machen.

Einer davon ist jener Nationalratskollege gewesen, dem ein Spottname angehängt wurde, den er dann als einen Ehrennamen zuerkannt bekam: der „Greißlerpapst“ – der spätere Handelsminister Otto Mitterer. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Mit seinem Namen ist die Forderung verbunden nach einem Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis, eine Forderung, die er immer wieder vertreten hat, bei der er immer wieder gegen Unverstand, gegen Zynismus, gegen Interesselosigkeit und Gleichgültigkeit anrennen mußte. Er hat sich nicht entmutigen lassen. Gemeinsam mit Mandataren und Funktionären der Handelskammerorganisation – ich möchte hier nur einen einzigen nennen, stellvertretend für alle anderen –, gemeinsam mit Kommerzialrat Franz Zach war er der unermüdliche Wegbereiter jener Novelle, die wir heute zum Nahversorgungsgesetz beschließen, mit der das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis zumindest für einen Teil der Waren normiert wird.

Seinerzeit ist davon geredet worden, ein solches Gesetz werde wirkungslos sein, es werde nicht administrierbar sein. 1975 waren wir fast schon einmal soweit, daß wir geglaubt

haben, wir würden diese Initiative hier im Haus verabschieden können. 1975 waren maßgebliche sozialpartnerliche Verhandlungen vorausgegangen, und sehr knapp vor der Wahl haben wir gehofft, wir würden hier noch ein Gesetz daraus einstimmig beschließen können. Damals aber scheiterte es auch an einem sozialistischen Einspruch, und zwar hat ein einziger Abgeordneter genügt, der Obmann einer genossenschaftlichen Handelsorganisation hat genügt, um zu sagen: Nein, wir schieben alles zurück und wir werden nach erfolgter Nationalratswahl mit einer neuen Initiative kommen!

Die Österreichische Volkspartei ist wieder damit gekommen, hat den Antrag der Abgeordneten Dr. Fiedler, Dr. Schwimmer, Graf, Dr. Mussil und Genossen im Februar 1976 erneuert, und am 29. Juni 1977 konnten wir tatsächlich das Gesetz zur Verbesserung der Nahversorgung verabschieden. Dieses Gesetz hat ein Diskriminierungsverbot, einen Kontrahierungszwang beinhaltet. Es hat nicht beinhaltet den wichtigsten Teil der ÖVP-Initiative: das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis.

Es hat genügend Leute und auch genügend Medien gegeben, die behauptet haben, die ganze Initiative sei für die Katz' gewesen, das Gesetz, das wir im Juni 1977 beschlossen haben, habe überhaupt keine Wirkung gezeigt. Die Kundigen wissen, daß es anders ist, daß es sehr wohl eine Wirkung hatte.

Dennoch sind wir nicht müde geworden, um einen weiteren Fortschritt zu erzielen und das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis in einer Novelle zu erreichen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Allen denen, die im parlamentarischen Raum und natürlich auch im vorparlamentarischen Raum, egal von welcher Seite sie gekommen sind, an der Vorbereitung der Novelle, die wir heute beschließen, mitgewirkt haben, all denen sei ein herzlicher Dank ausgesprochen!

Ich entbiete diesen Dank in besonderer Weise Herrn Dr. Johann Farnleitner von der Bundeswirtschaftskammer, der sich um die Vorbereitung der heutigen Novelle sehr, sehr große Verdienste erworben hat. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Saat von Otto Mitterer, die Saat von Franz Zach ist heute zu einem weiteren Teil aufgegangen. Erfüllt ist damit auch ein Teil des Nahversorgungskonzeptes des Wirtschaftslandes, ein Teil des Nahversorgungskonzeptes, das Präsident Sallinger postuliert, eben auch die Sicherung der Nahversorgung durch das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis. Vorläufig sind es Milch und Milchprodukte, Zucker, Würste, verpacktes Fleisch, Mehl, Schwarzbrot und Semmeln. Das ist keineswegs die volle

**Staudinger**

Erfüllung dessen, was der ÖVP-Initiativantrag des Jahres 1975 und des Jahres 1976 gewollt hat, aber es ist ein erster Schritt, und wir gehen diesen ersten Schritt in der Hoffnung, daß ihm weitere Schritte folgen werden.

Freilich wissen wir: Das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis ist kein Allheilmittel für die Rettung der mittelständischen Situation, aber es ist immerhin eine Maßnahme gegen die zunehmende Diskriminierung mittelständischer Einzelhandelskaufleute und es ist ein Signal der Hoffnung, daß auch andere, weitere Schritte im Interesse der mittelständischen Kaufmannschaft gesetzt werden. *(Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)*

Aus dem großen Katalog erwähne ich hier die Aufhebung der diskriminierenden Wirkung der Getränkesteuer, die Aufhebung der amtlichen Preisregelung bei sozial kalkulierten Artikeln – denn hier macht sich bemerkbar, daß das Handelsministerium als Preisbehörde die Revolution im Handel völlig verschlafen hat –, die Änderung gravierender Bestimmungen des 2. Abgabenänderungsgesetzes, eine Änderung in der Haltung zum Ladendiebstahl – daß das nicht weiterhin etwa als ein Kavaliersdelikt aufgefaßt wird –, und eine Bitte, die wir insbesondere an den Herrn Handelsminister richten: eine Beendigung der üblen Nachrede, die die Kaufleute die ganze Zeit hinnehmen mußten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, wir haben alle allen Grund, heute zu gratulieren, zu gratulieren dem Protagonisten dieses Gesetzes, unserem ehemaligen Handelsminister Mitterer, den Kaufleuten, daß ein Teil der Diskriminierung beseitigt wird, den Konsumenten, daß die Nahversorgung und die Preistransparenz verbessert werden und der österreichischen Volkswirtschaft.

Wir sagen ja zu dieser Novelle. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Dr. Erich Schmidt.

Abgeordneter Dr. **Schmidt** (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn wir die Ausführungen des Kollegen Staudinger in der Frage der Preisregelung von sozial kalkulierten Produkten gehört haben und das vergleichen mit jenen Ausführungen, die wir heute vorher beim ersten Tagesordnungspunkt gehört haben über den Vorwurf der steigenden Inflationsrate, daß die Bundesregierung an dieser schuld sei und daß besonders bei den preisgeregelten Produkten die Steigerung der Inflationsrate größer sei als bei den anderen, so sehe ich schon hier einen sehr bedeutenden Widerspruch, denn entweder

kann man das eine erreichen oder man kann das andere erreichen.

Wenn man einerseits hört, daß der Wettbewerb eben wesentlicher Motor im Bereich der sozialen Marktwirtschaft ist, und wenn man andererseits ein Gesetz hier besonders begrüßt, und wir werden ja die Beschlußfassung unterstützen und haben auch mit die Initiative ergriffen, daß hier der Wettbewerb eingeschränkt wird, so sehen wir auch hier einen nicht unbedeutenden Widerspruch zwischen Theorie und Praxis.

Wenn man sich daran erinnert, wie das damals bei der Diskussion über das Nahversorgungsgesetz war, als von der sozialistischen Seite vorgeschlagen wurde, daß eine Mindestausstattung bei den Diskontern durchgeführt werden würde, um eben auch sie an den Nachteilen der geringen Spannen teilhaben zu lassen, so hat man als Antwort gegeben: Bitte tut das nicht, das ist genau der falsche Weg, denn das ist ja ein Wettbewerbsvorteil für den kleinen Händler, das ist ja ein Vorteil, damit überhaupt zu dem kleinen Händler gegangen wird.

Wenn man sagt: Eine Aufhebung der Preisregelung würde für die Nahversorgung ein Vorteil sein!, so kann ich nur sagen: Sicherlich nicht, denn dann wird es natürlich zu bedeutenden Spannenverschiebungen kommen, dann wird wahrscheinlich unter Umständen die Gefahr bestehen, daß es sich nicht einmal auszahlt, zum kleinen Händler zu gehen, und dann würde die Gefahr bestehen, daß der Vorteil, daß auch beim kleinen Händler das sozial kalkulierte Produkt zum gleichen Preis wie im wesentlichen bei den Ketten zu bekommen ist, und der Vorteil, daß eben andere Produkte mit anderen Spannen mitgenommen werden, nicht mehr besteht.

Ich würde empfehlen, daß man sich einmal die Mühe macht anzuschauen, wie wesentlich die Spannen in der letzten Zeit auch bei den sozial kalkulierten Produkten erhöht worden sind. *(Abg. Staudinger: Bei Zucker 0,25 Prozent!)* Zum Beispiel bei Milch, zum Beispiel bei der letzten Zuckerpreisregelung. Richtig. Auch bei der letzten Zuckerpreisregelung hat es eine Zustimmung seitens der Arbeitnehmerorganisationen gegeben, eine Preiserhöhung durchzuführen. *(Abg. Staudinger: Oder war es ein halbes Prozent? Ich weiß es nicht!)*

Herr Kollege Staudinger! Ich würde Ihnen doch vorschlagen, daß wir uns noch einmal sehr genau – und jetzt schon Maßnahmen überlegen – die Gefahren überlegen, die unter Umständen auf Grund des Verbotes des Verkaufs unter dem Einstandspreis entstehen. Wir haben deshalb zunächst gezögert, unsere Zustimmung zu geben. Aber letzten Endes glaubten wir, daß

**Dr. Schmidt**

diese Formulierung, die gefunden wurde, zu unterstützen ist, und sind überzeugt davon, daß es eben - wie immer in der Wirtschaftspolitik - Vorteile und Nachteile gibt, wobei in diesem Fall die Vorteile überwiegen.

Aber übersehen wir nicht folgende Gefahr für die inländische Produktion: Es kann nämlich passieren, meine Herren von der Volkspartei, daß das, was bisher unter Umständen manchmal unter dem Einstandspreis verkauft wurde, in Zukunft ausschließlich importiert wird. Und hier haben wir sehr wenige Möglichkeiten, entsprechend einzugreifen.

Es kann also sein, daß das Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis in Wirklichkeit inländische Betriebe wesentlich schwächt. Die Frage, wie weit es im Sinne einer Vollbeschäftigungspolitik ist, wenn man nicht unter Umständen da und dort flankierende Maßnahmen ergreift, ist sicherlich mit Recht zu stellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Novelle 1980 des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb wird von den Konsumenten als Erfüllung jahrelanger Forderungen besonders begrüßt.

Als 1923 dieses Gesetz entstand, stand der Schutz des Mitbewerbers gegen unfaire Außen-seiter im Vordergrund. Der Konsument sollte profitieren, aber gewissermaßen als Nebenprodukt der Hilfe für den Unternehmer. Einer Überlegung folgend, daß die Wirtschaft letzten Endes auch für den Konsumenten sei.

Die UWG-Novelle 1980 macht das Gesetz ausgeglichener. Diese vorliegende Novelle ist ein weiterer bedeutender Schritt zur Verbesserung des Konsumentenschutzes in Österreich. Nach der Novelle des unlauteren Wettbewerbs-gesetzes aus dem Jahre 1971 und nach der Beschlußfassung des umfassenden Konsumenten-schutzgesetzes des Jahres 1979, nach der Beschlußfassung einer Vielzahl von Verordnungen zum Konsumentenschutz steht nun eine neuerliche Beschlußfassung einer wesentlichen konsumentenschützenden Norm auf der Tages-ordnung.

Der Entwurf, der die bereits genannten wesentlichen Punkte zum Inhalt hat, nämlich die Klagebefugnis auch für die Interessenorganisa-tionen, die Möglichkeit, gegen Mogelpackun-gen vorzugehen, die Urteilsveröffentlichung, die effizienter, wirksamer gestaltet werden soll, und die Verordnungsermächtigung des § 32, wonach vor allem für die Dienstleistungen die Kenn-zeichnung ausgedehnt werden soll, dieser Entwurf, diese Novelle soll heute beschlossen werden.

Hohes Haus! Die konsumentenschutzrechtli-chen Reformgesetze und Projekte in Österreich sind auch dem Leitbild eines verstärkten Wettbewerbs verpflichtet. Dazu wurde ja schon sehr deutlich ein klares Bekenntnis abgegeben. Ich möchte dazu vielleicht auch einiges sagen, wie wir zu dem Institut und dem Bestandteil, dem wesentlichen Bestandteil des Wettbewerbs stehen.

Wettbewerb könnte als Schutz für den Konsumenten zu sehen sein, ohne dem Wettbe-werb im Rahmen des Konsumentenschutzes eine alleintragende Aufgabe zuzuordnen. Wettbe-werb sollte dafür sorgen, daß Produkte möglichst preisgünstig auf den Markt kommen, und Wettbewerb sollte sicherstellen, daß sich quali-tativ entsprechende Produkte gegenüber min-derwertigen Produkten durchsetzen.

Bedauerlicherweise funktioniert dieses theo-retische Wettbewerbsmodell in der Praxis mehr als unvollkommen. Als Ursache für das Versa-gen ist unter anderem die Tatsache zu sehen, daß anstelle des Wettbewerbs um bessere und preisgünstigere Produkte vielfach der Wettbe-werb um die aufwendigere und irreführendere Werbung und Verpackung geht.

Wettbewerb wird aber noch durch eine Vielzahl anderer Faktoren behindert. Dazu zählen die Einflüsse von Kartellen und von Monopolen, vor allem die Schwierigkeiten für den Konsumenten, sich in dem vielfältigeren Warenangebot zurechtzufinden. Bejaht man die zentrale Bedeutung des Wettbewerbs für den Konsumentenschutz, so muß man Wettbewerb durch entsprechende staatliche Maßnahmen und Mitbestimmungsmöglichkeiten für die Kon-sumenten stärken und ausbauen.

Wie war nun die bisherige Praxis im Rahmen des UWG? - Das UWG verbietet gesetzwidrige und irreführende Werbung. Jeder Unternehmer konnte gegen seinen Mitbewerber wegen deren unlauterer Werbung mit einer Unterlassungs-klage vorgehen.

Was geschah nun, wenn sich kein Unterneh-mer fand, zum Beispiel gegen ein gesundheits-gefährdendes Produkt vorzugehen? - Nichts geschah!

Es gibt eben viele Gründe, warum ein Unternehmer nicht gegen die gesetzwidrige Werbung eines Konkurrenten vorgeht: Abhän-gigkeit des Erzeugers vom Großhändler, und umgekehrt. Oder der Unternehmer klagt nicht, weil er mit gutem Grund befürchtet, er werde zur Revanche gleichfalls geklagt, weil er vielleicht selbst ein unter Umständen gesetzwid-riges Produkt erzeugt oder vertreibt.

1971 wurde nun erstmals neben dem Unter-

**Dr. Schmidt**

nehmen auch dem ÖGB und dem Österreichischen Arbeiterkammertag ein Klagerecht gegen irreführende Werbung eingeräumt, hingegen erhielten der ÖAKT und der ÖGB kein Klagerecht bei vorliegender gesetzwidriger Werbung. Diese Begrenzung hat sich für die Klagstätigkeit dieser Organisationen sehr hemmend ausgewirkt.

Die Unterschiede nämlich zwischen einer gesetzwidrigen Werbung gemäß § 1 und der irreführenden Werbung gemäß § 2 UWG sind nämlich fließend. Und auch Fachjuristen sind sich vielfach darüber uneinig, wann der eine oder der andere Tatbestand vorliegt. Für den Unternehmer, der klagen wollte, hatte die Frage, ob nun eine gesetzwidrige oder eine irreführende Werbung vorliegt, akademischen Wert.

Anders für die Interessenorganisationen der Arbeitnehmer: Wollten diese klagen, mußten sie zuerst die spitzfindige Streitfrage lösen, ansonst bestand die Möglichkeit, daß ihre Klage vom Gericht mangels Klagslegitimation abgewiesen wurde. Aus diesen Gründen war es für die Arbeitnehmer nur dann sinnvoll, eine UWG-Klage einzubringen, wenn juristisch klar war, daß es sich um irreführende Werbung handelt.

Im Jahre 1975 wurde nun im Konsumentenpolitischen Beirat ein Arbeitsprogramm erstellt, in dem die wesentlichen Punkte dieses nun vorliegenden Gesetzes, dieser nun vorliegenden Novelle beinhaltet waren: Der Schutz vor ungerechtfertigten Preisen durch einen Ausbau der Preisauszeichnung für Dienstleistungen, eine Standardisierung von Packungsgrößen und eine bessere Information der Verbraucher. Weiters wurde eine ausdrückliche Novelle zum UWG durch Ausweitung der Verordnungsmächtigung des § 32 verlangt. Es wurde auch vorgeschlagen, daß die Mogelpackung wirkungsvoll verboten werden soll.

Wir haben nun durch diese Novelle, die heute zur Beschlußfassung steht, gemäß § 1 UWG eine Ausdehnung der Klagslegitimation auf alle wesentlichen Tatbestände. Das bedeutet eben eine wesentliche Verbesserung des Konsumentenschutzes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich noch gut erinnern an die große Sorge und Einwände, die seitens mancher Unternehmervertreter im Jahre 1971 und vorher bei der Einführung der Klagslegitimation für die Tatbestände des § 2 UWG erhoben wurden. Die Empörung war damals so ähnlich, als wäre in einem vornehmen englischen Herrenklub eine Dame oder ein Vagabund aufgenommen worden.

Neben rechtstheoretischen Bedenken wurde große praktische Sorge geäußert: Man sprach

von der Gefahr schikanöser und ruinöser Serienprozesse, von mangelndem Verständnis der Klagslegitimierten. (*Zwischenruf des Abg. Anton Schlager.*) Es geht hier um den Herrenklub, und es geht nicht um jene, die eindringen. Ich erkläre dann sehr gern, wie es denn wirklich war. (*Weitere Zwischenrufe des Abg. Anton Schlager.*)

Die Praxis hat jedenfalls diese Bedenken widerlegt, Herr Kollege. Das ist ja das Entscheidende. Denn von der Klagslegitimation wurde einerseits in sparsamer Weise Gebrauch gemacht, und in vielen Fällen genügt es für die Klagslegitimierten, wenn sie in Briefen an die entsprechenden Unternehmen auf Unzukömmlichkeiten in der Werbung aufmerksam machten. Das war vorher nicht so. Nach der Beschlußfassung war es zweifellos so.

Und von dieser Klagslegitimation wird sicher in verantwortungsbewußter, in einer dem Interesse der Allgemeinheit dienenden Form Gebrauch gemacht werden. Neben die Selbstkontrolle der Wirtschaft auf Grund der Klagslegitimation der Firmen gegeneinander tritt in Zukunft ergänzend die Mitwirkung der Konsumentenvertreter im Kampf um faire und um lautere Werbung.

Ein wichtiger weiterer Reformpunkt ist die Ausweitung der Verordnungsmächtigung nach § 32. In Zukunft wird es möglich sein, für das Handelsministerium für bestimmte Produkte die Beigabe von Gebrauchsanweisungen, deutschsprachigen Gebrauchsanweisungen zwingend vorzuschreiben. Es wird möglich sein, die Verpflichtung zur Beigabe einer entsprechend verständlichen Gebrauchsanweisung, die zum Beispiel Maßnahmen zur Unfallverhütung beinhaltet, auszusprechen, und das bedeutet einen wesentlichen Schutz des Konsumenten vor Schaden und für die Volkswirtschaft einen Schutz vor sinnloser Vergeudung von Ressourcen.

Es wird möglich sein, auch für den Sektor der Dienstleistung eine Ausweitung der Kennzeichnung durchzuführen, ein Vorteil einer solchen Deklarationsverordnung zweifellos für den Konsumenten, aber sicherlich auch für die Unternehmen selbst.

Ähnliches gilt für die sogenannte Grundpreisauszeichnung. Schon im Jahr 1972 hat das Handelsministerium den Entwurf einer derartigen Verordnung zur Begutachtung ausgesandt. Das bisherige Gesetz hätte eine derartige Verordnung jedoch nur in wirtschaftlich schwer vertretbarer und genereller Form zugelassen, während nunmehr die Voraussetzungen für eine praxismgerechte Verordnung geschaffen werden. Damit soll das Problem, das vielfach für den

**Dr. Schmidt**

einzelnen Verbraucher besteht, gelöst werden, was denn bei verschiedener Preis- und Gewichtsangabe wirklich billiger ist. Denn wer heute in einem Selbstbedienungsladen Preisvergleiche anstellen will, kann das sowieso nur mit Hilfe eines Taschenrechners tun.

Zusätzlich kommt eine wesentliche Konsumentenschutzgestaltung für das UWG durch die Bestimmung über die Mogelpackung zum Ausdruck. Künftig wird jede Verpackung verboten sein, deren Mißverhältnis zwischen Verpackungsgröße und Füllmenge nicht durch die Ware oder durch technische Gründe gerechtfertigt ist. Es wird daher dem Unternehmer künftig unmöglich sein, die Verpackung von Kosmetika zum Beispiel, die einen größeren Inhalt vortäuscht, mit dem Design zu rechtfertigen. Schwindelpackungen waren als eine Form der Täuschung in Österreich schon bisher verboten. Dieses Verbot blieb bisher ohne allzu große Wirkung, weil es an einer Definition der Schwindelpackung fehlte und daher im Prozeß mühsam die Eignung zur Täuschung herausgearbeitet werden mußte. Beide Mängel werden nun durch den § 6 des UWG und durch Klagslegitimation der Arbeitnehmerorganisationen und anderer Verbände für diesen Tatbestand beseitigt.

Es wurden dabei die Erkenntnisse aus den anderen Ländern, wo solche und ähnliche Bestimmungen bereits bestehen, mit verarbeitet. Denn wir wollen keine Gerichtsurteile, bei denen angeblich aus technologisch bedingten Gründen in einer riesigen Schachtel eine winzige Ware liegt und das Herumkugeln dieser Ware durch eigens dazu eingefügte Kartonsstücke gehindert wird.

Alle diese Schwierigkeiten hat es in anderen Ländern wie zum Beispiel in der Bundesrepublik gegeben, und es ist durch nachträgliche Verordnungen und Gerichtsentscheidungen erst klargestellt worden, daß das Verbot von Mogelpackungen tatsächlich die ganze Fülle von Täuschungsmöglichkeiten ausschließen soll und nur technologisch bedingte Notwendigkeiten, nicht aber technologisch bedingte Ausreden anerkannt werden.

Eine wichtige weitere konsumentenpolitische Formulierung in dieser Novelle ist die Verbesserung der Formen der Urteilsveröffentlichung. Denn das Recht auf Information des Konsumenten erfordert auch eine seiner Aufmerksamkeit, eine seinem Interesse und seinem Verständnis gemäße Korrektur von Wettbewerbsverstößen. Daher kann in Zukunft neben der gerichtlichen Unterlassung, Beseitigung und allenfalls neben Schadenersatz auch die Befugnis zu einer Veröffentlichung, aber zu einer bestimmten Form der Veröffentlichung begehrt werden.

Diese Neuregelung geht sicher nicht so weit wie Vorstellungen in anderen Staaten über ein corrective advertising, und dieses neue Recht, das eine einprägsame, wirksame Veröffentlichung bietet und nun dem Gebot der allgemeinen Verständlichkeit unterliegt, bietet eben damit einen bedeutenden konsumentenpolitischen Aufklärungseffekt.

Meine Damen und Herren! Ich möchte nicht behaupten, daß das UWG bisher, solange dessen Handhabung fast allein Sache der Unternehmer war, keinen Beitrag für eine seriöse Werbung geleistet hat. Im Gegenteil, manche Urteile, die von Unternehmern gegen Unternehmer erwirkt wurden, waren auch im Interesse der Konsumenten. Der Mangel der bisherigen Praxis bestand vielmehr darin, daß die Unternehmer gegen unlautere Werbung in der Vergangenheit vielfach nicht eingeschritten sind, obwohl dies im Interesse der Konsumenten und des freien Wettbewerbs gewesen wäre.

Zusammen mit den Bestimmungen über Mogelpackungen, Ausweitung der Kennzeichnungsverordnung und Urteilsveröffentlichung wird das UWG in viel höherem Ausmaß als bisher ein Gesetz zum Schutz des freien Wettbewerbs werden, und der Unternehmer wird zu besseren Leistungen angespornt. Dies ganz einfach deshalb, weil das UWG ab dem 1. April 1980 ein Konsumentenschutzgesetz sein wird.

Dieses vorliegende Gesetz ist ein wesentlicher Schritt zur Weiterentwicklung des Wettbewerbsrechts und zur Anerkennung der Tatsache, daß dieses Recht nicht nur den Interessen der Wirtschaft, sondern auch jenen der Konsumenten zu dienen hat. Das Gesetz bringt die Erfüllung wichtiger langjähriger Wünsche der Konsumenten, und daher wird die sozialistische Fraktion diesem Gesetz ihre Zustimmung geben. Dankeschön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Wir beschäftigen uns heute mit Fragen des Wettbewerbes. Es ist keine Frage, daß es sich dabei um ein Kardinalthema einer jeden Marktwirtschaft handelt.

Mein Vorredner, der Abgeordnete Dr. Schmidt, hat einen Satz ausgesprochen, dem ich nur beipflichten kann, als er nämlich sagte: Bedauerlicherweise funktioniert der Wettbewerb nur unvollkommen.

Wir alle wissen, daß die alt-liberalistische Auffassung, wonach ein ungehemmter, ungezügelter und unregelter Wettbewerb von sich

Dr. Stix

aus die Dinge des Marktes und der Wirtschaft in Ordnung halten könne, falsch ist. Der Neoliberalismus, wie er sich nach dem Jahr 1945 heraus entwickelt hat, der schließlich dazu geführt hat, daß das entstanden ist, was wir Soziale Marktwirtschaft nennen, hat ja nicht zuletzt als Kardinalaufgabe herausgearbeitet, daß es notwendig ist, einen gesunden Wettbewerb aufrechtzuerhalten, also weder einen Wettbewerb, der den realen Mitbewerber ruiniert und damit schließlich die Marktwirtschaft aufhebt, weil alle Mitbewerber aus dem Markt gedrängt werden, noch umgekehrt einen Wettbewerb, der Mißbrauch in Richtung des Verbrauchers zuläßt.

Ich kann also bei dieser Einschätzung der kardinalen Bedeutung des Wettbewerbes gerade für die Aufrechterhaltung der Sozialen Marktwirtschaft meinem Vorredner nur beipflichten. Auch nach freiheitlicher Auffassung handelt es sich hier um ein Grundanliegen unserer Wirtschaftsauffassungen.

Nun zielen beide heute hier im Haus verhandelten Novellen darauf ab, gesunde Wettbewerbsverhältnisse herzustellen beziehungsweise aufrechtzuerhalten.

Zunächst möchte ich mich mit der UWG-Novelle 1980 beschäftigen, der wir Freiheitlichen in dritter Lesung zustimmen werden. Es ist dies eine sehr komplexe Materie und daher ist es fast nicht möglich, im Rahmen einer doch nicht übermäßig auszudehnenden Stellungnahme von diesem Pult aus hier alle Aspekte zu erörtern, die eigentlich einer Erörterung wert erschienen. Ich möchte mich daher auf einige wenige Punkte konzentrieren.

Da geht es vor allem um jene bedeutsame Neuerung des Verbotes der Mogelpackung, die hier aufgenommen wurde in diese Novelle als § 6 a. Sosehr wir Freiheitlichen der Meinung sind, daß die allgemeine Entwicklung in Richtung immer größerer Berücksichtigung von Gesichtspunkten des Konsumentenschutzes eine im Prinzip richtige Entwicklung darstellt, so wenig können wir uns auf der anderen Seite damit anfreunden, daß aus dem Funktionswandel dieses Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb eine völlige Umfunktionierung zu werden droht. Wir bekennen uns dazu, daß immer mehr auch Gesichtspunkte des Konsumentenschutzes, des Verbraucherschutzes eingearbeitet werden, aber wir wollen nicht den Umstand völlig aus dem Auge verlieren, daß im Vordergrund dieses Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb eben der Schutz des redlichen oder, wenn Sie so wollen, des lautereren Wettbewerbers vor den Praktiken des unlauteren Wettbewerbers geschützt werden soll. Das bedeutet aber, daß dieses Gesetz in allererster Linie die Verhältnisse zwischen den Wettbewer-

bern auf dem Markt regeln soll und daß dieser Hauptzweck des Gesetzes auch durch die Einbeziehung von Gesichtspunkten des Konsumentenschutzes letztlich nicht untergehen darf.

Zurück zur Mogelpackung. Wir haben an sich bedauert, daß man dafür einen eigenen § 6 a eingeführt hat. Daher brachten wir auch im Ausschuß einen Antrag ein, der dann leider keine Zustimmung fand, daß man diesen Tatbestand der Mogelpackung doch als einen eigenen Absatz im § 2 einfügen möge, § 2, der bekanntlich dem Thema der Irreführung gewidmet ist.

Nun hat Kollege Dr. Schmidt gemeint, man könne das Verbot der Mogelpackung deswegen nicht unter § 2, Irreführung, einfügen, weil man dann jedesmal die Irreführung nachweisen müsse. Das sei nicht notwendig, wenn es als § 6 a separat angeführt wird.

Dieser Argumentation ist aber zweierlei entgegenzuhalten. Zunächst einmal liegt ja schon im Ausdruck Mogelpackung selbst der Sachverhalt der Irreführung drinnen. Denn das Wort „mogeln“ bedeutet ja, in die Irre führen wollen.

Aber der zweite Grund, warum mir die Argumentation von Kollegen Dr. Schmidt nicht ganz stichhaltig erscheint, liegt im Wortlaut des § 6 a. Es heißt da:

„Wer zu Zwecken des Wettbewerbes Fertigpackungen in den geschäftlichen Verkehr bringt, bei denen das Mißverhältnis zwischen Verpackungsgröße und Füllmenge nicht durch die Eigenart der Ware oder durch verpackungstechnische Gründe bedingt ist, kann auf Unterlassung und unter den Voraussetzungen des § 2 Abs. 1 auf Schadenersatz in Anspruch genommen werden.“

Das heißt, im Wortlaut des § 6 a ist auf Irreführung ausdrücklich als eine notwendige Voraussetzung Bezug genommen worden. Man kann daher nicht sagen, daß § 6 a für sich allein steht und das Verbot der Mogelpackung zuließe, ohne Berücksichtigung von Irreführungssachverhalten.

Das also zu dieser Argumentation. Wir werden im übrigen auf diesen unseren im Ausschuß gestellten Antrag hier nicht weiter zurückkommen.

Eine Kleinigkeit sei noch angemerkt zum § 3. Es ist dort davon die Rede – wörtlich –: Ist die zur Irreführung geeignete Angabe in einer durch eine Zeitung veröffentlichten Mitteilung enthalten ... und so weiter ..., besteht gegen den Herausgeber ... und so weiter ... ein Anspruch auf Unterlassung.

**Dr. Stix**

Hier fehlt uns der Hinweis auf die modernen elektronischen Massenmedien. Es ist schade, daß die Gelegenheit dieser Novelle im Ausschuß ungenützt vorübergelassen wurde. Man hätte ohne weiteres mit einer kleinen Änderung die elektronischen Medien hier mithineinnehmen und dadurch das Ganze auch medienpolitisch, medienwirtschaftlich auf den neuesten Stand bringen können.

Nun aber zu einem dritten Punkt, den wir für gravierend erachten, und zwar handelt es sich um den § 14. Es ist dies jener Paragraph, der unter Ziffer 8 der Regierungsvorlage behandelt wird und der die Ausdehnung der Verbandsklage, das heißt der Klagslegitimation von Verbänden und Interessenvertretungen, auf den § 1 mit sich bringt. Dazu bringen wir Freiheitlichen folgenden Abänderungsantrag ein:

**Abänderungsantrag**

der Abgeordneten Dr. Stix, Grabher-Meyer, Dr. Broesigke zur Regierungsvorlage eines Bundesgesetzes, mit dem das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und die Exekutionsordnung geändert werden (UWG-Novelle 1980), 249 d. B., in der Fassung des Ausschußberichtes 261 d. B.

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die im Titel bezeichnete Regierungsvorlage (249 d. B.) in der Fassung des Ausschußberichtes (261 d. B.) wird wie folgt geändert:

Im Artikel I hat die Z. 8 zu lauten:

„8. § 14 hat zu lauten:

„§ 14. In den Fällen der §§ 1, 2, 3, 6 a und 10 kann der Anspruch auf Unterlassung von jedem Unternehmer, der Waren oder Leistungen gleicher oder verwandter Art herstellt oder in den geschäftlichen Verkehr bringt (Mitbewerber), oder von Vereinigungen zur Förderung wirtschaftlicher Interessen von Unternehmern geltend gemacht werden, soweit diese Vereinigungen Interessen vertreten, die durch die Handlung berührt werden. In den Fällen der §§ 2 und 6 a kann der Anspruch auf Unterlassung auch vom Österreichischen Arbeiterkammertag, von der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs oder vom Österreichischen Gewerkschaftsbund geltend gemacht werden.“

In diesem freiheitlichen Abänderungsantrag fehlt die Klagslegitimation für Arbeiterkammertag, Präsidentenkonferenz und ÖGB lediglich in bezug auf den § 1. Das deswegen, weil wir glauben, daß es sich hier um einen rechtspolitisch bedenklichen Weg handelt, dem wir nicht

folgen wollen. Dazu darf ich einige Argumentationen vortragen, die von durchaus kompetenter Seite in die Diskussion eingebracht wurden.

Da hat zunächst einmal der österreichische Rechtsanwaltskammertag in seiner Stellungnahme Bedenken gegen die Ausdehnung dieser Klagslegitimation auch auf die Fälle des § 1 UWG geäußert. Und er hat ausgeführt, die diesen Verbänden bisher schon eingeräumte Klagsbefugnis war immerhin dadurch gerechtfertigt, daß die Bekanntmachungen oder Mitteilungen, durch welche die Irreführungen erfolgten, öffentlich oder in einer Weise erfolgt sind, daß sie einen größeren Kreis von Personen zugänglich waren. Hingegen ist für den Tatbestand des § 1 UWG dies nicht Voraussetzung. Daher ist es schwer einzusehen, weshalb etwa wegen eines vereinzelt, nur einen Ausnahmefall darstellenden und nicht der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Fall eine Verbandsklage stattfinden soll.

Soweit die Stellungnahme des österreichischen Rechtsanwaltskammertages.

Aber auch die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft hat ursprünglich eine ablehnende Haltung eingenommen. Und hier, wie bei so vielen sozialpartnerschaftlichen Abkommen, las man es vor Tische anders, als es dann nach Tische zu lesen war. So hat beispielsweise die Bundeskammer ausgeführt, daß es unbestritten ist, daß das UWG nach heute gefestigter Auffassung sowohl den Konkurrenten als auch den Konsumentenschutz zum Ziele hat. Vereinzelt Entscheidungen, die einen dieser beiden gesetzgeberischen Ziele das Übergewicht zuerkennen wollten, seien längst überholt. Die vorgeschlagene Änderung würde aber nunmehr zu einer Umfunktionierung oder zumindest Verlagerung der Schutzziele des Gesetzes führen. Den nichtgewerblichen Verbänden oder Interessenvertretungen solle daher nicht die Möglichkeit eingeräumt werden, sich in Rechtsstreitigkeiten der Gewerbetreibenden einzumischen. Eine klare Scheidung aber dieser Interessenslage ergibt sich nur über den Irreführungstatbestand. Dieser befindet sich eben im § 2 und nicht im § 1, auf den die Klagslegitimation ausgedehnt wurde.

Dann hat es auch den Hinweis gegeben auf das sehr gute und international als vorbildlich beurteilte belgische Gesetz über Handelspraktiken von 1971. Auch dort, in diesem belgischen Gesetz gegen schlechte Handelspraktiken, wurde die Generalklausel, nämlich dort der Artikel 54, dem Bereich der Verbraucherverbandsklage entzogen, aus ganz den gleichen rechtspolitischen Überlegungen, wie sie die Bundeswirtschaftskammer in bezug auf Österreich, wie sie der österreichische Rechtsanwalts-

**Dr. Stix**

kammertag ebenfalls in bezug auf die österreichische Situation deponiert haben.

Aber auch das Institut für Handels- und Wertpapierrecht an der Universität Wien hat in seiner Stellungnahme Bedenken geäußert und hat gemeint, daß nämlich ausschließlich in den Fällen der Irreführung ein Verbraucherschutz notwendig sei, daß dies aber genau den § 1 des UWG nicht betreffe.

Last not least, womit ich die Aufzählung vorgebrachter Argumente dazu bereits beenden möchte, hat das Bundesministerium für Justiz in seiner Stellungnahme Einwände gegen diese vorgeschlagene Ausweitung erhoben.

Das alles zeigt doch, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß es sich nicht bloß um eine Kleinigkeit handelt, sondern daß hier eine wichtige rechtspolitische Weichenstellung erfolgt, der wir Freiheitlichen uns in der vorgeschlagenen Form der Regierungsvorlage nicht anschließen können. Daher unser Abänderungsantrag, bezüglich dessen ich getrennte Abstimmung in zweiter Lesung beantrage.

Noch ein letzter, schwerwiegender Einwand gegen die vorliegende UWG-Novelle 1980. Dies betrifft nun den neuen § 32. Dieser neue § 32 enthält gegenüber dem bisherigen § 32 eine gewaltige Ausdehnung der Verordnungsermächtigung für den Herrn Bundesminister. Nicht nur, daß in Verordnungen angeordnet werden kann, daß bestimmte Waren nur in vorgeschriebenen Mengen, vorgeschriebenen Verpackungen unter Einhaltung eines bestimmten Verhältnisses zwischen Verpackungsgröße und Füllmenge auf den Markt gebracht werden können. Nein, die Verordnungsermächtigung geht sogar so weit, daß auch bezüglich bestimmter Dienstleistungen nur in vorgeschriebenen Mengeneinheiten – in vorgeschriebenen Mengeneinheiten! – angeboten, gearbeitet und abgeschlossen werden darf. Hier scheint uns Freiheitlichen die Grenze des Zumutbaren überschritten zu sein, hier werden wirklich Tür und Tor einem Dirigismus geöffnet, dem die sachliche Rechtfertigung fehlt. (*Zustimmung bei der FPÖ.*)

Daher beantragen wir bezüglich dieses § 32, ohne daß wir einen eigenen Antrag stellen, getrennte Abstimmung, weil wir die Fassung dieses § 32 ablehnen, der Regierungsvorlage. Wir wünschen uns, daß es bei der alten Fassung des § 32 bleibt. In dritter Lesung werden wir, wie schon ausgeführt, dieser Gesetzesnovelle zum UWG 1980 unsere Zustimmung geben.

Nun aber zu dem zweiten Wettbewerbsgesetz, das uns heute beschäftigt, nämlich dem Antrag der Abgeordneten Staudinger, Mühlbacher, Stix betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das

frühere Nahversorgungsgesetz geändert und, wie ich glaube, verbessert wird. Es hat Herr Abgeordneter Staudinger bei seiner Wortmeldung schon auf die Geburtswehen, auf die enormen Schwierigkeiten hingewiesen, mit denen vor nunmehr drei Jahren dieses für Österreich neue Gesetz zur Nahversorgung tatsächlich in die Welt gesetzt werden konnte.

Ich darf in diesem Zusammenhang an zwei Dinge erinnern: Daß es damals nicht zuletzt dem Vermittlungsvorschlag von freiheitlicher Seite, insbesondere von seiten der von uns nominierten Experten, zu verdanken ist, daß es damals zu diesem Gesetz kam. Denn die Sozialpartner hatten sich schon beinahe vollständig auseinandergediskutiert, und das Nahversorgungsgesetz drohte damals nicht zustande zu kommen. Schließlich ist dann doch dank freiheitlicher Vermittlung ein Kompromiß zuwegegebracht worden, ein Kompromiß, der selbstverständlich seine Kinderkrankheiten hatte und noch hat, den wir aber alle miteinander, auch wir Freiheitlichen, begriffen hatten als einen ersten Schritt, als einen ersten Anfang, um eine sehr schwierige wirtschaftspolitische Materie zu regeln.

Und nun kommt es heute zu einem zweiten Schritt, eben zur Einführung des Verbotes des Verkaufes unter dem Einstandspreis. Auch damals gab es schon die Versuche, dieses Verbot in das Nahversorgungsgesetz hineinzubringen, aber es waren damals die Sozialpartner nicht in der Lage, jene Formel zu finden, auf die sie sich einerseits hätten einigen können, die andererseits aber einer sachlich praktikablen Lösung den Weg geöffnet hätte.

Denn das ganz große Problem beim Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis ist ja nicht der Wille, ist nicht die Absicht, dieses Verbot herbeizuführen, sondern ist die Durchführung. Im rauen Leben der Wirtschaftspraxis, wo es sehr viele Formen direkten, indirekten und noch weiterer verschleierte Preisbeeinflussungen, Preisausgleichsmöglichkeiten gibt, ist es ja gar nicht so leicht nachzuprüfen, inwieweit wirklich ein Verkauf unter dem Einstandspreis vorliegt. Wir wissen aus amerikanischen, aus französischen, aus belgischen Erfahrungen, daß auf diesem Gebiet bis jetzt noch nirgendwo auf der Welt die Patentlösung gefunden wurde. Ich bin sicher, auch unsere österreichische Formel wird nicht die Patentlösung darstellen. Auch hier gilt das, was ich schon für das Nahversorgungsgesetz als Ganzes ausgeführt habe: Es ist ein Anfang.

Zu diesem Anfang bekennen wir Freiheitlichen uns, und wir glauben, daß es gut ist, diesen ersten Schritt zu setzen. Man wird damit lernen, man wird Erfahrungen sammeln und man wird

**Dr. Stix**

im Lichte dieser Erfahrungen die Dinge weiter entwickeln müssen. Es ist gut, daß mit diesem Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis ein weiterer Schritt gesetzt wurde gegen einen ruinösen Wettbewerb, gegen einen Verdrängungswettbewerb, der genau von kapitalstarken Unternehmungen, von allen Großformen des Handels versucht wird, um kleinere, weniger kapitalstarke Unternehmungen aus dem Markt zu drängen. Weil das weder gesellschaftspolitisch noch volkswirtschaftlich noch aus Gründen des Verbraucherschutzes wünschenswert ist, bekennen wir Freiheitlichen uns auch zu dieser Maßnahme zum Schutze des mittelständischen Gewerbes und Kaufmannes. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Ich teile darüber hinaus die vom Abgeordneten Staudinger geäußerte Auffassung, daß es eigentlich eines ganzen Bündels von Maßnahmen bedarf, um diesen Stand des kleinen Kaufmannes zu schützen und seine Existenz zu erhalten. Wir haben noch längst nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft. Ich darf in diesem Zusammenhang auch die Ladenschlußinitiative von freiheitlicher Seite erwähnen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auch auf das Thema der Preisregelung für sozial kalkulierte Preise kommen. Denn bei dieser Frage, Herr Kollege Staudinger, sind die Dinge nach Ihrer Wortmeldung doch etwas anders dargestellt worden als sie waren.

Sie haben heute eine Lanze für die Aufhebung der Preisregelung für sozial kalkulierte Preise gebrochen. Das ist richtig.

Es ist interessant, daß Herr Kollege Dr. Schmidt von der sozialistischen Seite diese Preisregelung verteidigt hat.

Welche Umkehr der Fronten! Ich erinnere mich an jenen seinerzeitigen Unterausschuß des Handelsausschusses, in dem wir das Nahversorgungsgesetz gemacht haben, und ich habe noch ganz genau den damaligen Wortwechsel und die damalige Diskussion im Ohr. Es war der Handelsminister, Minister Dr. Staribacher, der sich sehr aufgeschlossen gezeigt und gesagt hat: Eigentlich wäre es eine durchaus sehr diskussionswürdige Idee, für die kleinen Kaufleute die Preisregelung für die sozial kalkulierten Preise aufzuheben. Er hat also eine andere Position eingenommen als die, welche heute Herr Dr. Schmidt von sozialistischer Seite vorgetragen hat.

Aber umgekehrt hat die andere Position als die, die Sie, Herr Kollege Staudinger, heute eingenommen haben, auf ÖVP-Seite ein anderer ÖVP-Abgeordneter eingenommen. Nomina sunt odiosa. Ich will also niemanden hier vom Rednerpult aus verzünden. Aber dieser leicht

namentlich zu nennende ÖVP-Abgeordnete hat im Ausschuß regelrecht aufgeheult und sich mit Händen und Füßen gegen die vom sozialistischen Handelsminister ausgegangene Idee gewehrt, man könne im Interesse der Nahversorgung und zum Schutze der kleinen Kaufleute allenfalls die Preisregelung für die sozial kalkulierten Preise aufheben. *(Abg. Graf: Jetzt erfließt die Einigung!)*

Ich stelle nur fest, Herr Kollege Staudinger, daß sich in dieser Frage offenbar die Standpunkte bei beiden Fraktionen, schwarz wie rot, mehrfach geändert haben. Es soll mich freuen, wenn man heute erkennt, daß – wie Sie richtig gesagt haben, dem schließe ich mich an – im Lichte der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung diese Preisregelung nicht notwendig wäre und ihre Aufhebung dem kleinen Kaufmann helfen würde, damit indirekt dem Konsumenten helfen würde, weil uns das erlauben könnte, bessere Nahversorgungsverhältnisse herbeizuführen.

Dies nur zur Steuerung der Wahrheit, zur Darstellung der Tatsachen. Wir Freiheitlichen sind diesem Gedanken vom Anfang an positiv gegenübergestanden.

Alles zusammengefaßt: Unter Berücksichtigung und unbeschadet der hier vorgetragenen Bedenken zu einzelnen Punkten stimmen wir Freiheitlichen den beiden heute hier im Haus behandelten Wettbewerbsgesetzen zu, in dritter Lesung der UWG-Novelle 1980, in beiden Lesungen dem Gesetzentwurf betreffend ein Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident:** Der Abänderungsantrag ist genügend unterstützt, steht mit zur Behandlung.

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Schauer.

Abgeordneter **Schauer** (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei der Behandlung der heutigen Vorlage, mit der das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen geändert werden soll, möchte ich mich eingangs mit einigen Sätzen zur UWG-Novelle melden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Problematik, die Abgeordneter Dr. Stix angeführt hat, ist uns, der Österreichischen Volkspartei, genauso gut bekannt, und wir wissen, daß gerade die sorgsame Handhabung dieses Gesetzes Ungerechtigkeiten nur verhindern kann. Ursprünglich war es ein reines Konkurrentenschutzgesetz und es ist heute in gleicher Weise Konkurrentenschutzgesetz wie Konsumentenschutzgesetz.

**Schauer**

In Zukunft wird aber darauf zu achten sein, daß eine weitere Verlagerung der Schutzziele nicht mehr möglich sein wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Ausweitung der Verordnungsermächtigungen ist sehr beträchtlich und äußerst umfangreich. Mit einem Anwachsen der Kennzeichnungsverordnungen, wie wir sie etwa in den letzten beiden Jahren erlebt haben, ist niemandem mehr gedient. Die Österreichische Volkspartei hat hier Bedenken, wird aber diesem Gesetz zustimmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich mit der Problematik der Nahversorgung beschäftigen. Hier möchte ich mich wie mein Kollege Abgeordneter Staudinger an die Tätigkeit des Handelsministers Mitterer erinnern. Ich möchte sehr deutlich zum Ausdruck bringen, daß gerade Handelsminister Mitterer bereits vor eineinhalb Jahrzehnten die Bedeutung der kleinen und mittleren Kaufleute erkannt hat. Wir haben doch gerade in den letzten zehn Jahren gesehen, wie stark auch die Klein- und Mittelbetriebe in der Zeit der Rezessionsjahre für die Arbeitsplatzsicherung hier in Österreich tätig waren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich glaube, es ist kein spöttischer Titel gewesen, sondern es war ein echter Ehrentitel, wenn Mitterer damals scherzhaft „Greißlerpapst“ genannt wurde. Er hat doch sehr stark in die Zukunft gesehen.

Heute sehen wir alle, daß es notwendig war, gerade den Klein- und Mittelbetriebe zu erhalten, und daß es notwendig war, daß die jahrzehntelange Forderung der gewerblichen Wirtschaft immer wieder gebracht wurde.

Die Wirtschaft hat die Bedeutung der Kleinbetriebe für die Aufrechterhaltung der Nahversorgung immer erkannt und auch immer aufgezeigt.

So hat zum Beispiel die niederösterreichische Handelskammer mit der Landesregierung schon seit fast einem Jahrzehnt immer wieder, regional über das ganze Land verteilt, Untersuchungen angestellt, welche Maßnahmen wir ergreifen könnten, um die Nahversorgung abzusichern und damit auch den Konsumenten zu schützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte hier an den Handelsminister gerne die gleiche Frage stellen, nämlich welche Maßnahmen er beziehungsweise die SPÖ-Regierung gesetzt hat – außer Ausschüssen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die SPÖ hat diese Probleme leider nie aufgegriffen. Heute sehen wir die Folgen, Versäumnisse der SPÖ-Regierung.

Jeder zweite Kaufmann, wie Abgeordneter Staudinger bereits aufzeigte, hat zugesperrt. In Niederösterreich gibt es mehr als 300 Orte, wo wir keinen Kaufmann mehr haben. Hunderttausende Menschen sind davon betroffen. Damit ist die Befürchtung wahr geworden, daß das Aussterben des kleinen und mittleren Kaufmannes ein soziales Problem wird.

Ich teile nicht die Befürchtungen des Abgeordneten Dr. Schmidt, daß wir hier eine Importschwemme bekommen, sondern es wird die Konkurrenz, die ehrliche und aufrichtige Konkurrenz im Wirtschaftsleben, immer aufrechtbleiben.

Die Österreichische Volkspartei hat Maßnahmen verlangt, die verhindern, daß der schwer errungene Wohlstand und der höhere Lebensstandard mit höherer Lebensqualität, wie wir sie immer wieder fordern, auf diesem Gebiet beeinträchtigt werden, und daß viele Menschen – das wissen wir alle sehr genau – heute nicht mehr um die Ecke in der Nähe einkaufen gehen können, daß sie meistens in den eigenen Wohnorten keine Einkaufsmöglichkeiten mehr haben. Nur deshalb hat die Österreichische Volkspartei immer wieder darauf hingewiesen, aber die Interessensvertretung konnte diese Schwierigkeiten nicht allein verhindern.

Ich glaube, nur aus diesem Grund hat auch die SPÖ-Regierung nunmehr diese Probleme erkannt und dafür ein wenig Verständnis gezeigt.

Ich befürchte nur, es geht der SPÖ-Regierung dabei allerdings nicht um den kleineren und mittleren Betrieb. Der Druck kommt vielleicht, das nehme ich an, von breiten Schichten der Bevölkerung, die eben heute keine Semmel, keine Butter, kein Brot, kein Mehl und keine Milch um die Ecke kaufen können, sondern die auf die Nachbarschaftshilfe angewiesen sind, auf gute Freunde, daß sie mit den notwendigsten Lebensmitteln versorgt werden.

Die Regierung, glaube ich, hat dieses Problem immer etwas falsch gesehen. Es ging eben der SPÖ-Regierung darum, daß sie aus politischen Gründen für die selbständigen Unternehmer einfach keine Unterstützung geben konnte. Man hat nur die Problematik übersehen, die dadurch entsteht, daß der kleine Kaufmann ja weitaus weniger Einkommen gehabt hat und auch heute noch hat wie bereits die breite Masse der Bevölkerung. Daß diese kleinen Kaufleute auch eine volkswirtschaftliche Funktion zu erfüllen haben, das hat man ebenfalls übersehen.

Leidtragend sind eben, wie ich schon so oft gesagt habe und wie ich immer wieder draußen höre, die Pensionisten und die Ärmern der Bevölkerungsschichten, die kein Auto haben

**Schauer**

und auf andere Leute angewiesen sind. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei begrüßt daher diese heutige Vorlage und daß man zumindest den Ernst der Situation erkannt hat. Aber mit dieser Regierungsvorlage allein wird das Problem nicht zu lösen sein. Nach wie vor ist der Forderungskatalog der gewerblichen Wirtschaft zur Verbesserung der Nahversorgung unerfüllt geblieben. Wir fordern daher nach wie vor – es zählt dazu –, daß man den Abbau der ungeheuren administrativen Belastungen für die Klein- und Nahversorgungsbetriebe vornimmt.

So hat zum Beispiel allein der Lebensmittelhändler derzeit – bitte, Sie hören richtig – 54 Gesetze und 63 Verordnungen zu beachten. Bitte: 54 Gesetze und 63 Verordnungen für diesen kleinen Kaufmann!

Damit ist eine Verwaltungstätigkeit verbunden, die der kleine Kaufmann unentgeltlich für den Staat leisten muß. Herr Abgeordneter Mühlbacher, deshalb die Forderung bei der Vorlage des Mittelstandsgesetzes nach einer Entschädigung dafür. Ihre Befürchtungen, daß hier der Große profitieren wird, stimmt nicht, weil ja eine entsprechende Sperre eingebaut ist. *(Abg. Mühlbacher: Das habe ich aber nicht darin gelesen! – Abg. Staudinger: § 2 Abs. 4!) Bitte, genauer lesen.*

Eine wesentliche Erleichterung wäre natürlich auch die Wiedereinführung der Steuerpauschalierung für diese Betriebe, die so notwendig wäre. Aber leider, es ist eine langjährige Forderung der Wirtschaft, und sie wurde immer wieder vom Finanzminister abgelehnt.

Im Gegenteil: Durch die Bestimmung des 2. Abgabenänderungsgesetzes wurden die Abschreibungsmöglichkeiten für die Kombi-Wagen erschwert, wie der Abgeordnete Zittmayr gestern sehr umfangreich ausgeführt hat. Und wem traf am härtesten diese Bestimmung? Den kleineren und mittleren Kaufmann am Land, der die Ware zeitig in der Früh holen muß, der gewisse Serviceleistungen heute schon vollbringen muß, weil er ziemlich große Räume mit den wichtigsten Lebensmitteln für die Konsumenten versorgen muß.

Hier gilt als eine sehr ungleiche Belastung auch – das möchte ich heute hier aufzeigen – die Krankenversicherung, die gerade der kleine Kaufmann, der kleine Händler tragen muß.

Wenn wir einen Vergleich ziehen: Ein Angestellter zahlt einen Beitragssatz von 2,5 Prozent für die Krankenversicherung, der Kaufmann und kleine Händler für die gleiche Krankenversicherung 7,7 Prozent und zusätzlich noch 50 Prozent Zuschlag für die Ehegattin,

insgesamt also 11,5 Prozent. Und dann fragen wir uns, warum die kleinen Kaufleute zusperrten müssen. *(Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)*

Dazu kommt natürlich der Dienstgeberbeitrag, wenn ein Angestellter vorhanden ist, mit den weiteren 2,5 Prozent.

Ich möchte damit sehr deutlich und klar herausstreichen: Die kleinen Nahversorgungsbetriebe wollen keine Almosen, sie wollen keine Subventionen, sie wollen eine echte Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik haben.

Die Österreichische Volkspartei freut sich, daß die sozialistische Regierung für das Anliegen der Kaufleute erstmals nach langen Verhandlungen Verständnis gezeigt hat. Denn es wurde heute schon sehr oft und sehr deutlich gesagt, daß diese Verhandlungen schon viele Jahre dauern und daß wir bereits 1975 und 1978 von der Österreichischen Volkspartei immer wieder entsprechende Anträge gestellt haben, die im wesentlichen mit dieser heutigen Vorlage konform gehen.

Aber in dieser Gesetzesvorlage sieht die Österreichische Volkspartei nur eine von vielen notwendigen Maßnahmen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Wir müssen dazu sagen: Maßnahmen, die fast zu spät kommen. Es ist halt so wie ein Tropfen Wasser auf einen heißen Stein. Diese Maßnahmen, die heute gesetzt werden, dürfen nur der erste Schritt für weitere Maßnahmen sein.

Werden unsere Forderungen, die wir immer wieder stellen werden, nicht erfüllt, dann wird das Kaufmannsterben in Österreich – besonders wird es Niederösterreich und das Burgenland betreffen – so weitergehen wie in den letzten Jahren. Der Bericht vom 5. März in der „Wochenpresse“ von der Nielsen-Studie zeigt ja sehr deutlich, daß man mit diesen Maßnahmen das Kaufmannsterben nicht aufhalten kann.

Die Österreichische Volkspartei gibt dieser Regierungsvorlage gerne ihre Zustimmung. Wir wissen, daß es gewisse Möglichkeiten noch geben muß, um dem kleinen Wirtschaftszweig, den Kaufleuten zu helfen. Es wird der gesamten Bevölkerung in Österreich zugute kommen.

Wir müssen aber bei dieser Gelegenheit deponieren, daß die Nahversorgung dadurch allein noch nicht gesichert werden kann. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Mühlbacher.

Abgeordneter **Mühlbacher** (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich komme gerne der Bitte des Herrn Abgeordneten Graf

**Mühlbacher**

nach, keine Wahlrede zu halten. Sie meinen das also auch.

Sie gestatten doch, daß, wenn schon Herr Graf hier Stellungnahmen abgegeben hat, ich zu seinen Ausführungen auch Stellung nehmen darf. *(Abg. Graf: Sie brauchen mich ja gar nicht fragen dazu!)*

Er hat nämlich unsere Bemühungen, die Bemühungen des Freien Wirtschaftsverbandes, hinsichtlich der steuerlichen Besserstellung bei den Kombifahrzeugen belächelt. Ich darf dazu sagen, daß das sicherlich einen Grund hat. Dieser liegt darin, daß es Ihnen nicht sehr angenehm ist, daß unsere Beziehungen, die Beziehungen des Freien Wirtschaftsverbandes, dieser Interessenvertretung zu dieser Regierung sehr gut sind. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Graf: Das hoffe ich doch, um Gottes willen! Das ist ja das mindeste, Herr Mühlbacher!)*

Das sagen Sie so. Wie war es denn seinerzeit, als Herr Mitterer Handelsminister in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung war? Hatte der Wirtschaftsbund auch so gute Beziehungen? Nein, Sie haben nicht einmal eine Gewerbeordnung zustande gebracht, wenn Sie sich daran noch erinnern können. Das mußten wir erst während der sozialistischen Alleinregierung machen. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Graf: Meine Ergriffenheit kennt keine Grenzen, Herr Mühlbacher!)*

In dieser Zeit, in der Sie angeblich die guten Verbindungen gehabt haben, ist die BÜRGES zugesperrt worden, weil sie nicht dotiert wurde. Auch eine Tatsache, die Sie heute nicht mehr bestreiten können. *(Zwischenruf des Abg. Staudinger.)* Und nun kommen Sie heute und sagen, das wäre zu belächeln.

Wir glauben, daß man immer wieder verhandeln soll und daß man damit wirklich die Interessen der Selbständigen vertreten kann. Das ist uns mehr wert, als wenn man politische Akzente setzt und glaubt, durch Demonstrationen und so weiter politisches Kleingeld zu machen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Unsere Kontakte zur Regierung sind sehr gut, kann ich Ihnen sagen, und ich werde es Ihnen jetzt auch im Zusammenhang mit den zu besprechenden Vorlagen beweisen.

Uns ist klar, daß die Aufrechterhaltung der Nahversorgung gleichzeitig die Sicherung der Existenz unserer Klein- und Mittelbetriebe und insbesondere des Einzelhandels und des Handwerks bedeutet. Dabei wissen Sie genauso wie ich, daß es hier nicht ein politisches Problem gibt und daß die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Schauer, der das in das Politische hineinziehen wollte, nicht stimmen, sondern daß es sich hier um ein rein wirtschaftliches Problem

handelt, nämlich um die Umstrukturierung und neue Betriebsformen des Handels.

Wir haben das rechtzeitig erkannt. Ich darf Sie darauf aufmerksam machen, was die Sozialisten dazu sagen, es ist das eine viel kräftigere Aussage, als es in so manchem Grundsatzprogramm Ihrer Partei steht. Im neuen Programm der Sozialistischen Partei steht:

„Durch die fortschreitende Konzentration in der Wirtschaft werden viele Selbständige in Handel und Gewerbe gezwungen, ihre Selbständigkeit, sei es durch Betriebseinstellung, sei es durch Anschluß an Großbetriebe, aufzugeben. Dadurch wird die Versorgung von Teilen der Bevölkerung beeinträchtigt. Vor allem auf die gewerbliche Wirtschaft mit ihrem Können und ihrer wichtigen Dienstleistungsfunktion kann nicht verzichtet werden.“ – So das Parteiprogramm der Sozialisten. *(Ruf bei der ÖVP: Bitte weiterlesen!)*

Das ist eine Aussage, die zum Beispiel im Grundsatzprogramm der Handelskammer, sprich Wirtschaftsbund, fehlt. *(Beifall bei der SPÖ. - Ruf bei der ÖVP: Den nächsten Satz!)*

Sie wissen, daß dieser Strukturwandel in den Vertriebsformen des Handels auf die Konzentration zurückzuführen ist.

Jetzt komme ich in diesem Zusammenhang wieder auf die soziale Marktwirtschaft zu sprechen. Denn genau das ist ein Mangel der sozialen Marktwirtschaft, daß sie die Konzentration fördert – und das werden Sie immer wieder von mir hören –: Darum die Vorbehalte gegen Ihre soziale Marktwirtschaft. *(Abg. Staudinger: Zehn Jahre lang haben Sie nichts getan, und vorher hat der Staribacher vom Pult aus gesagt, die österreichischen Unternehmer ...!)* Das stimmt doch nicht, daß wir nichts getan haben. Ich komme noch darauf zurück, welche Maßnahmen von dieser Regierung gesetzt worden sind. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Wir wissen auch, daß das Problem der Nahversorgung nicht ein reines Problem des Lebensmitteleinzelhandels ist, denn Nahversorgung bedeutet für uns nicht nur die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, sondern die Versorgung der Bevölkerung mit allen Gütern des täglichen Bedarfs, darüber hinaus selbstverständlich auch mit den Dienstleistungen des Handwerks.

Das bedeutet für uns, daß sämtliche Klein- und Mittelbetriebe gefördert werden müssen, um eben die Nahversorgung in unserem Lande aufrechtzuerhalten.

Ich sage Ihnen, es wurde zur Erhaltung der Nahversorgung und damit zur Existenzsiche-

2684

Nationalrat XV. GP - 27. Sitzung - 6. März 1980

**Mühlbacher**

rung unserer Klein- und Mittelbetriebe bereits sehr viel getan.

Ich darf Sie daran erinnern, daß Einschränkungen gemacht worden sind in bezug auf die Verkaufsflächengröße. Ich darf daran erinnern, daß wir gerade für diese Betriebe eine Existenzgründungsförderung ins Leben gerufen haben und daß schließlich die Stamm-Bürges-Aktion wie auch Maßnahmen auf Grund des Gewerbestrukturverbesserungsgesetzes den Betrieben der Nahversorgung sehr zugute kommen.

Darf ich Ihnen die Entwicklung bei der Kleingewerbeaktion bildlich zeigen. Im Jahre 1975 gab es 334 Millionen Schilling geförderte Kreditsumme, im Jahre 1979 1 373 Millionen Schilling. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bei der Aktion nach dem Gewerbestrukturverbesserungsgesetz: Im Jahre 1975 geförderte Kreditsumme 1 762 Millionen Schilling, im Jahre 1979 4 613 Millionen Schilling, eine gewaltige Steigerung, man kann sagen: mindestens eine Verdreifachung. *(Abg. Staudinger: Wie schaut es mit dem Eigenkapital aus?)*

Darf ich jetzt auch noch etwas zu der Existenzförderungsaktion sagen, denn diese ist nämlich eine sehr wichtige Aktion für die Nahversorgungsbetriebe. Auch hier gleich nach Beginn der Aktion im Jahre 1977 noch im Eröffnungsjahr 67 Millionen Schilling, im Jahre 1979 bereits 473 Millionen Schilling.

Hier sehen Sie, daß wichtige Förderungsmaßnahmen getroffen worden sind, und diese auch ihren Niederschlag gefunden haben. Denn seit 1975 können Sie ein Ansteigen der Mitglieder der Handelskammern sehen. Seit 1975 gibt es in Österreich um 4 000 Gewerbetreibende mehr als im Jahr 1975. Das ist doch ein beachtlicher Erfolg, und das zeigt doch... *(Rufe bei der ÖVP: Berechtigungen!)* Nein, nein, Personen. Das ist auf Personen abgestellt. Ich habe diese Zahlen von der Handelskammer. Sie beziehen sich auf Personen und nicht auf Berechtigungen; 4 000 mehr.

Herr Präsident der Burgenländischen Handelskammer - er ist gerade nicht im Raum, das würde ihn sicherlich freuen -, es zeigt sich dort, daß diese Aktionen ja auch die Nahversorgung und die Handelsunternehmen sehr gefördert haben. Denn die Sektion Handel der Handelskammer Burgenland stellte in den letzten Tagen fest, daß die Nahversorgung im Burgenland intakt ist, und zwar führen sie aus:

„Während in anderen Bundesländern in den letzten fünf Jahren die Zahl der Handelsbetriebe um 2 Prozent zurückgegangen ist, stieg sie im Burgenland um etwa 1,5 Prozent auf 5 236.“ - Das heißt also, diese Maßnahmen sind zum Beispiel auch im Burgenland wirksam.

Ob das auch mit der Tatsache in Zusammenhang zu bringen ist, daß es in diesem Bundesland auch eine sozialistische Mehrheit gibt, das zu beurteilen überlasse ich Ihnen.

Ich bin überzeugt davon und ich glaube auch zu wissen, daß es eine einzelne Maßnahme nicht gibt, die eine Lösung des Problems der Nahversorgung und der Existenzsicherung der Klein- und Mittelbetriebe bringt. Es müssen viele und verschiedene Initiativen und sogar branchenspezifische Maßnahmen gesetzt werden.

So glaube ich, daß wir weiterhin daran arbeiten müssen, Maßnahmen zu setzen, die eben die Nahversorgung in einzelnen Gebieten absichern. Sie müssen unterschiedlich sein in Ballungszentren und im ländlichen Raum.

Ich kann mir vorstellen, daß ein heute schon besprochenes Thema, nämlich die Aufhebung der Preisregelung für die sozial kalkulierten Artikel, einen weiteren wesentlichen Schritt zur Verbesserung des Lebensmittelhandels ergeben würde. Wir müssen uns aber mit unseren Partnern zusammensetzen und genau abwägen und überprüfen. Wir sind ja auch diesmal zu einem Ergebnis gekommen beim Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis. Dabei ist wirklich die gute Zusammenarbeit im Handelsministerium hervorzuheben ebenso wie die Einberufung von Kommissionen und Ausschüssen durch den Herrn Handelsminister, was die Möglichkeit gibt, alles vorzubereiten, um hier im Hause bereits ein Ergebnis vorzulegen, das einstimmig anerkannt werden kann.

Ich glaube, daß es ein wesentlicher Schritt wäre, wenn wir für unsere Kleinbetriebe eine Erweiterung der Steuerpauschalierung erreichen könnten. Dadurch würden wir ihnen mehr Zeit für ihre Arbeit geben.

Ich glaube, daß es auch wichtig ist, daß wir - und hier stimme ich Ihnen ganz zu - die Verwaltungsarbeit erleichtern. Selbstverständlich gibt das den Selbständigen mehr. *(Abg. Staudinger: Das ist unser Wirtschaftskonzept! Danke!)*

Nur, Ihr Konzept, verehrte Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei, ist nicht ausgereift und zu wenig überlegt. Das ist ein Wahlgag, aber sonst nichts. Denn Sie haben nicht überlegt - und ich darf dazu sagen: es war unverantwortlich -, daß doch auf der einen Seite der Staat einen gewissen Einnahmenbetrag benötigt. Das wissen Sie. Wenn ich also Einnahmen wegnehme, muß ich ja auch nachdenken, wie ich die Einnahmen wieder dem Staat zuführen kann. Also da stimmt schon einmal etwas nicht, denn irgendwer muß es ja bezahlen. Das ist das eine.

**Mühlbacher**

Das zweite habe ich Ihnen schon einmal hier gesagt: Sie haben nicht überlegt, wenn ein Unternehmer etwas in der Form, wie Sie es vorgeschlagen haben für seine Dienstleistung bekommen soll, daß er davon wieder Steuern zu zahlen hätte, wie Mehrwertsteuer, Gewerbesteuer und Einkommensteuer.

Und was Sie überhaupt nicht überlegt haben, das habe ich Ihnen hier noch nicht gesagt: daß das gar nichts bringt. Denn bei einem Unternehmer mit fünf Beschäftigten bringt es diesem im Jahr 1 200 Schilling. Also das ist zuwenig, um wirklich sagen zu können, daß es diesem Kleinbetriebsinhaber helfen würde. Daß es aber einem Unternehmer mit 1 000 Beschäftigten fast eine halbe Million bringt im Jahr, das haben Sie nicht übersehen.

Und da komme ich wieder dorthin, daß ich sage: Sie denken nicht nach. Sie kümmern sich ja immer wieder nur um die großen Betriebe und nicht um die kleinen. Wir sind eben jene, die wirklich die Kleinbetriebe in Österreich ins Herz geschlossen haben. *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Staudinger: Aus diesem Grund haben Sie 1975 den Beschluß verschoben!)*

Herr Abgeordneter Staudinger! Sie vergessen etwas: Wir haben hier im Haus schon einmal eine Vorlage gehabt, wo wir in einer Regierungsvorlage das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis vorgeschlagen haben. Und da haben Sie dagegengestimmt! Heute haben wir das hier wieder mühsam retten müssen. Können Sie sich daran erinnern? Wir haben es gehabt! *(Abg. Staudinger: Wir hätten doch Zugeständnisse machen müssen, die wir einfach nicht hatten machen können!)* Ich habe gesagt: Wir haben schon einmal in einer Regierungsvorlage das Verbot des Verkaufes unter dem Einstandspreis vorgeschlagen. Das können Sie mir nicht widerlegen! *(Beifall bei der SPÖ. - Abg. Staudinger: Sie geben uns einen Rock und ziehen uns die Hose dabei aus!)*

Meine Damen und Herren! Noch etwas wäre für die Kleinbetriebe wichtig: zumindest die Anhebung des Freibetrages bei der Gewerbesteuer, eine weitere Anhebung, so wie wir sie, nämlich die Vertreter des Freien Wirtschaftsverbandes, seinerzeit gewollt haben: auf 120 000 S und eine Erleichterung bis 240 000 S, allerdings auf Kosten derjenigen, die einen höheren Gewerbeertrag haben, das heißt also aufkommensneutral. Das hätte einerseits eine Leistungsentschädigung für den Aufwand des voll mitarbeitenden Unternehmers bedeutet und hätte andererseits die Diskrepanz gegenüber den Großen etwas ausgeglichen, das heißt, die Wettbewerbschancen gegenüber den Großen verbessert. Das haben Sie auch nicht gewollt,

aber vielleicht werden Sie doch noch einmal davon zu überzeugen sein.

Verehrte Damen und Herren! Ich darf damit auch schon schließen und sagen: Ich glaube, daß wir mit der Vorgangsweise des Herrn Handelsministers, daß er Ausschüsse eingesetzt hat, den richtigen Weg gefunden haben. Es hat dort einstimmige Beschlüsse gegeben, die insbesondere auch dem Lebensmitteleinzelhandel weitere Möglichkeiten geben. Wie Sie wissen, wurde dort auch beschlossen, daß man bei den Preisen für die sozial kalkulierten Artikel, soweit die Ware zugestellt wird, auch einen Aufschlag ermöglichen sollte. Das heißt, die Dienstleistung soll herausgestellt und soll auch entsprechend entlohnt werden. Ich glaube, da bietet sich zum Beispiel für den Lebensmittel-einzelhandel ein großes Betätigungsfeld.

Ich darf zum Schluß nur noch sagen: Ich glaube, als Garantie für die Erhaltung der ausreichenden Nahversorgung unserer Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen des täglichen Bedarfes durch Existenzsicherung unserer Klein- und Mittelbetriebe kann ein weiterer Satz im neuen Parteiprogramm der Sozialisten gewertet werden. Er lautet: „Die Sozialisten treten für die Sicherung einer ausreichenden Nahversorgung durch gesetzliche Bestimmungen und gezielte Förderungen ein.“ *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Zum Wort hat sich die Frau Staatssekretär Anneliese Albrecht gemeldet. Ich bitte.

Staatssekretär im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie **Anneliese Albrecht:** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu dem Drei-Parteien-Initiativantrag ist zu sagen, daß die Situation der Klein- und Mittelbetriebe und die Situation der Nahversorgung ein Schwerpunkt der Arbeit im Handelsministerium sein muß und natürlich auch ist. Ich erinnere mich sehr wohl, daß sich der Handelsminister geäußert hat, daß es notwendig ist, die Nahversorgung zu sichern und Maßnahmen zu ergreifen. Aber er hat sich ja nicht nur geäußert, sondern es sind auch Taten besetzt worden, und Sie haben das sehr deutlich besonders in dem letzten Debattenbeitrag des Abgeordneten Mühlbacher gehört.

Der Handelsminister wird sicher zu all diesen Problemen selber noch Stellung nehmen. Aber ich glaube doch, hier, um das ganze im Lot zu lassen, daran erinnern zu müssen - und viele Herren auch von der rechten Seite hier wissen das -, wie konsensbereit der Minister ist, wie bereit er zu Verhandlungen ist und wie er ständig eben auch Kontakte sucht.

2686

Nationalrat XV. GP - 27. Sitzung - 6. März 1980

**Staatssekretär Anneliese Albrecht**

Vielleicht auch etwas zu den sozialistischen Frauen. Hier wurde – ich glaube von Ihnen, Herr Abgeordneter Staudinger – darauf hingewiesen, daß die sozialistischen Frauen sagten – was sicherlich nicht negativ gemeint sein kann von Ihnen –, der Greißler darf nicht sterben.

Ich rede nun für mich: Ich finde, man sollte auch das Wort „Greißler“ nicht nur negativ behängen. Es ist ja etwa auch so, daß der Ausdruck „Beisl“ heute eine gewisse positive Färbung erfährt. Also glaube ich, man soll uns den Greißler nicht übelnehmen. Es geht um den Inhalt.

Sie sehen, die sozialistischen Frauen machen sich also da sicherlich nicht nur Gedanken darüber, sondern sie setzen auch Aktionen, und ich glaube, wenn man für den Greißler ist, dann muß man nicht unbedingt gegen die Autobusse sein. Man macht sich eben Gedanken, wie man die Nahversorgung im Sinne des Konsumenten, auch im Sinne derjenigen, die die Nahversorgung betreiben, verbessern kann.

Ich möchte auch anmelden, daß man sich nicht nur Gedanken gemacht hat, sondern schon Beratungen darüber angestellt werden, wie die Situation der Frau im mittleren und im kleinen Gewerbe zu verbessern ist. Was übrigens allgemein die Frauen in allen Parteien erkennen, das sei hier auch positiv angemerkt.

Ich habe mich darüber gefreut, daß der Name Kostroun genannt wurde. Ich glaube, es war der Herr Präsident Graf, der das getan hat. Die Tätigkeit des Abgeordneten Kostroun war gerade für die kleinen und mittleren Betriebe eine sehr segensreiche, aber darüber hinaus doch auch ein Zeichen, daß sich die Sozialisten nicht erst heute Gedanken über die kleinen Betriebe machen.

Jetzt noch zur Novelle zum Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, ein Gesetz von großer Bedeutung für den Konsumenten. Durch dieses Gesetz werden sehr lang gehegte Forderungen und Wünsche – das wurde ja mehrfach und von allen Seiten hier betont – erfüllt werden können. Schon bisher hat ja dieses Gesetz dem Verbraucher geholfen, sich in der unübersehbaren Fülle des Angebots besser zurechtzufinden, und ich glaube, Befürchtungen, daß nun eine Flut von Kennzeichnungen käme, die auch gar nicht mehr kontrolliert werden könnte, sind nicht angebracht. Ich möchte aber nicht verhehlen, daß ich es etwa für sehr notwendig fände, daß wir doch eine Kennzeichnung für die Entflammbarkeit hätten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Ich meine, es wäre unglaublich zu versprechen, daß nun gar keine Verordnung mehr hier erlassen werden sollte. Ich glaube aber, das war

auch durchaus nicht so gemeint. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)*

Die Möglichkeit, Dienstleistungen zu kennzeichnen, wird sicherlich von den Konsumenten auch sehr begrüßt werden, und es ist erfreulich, daß sich eigentlich die weitaus größte Mehrheit in diesem Hause zu dieser konsumentenfreundlichen Möglichkeit auch bekennt.

Konsumentenschutz, Konsumentenpolitik wird von verschiedenen Seiten her betrieben: von der öffentlichen Seite, von der Seite der Interessensvertretungen, vom Verein für Konsumenteninformation, wie gesagt von den Frauenorganisationen, und alle diese Mühen und Bemühungen sind ja auch im positiven Sinne mit verantwortlich für diese neuen und guten Bestimmungen, die für den Konsumenten Vorteile bringen, aber auch – und das läßt sich dann, das muß ich auch sagen, erfreulicherweise unter einen Hut bringen – für den Handel Positives beinhalten.

Ich erinnere mich an eine ganze Reihe von Podiumsdiskussionen und Enqueten und Initiativen etwa im Zusammenhang mit der Mogelpackung, wo es ja wirklich manchmal schon groteske Beispiele der Täuschung des Konsumenten gegeben hat. Wir sind sehr froh, daß nun sehr bald damit Schluß sein wird.

Wer nun die Entwicklung, ich möchte fast sagen die historische Entwicklung des UWG, verfolgt, der wird feststellen, was auch Sie, Herr Abgeordneter Staudinger, hier vermerkten, nämlich die Entwicklung vom Konkurrenzschutz zum Konsumentenschutz. Das ist natürlich eine Entwicklung, die vor allem die Konsumenten sehr begrüßen werden, und es ist schon richtig, daß der Konsument an Einfluß gewonnen hat, daß er heute nicht mehr unbedingt auf dem kürzeren Ast sitzt – vielleicht noch nicht ganz auf dem gleichen; aber es ist doch sehr viel in seinem Sinne erreicht worden.

Ich möchte nun, da zu diesen beiden Vorlagen schon so vieles gesagt wurde, abschließend noch sagen, daß die Verhandlungen, die über das UWG angestellt wurden, sehr sachlich und, ich glaube, man soll das doch auch bekennen, sehr fair geführt wurden, und es ist Anlaß, allen zu danken, die hier mitverhandelt haben und mitformulierten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident:** Als nächster zum Wort kommt der Abgeordnete Schüssel.

Abgeordneter Dr. **Schüssel** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Ich darf mir am Beginn meiner Ausführungen erlauben, einige Feststellungen zum Verlauf der Debatte zu treffen.

**Dr. Schüssel**

Erstens bedaure ich, daß den ganzen Tag über – und wir haben ja keine uninteressanten Materien behandelt – kein einziger Minister auf der Regierungsbank Platz genommen hat. Das sollten Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, auch bedauern, denn es ist auch eine Mißachtung Ihrer Fraktion durch diese Regierung. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Rufe bei der ÖVP: Ist ihnen doch wurscht! Treue Diener!)*

Eine zweite Bemerkung zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Mühlbacher, der die Dinge aus seiner Erfahrung und aus seiner Tätigkeit doch ein bißchen besser kennen müßte: Er hat hier die alte Forderung wieder aufgewärmt, man müsse die Freibeträge zur Gewerbesteuer erhöhen. Gut. Dieser Meinung sind wir langfristig genauso wie Sie. Das Problem, Herr Kollege Mühlbacher – das wissen Sie doch genauso gut wie ich –, liegt aber darin, daß an der Gewerbesteuer, an den Einnahmen zur Gewerbesteuer verschiedene Dinge dranhängen, zum Beispiel die Gewerbesteuern, zum Beispiel die Wirtschaftsförderung.

Herr Kollege Mühlbacher! Wenn Sie also die Forderung aufstellen, daß hier die Freigrenzen übertrieben hochgezogen werden sollen, dann werden Sie auch Rede und Antwort stehen müssen, wie dann der Ausfall etwa bei den Gewerbesteuern finanziert werden soll, zumal der Finanzminister erklärt, daß er nicht bereit ist, die Bundeszuschüsse zu erhöhen.

Und dann noch etwas, Herr Kollege Mühlbacher: Sie haben sich Ihrer besten Beziehungen zu der sozialistischen Bundesregierung gerühmt. Bitte, gar so gut dürften diese Beziehungen ja doch nicht sein, denn Ihre ursprüngliche Forderung, die Kombi-Bestimmungen schon mit Ende des Jahres 1979 ein bißchen zu entschärfen, ist ja nicht in die Wirklichkeit umgesetzt worden. *(Abg. Mühlbacher: Kommt doch!)* Da dürfte es also bisher jedenfalls schon Kommunikationsschwierigkeiten zwischen Mühlbacher und Androsch gegeben haben.

Im übrigen aber würde ich Ihnen auch gar nicht raten, schlechte Beziehungen zu Ihrer Regierung und schon gar nicht zum Stellvertretenden Bundesparteiobmann Ihrer Partei, Hannes Androsch, zum Finanzminister, zu unterhalten, denn wir haben ja heute aus dem Mund der Stellvertretenden Klubobfrau Jolanda Offenbeck gehört, wie das so ist in der Sozialistischen Partei, daß ein Mandatar Ihrer Fraktion jeden Tag davon bedroht ist, unter Umständen sein Mandat zu verlieren. Also rate ich Ihnen, Ihre guten Beziehungen zu Hannes Androsch durchaus zu kultivieren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein letzter Punkt zu den Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion. Sosehr wir den grund-

sätzlichen Ausführungen vom Kollegen Stix Interesse und Respekt zollen – wir teilen auch manche Befürchtungen, die er hier gebracht hat –, sehen wir uns doch aus grundsätzlichen Überlegungen heraus nicht in der Lage, Ihrem Antrag Folge zu leisten, weil wir auf dem Standpunkt stehen, daß man zu einem Verhandlungsergebnis auch dann stehen muß, wenn es nicht 100prozentig die eigenen Vorstellungen erfüllt.

Und nun zum eigentlichen Thema meiner Rede, zu der Situation der Nahversorgung und zum Nahversorgungsgesetz.

An der nördlichen Grenze meines Wahlkreises, im Waldviertel, liegt eine Gemeinde, sie hat eine ländliche Struktur, sie hat eine relativ unversehrte Bausubstanz und einen abnehmenden Bevölkerungsanteil. Vor einigen Jahren noch gab es in dieser Gemeinde zwei Schneider, zwei Schuster, zwei Wirte, zwei Kaufleute, einen Bäcker, einen Schmied und eine Mühle. Heute gibt es in der gleichen Gemeinde nur mehr einen Tischler und einen Kaufmann. Die anderen haben alle aufgegeben, diese selbständigen Unternehmer haben ihr Geschäft zugesperrt.

Der Kaufmann ist alt, und es ist sehr die Frage, ob sich ein Nachfolger für dieses Geschäft finden wird. Und dann wird es dort so sein wie in 300 Gemeinden in Niederösterreich heute schon, daß die Bevölkerung praktisch in zwei Klassen geteilt wird: in die eine Klasse der Autobesitzer, die dann ins Auto einsteigen und wegfahren können, um im Supermarkt einzukaufen, und in die anderen, meist die ärmeren Schichten, die nicht diese Gelegenheit haben, die kein Auto besitzen.

Diese Situation ist typisch für manche niederösterreichischen Gegenden. Wir haben heute bereits 17 Prozent der Einwohner Niederösterreichs, die nicht mehr im Ort von einem Kaufmann versorgt werden können, 27 Prozent der Kärntner, 8 Prozent der Salzburger. Man sieht also: Hier ist durchaus ein bedrohlicher Strukturwandel im Gange.

Der heutige Beschluß, das Nahversorgungsgesetz zu ändern, wird hier – so hoffen wir jedenfalls – teilweise Abhilfe schaffen. Er ist ein Teil praktischer Mittelstandspolitik. Der heutige Beschluß ist Teil der Mittelstandsinitiative der Österreichischen Volkspartei, die in den letzten Tagen und in den kommenden Tagen in diesem Parlament abrollt und abrollt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben vor wenigen Wochen das Mittelstandsgesetz neuerlich eingebracht, bei dem Abgeordneten Graf als Erstunterzeichner fungiert; die erste Lesung hat in der letzten Parlamentssitzung stattgefunden.

2688

Nationalrat XV. GP - 27. Sitzung - 6. März 1980

**Dr. Schüssel**

Wir werden demnächst ein Bundesgesetz über die Förderung von Existenzgründungen von Unternehmern einbringen, das der Abgeordnete Schauer einbringen wird.

Wir haben gestern eine Anfrage des Präsidenten Dittrich hier eingebracht, wie man die Situation von Unternehmern - von alt gewordenen Unternehmern - erleichtern könnte, die ihren Betrieb zusperrten wollen, es aber heute nicht können, weil sonst eine ungeheure Steuerleistung aktiviert werden müßte.

Und wir haben mit dem heutigen Tag einen Initiativantrag mit dem Abgeordneten Präsident Sallinger als Erstunterzeichner eingebracht, der die negativen Auswirkungen des 2. Abgabenänderungsgesetzes entschärfen soll.

Hier, Abgeordneter Mühlbacher, hätten Sie die Möglichkeit mitzugehen. In diesem Gesetz verlangen wir folgendes: Die volle steuerliche Anrechenbarkeit von Firmenautos, die volle Rücklagenbildung für Abfertigungen, weil ja mittlerweile auch die Arbeiterabfertigung neu eingeführt wurde. Wir verlangen eine Verbesserung bei den Pensionsrückstellungen. Alle diese Punkte sind angewandte Mittelstandspolitik. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren gerade von der SPÖ, wenn Sie es ernst meinen mit dem Mittelstand und ihn nicht nur als Schlagwort in Sonntagsreden auf den Lippen führen, dann müssen Sie nicht nur heute diesen zwei Anträgen, sondern dem gesamten mittelstandspolitischen Paket der Österreichischen Volkspartei zustimmen. *(Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)*

Ich möchte hier drei Punkte behandeln. Erste Frage: Wem nützt dieses Gesetz zur Nahversorgung, Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis?

Zweitens: Welche realistischen Hoffnungen kann man sich machen? Welche Hoffnungen sind übertrieben?

Die dritte Frage: In welchem ordnungspolitischen Zusammenhang stehen diese Maßnahmen, die wir heute beschließen werden?

Zur ersten Frage: Wem nützt dieses Gesetz? - Es nützt dem Kleinbetrieb, dem mittelständischen Betrieb im Wettbewerb mit den finanzstarken Großvertriebsformen. Davon haben wir gerade in Österreich ohnedies schon genug. Es nützt dem Nahversorger, dessen Hauptumsatz zwischen 30 und 50 Prozent mit sozial kalkulierten Artikeln gemacht wird, die ja bekanntlich eine sehr niedrige Handelsspanne haben. Es nützt letztlich damit auch den Konsumenten, weil es die Nahversorgung sichern hilft.

Worum geht es denn überhaupt bei diesem Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis? Warum sollen Schleuderverkäufe verboten werden? - Weil sie letztlich dem Konsumenten schaden. Sie verzerren die Wettbewerbssituation, sie führen zu örtlichen Monopolbildungen, sie führen damit in weiterer Folge zur Verdrängung der Kleinen aus dem Güterversorgungsnetz, und sie bedrohen damit letztlich die Nahversorgung. Daher nützt dieses Gesetz - und das ist die Antwort auf die erste Frage - zunächst dem Mittelstand, in weiterer Folge aber auch allen Konsumenten.

Zur zweiten Frage: Welche Hoffnungen kann man realistisch an dieses Gesetz knüpfen, welche sind übertrieben? - Wir glauben, daß man mit diesem Gesetz eine Stabilisierung der Zahl der Nachbarschaftsläden einleiten kann. Der Abgeordnete Staudinger hat schon darauf hingewiesen, was hier für eine ungeheure Veränderung vor allem im Lebensmitteleinzelhandel vor sich gegangen ist. Wir hatten im Jahr 1970 noch etwas über 20 000 Lebensmitteleinzelhandelsgeschäfte.

Es gibt eine Prognose des Linzer Volkswirtschaftlers Helmut Schuster, der für das Jahr 1986 die Halbierung der Zahl dieser Geschäfte auf unter 10 000 befürchtet. Das ist zunächst einmal eine abstrakte Zahl. Was bedeutet sie aber in Wirklichkeit vor allem für den Konsumenten und vor allem für die Volkswirtschaft? - Wenn dieser Prozeß weitergeht, dann heißt das in Wirklichkeit, daß pro Jahr die Österreicher 71 Millionen Kilometer mehr zu Fuß zum nächsten Geschäft zurückzulegen haben. Das bedeutet, pro Haushalt 31 Kilometer im Jahr mehr gehen müssen, damit man zum Nahversorger um die Ecke, der er dann nicht mehr ist, kommen kann. Es bedeutet weiter, daß die Österreicher 69 Millionen Kilometer mehr pro Jahr hinter dem Lenkrad verbringen müssen, damit sie ihre Einkäufe tätigen können.

Es bedeutet den Wegfall Tausender Arbeitsplätze im mittelständischen Handel, und es bedeutet eine volkswirtschaftliche Gesamtbelastung von mehr als 1,2 Milliarden Schilling pro Jahr. Das heißt, das Verbot des Verkaufs unter dem Einstandspreis ist unerhört wichtig zur Sicherung der Nahversorgung, und es ist eine notwendige Ergänzung des bisherigen Nahversorgungsgesetzes. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dieses Gesetz wird nicht alle Nachbarschaftsläden vor dem Zusperrten retten können. Es wird vor allem jene nicht mehr retten können, die bereits zugesperrt haben. Da können Sie von der SPÖ sich ein bißchen an die Brust klopfen, indem Sie sich selber fragen: Warum haben Sie denn fünf Jahre lang dieses Gesetz verschleppt und blockiert? Denken Sie daran, wieviel

**Dr. Schüssel**

Tausende Betriebe in der Zwischenzeit zusperrten mußten. Allein im letzten Jahr waren es wieder tausend Betriebe weniger. Das heißt, es bleibt die Hoffnung – und das ist die realistische Antwort auf die zweite Frage – auf eine Stabilisierung der Zahl der Nachbarschaftsläden.

Zur dritten Frage: Ist dieses vorgelegte Gesetz ein marktwirtschaftliches Instrument oder nicht? Es ist das eine Frage, die ja auch der Abgeordnete Schmidt hier zu Recht gestellt hat. Oder handelt es sich dabei wiederum nur um eine jener Sünden wider die Soziale Marktwirtschaft, die gerne von gewissen Sonntagsrednern in ihren Reden vergessen werden. Nachdem es sich heute bei meiner Rede um eine Donnerstagsrede handelt, möchte ich eine ganz klare Antwort auf diese Frage hier geben. Ich persönlich und meine Fraktion sind der Meinung, daß es sich hier um ein marktwirtschaftskonformes Instrument zur Regelung und Ordnung des Wettbewerbs handelt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es ist ein Instrument, das in den Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur hineinpaßt, sondern in Wahrheit längst hineingehört. Warum? – Die Soziale Marktwirtschaft ist einfach ein dritter Weg zwischen dem Staatskapitalismus auf der einen Seite, wie er von dem einen oder anderen Land praktiziert wird und dem Laissez-faire-Prinzip des Frühkapitalismus, das wir in Österreich sicherlich längst überwunden haben.

Das Schlüsselwort dieser Sozialen Marktwirtschaft, meine Damen und Herren, heißt Wettbewerb. Die heute zu beschließende Maßnahme ist keine Wettbewerbseinschränkung, sondern eine Ordnungsmaßnahme, die überhaupt den Wettbewerb funktionieren machen soll und ermöglichen hilft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ordnungspolitik – man diskutiert in Österreich viel zu selten darüber; unser Parteiobmann ist einer der wenigen Spitzenpolitiker, die in ihren Reden immer wieder auf die ordnungspolitischen Vorstellungen ihrer Parteien eingehen – muß Ergebnisse beschreiben, die verhindert werden sollen, sie muß aber ebenso Ziele nennen, die erreicht werden sollen.

Es ist ein Jammer, daß man in Österreich Ordnungspolitiker gerne belächelt und es vor allem bundesdeutschen Kollegen überläßt, irgendwelche ordnungspolitische Sprüche zu klopfen.

Das Problem besteht ja, glaube ich, bei der SPÖ darin, daß sie sich in einer etwas prekären Situation befindet. Heute sitzen nämlich österreichische Sozialisten in Wahrheit an den Schalthebeln jener Macht und jener Wirtschafts-

und Gesellschaftsordnung, deren Ordnungs- und Erfolgsgesetze sie nicht anerkennen. Davon ist selbst ein prononcierter rechter Sozialdemokrat, wie der Generaldirektor der Nationalbank Kienzl, nicht verschont geblieben, als er in einem Gespräch mit Ernest Mandel im „Neuen Forum“ folgenden Satz geprägt hat:

„Ich sehe es überhaupt nicht als meine Aufgabe an, die kapitalistische Wirtschaft zu stabilisieren, sondern ich sage ganz deutlich und konkret: Wenn wir in Schwierigkeiten kommen, wo wir mit bisherigen Mitteln nicht mehr durchkommen, dann müssen wir nach neuen Instrumenten greifen, dürfen da gar keine Hemmungen haben, auch mit revolutionären Maßnahmen vorzugehen.“

Das sagt ein rechter Sozialdemokrat. Ich weiß nicht, ob ihm in der Zwischenzeit der revolutionäre Elan abhanden gekommen ist. Aber die Äußerung ist keineswegs alt, sie ist jüngeren Datums.

Und der Finanzminister ist ja selbst in diesem Dilemma befangen. Er hat in diesem Parlament, von der Regierungsbank her, die Soziale Marktwirtschaft mit einem Eiskasten verglichen: Kalt, politisch und sozial bedeutungslos, ein bloßes Versorgungsinstrument. Meine Damen und Herren! Ein Finanzminister, der solche Vergleiche wählt, der muß es sich gefallen lassen, daß man dann von unserer Seite her hier Anzeichen sieht, daß Sie die Soziale Marktwirtschaft wirklich als Eiskasten sehen, aus dem heraus man sich beliebig bedienen kann. Das ist ein grundlegendes Mißverständnis von Marktwirtschaft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ein Finanzminister, der solche Vergleiche zieht, macht sich verdächtig, die Soziale Marktwirtschaft nicht nur als Eisschrank und damit als irgendein Stilmöbel – mehr oder weniger geeigneten und geschmacklichen Stils – zu verwenden, sondern der macht sich verdächtig, auch die Soziale Marktwirtschaft selbst vielleicht zum Einfrieren und letztlich zum Absterben zu führen. Da werden wir alles unternehmen, damit es dazu nicht kommt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Seien Sie daher versichert, meine Damen und Herren, daß wir hier nicht zusehen werden. Wir werden weder den gesellschaftspolitischen roten Bremsspuren zusehen, die uns womöglich von der Überholspur der Sozialen Marktwirtschaft in den linken Straßengraben drängen *(Heiterkeit bei der SPÖ)*, noch werden wir zusehen bei einem mörderischen Konkurrenzkampf im Handel, der die kleinen mittelständischen Betriebe aus dem Markt herausdrängt und wenige große übrig läßt. Wir kennen Ihre Vorliebe für Großbetriebe! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Dr. Schlüssel**

Wir von der Österreichischen Volkspartei, wir werden dafür sorgen, auch mit solchen Maßnahmen, die wir heute beschließen werden, daß der Wettbewerb weiter funktioniert. Dazu dient dieses Gesetz, und deshalb werden wir ihm zustimmen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Berichterstatter ein Schlußwort? – Das ist nicht der Fall.

So kommen wir zur Abstimmung, die ich über jeden der beiden Gesetzentwürfe getrennt vornehme.

Wir gelangen zuerst zur Abstimmung über den Entwurf der UWG-Novelle 1980. Da ein Abänderungsantrag vorliegt und ferner getrennte Abstimmung verlangt ist, gehe ich so vor.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Artikel I bis einschließlich Ziffer 7 in der Fassung des Ausschlußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Zu Artikel I Ziffer 8 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Stix und Genossen vor. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung dieses Abänderungsantrages ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist die Minderheit und abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Artikel I Ziffer 8 in der Fassung des Ausschlußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Ich lasse nunmehr über Artikel I Ziffer 9 bis Ziffer 12 in der Fassung des Ausschlußberichtes abstimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Hinsichtlich des Artikels I Z 13 ist getrennte Abstimmung verlangt.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes zustimmen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschlußberichtes in 249 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die diesem Teil des Gesetzentwurfes ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben.

Das ist einstimmig in zweiter Lesung angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Entwurf, mit dem das Bundesgesetz zur Verbesserung der Nahversorgung und der Wettbewerbsbedingungen geändert wird, samt Titel und Eingang in 262 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

**4. Punkt: Bericht des Verfassungsausschusses über den Antrag 27/A (II-385 der Beilagen) der Abgeordneten Blecha und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung der Presse geändert wird (248 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Antrag 27/A der Abgeordneten Blecha und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Förderung der Presse geändert wird. Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Kapaun.

Berichterstatter Dr. **Kapaun:** Hohes Haus! Herr Präsident! Durch die vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Presse soll eine Erhöhung der Presseförderungsmittel für berufsbegleitende Aus- und Fortbildung von journalistischen Mitarbeitern österreichischer Medienunternehmen ermöglicht werden.

Der Verfassungsausschuß hat den Initiativantrag am 12. Feber 1980 in Verhandlung gezogen und nach Wortmeldung des Abgeordneten Blecha einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes in der von den Abgeordneten Blecha, Dr. Neisser und Dr. Frischenschlager vorgeschlagenen Fassung zu empfehlen.

**Dr. Kapaun**

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschlußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Ich darf den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte einzuleiten.

**Präsident:** Da niemand zum Wort gemeldet ist, kommen wir zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 248 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. - Einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. - Auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

**5. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (59 der Beilagen): Internationale Energieagentur; Durchführungsübereinkommen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Systeme zur Umsetzung von Windkraft samt Anhang (263 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Internationale Energieagentur; Durchführungsübereinkommen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Systeme zur Umsetzung von Windkraft samt Anhang.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Köck.

Berichterstatter **Köck:** Herr Präsident! Hohes Haus! Die Beteiligung Österreichs an dem Durchführungsübereinkommen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Systeme zur Umsetzung von Windkraft stellt einen wesentlichen Beitrag zum nationalen Forschungsprogramm zur Nutzung der Windenergie dar.

Durch die Unterzeichnung des Durchführungsübereinkommens entsteht die Verpflichtung, sich an einem oder mehreren Forschungsprojekten zu beteiligen.

Das Durchführungsübereinkommen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Systeme zur Umsetzung von Windkraft steht im Rang eines Bundesgesetzes. Es hat nichtpolitischen Charakter. Überdies sind Art. 3 lit. c, Art. 9 lit. c und Art. 11 lit. d des Durchführungs-

übereinkommens als verfassungsändernd zu behandeln.

Das Durchführungsübereinkommen darf daher gemäß Art. 50 Abs. 1 im Zusammenhalt mit Art. 50 Abs. 3 B-VG nur mit Genehmigung des Nationalrates unter sinngemäßer Anwendung des Art. 44 Abs. 1 B-VG abgeschlossen werden.

Der Handelsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 27. Feber 1980 in Verhandlung gezogen und einstimmig beschlossen, dem Nationalrat die Genehmigung des Abschlusses des Durchführungsübereinkommens samt Anhang zu empfehlen.

Die Annexe II bis IV, die nur in englischer Sprache beige druckt sind, sollen von Österreich nicht ratifiziert werden, ihre Aufnahme in die Regierungsvorlage erfolgte ausschließlich zum Zwecke der Information.

Der Handelsausschuß hält im vorliegenden Falle die Erlassung von Gesetzen - im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG in der geltenden Fassung - zur Erfüllung dieses Durchführungsübereinkommens für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Handelsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Staatsvertrages: Internationale Energieagentur; Durchführungsübereinkommen eines Forschungs- und Entwicklungsprogramms für Systeme zur Umsetzung von Windkraft, dessen Art. 3 lit. c, Art. 9 lit. c und Art. 11 lit. d verfassungsändernd sind, samt Anhang (59 der Beilagen) wird genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich die Debatte zu eröffnen.

**Präsident:** Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Stix.

Abgeordneter Dr. **Stix** (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Weil wir Freiheitlichen allen Programmen zur Entwicklung von Alternativenergien zustimmen, begrüßen wir selbstverständlich diese Beteiligung Österreichs an dem international koordinierten Programm zur Umsetzung von Systemen der Windkraftnutzung.

Am meisten liegt uns aber am Herzen die Nutzung der größten Energiequelle, die uns zur Verfügung steht und an die wir, technologisch gesprochen, sofort dran können, nämlich die Nutzung jener Energiemengen, die wir heute sinnlos vergeuden und verschwenden. Es ist das unter dem volkstümlichem Begriff des Energie-

**Dr. Stix**

sparens bekannter. Und hier muß ich heute leider eine sehr große Enttäuschung deponieren.

Wir haben mit der letzten Einkommensteuergesetznovelle mit Wirkung ab dem 1. Jänner dieses Jahres erste und, wie ich glaube, gute und nützliche Schritte in Richtung einer steuerlichen Förderung des Energiesparens gesetzt.

Bis heute allerdings oder bis vor wenigen Tagen warteten wir vergeblich auf die notwendige Durchführungsverordnung.

Nun liegt der Wortlaut des Entwurfes für diese Durchführungsverordnung zum steuergeförderten Energiesparen vor.

Ich möchte ausdrücklich sagen, daß uns dieser Wortlaut schwerstens enttäuscht, denn nach den hoffnungsvollen Ansätzen für eine steuerliche Förderung von Energiesparmaßnahmen ist dieser hiermit bekanntgewordene Entwurf ein Schlag ins Gesicht für diejenigen, die Energie sparen wollen.

Hier wird die Förderung an die Voraussetzung gebunden, daß energiesparende Anlagen entweder für die Produkte einer Zehn-Jahres-Garantie unterworfen werden, ich wiederhole: einer Zehn-Jahres-Garantie; oder daß sich die installierenden Firmen schriftlich verpflichten, eine zehn Jahre lang dauernde Wartung vorzunehmen. Das ist etwas derart Ungewöhnliches, in keinem andern Wirtschaftszweig gebräuchlich! Niemand bekommt für ein Auto, für eine Nähmaschine auch nur einige Jahre Garantie, vielleicht Rostschutzgarantie für drei, vier oder fünf Jahre, aber sicherlich keine Garantie für zehn Jahre. *(Ruf bei der SPÖ: Amerika 50 Jahre!)* Und das bedeutet, bitte, daß diese Bindung der Steuerförderung für energiesparende Anlagen an eine Zehn-Jahres-Garantie prohibitiv ist und in Wahrheit eine Umkehrung des Willens des Gesetzgebers bedeutet. Hier wird das im Verordnungsweg genau ins Gegenteil verkehrt, was der Wille des Gesetzgebers war.

Daher appelliere ich an den Herrn Vizekanzler und Finanzminister Dr. Androsch, dafür zu sorgen, daß diese Verordnung so umtextiert wird, daß sie in vollem Umfang dem Geist des Gesetzes entspricht, nicht aber zu einer energiepolitischen Kindesweglegung wird. *(Beifall bei der FPÖ.)*

**Präsident:** Zum Wort ist niemand mehr gemeldet.

Die Debatte ist geschlossen. – Schlußwort wird keines gewünscht.

Da der vorliegende Staatsvertrag verfassungsändernde Bestimmungen enthält, stelle ich zunächst im Sinne des § 82 Abs. 2 Ziffer 1 der

Geschäftsordnung die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der verfassungsmäßig vorgesehenen Anzahl der Abgeordneten fest.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages, dessen Artikel 3 lit. c, Artikel 9 lit. c und Artikel 11 lit. d verfassungsändernd sind, samt Anhang I in 59 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Einstimmig angenommen.

Ich stelle ausdrücklich die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit fest.

**6. Punkt: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (60 der Beilagen): Abänderung des Abs. 6 b) des Anhangs I des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen (264 der Beilagen)**

**Präsident:** Wir gelangen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage 60 der Beilagen: Abänderung des Absatzes 6 b) des Anhangs I des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen (264 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Lehr. Ich ersuche ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter **Lehr:** Herr Präsident! Hohes Haus! Ich bringe den Bericht des Handelsausschusses über die Regierungsvorlage (60 der Beilagen): Abänderung des Abs. 6 b) des Anhangs I des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen.

Der Handelsausschuß hat die gegenständliche Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 27. Feber 1980 in Verhandlung genommen und nach Wortmeldungen des Berichterstatters sowie des Abgeordneten Dkfm. DDr. König und des Bundesministers für Handel, Gewerbe und Industrie Dipl.-Vw. Dr. Staribacher einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses des Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Handelsausschuß hält im vorliegenden Falle die Erlassung von Gesetzen – im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG in der geltenden Fassung – zur Erfüllung dieses Staatsvertrages für entbehrlich.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der

**Lehr**

Handelsausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Staatsvertrages: Abänderung des Abs. 6 b) des Anhangs I des Übereinkommens betreffend die Prüfung und Bezeichnung von Edelmetallgegenständen (60 der Beilagen), wird genehmigt.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

**Präsident:** Wortmeldungen liegen keine vor.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 60 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. – Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung der Selbständige Antrag 43/A eingebracht wurde.

Ferner sind die Anfragen 408/J bis 417/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Mittwoch, den 19. März 1980, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung ist geschlossen.

**Schluß der Sitzung: 17 Uhr 5 Minuten**